

6014

UB Wien

~~FB Bildungswissenschaft~~

~~6014~~



Universitätsbibliothek Wien

FB Bildungs-, Lit-, Sprachwiss

164 PB-KL





68-73!

---

6014



OTTO GLOCKEL



6014



OTTO GLÖCKEL

SELBSTBIOGRAPHIE

SEIN LEBENSWERK

DIE WIENER SCHULREFORM

VERLAG GEHILFENSCHAFTS-DRUCKEREI ZÜRICH

OTTO GLÖCKEL

SELBSTBIOGRAPHIE

SEIN LEBENSWERK

DIE WIENER SCHULREFORM

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

COPYRIGHT 1939 BY DR. OPRECHT & HELBLING AG. ZÜRICH

DRUCK GENOSSENSCHAFTSDRUCKEREI ZÜRICH

PRINTED IN SWITZERLAND



Otto Grockery



## VORWORT

Auch Bücher, sagt der römische Dichter, haben ihre eigenen Schicksale; nur wenige jedoch dürften auf eine bewegtere Vorgeschichte zurückblicken als diese Darstellung von Otto Glöckels Leben und Wirken.

Den Grundstock bildet eine Autobiographie, die Glöckel auf Wunsch eines reichsdeutschen Verlages für ein pädagogisch-schulpolitisches Sammelwerk zu verfassen übernommen hatte. Er schrieb sie, soweit sie hier veröffentlicht wird, während eines Sommerurlaubs 1931 in der Schweiz nieder; später hat ihn die Überfülle anderweitiger Verpflichtungen an der Fortsetzung gehindert, bis schließlich mit dem Umschwung in Deutschland auch das Interesse des Verlages erlahmte. Ein weiterer Teil des Materials stammt aus einer Festgabe, mit der eine Gruppe ausländischer Freunde Glöckel anlässlich seines 60. Geburtstages (8. Februar 1934) zu überraschen gedachte: sie sollte eine Darstellung seines Wirkens mit einer Auswahl aus seinen Reden und Schriften verbinden und war im Druck nahezu abgeschlossen, als die tragischen Februarereignisse ein jähes Halt geboten. Diese Vorarbeiten standen dem Herausgeber für die hier veröffentlichte Ergänzung von Glöckels Autobiographie zur Verfügung. Daneben wurde natürlich die österreichische Schulreformliteratur (vgl. das angeschlossene Verzeichnis) verwertet; insbesondere die von Glöckel selbst herausgegebenen inhaltsreichen »Amtlichen Berichte über die Wirksamkeit des Stadtschulrates für Wien« (1924/25 bis 1931/32, acht Hefte) und die lebensvolle Darstellung von Professor Dr. Hans Fischl, Wesen und Werden der Schulreform in Österreich (Wien 1929), konnten auf weite Strecken als Führer dienen. Die Geschichte der allerletzten Jahre fußt auf den Berichten der Tageszeitungen, soweit sie erreichbar waren, der einschlägigen politischen Schriften sowie auf brieflichen und

mündlichen Mitteilungen Glöckels an den Herausgeber. Sollte im einzelnen da oder dort eine kleine Ungenauigkeit unterlaufen sein – der Herausgeber hofft, es sei nicht der Fall –, so muß er zu seiner Entschuldigung darauf hinweisen, daß Anfragen oder Erhebungen an Ort und Stelle wegen der in Österreich noch immer herrschenden außerordentlichen Verhältnisse nicht ratsam erschienen.

So übergeben wir diese Darstellung der Öffentlichkeit mit dem Wunsche, daß sie über den Kreis der an der Schule unmittelbar Interessierten hinaus die Beachtung finden möge, die sie verdient: sie zeigt uns, wie ein Mann, den wir als Menschen achten und lieben müssen, in seltenem Maße eins wurde mit seinem Werk, die Betrachtung seines Aufstiegs aber eröffnet überdies einen lehrreichen Einblick in die »Werkstatt« der Demokratie, jener Demokratie, die ein Eckpfeiler war im Gebäude des menschlichen Fortschritts und an der eben deshalb heutzutage ein jeder Hund seine Spur zu hinterlassen sich berechtigt fühlt.

Der Geist des Reformwerkes, das mit Fug und Recht als Verwirklichung der ewigen Gedanken unseres großen Pestalozzi angesehen werden darf, ebenso wie die demokratische Grundrichtung dieses Lebens werden es gerechtfertigt erscheinen lassen, daß gerade ein Schweizer sich des Buches angenommen hat.

Sommer 1936.

J. H.

## NACHTRAG ZUM VORWORT

Leider war es nicht möglich, das im Jahre 1936 druckfertig vorliegende Werk herauszugeben, weil es kein Verlag wagte, in dem immer kleiner gewordenen deutschen Sprachgebiet mit demokratischer Staatsverfassung die österreichische Schulreform und das Wirken von Otto Glöckel geschichtlich festzuhalten. Es wurde deshalb versucht, die notwendigen Mittel auf freiwilligem Wege aufzubringen, um die große pädagogische Aufbauarbeit der Wiener Schulreformer, die während 16 Jahren in selbstloser und mutiger Weise geleistet

worden ist, der Nachwelt lebendig zu erhalten. Da brach der spanische Bürgerkrieg aus, der alle sozial denkenden Menschen in demokratischen Ländern zu außerordentlichen Hilfeleistungen für die Opfer des Krieges in Anspruch nahm. Schon vorher waren für die in der Emigration lebenden Deutschen und ihre Familien erhebliche Summen aufzubringen, so daß der Appell für weitere Beiträge für die Herausgabe einer Otto-Glöckel-Biographie keinen großen Anklang fand.

Wenn es nun nach der Besitzergreifung Österreichs und der Tschechoslowakei durch Deutschland trotzdem gelungen ist, das umfangreiche Werk im Drucke herauszugeben, so verdanke ich das in erster Linie dem Autor, der auf ein Honorar verzichtet hat, und dem großen Entgegenkommen der Genossenschaftsdruckerei Zürich. Die recht harzigen Bemühungen, die nötige Zahl von Vorausbestellungen zu erhalten, wurden in verdankenswerter Weise erleichtert durch die Büchergilde Gutenberg, den Schweizerischen Metallarbeiterverband, den Eisenbahnerverband, den Typographenbund, den Bau- und Holzarbeiterverband, die Schweizer Sektion für Erneuerung der Erziehung und verschiedene Lehrersektionen und ihre Mitglieder, die größere Bestellungen machten. So ist es endlich möglich geworden, das Andenken Otto Glöckels, das verdienstvolle Pionierwerk tausender österreichischer Schulreformer, die heute noch treu zu ihrer Überzeugung stehen, geschichtlich festzuhalten. Die Arbeit war nicht umsonst gewesen; die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, in der das angefangene Werk weitergeführt werden kann, dürfte nicht allzu ferne liegen!

Im Sommer 1939.

*J. Briner, Schulvorstand, Zürich.*



## LITERATUR

Über Inhalt und Werdegang der österreichischen Schulreform informieren nachstehende Lehrpläne und Schriften:

### LEHRPLÄNE

1. *Lehrplan* für das 1. bis 5. Schuljahr der allgemeinen Volksschule (Versuchslehrplan).
2. *Lehrplan* für die vierklassige Volksschule, in der jeder Klasse ein Schuljahr entspricht (1930).
3. *Lehrplan* für die Hauptschule samt Hauptschulgesetz und Durchführungsverordnung.
4. Organisations-*Lehrplan* der Hilfsschulen Wiens.

### ZEITSCHRIFTEN

1. *Volkserziehung*. Nachrichten des Österreichischen Unterrichtsamtes. Amtlicher und pädagogischer Teil.
2. *Die Wiener Schule*. Pädagogische Beilage zum Verordnungsblatt des Stadtschulrates für Wien.
3. Die Wirksamkeit des *Stadtschulrates* für Wien. Amtliche *Berichte*, erstattet von Otto Glöckel.
4. »*Schulreform*.« Pädagogische Monatsschrift.
5. »*Die Quelle*.« Pädagogische Monatsschrift.
6. »*Elternhaus und Schule*« (Elternvereinszeitschrift).
7. »*Eos*.« Zeitschrift für Heilpädagogik.

### BÜCHER

- Otto Glöckel*. Die Entwicklung des Wiener Schulwesens seit dem Jahre 1919. Aus dem Werke: »Das neue Wien« (1926).
- Dr. Eduard Burger*. Arbeitspädagogik. 2. Auflage. Leipzig. Engelmann.
- Dr. Hans Fischl*. Wesen und Werden der Schulreform in Österreich. Wien, Deutscher Verlag für Jugend und Volk. 1929.
- Viktor Fadrus*. Die österreichischen Bundeserziehungsanstalten. 1924.
- Theodor Steiskal*. Pädagogische Versuchsarbeit in Österreich. 2 Bände. 1922.
- Dr. E. Burger und Th. Steiskal*. Praxis und Theorie der Schulklasse als Arbeits- und Lebensgemeinschaft. Berichte und Ergebnisse aus der Unterrichts- und Erziehungspraxis der Versuchsklassen an den Volks- und Hauptschulen Wiens. 1931.
- Leopold Scheuch*. Zur Praxis der neuen Schule. Wege der Verwirklichung.
- Elsa Köhler, Karl Reininger, Ingeborg Hamberg*. Entwicklungsgemäßer Schaffensunterricht. 1932.
- Dr. Karl Furtmüller*. Auf dem Wege zur Schulgemeinde.

Sämtliche Werke, bei denen nicht ein anderer Verlag ausdrücklich angeführt ist, sind im »Deutschen Verlag für Jugend und Volk« in Wien erschienen.



# OTTO GLÖCKEL

## ERZÄHLT AUS SEINEM LEBEN

*Von Großeltern und Eltern*

Mattersdorf war vor dem Kriege ein Markt in Ungarn, der zum Komitat Ödenburg gehörte; heute, nach dem Friedensvertrag von Saint-Germain, liegt er im neugeschaffenen Burgenlande, und so ist der Ort österreichisch geworden und nennt sich nunmehr Mattersburg.

Zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts: In der sogenannten Hauptstraße fällt ein ebenerdiges Häuschen auf, stets blendendweiß getüncht, ausgestattet mit grünen hölzernen Fensterladen, an der Seite ein mächtiges grünes Doppel-tor, halb geöffnet, zum Eintritt einladend. An der Geschäftstür angebracht, spiegeln sich blanke Gießkannen und sonstiges Blechgerät. In diesem Hause wohnt, arbeitet, bezwingt und genießt das Leben nach seiner frohen Art der Spenglermeister des Ortes, Anton *Zimmermann*. Es geht nicht alltäglich zu in diesem Hause. Neun Kinder beleben es genugsam, die wollen ernährt, gekleidet und erzogen sein; und doch herrscht überall peinliche Ordnung und Sauberkeit. Mit seinem gesunden Hausverstand trifft Meister Zimmermann meist das Richtige. Durch Werkstätte und Hof schreitet die große, aufrechte Gestalt, die breite Brust teilweise von einem grünen Schurz bedeckt, die Hemdärmel aufgestülpt, stets ein fröhliches Wort auf den Lippen. So hämmert er in seiner Werkstätte, so biegt er das widerstrebende Blech zurecht, so klettert er auf Haus- und Kirchendächer, um die Dachrinnen anzubringen oder auszubessern, furchtlos und schwindelfrei. Zwölf Stunden dauert für ihn der Arbeitstag, nie ist eine fremde Hilfskraft im Hause. Als die Burschen herangewachsen, werden sie in die Werkstätte des Vaters gestellt; nur einer, der jüngste, darf »auf Lehrer« studieren. Wenn dann aber der Abend kommt, dann werden Hammer und Zange zur Seite gelegt, eine gründliche Reinigung wird vorgenommen, und bald erscheint Meister Zimmermann im weißen Hemd, besieht sich seine Blumenbeete, die die eine Hälfte des breiten Hofes einnehmen, richtet den von ihm hergestellten Springbrunnen, gibt eine Eischale auf den Wasserstrahl, die nun lustig in der Luft tanzt. Sind Mutter und Kinder um den großen Tisch in der Weinlaube versammelt, dann erhebt er sich und spricht mit sonorer Stimme das Tischgebet. Lautlos wird gegessen. Nach dem Nachtmahl bringt jeder der vier Söhne ein Musikinstrument herbei, der Alte greift zur Flöte, und aus der dichten, grünen, mit Reben behangenen Weinlaube, die den Gartenhof abschließt, ertönen Haydns, ja Mozarts Weisen, dann kommen auch

Lanner und Strauß an dem stillen Abend zu Ehren. Hofkonzert! Unter Führung der Zweitältesten, *Fanni*, die bei den Jüngeren vielfach Mutterstelle vertreten muß, werden Lieder angestimmt, die drei anderen Töchter fallen ein, Nachbarn schleichen sich vor bis zur Weinlaube, die mit Blechlaternen erleuchtet ist, der Springbrunnen plätschert: das sind die Sommerabende bei Meister Zimmermann in Mattersdorf. So schmückt er sein Heim. Nie hat sein Fuß eine Gaststube betreten, nie seine Hand eine Spielkarte berührt: die Familie ist ihm alles.

Aber nicht immer lassen sich die Sorgen mit Geigenstrichen und Flötenklängen verscheuchen. Im Kriegsjahr 1866 muß das Geschäft gesperrt werden. Die neun Kinder wollen essen. Es sind bittere Tage. Aber Meister Zimmermann findet einen Ausweg. Einige Weingärten, die er sich erwirtschaftet hat, ermöglichen es, in seinem schönen Hof einen kleinen Weinschank zu eröffnen; aus dem Spengler wird auf einige Zeit ein Wirt. Es war kein leichter Entschluß. Das Familienidyll ist nun gründlich gestört, Fremde gehen ein und aus; die Instrumente werden aber nicht zur Seite gestellt, des Meisters frohe Natur sucht auch diese Zeit zu überwinden. In diesen Tagen taucht ein junger, rotblonder, schlecht ausschender Lehrer im Orte auf, der aus der Komitatsstadt Ödenburg stammt. Er singt auf dem Kirchenchor, genau so, wie Vater und die Geschwister Zimmermann dort musizieren. Er kommt in den fröhlichen Weinschank, und so geschah es, daß sich der Unterlehrer Friedrich *Glöckel* (oder, wie er in einigen Zeugnissen genannt wird: Glögger und Glöckner) und die Fanni Zimmermann fanden. Fanni war schon durch drei Jahre in dem großen Wien, in einem »gutbürgerlichen« Hause einer Fabrikantsfamilie, als Hausgehilfin bedienstet gewesen und hatte dort viel »angenommen«.

Es war ein recht armer Teufel, der sangesfrohe Herr Unterlehrer. Er kam aus ganz anders gearteten Verhältnissen. Nie hatte er seine Mutter gekannt, sie war frühzeitig gestorben. Sein Vater, ein ganz armer Militär-Flickschneider, dessen Lebenstraum, einmal eine Nähmaschine zu besitzen, nie in Erfüllung gehen sollte, konnte nur das Allernotwendigste verdienen, bittere Armut war immer in der kleinen Wohnung neben den zwei Knaben und der Tochter zu Hause. Nie verirrte sich ein Sonnenstrahl in die ärmlich eingerichtete Wohnung im obersten Stockwerk, und wie übel nahmen es die Nachbarn dem kleinen, zierlichen Mann, daß er es sich, allem zum Trotz, in den Kopf gesetzt hatte, beide Knaben studieren zu lassen. Es stak ein starker Wille in dem sonst so bescheidenen kleinen Flickschneider, forderte er doch die gottgewollte Ordnung heraus. Da es ja in Ödenburg höhere Schulen gab, warum sollten nur die Besitzenden ihre Kinder ausbilden lassen? So wurde der Älteste, Friedrich, in

die Unterrealschule und später in die Lehrerpräparandie, der Jüngere, Ignaz, gar in das Gymnasium geschickt. Sie waren beide außerordentlich fleißig und brav, die Bettelstudenten, die an jedem Tag an einem anderen Tisch geduldet waren. Freudlose, gedemütigte Jugend! Ignaz hatte Glück. In seiner Klasse studierte der Sohn des Grafen Czaky; er wurde zum Spiel- und Schulkameraden des jungen Herrn ausersehen. Beide wurden katholische Priester. Der Schneiderjunge starb als Dorfpfarrer, der Graf als Bischof. Verteilt das »Schicksal« die Lose etwa nicht gerecht?

Mit siebzehn Jahren trat Friedrich seinen Beruf als Lehrer an. Zunächst Neudörfel, dann Forchtenstein, endlich Mattersdorf. Manchmal kam es zwischen dem aufbrausenden, in seiner Jugend schon selbstbewußten Herrn Unterlehrer und seinen »Herren« zu Konflikten. Der katholische Pfarrer war der Schuldirektor, der Dechant der Schulinspektor. Die konfessionelle Schulverwaltung war allerdings nicht leicht zu ertragen, und aufrechte, also »eigenwillige« junge Leute mußten rechtzeitig gebogen werden. Dies ging ganz leicht, denn sie waren den geistlichen Herren völlig ausgeliefert. Das Unterrichten war ja nicht die Hauptsache, der Kirchendienst wurde in den Vordergrund gerückt. Schon am frühen Morgen war die Kirche zu reinigen, waren die Glocken zu läuten; waren Schulbuben nicht abgerichtet oder nicht zugegen, weil es in der Winterszeit in der Kirche zu kalt war, so hatte der Lehrer den Geistlichen beim Altar zu bedienen, sonst war sein Platz an der Orgel. Er begleitete den Geistlichen zu den Sterbebetten, assistierte bei Hochzeiten und Leichenbegängnissen und erbettelte bei dieser Gelegenheit mit der Tasse in der Hand seine Entlohnung. In einer Schulklasse wurden genau so viele oder auch mehr Kinder untergebracht, als zur Not Platz hatten. Drill und Stock waren die einzigen geistigen und körperlichen Erziehungsmittel. Dazu die hochmütige Geistlichkeit, die sich über den Schulmeister natürlich weit erhaben dünkte. Alles bäumte sich in dem jungen Lehrer gegen diese unwürdigen Zustände auf. Groll sammelte sich in seinem Innern an, und bis ihm der Tod die Augen schloß, war sein Kampf gegen die konfessionelle Schule, gegen die unwürdige Stellung der Lehrerschaft, gegen die geistliche Schulaufsicht ein ehrlicher, ja erbitterter, den zu vererben seine Sorge war.

Es war also für die Familie Zimmermann kein besonderer Freudentag, als offenkundig wurde, daß sich der Unterlehrer, der schon gar nichts hatte, um die Fanni bewarb, die allerdings in dieser Zeit ebenfalls arm war wie eine Kirchenmaus. Es gab schwere Stürme in dem sonst so friedlichen Spenglerhaus. Die Jungen setzten ihren Willen durch, selbst um den Preis der Familienentfremdung. Allerdings kam Friedrich ein wirklicher Glücksfall zugute. Er

erhielt eine Lehrerstelle in Pottendorf, eine Bahnstunde von Wien entfernt, also in Österreich, wo die konfessionelle Schule eben (1869) durch die interkonfessionelle ersetzt worden war. Der Kirchendienst war für den Lehrer beseitigt, die staatliche Schulaufsicht eingeführt, ein reges geistiges Leben herrschte in der Lehrerschaft, Neues wurde gestaltet. Am 4. Mai 1873 zog das junge, hoffnungsfreudige Ehepaar in die aus Zimmer und Küche bestehende, im stockhohen Bürgerschulgebäude gelegene Wohnung ein. Allerdings war auch diese kleine Wohnung noch zu groß, denn der Hausrat fehlte. Mit Tuch und Papier verkleidete Kisten mußten die Möbel ersetzen. Von Mattersdorf war nur das Allernotwendigste zu erhalten gewesen, von Ödenburg überhaupt nichts. Tisch und Sessel wurden in der Form der Ratenzahlung beim Ortstischler angeschafft, die einzigen Schulden, die das Paar in seinem Leben gemacht hat. Aber es war das eigene Heim! 38 Gulden Monatsgehalt! Ein großes Wirtschaftsbuch wird eröffnet, und durch Jahrzehnte werden täglich die Ausgaben eingetragen. Es geht recht knapp zu, auch beim Essen muß gespart werden. Die aus Mattersdorf mitgebrachte Gitarre wurde trotzdem immer wieder von der Wand geholt, und fröhlicher Gesang war aus der Lehrerwohnung zu hören.

Am 8. Februar 1874 wird Otto als Erster geboren. Meine Wiege stand also im Schulhaus, und die ersten Wiegenlieder waren Schullieder, die von dem oberen Stockwerk herabklangen. Ich wurde so direkt in das Schulleben hineingeboren, Dürftigkeit, Kargheit, Sorge, Musik und Schulkinder versammelten sich an meiner Wiege.

So gestalteten sich die Vorbedingungen meines Lebens. Vieles ist in mir versenkt, was vor meiner Geburt Leben und Willen hatte. Großeltern und Eltern vererbten mir ein gutes Stück ihres Wesens. Das Leben verstärkte, glättete, ergänzte, beseitigte in ununterbrochener Erfahrungsarbeit. Blicke ich auf mein Leben in einer stillen Minute zurück, dann ist es mir, als hätte ich auch den Hammer geschwungen und dabei meine frohe Natur nicht verleugnet, dann empfinde ich, daß Kampf gegen das Unrecht der Welt die Aufgabe aller, das Ringen um ein freies Schulwesen ein bedeutungsvolles Stück dieses Kampfes sein muß, daß die Liebe zur Jugend, das Vertrauen auf sie das Leben verschönt, und nicht zuletzt: *daß das Schulhaus mir durch das ganze Leben zum Vaterhaus geworden ist.*

### *Das Erbe von Vater und Mutter*

Mein Vater hatte als Lehrer Anspruch auf eine Gemeindewohnung. So kam es, daß ich fast die ganze Kindheit in den beiden Schulhäusern von Pottendorf,

einer Industriegemeinde von über 3000 Einwohnern, verbrachte, wodurch ich auch außerhalb der Schulzeit mit dem Schulleben in steter Berührung verblieb. Ich wurde zum einzigen Kinde, da meine beiden Geschwister knapp nach der Geburt starben. Dieser Umstand machte sich mit seinen Vorteilen, aber noch mehr mit seinen Nachteilen ganz besonders geltend. Spielgefährten mußte ich außerhalb der Familie suchen, ich war immer wieder mir selbst überlassen, weshalb ich gezwungen war, mir vielfach eine eigene Welt zu bauen, die nur in meiner Phantasie bestehen konnte. Dazu kam, daß ich ein sehr schwächliches, blasses, anfänglich rachitisches Kind war; die gebogenen Beine, die ich bis zum vierten Lebensjahre hatte, waren deutliche Zeichen der Unterernährung.

In meiner Kindheit spielte die Mutter die wichtigste Rolle. Sie hatte von ihrem Vater das lebensfrohe Wesen geerbt, ihr Optimismus befähigte sie dazu, innerhalb der Familie stets der liebevolle, ausgleichende Faktor zu sein, eine Funktion, die bei dem eigenartigen Wesen des Vaters besondere Bedeutung gewann. Ich fühlte oft ihre weiche, gütige Hand; das Kind wurde ihr im Laufe der Jahre zum einzigen Lebenszweck. Das Verhältnis zur Mutter wurde zu einem ganz besonders innigen. Stundenlang ging sie mit mir an den Abenden spazieren, frühzeitig führte sie mit mir Gespräche wie mit einem erwachsenen Freunde. Dämmerstunden aus der Jugendzeit tauchen in meiner Erinnerung auf, in denen Mutter Lieder sang, sich selbst mit der Laute begleitend. Es waren eindrucksvolle Stunden, in denen ich auf einem Schemel in einem dunklen Winkel des Zimmers zusammengekauert saß und andächtig zuhörte. Volkslieder, Heimatlieder, Koschat, Schubert, Kirchenlieder bildeten das Programm. Wohl war es der Mutter nicht möglich, gleichen Schritt zu halten mit der Entwicklung ihres Sohnes. Sie konnte nicht verstehen, was ihr Sohn in späteren Jahren für richtig und gut hielt: ein geruhames, gleichförmiges Dasein hätte sie ihm an Stelle eines so bewegten Lebens gewünscht. In den Tagen politischer Verfolgung war sie nicht zum Widerstand entschlossen, nur Tränen, bittere Tränen vergoß sie über das »Unrecht«, das man ihrem Sohne antat. Die fromme Frau, die keinen Sonntagsgottesdienst versäumte, war auf das schwerste verwundet, als von der Kanzel des Ortes gegen ihren Sohn gepredigt wurde. Von da ab mied sie die Predigt und zog einen Strich zwischen sich, ihrem kindlichen Glauben und dem streitbaren Priester, nur die Frühmesse besuchte sie am Sonntag; der Sohn hatte gesiegt. Die glücklichsten Stunden ihres Lebens waren ihr geschenkt, als sie am Arme ihres Sohnes den großen Saal des Ottakringer Arbeiterheimes betrat, von dem Beifall der Tausenden begrüßt: es wurde der 50. Geburtstag ihres Sohnes von der Arbeiterschaft festlich begangen. Sie saß glückstrahlend, Freudentränen in den Augen, in der ersten Reihe, und als sie mit besonderen

Ehren genannt wurde, da stand sie auf und verneigte sich selbstbewußt. Wer war ihr in diesem Augenblicke gleich?

Ganz anders geartet der Vater. Er war eine verschlossene Natur, die nicht aus sich herauszutreten vermochte; tagelang konnte er wortlos an einer Sache würgen. Er fand nicht den Weg zu anderen Menschen. Manchmal kleinlich, rechthaberisch, dem Kinde gegenüber von besonderer Strenge, die sich bis zur Härte steigern konnte. Aus seinem Stolze, ein Lehrer zu sein, entsprang die Auffassung, ein »Lehrerssohn« müsse besondere Qualitäten aufweisen, und da mußte es selbstverständlich manche Enttäuschungen geben. In der rein autoritären Erziehung erkannte er die richtige Erziehungsmethode. Es war bezeichnend für seine Art, daß er mich täglich an der Hand in die Schule führte. Ich bemühte mich redlich, mit ihm gleichen Schritt zu halten. Hatte es aber irgend etwas gegeben, oft eine geringfügige Kleinigkeit, wodurch ich seinen Unmut herausgefordert hatte, dann mußte ich zwei Schritte hinter ihm marschieren, und der ganze Ort wußte bald, daß irgend etwas nicht in Ordnung war; man machte Anspielungen, die Kinder hänselten mich. Das war eine Strafe, die nicht erzieherisch, aber stark verbitternd wirkte, und da es Vater auch zuwege brachte, durch Wochen an mich kein Wort zu richten, kam ich zur Meinung: mein Vater mag mich nicht.

Durch mehr als vierzig Jahre wirkte mein Vater an der Schule in Pottendorf. Als er von Ungarn gekommen war, da wußte er, daß er nur bestehen könne, wenn er seine Vorbildung mit eisernem Fleiße ergänze. Seine Privatbücherei enthielt Methodikbücher für alle Schulstufen; es waren große materielle Opfer notwendig, sie anzuschaffen. Er steht bald und dann Jahrzehnte hindurch in der ersten Reihe der Lehrerschaft seines Bezirkes, die ihn immer wieder zum Schriftführer des Bezirkslehrervereines wählte. Seine antiklerikale Gesinnung bestimmte seine politische Stellung. Gegenüber dem Antiklerikalismus verwarf er jeden Kompromiß.

Je älter ich wurde, desto mehr besserte sich das Verhältnis zwischen Vater und Sohn. Schon in der Lehrerbildungsanstalt kam ich ihm menschlich näher; er ließ mich bald in seiner Klasse »Lehrversuche« machen. Als ich als ganz junger Lehrer in der ersten Reihe der Begründer der radikalen Lehrerbewegung stand, die gegen die klerikalen Christlichsozialen Österreichs gerichtet war, da tat er mit Begeisterung mit. Er wird der erste Abnehmer unserer Kampfzeitung »Freie Lehrerstimme«, er fehlt bei keiner größeren Lehrerkundgebung. Auf diesem Wege kam ich zur politischen Betätigung und, nach meiner Maßregelung, in den Vordergrund öffentlichen Interesses, viel angefeindet und absichtlich mißverstanden. Da stellte er sich vorbehaltlos an meine Seite, da wurde ich

zu seinem »Stolz«. Er konnte ganz böse werden, wenn irgendwo ein kritisches Wort über mich gesprochen oder geschrieben wurde, und es kam aus einem solchen Anlaß zu einem schweren Zerwürfnis zwischen ihm und seinem Bruder, dem ungarischen Pfarrer. Erst in reiferen Jahren erkannte ich so, daß mich auch mein Vater liebhaben müsse; vielleicht war es da schon etwas zu spät. Seine glücklichsten Stunden waren angebrochen, als er im Erzgebirge die Siegesfeste mitmachen konnte, die die Arbeiterschaft der vier Städte aus Anlaß meiner neuerlichen Wahl zum Reichsratsabgeordneten (1901) veranstaltete. Er schritt zwischen Sohn und Enkel im Festzuge, Blumen in der Hand, die Kampflieder mitsingend. Wer war ihm in diesen Augenblicken gleich?

Es war ein tragisches Geschick, daß er nicht mehr den Tag erleben konnte, da sein Sohn, der nach seinem Willen als Lehrer wirken sollte und aus seinem Berufe durch politischen Haß vertrieben worden war, als Leiter des Unterrichtsministeriums wieder in diesen Wirkungskreis zurückkehrte: zweieinhalb Monate vorher war er von hier gegangen, auch er ein Opfer der Unterernährung in der Kriegszeit. Das waren meine unmittelbaren Vorfahren.

Und das Erbe? Vater gab mir das Lehrerbewußtsein, lehrte mich die Treue zum Beruf, von ihm stammt das Bestreben, im eigenen Wirkungskreise die Entwicklung des Schulwesens zu fördern, von ihm der Kampfeswille gegen den Klerikalismus, von ihm die gerade Linie im politischen Denken. Mutters weiche Hand und menschlich fühlendes Herz machten mich fähig, fremdes Leid zu verstehen und mitzufühlen, ihre musikalische Einstellung gab auch mir die Musik zur besten, allerdings später arg vernachlässigten Freundin. Ihr Optimismus wurde zu meiner entscheidenden Lebensauffassung. Die Mutter ist die wärmende Sonne meiner Jugendzeit.

### *Was mir die Schule gab*

Dreizehn Jahre lang ging ich in die Schule. Fünf Jahre Volksschule, drei Jahre gehobene Volksschule (»Bürgerschule« mit Fachunterricht), ein Jahr Vorbereitungs-klasse für die Lehrerbildungsanstalt und vier Jahrgänge Lehrerseminar. Die Pflichtschule besuchte ich in Pottendorf, die Lehrerbildungsanstalt in Wiener Neustadt, einer Stadt mit 32 000 Einwohnern. Neunzehn Lehrer unterrichteten mich zwischen dem 5. und 18. Lebensjahre, und jedes einzelnen Wirken steht noch gegenwartsfrisch vor mir. Es ist eine verhältnismäßig geringe Zahl, trotzdem kennzeichnen sie die Schulverhältnisse in den achtziger Jahren. Der Schüler, der diesen Männern zur Erziehung übergeben worden war, wurde selbst Lehrer und beschäftigte sich später eingehend mit Schulfragen, so daß

er von selbst zum Kritiker seiner eigenen Schulzeit werden mußte. Manchen Anstoß für seine spätere Lebensarbeit erhielt er durch sie. Meine Lehrer gaben sicherlich ihr Bestes; sie sind längst in den ewigen Ruhestand eingerückt, Kritik wäre heute nicht am Platze. Sie erscheinen mir heute als die Vertreter und Gefangenen eines Systems, das zu charakterisieren, in seinen Wirkungen aufzuzeigen, nicht unterlassen werden soll.

Zwei Lehrer nahmen einen ungünstigen Einfluß auf ihre Schüler. Der eine war ein Kapuzinerpater, der als Religionslehrer das größte Unheil anrichtete. Ein frivoler, pädagogisch völlig ungebildeter Mensch, der die absurdesten Strafen in seinem kranken Gehirn ausheckte. So ließ er Kinder auf den Schulkasten klettern und dort oben strafweise stundenlang stehen; so verurteilte er einen Knaben dazu, dem anderen Stockstreiche zu verabfolgen, was zu den unerquicklichsten Szenen, zu verbissener Feindschaft zwischen den Schülern führte. Übrigens ging er später als völlig Entgleister auf der Landstraße zugrunde. Welch eine Gefahr für die Jugend! Der zweite war ein zum Lehrerberufe gänzlich ungeeigneter, mit der Welt zerfallener Mann, der aus Existenzrücksichten vom Judentum zum Katholizismus übergetreten war. In seiner inneren Rocktasche trug er stets den Schlauch eines physikalischen Apparates verborgen, mit dem er die Kinder in maßlosem Zorn wahllos prügelte. Immer wieder mußten Lehrer aus den Nebenzimmern herbeieilen, um die völlig aufgelöste Klasse wieder ein wenig in Ordnung zu bringen. In beiden Fällen wurde mir der katastrophale Einfluß des Prügelns offenkundig. Der prügelnde Lehrer, ohne jede Ausnahme, stellt sich selbst ein Zeugnis seiner Ohnmacht als Erzieher aus, er prügelt Bosheit, Lügenhaftigkeit, Verstocktheit in die Jugend hinein. Es steigt mir der Ekel auf, wenn ich einen erwachsenen, geistig und sittlich hochstehenden Menschen, der durch sein Beispiel erziehen soll, unter dem Einfluß seines Zornes auf die Stufe des Prügelprofosen hinabsinken sehe. Auch dann, wenn es nur ausnahmsweise geschehen sollte, ist es doch immer so, daß die eigene Schwäche und Unzulänglichkeit durch Brutalität einem Kinde gegenüber maskiert werden soll.

Den nachhaltigsten Einfluß hatten Lehrer auf mich, die weit über den Durchschnitt hinausragten, also Lehrpersönlichkeiten waren. Ihre Namen möchte ich nicht verschweigen. Der Bürgerschuldirektor Theodor *Walter*, mein Deutschlehrer in der Bürgerschule, ein unruhiger Feuergeist, immer tätig, immer von neuen Ideen erfüllt. Oft stößt er auf den Widerstand der Lehrerschaft und der Bevölkerung, insbesondere dort, wo er nicht verstanden wird. Mit Leib und Seele Lehrer, immer an seiner Fortbildung arbeitend, von klarem Verstande, verfügt er über eine Unterrichtstechnik, über eine Vortragskunst, die uns Buben

vollständig in seinen Bann schlägt. Ein Erlebnis sei angeführt, das den außerordentlich erzieherischen Einfluß dieses Lehrers auf die Jugend deutlich aufzeigt. Walter hatte eine schwere Augenoperation bestanden, seine völlige Erblindung wurde befürchtet, seit Wochen war er nicht zu uns in die Klasse gekommen. Da öffnet sich eines Tages die Tür und, vom Schulwart geführt, tritt Walter wieder in das Zimmer, beide Augen mit einer schwarzen Binde bedeckt. Er setzt sich auf seinen Stuhl. Wir hatten uns, tief ergriffen, von unseren Sitzen erhoben, und Walter sagte: »Ich kann euch nicht sehen, ich will aber bei meinen Schülern sein, ich werde unterrichten so wie früher und erwarte von euch, daß ihr mir dies möglich machen werdet.« Durch sechs Wochen holten wir täglich unseren Direktor von der Wohnung ab, führten ihn in die Klasse und geleiteten ihn wieder zurück. Wir erledigten unsere schriftlichen Arbeiten mit der größten Sorgfalt, obgleich wir wußten, daß sie der Lehrer nicht sehen werde. Die gegenseitige Korrektur der Arbeiten wurde durchgeführt und mündlich darüber berichtet. Die Klasse gab auch in den anderen Unterrichtsstunden keinen Anlaß zu Klagen; wir wollten unserem Direktor jeden Ärger ersparen. Tiefstes Mitfühlen verband sich bei uns allen mit höchster Achtung vor der Pflichttreue dieses seltenen Mannes und seiner Liebe zur Jugend. Das war Erziehung durch Beispiel.

Eine überragende Erscheinung trat mir in der Person des Direktors der Lehrerbildungsanstalt, Dr. Josef *Lukas*, gegenüber. Vom Volksschullehrer durch eigene Kraft aufgestiegen, verkörperte er die höchste Gewissenhaftigkeit. Nie kam er unvorbereitet in die Klasse, er wurde für uns eine wirkliche, tragfähige Autorität. Würde war das Kennzeichen seines ganzen Wesens. Er verstand es, in uns jungen Leuten außerordentliches Interesse für pädagogische Fragen zu erwecken. Er verfügte über einen reichen Schatz von Erfahrung, beherrschte die einschlägige Literatur, war die Gerechtigkeit selbst. So gewann er das unbedingte Vertrauen seiner Schüler und konnte sie zur verständnisvollen Hingabe an das Lehramt führen. Bei ihm lernte man aus Liebe zur Sache.

Und endlich unser Naturgeschichtslehrer Wilhelm *Eichert*, der Mann mit dem profunden Wissen, mit der leidenschaftlichen Liebe zur Natur, für uns überdies der Typus des aufrechten, überzeugten, freigeistigen, stets forschenden Menschen. Seine Sehnsucht waren die Berge, und eine Touristenhütte auf der Hohen Wand trägt heute noch seinen Namen. Dabei war er von ungewöhnlicher Bescheidenheit, wodurch seine Autorität noch wesentlich gestützt wurde. Es wurden für mich unvergeßliche Stunden, in denen er – Jahrzehnte später – als alter Mann, von den damaligen Schulbehörden als unangenehm ohne Dank von seinem Posten entfernt, mit mir die Tiroler Berge und Wälder durch-

wanderte, die Natur durch wissende Verbundenheit mit ihr belebte und, in sich völlig ausgeglichen, die kleinliche Welt verlachte.

Das sind die Lehrer, die in meiner Erinnerung besonders eindrucksvoll blieben; ihr Wirken setzt sich weit über ihre eigene Lebensdauer fort. All die anderen waren tüchtige, gewissenhafte Menschen, die im Banne der damals herrschenden pädagogischen und methodischen Auffassungen standen, in Herbart ihre pädagogische Gottheit, in der Vermittlung eines möglichst umfangreichen Lehrstoffes ihre wichtigste Aufgabe erblickten und dadurch natürlicherweise zur starken Betonung der unterrichtlichen Mechanik und des Buchwissens kommen mußten. Das Zeugnis mit den damit verbundenen Berechtigungen wurde immer zum unmittelbaren Zweck des Lernens gemacht. Comenius, Rousseau und Pestalozzi waren in die Fachbüchereien eingereiht worden, ohne Leben zu gewinnen.

Wenn ich heute auf die langjährige, vielfach anstrengende Arbeit, die Lehrer und Schüler zu leisten hatten, zurückblicke, dann sage ich ehrlich: sie steht zu dem wirklichen Erfolg für das Leben in gar keinem Verhältnis. Was mußte ich alles im Laufe der Zeit vergessen! Wie vieles mußte ich vermissen! Immer wieder einseitige Gedächtnisbelastung, deren formaler Bildungswert ja nicht bestritten werden soll, die aber nur geringe praktische Erfolge aufzuweisen hatte. Heute kann man es erfreulicherweise kaum mehr begreifen, daß während meiner ganzen Schulzeit nie an einen Lehrausgang gedacht wurde, daß sich nie die engen Räume des Schulzimmers ausweiteten. Die Welt, wie sie wirklich ist, blieb uns, soweit es an der Schule lag, unbekannt, das Buch war die einzige Wissensquelle. Nie nannte uns ein Lehrer im Freien die Namen der Bergeshöhen, die von unserem Orte aus in wunderbarer Runde zu sehen waren; wir konnten sie allerdings auf der Landkarte zeigen. Nie betrachteten wir unter Führung eines Lehrers eine blühende Wiese; die Blumen standen ja fein geordnet als Einzelwesen im Lehrbuch. Nie wurden wir zu einer Quelle geführt; Au und Wald lagen eben außerhalb des Schulzimmers. Die physikalischen Versuche waren Ausnahmserscheinungen, sie wurden in der Form eines Zauberkunststückes vom Lehrer vorgeführt. Immer wieder Aufnehmen, nie Selbsttätigkeit, keine Aktivität, nur passive Einstellung des Schülers. Trockene Jahreszahlen wurden mechanisch eingepreßt und in ein System gebracht, Gedichte gaben Stoff auch für grammatikalische Analysen, ja selbst die Turnstunden wurden durch systematische Erörterungen über die »Leibesübungen an sich« vergeudet. Immer wieder stand im Mittelpunkt des Studiums das »Prüfen«, die »Schularbeit« und endlich als Gespenst die ganzen Studienjahre hindurch:

die Maturitätsprüfung. Sie trieb Lehrer und Schüler zur konzentriertesten, völlig einseitigen, mechanischen Vorbereitungsarbeit und zur Erfindung raffiniertester Schwindelmethode. Ich bewahre mir noch heute ein Löschblatt auf, auf dem ich mit unsagbarer Mühe und Ausdauer in winzigster steno-graphischer Schrift die ganze Geschichte der Pädagogik in Schlagworten untergebracht hatte. Welch hohe geistige Arbeit, welch unübertreffliches Mittel, die Augen zu ruinieren, da doch auch die Nächte zu dieser Art der »Vorbereitung« herangezogen werden mußten! Es ist eine Heuchelei, wenn behauptet wird, daß die Maturitätsprüfung nicht allenthalben übersorgfältig – sagen wir – »vorbereitet« wird. Es ist ja keine Seltenheit, daß die Kandidaten von dem Spezialgebiet, über das sie »geprüft« werden, bei der Prüfung nicht sonderlich überrascht sind; es kommt vor, daß aufgeregte Prüflinge Teile der Angaben für die mathematische Prüfung schon an die Tafel anschreiben, bevor sie noch vom Professor ausgesprochen werden. Diese Art des »Prüfens« ist demoralisierend für Schüler und Lehrer. Es ist lächerlich, am Abschluß eines jahrelangen Studiums, einer jahrelangen Beobachtung durch die Lehrer, die Entscheidung über die »Reife« eines Schülers von dem Scheinerfolg einer verhältnismäßig kurzen Prüfung abhängig zu machen, bei der alle Zufälligkeiten ihr loses Spiel treiben können. Weg mit diesem unwürdigen, unpädagogischen Ballast!

Bezeichnend mag es sein, daß bis heute einige Unterrichtsstunden und ihre Wirkungen in meiner Erinnerung besonders hervorragen. Ich war elf Jahre alt. Der Geschichtslehrer war erkältet und saß fröstelnd beim Ofen, er erzählte uns von den Perserkriegen, die Klasse folgte atemlos der fesselnden Darstellung; keine zweite Geschichtsstunde mehr ist mir so im Gedächtnis geblieben. – Ich war fünfzehn Jahre alt. Der Deutschprofessor mit seiner rauhen, wenig modulationsfähigen Stimme liest den Monolog aus »Wilhelm Tell« vor. Eine Weihestunde. Keine zweite Deutschstunde haftet so in meiner Erinnerung. – Mein Religionslehrer in der Bürgerschule war ein ausgezeichnete Kanzelredner. Ich fehlte in keiner seiner Predigten. Der klare Aufbau, die zu Herzen gehenden Worte, die natürliche Darstellungsweise, die überzeugende Art zogen mich un-gemein an. Er hat den ersten Anstoß zu dem Wunsche gegeben, auch einmal zu Massen sprechen zu dürfen.

Damit sind meine Erinnerungen an besonders weihevollere Stunden erschöpft. Eigentlich eine dürftige Auslese und doch für das ganze Leben wirksam. Einen ganz besonderen Einfluß aber hatte auf mich die musikalische Erziehung. Da ich schon in meiner frühesten Kindheit Musik lernen durfte, war ich beim Eintritt in die Lehrerbildungsanstalt ziemlich gut vorbereitet. Ich kam zu einem

hochmusikalischen Lehrer, Anton *Huebner*, der sich auch als Komponist einen Namen gemacht hat und von der Musik »erfüllt« war. Unvergessen bleibt der Eindruck, als ich das erstmal im Streichorchester der Anstalt mitwirkte und die Fülle der Töne unmittelbar auf mich einströmte. Es war die Zweite Sinfonie von Mozart. Bis dahin hatte ich nur die Kapelle unserer Ortsfeuerwehr hören dürfen. Ich war wie betäubt. Heute tönt es noch in mir nach. Diese Orchesterstunden waren fünf Jahre hindurch für mich festliche Erlebnisse, die ihren Höhepunkt in den letzten zwei Jahren erreichten, als ich selbst zum Dirigieren herangezogen wurde.

Zusammenfassend darf man wohl sagen, daß das Hauptübel des früheren Unterrichtes darin bestand, daß die Individualität des Zöglings im allgemeinen völlig unbeachtet blieb. Das Lernen wurde ausschließlich zu einer oft recht harten Pflicht. Jedes errungene Zeugnis bedeutete Befreiung von einer Last. Alles kam dann im späteren Leben darauf an, ob die Verekelung des Lernens nicht zu weit vorgeschritten war, als daß sich der Trieb nach Weiterbildung aus idealen Gründen, also um des Wissens selbst willen, noch durchzusetzen vermochte. In jedem von uns kam es bewußt oder unbewußt zu einem Aufbäumen gegen diese Lern- und Erziehungsmethode, die von der Individualität des Schülers wenig Kenntnis nahm und das reine Autoritätsprinzip aufrichtete, insbesondere dort, wo es an wirklicher Autorität mangelte.

Ausschlaggebenden Einfluß nahmen auf uns nur die Lehrerpersönlichkeiten. Ihre Eigenart, ihr geistig hochstehendes Wesen, ihre vornehme Auffassung von Pflichterfüllung gegenüber der Gesamtheit und jedem einzelnen Schüler, ihr Verständnis der jugendlichen Psyche mußten dauernde Wirkung ausüben. Ihnen danke ich die Erkenntnis, daß die Lehrerpersönlichkeit das Primäre jeder Erziehung, jedes Unterrichtes sein muß. Die wenigen Lehrer, die oft kühn die engen Grenzen überschritten, die starren Fesseln sprengten, ihre eigenen Wege gingen, sie waren neben pädagogischen Handwerkern, vielleicht auch Kunsthandwerkern, die gestaltenden Künstler.

Aber auch diese rückständige Schule lehrte mich systematische, zielbewußte Arbeit kennen, sie legte, wenn auch unter Anwendung unzulänglicher Methoden, den Grundstock zu weiterer geistiger Arbeit, sie wirkte als erste, größere soziale Gemeinschaft erzieherisch auf die Jugend. Voll Dankbarkeit gedenke ich daher aller meiner Lehrer, in bewundernder Liebe und Achtung der über den Durchschnitt herausragenden Lehrerpersönlichkeiten.

## Freizeiten

Unter »Freizeit« verstehe ich nicht nur die länger andauernden Unterbrechungen des Schuljahres, die eine zeitweilige Umstellung der Lebensgewohnheiten hervorrufen, sondern auch die Spanne freier Zeit, die sich täglich oder wöchentlich ergibt, die außerhalb des regelmäßigen Unterrichtsbetriebes und außerhalb des gewohnten Familienkreises verbracht wird. Die strengen Bande der Ordnung lockern sich ein wenig, freiere Bewegungsmöglichkeit bietet sich dar, die Individualität des Kindes setzt sich leichter durch.

Im Vaterhause stets in strenger Zucht, außerhalb der Schulzeit festgehalten durch täglichen Violin- und Klavierunterricht, durch Musikübungen, fand ich doch Stunden, von mir heiß ersehnt und oft auch erlistet, die Freizeiten waren. Ein Freundschaftsbund mit dem gleichaltrigen Karl Heider, im 10. Lebensjahre geschlossen, eröffnete mir eine neue, ungeahnte Welt. Seine Eltern besaßen ein kleines Bauernhäuschen mit einem ausgedehnten, wohlgepflegten Obstgarten, einen mit unglaublicher Mühe und außerordentlichem Verständnis gepflegten Rosengarten, dazu Hunde, Katzen, Hühner, ein Bach vor dem Haus, auf dem man mit dem Waschtrog abenteuerliche Kahnfahrten unternehmen konnte – ein Dorado der Kindheit! Dorthin flüchtete ich mich, weit weg von väterlicher Strenge und mütterlicher Besorgtheit, dort konnte man ein ungebundenes Leben genießen unter den Augen der verständnisvollen, unendlich gütigen, braven Mutter meines Freundes. Sie fühlte sich nur berufen, die immer wieder auftretenden »klaffenden Wunden« an den Kleidern zu »behandeln«, »damit die Mutter nichts merkt«, die Ritze und Risse an Händen und Beinen zu verbinden, unsere Kleider zu trocknen, wenn wir im Eis eingebrochen waren. Sie lächelte über all die Unfälle verständnisvoll, selbst wenn es manchmal arg drunter und drüber ging. Eine seltene Frau! In diesem prachtvollen Obstgarten gibt es keinen Baum, der nicht das Ziel unserer gewagten Kletterübungen gewesen wäre, keine süße Frucht, die wir nicht verkostet hätten, keinen Strauch, dessen Beeren nicht von uns eingehend gewürdigt worden wären. Welch eine wunderbare Welt! Das war Leben, das war Freiheit! Ein starker Wind traf uns auf den höchsten Baumwipfeln – eine ideale Schaukel! Hätte Vater geahnt, wie sich sein »Lehrerssohn« benahm! Die Dächer von Scheune und Wohnhaus waren uns gerade recht, um dort unsere Feuerwehrrübungen möglichst naturgetreu abzuhalten. Steig- und Dachleitern wurden angelegt, mächtige Wasserkübel hinaufgeschleppt, und dann ergoß sich unter entsprechendem Lärm und Signalen das Wasser schffelweise über das Dach auf die Fenster herunter und erwischte manchmal einen ahnungslosen Wanderer, dessen Weg gerade an

diesem »verteidigten« Hause vorbeiführte. Es gab schon Klagen über die wilden Buben, aber sie gelangten nur bis zu den Ohren von Mutter Heider. Sie warnte, drohte mit dem Finger, aber – sie ließ uns gewähren. Wie recht sie hatte! Sie gestaltete uns ein Märchenreich, gab uns unersetzliche Schätze an Frohsinn und gestillter Abenteuerlust. Diese einfache Frau war eine gute Erzieherin, denn sie liebte die Kinder.

Hatten wir uns ausgetollt, dann liefen Karl und ich wieder in unsere Wohnung und begannen ein »geordnetes« Leben. Es war ganz merkwürdig, mit welch heiligem Eifer, mit welcher Freudigkeit wir Musik trieben, Karl auf der Violine, ich beim Klavier. Von Zeit zu Zeit gaben wir regelrechte Konzerte, allerdings nach unserer Art. Ein musikalisches Programm von mindestens vierzig Nummern wurde zusammengestellt, gewissenhaft geprobt, bis der große Tag gekommen war. Es war stets ein Sonntagnachmittag. Unsere beiden Mütter bildeten das Publikum. Die Frauen saßen bei einer Schale Kaffee von 2 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends und bewährten sich mit wahrer Engelsgeduld als begeisterte Zuhörer, die sogar todesmutig Wiederholungen einzelner Programmnummern verlangten. Es gab dabei vier Glückliche, zwei Zuhörer und zwei Konzertisten; ein Stück Selbsttätigkeit und Lernfreudigkeit setzte sich durch.

In späteren Jahren, als ich in die Lehrerbildungsanstalt kam, eroberte ich einen neuen Kreis für mich. Es waren sechs ziemlich gleichaltrige Studenten, die sich während der Ferienzeit in meinem Heimatorte zusammenfanden. Sie besuchten das Gymnasium, die Realschule, also »vollwertige« Mittelschulen, ich war »nur« im Lehrerseminar, und selbst dieser Schulbesuch war nur mit Hilfe eines Landesstipendiums ermöglicht worden. Manchmal war es bitter, wenn ich mich in die zweite Reihe gestellt fühlen mußte. Ich war auch der ärmste unter ihnen, meine Kleider waren meist »Verjüngungen« der abgelegten Kleider meines Vaters, mein Vater war »nur« Volksschullehrer. Öfter als einmal hörte ich, daß man das Gymnasium besucht haben müsse, um später in der Welt Geltung erlangen zu können. Ich setzte aber meine »Gleichberechtigung« durch; im Laufe der Zeit war das »Unterschiedliche« zurückgetreten. Dieser jugendliche Kreis nannte sich »Studenten-Komitee« und gestaltete sich immer mehr zu einem innigen Freundeskreis unerfahrener lebensfroher Menschen. Das Wichtigste daran aber war, daß sich uns als Heimstätte die Familie des Ortsarztes Dr. Karl Swoboda erschloß. Es war eine außerordentlich seltene Persönlichkeit, dieser Arzt, die auf uns alle einen gewaltigen Einfluß ausübte. Eine stattliche Erscheinung, hochgebildet, von tiefem sozialen Fühlen geleitet, sangesfroh, von einem merkwürdigen Verständnis für die Jugend, von einer

solchen Lauterkeit der Empfindung, daß ihm unsere Herzen zuflogen. Unbegrenzte Achtung und Liebe brachten wir ihm entgegen. Er wußte, daß wir in das »gefährliche Alter« eingetreten waren. Klug beschäftigte er uns mit Musik, Turnen, Baden, Spielen und Wandern. Es schien uns, als wäre er genau so »jung« wie wir. Er goß uns unmerklich seine Ideen ein, so daß wir sie als die unseren wähten. Wir wählten ihn zum Obmann des »Studenten-Komitees«, und mit großem Ernst erfüllte er seine daraus erwachsenden Pflichten. Viele Stunden widmete er uns, frohe und ernste Gespräche wechselten ab; dann führte er uns wieder in seinem Wagen hinaus in die Leitha-Auen oder auf Wiesen: er war der erste Lehrer, der mich die Natur schauen und lieben lehrte. Unermeßlich viel hat er uns jungen Menschen gegeben, er lebt fort in uns, verklärt durch unsere unverminderte Dankbarkeit und Liebe.

Die eigentliche Ferienzeit verbrachten meine Eltern und ich einige Jahre hindurch in einer ganz fremden Umgebung. Der Bruder meines Vaters versah eine Pfarrerstelle in einem kleinen ungarischen Dorfe auf der Schüttinsel. Die Gegend zeigte den Charakter einer Tiefebene mit unerschöpflich fruchtbarem Weizenboden, der die Voraussetzung des nicht geringen Reichtums der Dorfbauern bildet. Donauauen zogen sich hin, sonst unermeßliche Weiten. Außer dem Schulmeister sprach kein Mensch deutsch. Mein Onkel war die unbestrittene höchste Autorität im Dorfe. Es durfte nur geschehen, was er gutgeheißen hatte. Er verwaltete die kleine Pfarrgemeinde und, was ihm viel mehr Arbeit gab und Sorgen machte, einen landwirtschaftlichen Betrieb, der zum Pfarrhof gehörte und sich in späteren Jahren durch Privatankäufe bis zum Großgrundbesitz erweiterte. Begonnen hatte er seine Wirtschaft mit zwei Pferden, die ihm sein Bischof geliehen hatte, gestorben ist er als reicher Mann, im Gegensatz zu seinem Bruder, meinem Vater, der arm geblieben ist bis ans Lebensende. Es war ein ganz eigenartiges Leben in diesem Orte. Unser gesellschaftlicher Verkehr bestand ausschließlich aus Pfarrern, die sich jeden Sonntag bei einem anderen Amtsbruder zusammenfanden. Da gab es ziemlich bewegte Unterhaltungen, ausgezeichnete Mahlzeiten wurden geboten, Wein floß in Strömen, die Spielkarten regierten bis zum frühen Morgen. Die priesterliche Würde zeigte sich in Hemdärmeln, und die sonst aufdringlich zur Schau getragene Autorität erhielt manch argen Stoß, damit aber auch mein bisher frommes Wesen. Ich traute meinen Augen nicht: es ging oft sehr weltlich zu und ich sah hinter die Kulissen. So wurde einmal ein geistlicher Herr aus dem Spielzimmer hinausgerufen. Eine ganz arme, verhärmte Frau küßte ihm die Hand und bat ihn, er möge eine Messe lesen, damit ihr todkranker Mann wieder genesen. Der fromme Mann erwiderte: »Sie haben ganz recht. Wenn der himmlische Arzt

nicht helfen kann, der irdische kann es sicher nicht. Wenn Sie den Arzt aus der Nachbargemeinde holen, kostet das fünf Gulden; dies ist auch die Taxe für die Messe.« Die arme Frau wickelte bereitwillig einen Fünfguldenzettel aus dem Taschentuch und ging hoffnungsvoll heim. Zwei Stunden später wanderte das Geld auf den Spieltisch. Ich fragte am nächsten Tag meinen Onkel, ob das recht gehandelt wäre. Er meinte verlegen, die Messe müsse für die Leute mit einem empfindlichen Opfer verbunden werden, damit man ihren wahren Wert nicht unterschätze.

Diese Ferienzeiten besorgten bei mir eine durchgreifende Aufklärung. Vieles wurde zerstört, die Wirklichkeit trat an die Stelle einer frommen Lüge. Der Einblick in das Leben der untersten Schichten des ungarischen Volkes, in den landwirtschaftlichen Betrieb, die Kenntnis fremder Sitten und Gebräuche waren außerordentlich wertvoll. Als ich Sozialdemokrat geworden war und davon meinem Onkel Mitteilung machte, kam wohl ein vorwurfsvoller Brief und die Mitteilung, daß er mich enterbt habe, unser persönliches Verhältnis blieb bis zu seinem Tode völlig einwandfrei. Er war ein begabter Kanzelredner, wobei ihn seine Studien, auch in Wien, wesentlich unterstützten, er war geachtet in seiner Gemeinde und fand volle Befriedigung in seinem Berufe.

Die Freizeiten erweiterten grundlegend meinen Erfahrungskreis, der Blick schärfte sich, neben Familie und Schule traten neuartige soziale Gemeinschaften. Die bescheidene Frau mit ihrer natürlichen Erziehungsgabe, der warmherzige Arzt mit klugem Bedacht, der von seiner Sendung erfüllte Priester waren eindrucksvolle Erziehungsfaktoren. Neben die kleine Familie, neben die weltfremde Schule trat das wirkliche fließende Leben in verschiedenen Gestalten und Gestaltungen. Freizeiten nennt man die Pausen im alltäglichen Getriebe, Gestaltungszeiten wurden sie mir für das ganze Leben.

#### *Wie des Kindes Spiel das Leben vorbereitet*

Viele Stunden hindurch war ich mir in meiner Kindheit selbst überlassen. Als einem einzigen Kind blieb mir die natürliche Gesellschaft der Geschwister versagt. Aber vielleicht ist es gerade dem Umstande zu danken, daß sich das, was in meinem Innersten schlummerte, leichter losrang, daß das Spiel, das ich mir selbst gestaltete, zur Formung des Unbewußten wurde. Vieles wurde aus dem unmittelbar Erlebten geschöpft, der Nachahmungstrieb machte sich geltend – und doch hätte der genauere Beobachter ziemlich sichere Schlüsse auf das Wesen, die Eigenart des Kindes ziehen können.

Mit elf Jahren wurde ich zum Ministrantendienst in der katholischen Kirche

herangezogen. Das war kein Spiel, sondern eine ziemlich ernste Verpflichtung, die mich täglich vor sieben Uhr morgens in die Kirche rief, mich oft noch in voller Dunkelheit, manchmal allein auf den hohen Turm führte, um dort die Glocken in Schwung zu setzen. Das Gefühl der Furcht habe ich nie kennengelernt. Der Katechet verstand es, uns für diese Arbeit in der Kirche zu begeistern. Es ist zu köstlich, daß ich durch einige Jahre Kolporteur klerikaler Jugendschriften war; das »Heidenkind« und der »Schutzengel« erfreuten sich meiner besonderen Fürsorge. Regelmäßig trug ich die neuerschienenen Nummern in die Wohnungen, verrechnete genau die eingegangenen Beträge und erhielt dafür vom Herrn Katecheten ein Heiligenbildchen, das fürsorglich in meinem Gebetbuch verwahrt wurde.

Der tägliche Besuch der Kirche, die direkte Teilnahme an kirchlichen Funktionen waren für mich die Veranlassung, meine Eltern zu bitten, mir einen kleinen Altar und Miniaturkirchengeräte zu schenken. Ein Weihnachtsabend brachte die Erfüllung meines Wunsches. Und nun ahmte ich alle priesterlichen Funktionen auf das genaueste nach, stets ohne Zeugen. Obwohl ich dabei kein frommes Gefühl hatte, versah ich meine »Pflicht« mit Ernst und insbesondere mit Ausdauer. Das einsame Spiel liebte ich, es gab mir viel Anregung und erhob mich über das Alltägliche. Dann kam die Ernüchterung. Hinter dem gleißnerischen Äußern der so betont zur Schau getragenen Frömmigkeit, der berechnenden Demut stand die nackte Wahrheit, deren Erkennen mich stark erschütterte. Das verderbliche Wirken des pflichtvergessenen Kapuziners als Katechet, die Erfahrungen im Pfarrhof meines Onkels, der Einfluß meines Vaters, der immer wieder auf die Geistlichkeit als den geschworenen Feind einer freien Schule und auf die Demütigungen hinwies, die er selbst als Lehrer der konfessionellen Schule erlitten hatte, die vorzeitige Lektüre der freiheitlichen Lehrerblätter – all das zusammengenommen brachte die Umwandlung hervor. Sie wurde bestärkt, als ich aus eigener Erfahrung den Mißbrauch religiöser Empfindungen zu parteipolitischen Zwecken immer wieder kennen lernte, als ich erfuhr, wie sich Kanzel und Hirtenbriefe der Bischöfe unverhohlen in den Dienst der Tagespolitik stellten. Die ernste Lektüre wissenschaftlich hochstehender Schriften bewirkte endgültig meine Umstellung. Nie habe ich ein Wort gegen eine religiöse Überzeugung gesprochen, mein Kampf ging stets gegen die weltlichen Machtbestrebungen der Kirche, die sich oft nicht scheute, in ihrem Interesse auch sehr zweifelhafte Mittel in Anwendung zu bringen.

Mit wirklicher Ergriffenheit lese ich die Briefe, die mir mein Katechet aus der ersten Volksschulklasse noch heute manchmal schreibt. Er ist jetzt über achtzig Jahre alt. Findet er in seiner Zeitung eine Kritik über mich oder über

das Wiener Schulwesen, dann setzt er sich zum Schreibtisch und beginnt einen Brief mit den Worten: »Mein lieber Otto!«, und dann folgen Warnungen, Beschwörungen, Ratschläge, und zum Schluß heißt es: »Ich schließe Dich in mein Gebet ein, vielleicht findest Du noch den rechten Weg.« Welch hohe, gewissenhafte Auffassung von Pflichterfüllung, welch dauernde Verbundenheit mit dem einstigen Schüler, welche Treue gegenüber dem als recht Erkannten – und all das noch im höchsten Greisenalter!

Das fromme Spiel der Kindheit konnte keine Fortsetzung finden. Im unbarmherzigen Lichte der wirklichen Welt versandete diese Quelle für eine spätere Berufswahl oder Lebensauffassung.

Es dürfte kaum eine Kinderstube geben, in der nicht das »Schulspielen« Einzug gehalten hätte. Die autoritäre Stellung des Lehrers, die eigenartigen Verhältnisse der Schulstube drängen zur Nachahmung. Jeder Schüler hegt die Sehnsucht, auch einmal ein Lehrer, also eine unbestrittene Autorität, zu sein. Finden sich mehrere Kinder, die sich für einige Zeit zu der weniger dankbaren Rolle der Schüler hergeben, dann ist das Glück des »Lehrers« vollkommen. Und doch war bei mir die Einstellung zum »Schulspiel« auf ganz anderen Voraussetzungen aufgebaut.

Meine Eltern bewohnten zwei bescheidene Räume im Schulhaus. Während des Tages fanden sich die Lehrer des Ortes bei uns ein; es hatte jeder von ihnen eine andere pädagogische Zeitung abonniert, und alle diese Blätter lagen bei uns auf: es war das pädagogische Lesezimmer. Daher kam es, daß ich schon von dem Augenblicke an, wo ich die ärgsten Leseschwierigkeiten überwunden hatte, zu den ständigen und sehr interessierten Lesern der Lehrerblätter aller Richtungen gehörte. Bald war mir die Ordnung auf dem Zeitungstisch übertragen, ich hatte die Erscheinungstage in Evidenz zu halten, und so wurde ich schon in der Kindheit mit der Lehrerbewegung und ihren Schicksalen verbunden. Nicht selten hörte ich, hinter dem Bücherkasten verborgen, lebhaft Debatten der Lehrer an. Dazu kam die Bücherei meines Vaters. War er nicht zu Hause, stürzte ich mich auf diese verborgenen Schätze und kramte in ihnen herum. Bald fand ich mich zurecht, und immer wieder griff ich mit glühendem Interesse nach den methodischen Werken. Da gab es für jedes Schuljahr pädagogische Handbücher, oft in Frage und Antworten ausgeführt: das war meine Lust, das trat an die Stelle eines Märchenbuches. Ich las die Fragen und Antworten laut vor, zeichnete die Bilder nach, und so vorbereitet, begann das Schulspielen. Ich machte mir einen wirklichen Lehrplan, hielt den Stundenplan, der allerdings nur recht gekürzte Stunden aufwies, ein. Ich mußte allerdings meinen »Schülern« gewisse Konzessionen machen, damit sie länger aus-

hielten, und so artete zum Beispiel das Turnen oft in eine wilde Balgerei aus ; aber schließlich durfte ich der Lehrer sein, der mit den Büchern unter dem Arm voll Würde die Schulstube betrat ! Es war nämlich eine wirkliche Schulstube zur Verfügung, denn wir wohnten ja im Schulhaus, eine wirkliche Schultafel, ein wirklicher Schwamm, man konnte auf der Tafel schreiben – welch eine Lust, welch unsagbares Glück !

Als ich in die Bürgerschule ging, da machte ich einen Schritt weiter. Glücklicherweise wußte niemand davon. In unmittelbarer Nachbarschaft unserer Wohnung war die erste Klasse der Mädchenvolksschule untergebracht. Zeitig morgens verließ ich das Bett, kleidete mich sorgfältig an, und wenn die kleinen Schülerinnen oft schon vor halb acht Uhr früh daherkamen, betrat ich die Klasse und spielte mich als grimmiger Lehrer auf. Dabei mußte ich allerdings sorgfältig darauf bedacht sein, rechtzeitig den Ort meiner erzieherischen Tätigkeit zu verlassen, damit mich nicht die wirkliche Lehrerin erwische. Nie beklagte sich eine Schülerin über meine Strenge, und so blieb mein Geheimnis bis auf den heutigen Tag bewahrt.

Elf Jahre war ich alt, als mir mein Vater, nach einer entsprechenden Anrede, eine neue Aufgabe übertrug. Vater war durch viele Jahre Schriftführer des Lehrervereins. Da gab es Einladungen zu Vereinsleitungssitzungen zu schreiben, ausführlich verfaßte Protokolle über Lehrerversammlungen mußten ins Protokollbuch eingetragen werden. Ich hatte eine gut leserliche Schrift, also zog mich mein Vater für diese Arbeiten heran. Wie gerne ich darauf einging ! Vor kurzem erhielt ich als Ehrengeschenk des »Lehrervereins für den Landbezirk Wiener Neustadt« das alte Protokollbuch übermittelt, in dem sich, von meiner Hand geschrieben, die Protokolle aus dieser Zeit finden. Schon im Alter von dreizehn Jahren nahm mich mein Vater in die Lehrerversammlungen mit (ich wundere mich, daß daran niemand Anstoß nahm), und so wurde ich Zeuge der Verhandlungen, der oft recht lebhaft geführten Debatten und auch Hörer der Vorträge.

Mein »Schulspielen« konnte also kein Spiel im eigentlichen Sinne des Wortes sein ; nicht kindliche Unbekümmertheit und Gestaltungskraft beeinflussten mein Gebaren, es war eine Betätigung auf ernster Grundlage im Rahmen kindlicher Möglichkeiten.

Die Tatsache meiner Geburt in einem Schulhause, das den Boden für meine Kinderspiele abgab, das pädagogische Lesezimmer in der Wohnung, die vorzeitige Teilnahme an den Berufsschicksalen der Lehrer : das waren die ausschlaggebenden Voraussetzungen für meine Zukunft. Es entwickelte sich hieraus noch eine andere, für ein Kind von etwa elf Jahren recht eigenartige Be-

schäftigung. Stunden um Stunden saß ich nämlich an meinem kleinen Schreibtisch und schrieb emsig. Heute bin ich überzeugt, daß meine Eltern genau wußten, was sich da abspielte, sie waren aber klug genug, mir gegenüber nie davon Erwähnung zu tun: ich hatte nämlich einen Verein gegründet. Mitgliederlisten und Protokolle wurden angelegt, ein Kassenbuch geführt, die Wahl der Vereinsleitung genau vermerkt. Der Bürgermeister des Ortes war Obmann, der Schuldirektor dessen Stellvertreter, mein Vater Schriftführer, und so ging es weiter bis zu mir, der ich es zum »Ober-Obmann« gebracht hatte. Es gab Aufzeichnungen über Anträge, eingehende Debatten darüber, Beschlüsse. Dieser Verein war ganz in meiner Hand, denn er bestand nur auf dem Papier und in meiner Phantasie. War das ein prachtvolles Geheimnis, eine papierene Diktatur! Oft stützte ich an langen Winterabenden den Kopf in die Hände und versuchte ein richtiges Vereinsproblem zu lösen. Es ist mir leid, daß diese »Protokolle«, wie auch andere Kindheitserinnerungen, beim Tode meiner Eltern verloren gingen. Der Umstand aber, daß sie mein Vater jahrelang aufbewahrte, scheint darauf hinzudeuten, daß sie manch Interessantes enthielten und Rückschlüsse auf meine spätere Entwicklung gestatteten. Vieles aus diesem Kinderspiel wurde im Leben Wirklichkeit.

In den Jahren, da sich das Studenten-Komitee bildete, gründete ich einen »wissenschaftlichen Klub«, der trotz dem vielversprechenden Namen mit Rücksicht auf das jugendliche Alter der Teilnehmer – sie standen zwischen vierzehn und siebzehn Jahren – doch eine ganz merkwürdige Sache war. Jedes der sechs Mitglieder (sie waren alle Mittelschüler) mußte nach Ablauf einer entsprechenden Zeit einen »Vortrag« halten und eine schriftliche Vorbereitung dazu vorlegen. Als Quelle für das Studium standen allerdings nur die Lesebücher und die Schülerbücherei zur Verfügung. Immerhin wurde an jeder Leistung strenge Kritik geübt. Unser lieber Freund, Dr. Swoboda, lobte uns stets, was mir heute sehr verdächtig vorkommt. Da ich Obmann dieser Vereinigung war, hatte ich immer wieder für neue Vortragsthemen zu sorgen; das war bei den weit auseinandergehenden Interessen der Mitglieder keine leichte Sache.

Von diesem »Spiel« ergibt sich schon von selbst der Übergang ins ernste Leben. Es war eine ganz ausgezeichnete Vorbereitung, die ich nicht missen möchte. Zurück blickend, kann ich mir dennoch nicht verhehlen, daß all diese Jugendspiele der wirklich unbeschwerten Fröhlichkeit entbehrten; immer hatten sie einen ernsten Hintergrund, eigentlich waren es frühreife Unterhaltungen, die wenig Kindliches an sich trugen.

Hier sei noch ein Umstand erwähnt, der nicht ohne Einfluß auf meine spätere Tätigkeit als Redner geblieben ist. Meine kindliche Phantasie wurde

nur sehr spärlich angeregt. Mit um so größerer Dankbarkeit gedenke ich einer ganz einfachen, alten, armen Waschfrau, die von Zeit zu Zeit zu ihrer Tochter auf Besuch kam. Ihr gelang es, mich in den Märchenzauber einzuspinnen. Niemand erzählte mir sonst Märchen, nur sie, die weißhaarige Frau mit dem sorgendurchfurchten Gesicht und den zerschundenen Händen. Sie saß auf einem niederen Schemel, um sie herum hockten die Kinder auf der Erde und lauschten in der Dämmerzeit den Schilderungen aus einer phantastischen Welt. Atemlos hörten wir Kinder zu, wenn Feen, Riesen, Zwerge und Könige in Aktion traten. Wahrscheinlich verfügte sie nur über eine ganz primitive Sprache, aber vielleicht war es gerade dieser Umstand, der uns das Märchenhafte näher brachte. Es tat unserer Freude keinen Abbruch, daß die Auswahl der Märchen eine ziemlich beschränkte war; sie erzählte unermüdlich, und wir hörten unermüdlich zu, wir vergaßen dabei die Welt und landeten mit geröteten Wangen und glänzenden Augen im Märchenlande. Wie reich machte uns diese arme Frau!

Bei Schulfeierlichkeiten wurde ich des öfteren zu Deklamationen herangezogen. Das genügte mir nicht. Mit dreizehn Jahren hielt ich meinen ersten regelrechten »Vortrag«. Aus verschiedenen illustrierten und pädagogischen Zeitschriften suchte ich mir Stücke heraus, die sich auf die Stellung der Mutter in der Familie bezogen. Ich verband die zum Teil innerlich auseinanderstrebenden Stoffe, schrieb alles fein säuberlich nieder, und als alles fertig war, verriet ich diesmal mein Geheimnis merkwürdigerweise meinem Vater. Er erschien mir als der berufene Fachmann. Er machte zunächst große Augen, als ich ihn bat, er möge mir dazu verhelfen, den Vortrag auch wirklich halten zu können, doch er brachte meinem Wunsche volles Verständnis entgegen. Und eines Abends wurde die Toreinfahrt des Wohnhauses (damals wohnten wir nicht mehr im Schulhaus) sauber gemacht, auf dem Nähtischchen meiner Mutter eine Petroleumlampe postiert, Sessel aufgestellt, und wirklich, die von von mir persönlich eingeladenen Wohnparteien kamen pünktlich, und so konnte es losgehen. Von irgendeiner Befangenheit war nichts zu verspüren, ich war meiner Sache völlig sicher. An den Inhalt meiner Darlegungen kann ich mich nicht mehr erinnern, ich erntete aber viel Lob, und da nahm ich mir vor, bald wieder eine solche Sache zu unternehmen; es kam aber nicht mehr dazu.

Erst mit sechzehn Jahren hielt ich ganz unvermutet meine erste politische Rede. Das kam so. In meinem Heimatort fanden Gemeinderatswahlen statt. Ein heißes Ringen war zwischen den »vereinigten Antisemiten« und den »Liberalen« entbrannt. Unsere Väter standen selbstverständlich auf der liberalen Seite. Das »Studenten-Komitee« wurde zu Botengängen herangezogen, jeder von uns fühlte sich außerordentlich wichtig. Als nun die Liberalen einen un-

verhofft großen Sieg errungen hatten, mußte dieses Ereignis durch eine Festtafel die nötige Würdigung erfahren. Wir durften als »Mitarbeiter« an der untersten Tischseite Platz nehmen. Der Reichsratsabgeordnete Engelbert Pernerstorfer, eine sympathische Erscheinung und ein begeisternder Redner, hielt die Festrede. Dabei kam er in anerkennenden Worten auf die »Mitarbeit der Jugend« zu sprechen und meinte, hoffentlich erfasse die Jugend ihre Aufgabe und werde einmal die Stütze der fortschrittlichen Bewegung. Das ließ mir keine Ruhe. Das war doch eine direkte Herausforderung an uns. Es mußte von uns jungen Leuten eine Erwiderung erfolgen. Ich schlich mich zum Vorsitzenden und bat ums Wort. Er sah mich sehr überrascht an, aber endlich verkündete er doch: »Herr Glöckel hat das Wort.« Mein Vater erhob sich und meinte, es müsse da ein Mißverständnis vorliegen, er habe sich nicht gemeldet. Darauf der Vorsitzende mit freundlichem Lächeln: »Nein, Herr Glöckel *junior* hat sich gemeldet.« Jetzt war die Sensation da. Ich sehe meinen Vater noch vor mir, wie er nervös mit seinen Händen spielte, gezwungen lächelte und sich schließlich in sein Schicksal ergab. Ich muß nicht so schlecht geredet haben, denn Beifall folgte meinen Worten. Meine Freunde waren ungemein stolz auf mich. Aber nun ereignete sich etwas, was für mein ganzes späteres Leben ausschlaggebend wurde. Abgeordneter Pernerstorfer kam auf mich zu, schüttelte mir die Hände und sagte: »Sie müssen nach Wien. Sobald Sie mit Ihrer Prüfung fertig sind, kommen Sie zu mir, wir können Sie brauchen.« So geschah es auch zwei Jahre später, und so hatte meine erste politische Rede einen Erfolg aufzuweisen wie keine zweite nachher.

Tausende von Versammlungen habe ich seither abgehalten, es dürfte kaum einen größeren Ort im deutschen Sprachgebiet geben, wo ich nicht öffentlich gesprochen hätte. Vom kleinsten Auditorium bis zu Massendemonstrationen. Wirtschaftliche, politische, kulturelle Themen waren es, die ich zu behandeln hatte. Wird aber von der Jugend, von der Schule gesprochen, dann fühle ich, wie sich eine eigenartige Stimmung über die Zuhörer senkt. Sie gehen nicht nur mit dem Kopfe, sondern auch mit dem Herzen mit, denn verwandte Töne klingen an, die eigenen Erlebnisse aus der Jugendzeit werden wieder lebendig. Ich habe da unvergeßliche Stunden erlebt und daraus die Überzeugung geschöpft, daß die Schule dem Volke ungleich näher liegt als viele andere wichtige Dinge. Die eigenen Kinderschicksale bilden die Brücke in eine erträumte bessere Zeit. Für gar viele ist der Gedanke »Meinen Kindern soll es einst besser gehen, als es mir ergangen ist« die Aufforderung zum Kampf, der Trost im eigenen Leid, die Hoffnung, die allein über schwere Zeiten hinweghilft!

## Wiener Neustadt

Am 29. Juni 1892 waren im Festsale der Lehrerbildungsanstalt in Wiener Neustadt Professoren, Eltern und Schüler versammelt, um in feierlicher Weise den Schuljahrsschluß und die Verabschiedung der Absolventen zu begehen. Nach Orchestervorträgen und einem von mir gehaltenen Vortrag über Mozart kam der feierliche Augenblick, da mir mein Direktor das Reifezeugnis überreichte. Er hatte große Hoffnungen auf mich gesetzt. Oft meinte er nach einem Lehrversuch, ich wäre der geborene Elementarlehrer, da ich Lehrgeschick mit Liebe zu den Kindern zu verbinden verstehe. Zu meinem Leidwesen hat sich der Direktor geirrt, denn nie war es mir gegönnt, längere Zeit in einer Elementarklasse zu wirken.

Nun war ich Lehrer. Es war erreicht, was ich erträumt hatte. In meinem ganzen späteren Leben, das mich auf verschiedene Posten stellte, habe ich mich nie mehr innerlich so gehoben gefühlt wie in dieser Stunde. Ein rosenroter Optimismus, ein himmelblauer Idealismus nahmen endgültig von mir Besitz, und dank ihm konnte ich auch noch in späterer Zeit manche bittere Stunde leichter überwinden. Mit schwarzem Bratenrock angetan, weiße Handschuhe an den Händen, einen Zylinderhut auf dem Kopfe, das Zeugnis in der Tasche, stolzierte ich mit meinen glücklichen Eltern durch die Straßen meiner Studienstadt, von der ich nun Abschied nehmen mußte.

Wiener Neustadt trug den Charakter einer wirklichen Schulstadt. Mit den 25 000 Einwohnern, die es damals zählte, eine Industriestadt mit romantischem Einschlag, war es gerade der richtige Boden für junge Menschen, die dann ins Leben hinausgeschickt werden sollten. Wir Studenten waren bewahrt vor einem bedrückenden Internatszwang, und doch wohnten wir ziemlich eng beisammen in Kosthäusern, die im allgemeinen familiär geführt wurden. Meine Kostfrau war eine gute, gebildete Kleinpensionistin, die sich ehrlich um ihre drei Schützlinge sorgte. Uns allen war die zweite Heimatstadt bald ans Herz gewachsen, und mit tausend Fäden blieb jeder einzelne auch im späteren Leben mit ihr verbunden. Es war eigentlich nur die Auslösung eines vorhandenen Bedürfnisses, die Jugendfreundschaft auch für das Leben zu erhalten, als ich im Jahre 1894 den »Verein der in Wiener Neustadt herangebildeten Lehrer« gründete. Er besteht heute noch. Durch alle Kriegsnot und wechselnden Verhältnisse konnte er sich erhalten, und in all diesen Jahren verblieb ich Obmann des Vereins. Der Verein steckte sich von allem Anfange an keine weiten Ziele. Er wollte nur eine Verbindung zwischen den einstigen Kollegen aufrechterhalten, zu welchem Zwecke eine kleine, von mir geschriebene Zeitung herausgegeben

wurde, die Nachrichten über die Schicksale der einzelnen brachte und seinerzeit auch in den Schützengräben die Grüße der Freunde übermittelte. In den Versammlungen werden Vorträge gehalten, Exkursionen werden veranstaltet, und von fünf zu fünf Jahren kommen alle »Neustädter« in ihrer Studienstadt wieder zusammen. Da treffen sich gegen tausend Freunde, um einen Tag der Freundschaft an die Jugenderinnerungen anzuschließen. Der lebenden und verstorbenen Lehrer wird gedacht, ein froher Abend vereint alle, die ganz Alten, die vor mehr als fünfzig Jahren die Anstalt verlassen haben, bis zu den ganz Jungen, die vor dem Eintritt in das Leben stehen. Und dann trennt man sich wieder in der Hoffnung auf ein Wiedersehen in fünf Jahren.

Anlässlich meines 50. Geburtstages wurde ein »Glöckelfonds« gestiftet, aus dem alljährlich an »Neustädter« Stipendien zum Zwecke der Teilnahme an internationalen pädagogischen Kongressen oder Studienreisen gewährt werden. Es ist ein bescheidener Wirkungskreis, der aber den Rahmen gibt für tätige Freundschaft und Zusammenhalt im Leben.

### *Gestaltung*

Pernerstorfer hielt sein Wort. Seinen Bemühungen danke ich es, daß ich schon am 19. September 1892 nach Wien fahren konnte, um meinen Posten als provisorischer Unterlehrer anzutreten. Wien mit seinem ganzen lockenden Zauber, Wien, das Ziel meiner Sehnsucht! Warum sollte ich darauf achten, daß ich nur Anspruch auf ein Monatsgehalt von 33 Gulden 33 $\frac{1}{3}$  Kreuzer hatte? Die Eltern werden schon für die Kleidung sorgen. Es berührte mich kaum, daß ich nur ein ganz kleines Zimmerchen ohne Beheizungsmöglichkeit meine Wohnung nennen konnte, was lag mir daran, daß meine Schule mitten im freien Felde stand, umgeben von dem weiten Wiener Exerzierfeld der Schmelz? Ich war in Wien, in Wien!

Wien konnte in mir den jüngsten Lehrer begrüßen, denn ich zählte kaum 18 Jahre, als ich mein Amt antrat. Das war darauf zurückzuführen, daß der große Geologe Dr. Eduard Sueß, in dessen Familie mein Vater Privatunterricht erteilt hatte, mir für den Eintritt in die Lehrerbildungsanstalt einen völlig »ungesetzlichen« Altersdispens durchgesetzt hatte. Als blutjunger, unerfahrener Mensch erhielt ich eine vierte Volksschulklasse zugewiesen, in die von allen anderen Klassen minderwertiges Schülermaterial gestopft worden war. Über sechzig Schüler, darunter zwei Drittel Repetenten, blickten mich bei meinem Eintritt in die Klasse neugierig und geringschätzig an. So also sah der neue Lehrer aus? Er unterschied sich in bezug auf Größe und Bartlosigkeit tatsäch-

lich wenig von seinen dreizehn- und vierzehnjährigen Schülern. Mit aller Sicherheit trat ich auf. Ich war ja mit »pädagogischer Weisheit« versehen. Nicht lange währte der Traum. Nicht *mein* Wille entschied, sondern der der Klasse. Es gelang mir einigermaßen, die Ruhe herzustellen, ja in einiger Zeit war es sogar *zu* ruhig geworden. Zu meinem Schreck bemerkte ich nämlich, daß ein Teil meiner Schüler während der Rechenstunde sanft eingeschlafen war. Ich »griff ein«. Der Erfolg war negativ. Bald erfuhr ich, daß diese armen Kinder bis tief in die Nacht hinein als Kegeljungen in einem Gasthausgarten beschäftigt waren, daß andere von sechs Uhr früh an Milch, Gemüse oder Zeitungen zuzustellen, weite Botengänge hinter sich hatten. Nur zwölf Schüler kannten den Luxus eines eigenen Bettes. Wohl hatte ich von der erwerbsmäßigen Kinderarbeit schon gehört, jetzt stand sie mir mit all ihren verderblichen Folgeerscheinungen in traurigster Wirklichkeit gegenüber.

Bald sollte ich etwas Neues, Unerwartetes erleben. Ein Privatverein spendete für arme Schulkinder Speisemarken, für die den Kindern in einem nahegelegenen Gasthause Gemüse verabfolgt wurde. Von Bierdunst umgeben, an ungedeckten Tischen, in Gesellschaft der Wirtshausbesucher saßen die Kinder zusammengedrängt und bekamen, was an minderwertigen Gemüsen eben vorhanden war. Fünfzehn Speisemarken erhielt ich für meine Klasse; als ich sie verteilt hatte, waren noch fünfunddreißig hungrige Kinder da, die stürmisch Berücksichtigung verlangten. Sie war nicht möglich. Da erhielt ich nachmittags Briefe von den Eltern, die mich der Protektionswirtschaft beschuldigten. Fassunglos stand ich der Sachlage gegenüber. Ich wendete mich an den Schuldirektor. Der war an solche Dinge längst gewöhnt; er meinte nur, da wäre nichts zu machen, man könne eben nur so viele Speisemarken ausgeben, als man selbst habe. Damit war für ihn die Angelegenheit erledigt. So stand ich Tag für Tag vor hungernden Kindern, die von mir Brot verlangten und denen ich statt dessen die schwache Biegung des Hauptwortes servieren mußte. Ich stieß an die Grenzen der Pädagogik.

Unter meinen Schülern hatte ich eine Gruppe von »Schulstürzern«. Es waren halb und ganz verwahrloste Kinder, die in der Regel nur bei schlechtem Wetter in die Schule kamen, da sie sonst »Besseres« zu tun hatten. Wiederholt verbrachten sie die Nacht außer Hause; sie gingen den Eltern gar nicht ab. Die Kinder kommen schon wieder; wenn nur die »Bettgeher« (das waren Leute, die nur eine Schlafstelle gemietet hatten) nicht ausblieben, denn diese brachten einen Großteil des Mietzinses herein. Nicht selten interessierte sich die Polizei für meine Schüler, sonst kümmerte sich ohnedies niemand um sie.

Einer dieser Schulstürzer war über dreizehn Jahre alt. Nur ausnahmsweise

kam er in die Schulklasse, schief wiederholt während des Unterrichtes, verweigerte auf freundliche Fragen jede Antwort und verschwand wieder. Ich versuchte, ihm näherzukommen. Hunger und Laster sahen ihm aus den Augen. Einmal schenkte ich ihm ein Stückchen Brot; er warf es mir vor die Füße und mied wieder auf einige Zeit das Schulhaus. Eines Tages saß er wieder auf seinem Platz; ich kam mit keinem Wort auf den Vorfall zurück und verwendete ihn nach einiger Zeit zu einem Botengang. Er führte ihn gewissenhaft aus. Ich nahm dies als selbstverständlich hin, belobte ihn nicht und gab ihm einen weiteren Auftrag. Als er notgedrungen über den Erfolg berichten mußte, hörte ich zum erstenmal seine Stimme. Es war ein Klassenereignis, als er einmal auf eine von mir während des Unterrichtes wie ungefähr gestellte Frage richtig antwortete. So rang ich um den Jungen. Einmal schlich er beim Gang aus der Schule hinter mir her. Ich blieb ein wenig zurück und ging mit ihm; es wurde vorerst kein Wort zwischen uns gewechselt. Das Eis begann aber zu schmelzen, er wurde gesprächig. Da erfuhr ich, daß er bei seiner epileptischen Großmutter wohne, die sich mit Wäschewaschen mühselig durchbringe. Einmal wurde er krummgeschlagen, weil er aus reiner Bosheit die Versatzzettel, die seiner Großmutter gehörten, verbrannt hatte. Wir kamen uns näher. Er versäumte keine Schulstunde mehr, er begann sich zu fühlen, da er in die Reihe der normalen Schüler eingerückt war. Da kam die Großmutter, eine völlig abgehärmte Frau, zu mir in die Klasse. Sie konnte es nicht glauben, daß ihr Enkel die Schule regelmäßig besuche. Langsam war ich zu seinem Vertrauten geworden, er wurde mein ständiger Begleiter. Mit Tränen in den Augen nahm er Abschied von der Schule und von mir, um in eine Lehre einzutreten. Es war keine glückliche Wahl. Er wurde verprügelt, geriet schließlich wieder auf Abwege und ging elend zugrunde.

Es gab Weihnachtsbescherungen, Feste der Wohltäterei. Ein Christbaum für alle wurde aufgestellt, der dann von den Kindern der Komiteemitglieder abgeräumt werden durfte; süßlich-fromme Ansprachen, Handküsse und anderes heuchlerisches Getue konnten sich breitmachen. Es wurden ausschließlich Kleidungsstücke gegeben, aber was konnte die private Fürsorge gegenüber der großen Notlage ausrichten! Der Lehrer wurde wieder zum Prügelknaben, denn die Eltern machten ihm Vorwürfe, daß ihre Kinder nicht oder zuwenig bedacht worden seien.

Meine Schule lag einige Minuten vom kaiserlichen Lustschloß Schönbrunn entfernt. Ich hatte ein Lesestück über Schönbrunn zu behandeln. Dabei fragte ich, wer noch nicht in Schönbrunn gewesen sei; es erhoben sich zwei Drittel der Klasse. Es waren ja Ausgestoßene, da sie keine Schuhe besaßen, und bar-

füßige Kinder die hohen Herrschaften in ihrem Behagen gestört haben würden. Wenn auch die Schulklasse, die ich in meinem ersten Dienstjahr zugewiesen erhalten hatte, die schwierigste während meiner fünfjährigen Dienstzeit war, im allgemeinen zeigte sich in den anderen Klassen und in späteren Jahren immer wieder ein ähnliches Bild: es handelte sich um Kinder des schwer ringenden Proletariats. Vielfach dem Alkohol verfallen, der entsetzlichsten Wohnungsnot preisgegeben, ohne jede halbwegs ausreichende soziale Hilfe, sandte es seine Kinder in die Schulen am Rande der Großstadt. Es waren Kinder mit gealterten Gesichtern und glanzlosen Augen, oft mit zerrissener oder mangelhafter Kleidung, mit leerem Magen. Die Straße, der Bahndamm, der aufgelassene Schmelzer Friedhof wurden ihnen zum Spielplatz mit allen seinen Unzulänglichkeiten und Gefahren. Da sollte die Schule eine erfolgreiche Erziehungstätigkeit entfalten!

In der Zeit der liberalen Verwaltung der Stadt Wien wurde ein Fortbildungsinstitut für die Lehrer geschaffen, das »Pädagogium«. Unter dem bekannten Pädagogen Dr. *Dittes* gegründet, stand es später unter der Leitung des Historikers und Pädagogen Dr. *E. Hannak*. Mein erster Weg in Wien führte mich dorthin, um mich anzumelden. Durch Jahre besuchte ich dann die Vorlesungen. Im Rahmen des Pädagogiums befand sich auch eine Übungsschule. In diese wurden ausgewählte Kinder des gutsituierten Bürgertums der inneren Bezirke aufgenommen. Welch ein verändertes Bild bot sich mir, als ich gelegentlich auch in dieser Übungsschule zu unterrichten hatte! Wie sah es hier aus, im Vergleich zu meiner eigenen Klasse! Gutgenährte, praktisch gekleidete, wohlerzogene Kinder, täglich in die Schule begleitet, aufnahmefähig und lernwillig. Da kamen die Erfolge von selbst. Fröhlichkeit und Heiterkeit herrschten in der Klasse. Speisemarken und Weihnachtsbeteiligungen gab es nicht.

Der Unterschied war zu aufreizend. Ich begann nachzudenken. In den beiden Klassen waren doch Kinder *eines* Volkes, *einer* Stadt, *eines* Alters, und wie wesensverschieden waren sie! So ganz verschieden konnte sich also die »goldene Jugendzeit« gestalten: für die einen Hunger, Kälte, anstrengende Erwerbsarbeit, körperliche und geistige Verkümmern, für die anderen sorglose Märchenzeit, glückbringendes Spiel, körperliche und geistige Entfaltung. Beide Gruppen sind schuldlos an ihrem Geschick. Wer ist der Schuldtragende? Wo zeigt sich der Ausweg? Kann da Wohltätigkeit noch ausreichen? Warum kümmert sich nicht die Gesellschaft um diese himmelschreienden Dinge? Es war der soziale Klassengegensatz, der mir in seiner abscheulichsten Entartung entgegengetreten war. Noch fühlte ich dies nur dumpf, noch konnte ich mir keine Rechenschaft abgeben, noch mangelte mir jede Erklärung hierfür. Vorsichtig

brachte ich meine Beobachtungen im engsten Kollegenkreise zur Sprache. Ich stieß auf viel Mitgefühl, aber auf eine vollkommen resignierte Stimmung. Ich sprach mit dem Direktor meiner Schule. Das war ein gewissenloser Mensch, glücklicherweise eine Einzellerscheinung im Wiener Schulwesen, der zum Beispiel gegen Bezahlung einer Flasche Bier Urlaub von einer Schulstunde zu erteilen pflegte. Verständnislos hörte er mich an, dann sagte er überlegen: »Sie sind halt noch jung, Sie werden sich an das alles gewöhnen. Am besten ist es, nicht viel davon zu reden.«

So war ich wieder mit meinen Schülern, meinen Sorgenkindern, allein. Ich erkannte, daß ich mit meiner Buchpädagogik Schiffbruch leiden müsse. Instinktiv verfolgte ich den richtigen Weg: ich ließ meine Kinder in der Schule schlafen, damit sie sich erholten, ich zensurierte möglichst wenig und kämpfte um das Vertrauen der Kinder. Bei einigen ging es ganz leicht, bei anderen hatte sich schon eine Eiskruste um ihr Herz gelegt, sie konnten es lange nicht verstehen, daß jemand ein Interesse an ihnen nehmen sollte. Mit Geduld gelang es, innerhalb der Klasse einen Zusammenhalt zu schaffen, es gab gemeinsame Sorgen, bei Lösung von Aufgaben gemeinsame Hilfe. Ich sammelte bei bekannten Familien und konnte jedes Jahr mit den Kindern einen Schulausflug in die nächste Umgebung Wiens unternehmen. Wir erregten jedesmal Aufsehen, wenn meine armen Buben anrückten, mit ihren mühselig geflickten Kleidern, sich tadellos benahmen und dann mit ihren lieben dünnen Stimmen fröhliche Lieder sangen. Es war wohl ein schweres Dienen, es schuf aber glückliche Kinder und einen glücklichen Lehrer. Es war eine wirksame Schule, in die ich dort gegangen bin: Das erstemal kam ich in nächste Berührung mit den ärmsten Schichten und ihren Schicksalen, ich konnte einen tiefen Blick tun in die Struktur der menschlichen Gesellschaft und schauderte vor dem zurück, was sich mir dabei darbot. Wohin führt der Weg?

### *»Die Jungen«*

Das Pädagogium wurde ganz natürlicherweise zum Treffpunkt vieler, und zwar der regsameren jungen Lehrer, die dort bald in engere persönliche Berührung kamen. Die meisten wirkten an Schulen in Proletarierbezirken, sie mußten daher ähnliche Erfahrungen machen wie ich. Wir verstanden uns bald. Wie von selbst kam es zunächst zu unregelmäßigen Debatten, die uns innerlich einander immer näher brachten. Wir hielten uns schließlich viel mehr in der Lesehalle, unserem Versammlungsort, als in den Vortragssälen auf. Bald entstand eine lose Organisation, die vom ersten Augenblick an unter der unbestrittenen und

überlegenen Führung des Unterlehrers Karl *Seitz* stand. Er war der weitblickendste, der zielsicherste unter uns. Die Unterlehrer waren die gequälteste Kategorie unter der Wiener Lehrerschaft: keinerlei rechtlichen Anspruch auf Definitivum, elende Bezahlung, die oft nur die wirklich gehaltenen Unterrichtsstunden honorierte. Man nannte sie daher die »pädagogischen Tagelöhner«. Den hungernden Schulkindern wurden hungernde Lehrer zugesellt. Da sich niemand ihrer annahm, blieb nur die Selbsthilfe übrig. Wir suchten die Unterlehrer zusammenzufassen und sie auf den Kampf vorzubereiten. Das bedeutete die Herausforderung des christlichsozialen Machtapparates unter dem Bürgermeister Dr. Karl *Lueger*, der damals auf der Höhe seiner Bahn angelangt war. Das focht uns nicht an, wir waren von der Richtigkeit unserer Kritik, von der Berechtigung unserer Forderungen vollkommen überzeugt. Einige von uns zogen von Bezirk zu Bezirk, hielten Unterlehrerversammlungen ab, die als Vorbereitung für eine große Unterlehrerdemonstration dienen sollten. Schon im Jahre 1892 hatten sich einmal die Wiener Unterlehrer zu einer Versammlung zusammengefunden, jetzt, zwei Jahre nachher, sollte sie in ungleich eindrucksvollerem Maßstabe wiederholt und es sollte versucht werden, das öffentliche Gewissen aufzurufen. Für den 4. Juni 1894 war die Unterlehrerversammlung in den Sitzungssaal des alten Wiener Rathauses einberufen worden. Kopf an Kopf standen die Besucher, ganz neugebackene Unterlehrer im ersten, aber auch »alte Herren« im 15. Dienstjahre hatten sich zusammengefunden. Unter stürmischem Beifall nahm der Unterlehrer *Seitz* den Sitz auf dem Bürgermeisterstuhl ein, ich als Schriftführer an seiner Seite. Wer hätte damals gedacht, daß einige Jahrzehnte später derselbe Mann wirklich die Bürgermeisterwürde von Wien bekleiden würde! Die Tagesordnung führte folgende Themen an: 1. Abschaffung des Titels »Unterlehrer«; 2. die Entlohnungsverhältnisse; 3. die Rechtsverhältnisse der Unterlehrer. Mit jugendlichem Ungestüm wurden unter dem wachsenden Beifall der Versammlung die Referate erstattet. Der Erfolg war ganz außerordentlich. Die Tagespresse brachte ausführliche Berichte, die Lehrerschaft war aufgerüttelt, und plötzlich stand die Unterlehrerfrage im Vordergrund des politischen Interesses.

Nun konnte ein weiterer Schritt gewagt werden. In Wien führte ein alter Lehrerverein, »Die Volksschule«, ein Scheinleben. Einmal eine Vereinigung tapferer Kämpfer gegen den Klerikalismus, war er in das Stadium der Senilität eingetreten. Wir versuchten den Verein aufzurütteln und ihn mit neuem Kampfesgeist zu erfüllen. Die ersten von uns wurden freudig als Mitglieder begrüßt, als wir aber Woche für Woche eine immer steigende Anzahl von neuen Mitgliedern zur Anmeldung brachten, fürchtete die Vereinsleitung für ihre

Position und sperrte einfach die Mitgliederaufnahme. Nun war der Kampf innerhalb der Lehrerorganisation auszutragen. Der Verein ging dabei zugrunde.

Wir schufen nun eine eigene Lehrerorganisation, die sich »Die Jungen« nannte. Sie hatte in Wien ihren Sitz, gründete aber in allen anderen Ländern Zweigstellen, die ihrerseits als wohlorganisierte Opposition in den meist liberal eingestellten Landeslehrervereinen tätig waren. Plötzlich war Leben in die Lehrervereine gekommen. Die »Jungen« wirkten überall als Sauerteig. An Zahl waren sie keineswegs imponierend. Ihre Stärke lag in der klaren Zielsetzung, in der Kampfentschlossenheit, die sich bis zur Selbstaufopferung steigerte, in dem Idealismus, von dem alle erfüllt waren. Die Verbindung zwischen den einzelnen Gruppen herzustellen, war meine Aufgabe. Sie war bald nicht mehr zu lösen; wir brauchten ein eigenes Organ. Es war ein tolles finanzielles Wagnis. Lehrerblätter gab es genug, jetzt noch ein neues gründen? Geld hatten wir auch nicht. Wir eröffneten eine Sammlung, um die Herausgabe der ersten drei Nummern zu sichern. Jeder gab sein Letztes für die verlockende Idee. Schon die erste Nummer zeigte, daß es sich bei dieser Zeitungsgründung um etwas ganz Neues handelte. Die mutige, frische und unerschrockene Schreibweise der »Freien Lehrerstimme«, später unter Führung Alexander Täublers, löste stürmische Zustimmung innerhalb der jungen Lehrerschaft aus; die älteren Kollegen waren über den »rüden« Ton empört, aber die radikale Presse wurde aufmerksam und druckte Stellen aus der Zeitung ab, und nicht zuletzt wurden auch die Schulbehörden aufgeschreckt. Insbesondere die »kritischen Stimmen«, die das Blatt brachte, zeichneten sich durch Witz, Bosheit und überlegenen Hohn aus, und als dann gar der Staatsanwalt mit Konfiskationen vorging, die durch Interpellationen im Parlament wieder durchkreuzt wurden<sup>1</sup>, hatte sich die »Freie Lehrerstimme« einen Namen und einen dauernden Platz erobert. Das Wagnis war geglückt.

Es war das Verdienst unseres Obmannes Seitz, daß er uns davor bewahrte, uns mit einem bloßen Radikalismus des Wortes zu begnügen. Er war der kühle Denker, der uns aus dem engen persönlichen Interessenkreis hinausführte zur Erkenntnis der tieferen Zusammenhänge der Schulverhältnisse mit den gesellschaftlichen Zuständen. Die beste Gelegenheit zu dieser schwierigen Aufklärungsarbeit war die Diskussion über die Grundsätze der »Jungen«. Nach langen Be-

<sup>1</sup> Wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses waren gesetzlich »immun«, das heißt dem Zugriff des Staatsanwaltes entzogen. So entwickelte sich die Übung, Presseerzeugnisse, die aus politischen Gründen der Konfiskation anheimgefallen waren, in den Text parlamentarischer Interpellationen einzuflechten und so zu »immunisieren«.

ratungen wurde sie auf dem Parteitag der »Jungen« in Wien im Jahre 1898 beschlossen. Es war das erste *Schulprogramm*, das, von Lehrern stammend, die Schulfragen in vollster Breite aufrollte.

Es gliederte sich in zwei Hauptteile: A. Programm, B. Organisation und Taktik. Das Programm teilte sich wieder in den kritischen, den prinzipiellen Teil und in die besonderen Forderungen. Im kritischen Teil wird ausgeführt, daß alle Errungenschaften auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst nur geschaffen werden konnten durch das Zusammenwirken der gesamten Menschheit. Trotzdem können nur die Reichen ihren Kindern die ihren Fähigkeiten entsprechende Bildung angedeihen lassen. Aber selbst diese Kinder bringen ihre Anlagen nicht zur natürlichen Entwicklung, weil die Lehrkräfte oft nicht die genügende Bildung, nie aber die nötige Freiheit besitzen, um ihre Schüler zu vorurteilslosen Menschen erziehen zu können. Der Gegensatz von Besitzenden und Nichtbesitzenden wird also noch durch den Gegensatz der Bildung verstärkt. Daher wird im prinzipiellen Teil u. a. festgestellt:

Das gesamte menschliche Wissen ist Gemeingut der Menschheit. Jeder Mensch hat Anspruch auf jenen Teil dieses gemeinsamen geistigen Eigentums, der seinen Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Die Gesellschaft hat die Bedingungen zu schaffen, daß jedes ihrer Mitglieder dieses Maß von Wissen erwerben könne, sie muß daher verhindern, daß die Bildung zum Herrschaftsgebiet oder zum Monopol einer einzelnen Gruppe von Menschen werde, sei diese ein Geschlecht, eine Rasse, ein Volk, eine Konfession, eine Klasse oder eine Partei. Sie hat daher die Pflicht, Vorsorge zu treffen für Schulen, Erziehungs- und Volksbildungsanstalten in genügender Zahl und entsprechender Güte und einem von Klassen, Parteien und Konfessionen vollkommen unabhängigen, gründlich gebildeten Lehrstand. Dagegen hat die Gesellschaft das Recht, von jedem normal veranlagten Menschen jenes Minimum von Bildung zu verlangen, welches für das Wohl der Gesamtheit notwendig ist.

Von den »besonderen Forderungen« seien herausgehoben:

a) Um jederman die Erwerbung des seinen Fähigkeiten entsprechenden Wissens zu sichern:

1. Schaffung und Erhaltung der notwendigen Kindergärten und Kinderhorte sowie der notwendigen Volks-, Fach-, Fortbildungs-, Mittel- und Hochschulen durch den Staat in der Art, daß sie beiden Geschlechtern in gleichem Maße zugänglich sind.
2. Verbot der Kinderarbeit.
3. Unentgeltlichkeit des Unterrichtes und der Lernmittel in allen Lehr- und Erziehungsanstalten.

4. Vollkommen unentgeltliche Verpflegung der bedürftigen Schüler aller Lehr- und Erziehungsanstalten.
5. Vollständige Trennung von Schule und Kirche.
6. Oberste Schulgesetzgebung durch ein auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zusammengesetztes Parlament.
8. Bestimmung einer Höchstzahl von dreißig Schülern für jede Klasse.
10. Gründliche Lehrerbildung.
11. Mindestens achtjähriger Unterrichtszwang in den notwendigen weltlichen Unterrichtsgegenständen – und zwar nur in diesen – einschließlich einer neu einzuführenden Moral- und Rechtskunde.
12. Öffentlichkeit der Qualifikation der Lehrer.
13. Vollkommene Freiheit der Methode.

Für die ernste, überlegte Arbeit, die dieses Schulprogramm geschaffen hat, für die Reife der ihm zugrunde liegenden Beschlüsse spricht es, daß es nicht nur in seinem prinzipiellen Teil, sondern auch in Einzelforderungen bis heute völlig tragfähig geblieben ist. Manches wurde unterdessen erstritten, manches blieb Kampfziel, manches war fehlerhaft. Das wichtigste aber war, daß die ganze Bewegung dadurch Rückgrat erhielt und daher der Kampf systematisch weiter fortgeführt werden konnte. Der Einfluß der »Jungen« innerhalb der Lehrerorganisation stieg ständig. Auf Lehrertagen rissen sie die Versammlung mit sich, zum Schrecken der stets überlegenden Herren in den Vereinsleitungen. Man klagte sie des Terrors an, warf ihnen Mangel an nationalem Empfinden vor, man wollte insbesondere von dem Grundsatz der völligen Gleichberechtigung von Lehrern und Lehrerinnen, den sie vertraten, nichts wissen. Sie hatten aber die begeisternden Redner, die scharfen Debatter, die Sicherheit der Jugend; das erklärt ihren organisatorischen Erfolg. Die bedeutungsvollste organisatorische Leistung der »Jungen« war schließlich die Begründung einer großen, alle Kategorien umfassenden Lehrerorganisation für Wien; der »Zentralverein der Wiener Lehrerschaft« vereinigte Jahre hindurch die gesamten freigesinnten Lehrer Wiens, bis die Spaltungsbestrebungen nationalistisch gerichteter Elemente diesem Bollwerk einer freien Schule Abbruch taten.

Langsam wurde uns jedoch der Rahmen der Lehrerorganisationen zu eng. Wir erkannten, daß sie allein nichts durchzusetzen vermochten. Daher beriefen wir zunächst in Wien, später auch in anderen großen Städten, Volksversammlungen ein mit dem Thema: »Volk und Schule.« Es war das erstemal, daß Lehrer in Volksversammlungen als Referenten auftraten. Dazu kamen die reaktionären Schulanträge von *Ebenhoch* und *Vergani*, die mit allen Mitteln die Konfessionalisierung der Schule durchsetzen wollten. Die Versammlungen

waren massenhaft besucht. Sie gestalteten sich zu heftigen Anklagen gegen das Ministerium und die herrschende Stadtverwaltung. Die Regierungskommissäre berichteten, einige dieser Versammlungen wurden aufgelöst. Natürlich waren sie in der Hauptsache von Arbeitern besucht, und so ergab sich von selbst eine Verbindung der »Jungen« mit der Arbeiterbewegung. Schon längst war die christlichsoziale Schulverwaltung auf uns aufmerksam geworden. Man begann mit Disziplinaruntersuchungen, Versetzungen, Sperrung der Vorrückung. Da wurde im Juni 1897 die Wahl der Lehrervertreter in den Wiener Bezirksschulrat ausgeschrieben. Die »Jungen« stellten eigene Kandidaten auf, an der Spitze Seitz und fünf andere »Junge«, unter ihnen den provisorischen Unterlehrer Täubler. So etwas hatte man bisher noch nicht gewagt: ein Unterlehrer als Bezirksschulratskandidat! Mit wahren Feuereifer gingen wir an die Agitationsarbeit. Versammlungen folgten auf Versammlungen, mit Zeitungsartikeln und Aufrufen warben wir für unsere Kandidaten. Schon interessierte sich die breitere Öffentlichkeit für den Ausgang der Wahl. Das Ergebnis war, daß die »Jungen« zwischen 1200 und 1300 Stimmen erreichten und in die Stichwahl einbezogen werden mußten; die »Jungen« hatten gesiegt; es war der erste Mißerfolg, den Lueger erlitt. Zwei volle Jahre hindurch zwang man dann noch die Wiener Lehrerschaft unter den verschiedensten juridischen Vorwänden zu immer neuen Wahlgängen; es ließ sich aber trotzdem nicht verhindern, daß in mehreren Etappen zunächst zwei, später wieder zwei »Junge«, unter ihnen Seitz, in den Bezirksschulrat einzogen – es waren die ersten Sozialdemokraten in einem Zweige der Wiener Gemeindeverwaltung.

Wie tief sich die Christlichsozialen getroffen fühlten, kann man aus der Art ihrer Abwehr schließen. Während der Rechtsstreit um die Gültigkeit der Wahl noch im Gange war, griff *Lueger* zu brutalen Maßregelungen: am 14. September 1897 konnte ich in der Zeitung lesen, daß die Unterlehrer *Täubler* (später Gemeinderat der Stadt Wien und Leiter des Fortbildungsschulwesens), *Riese* (später Reichsratsabgeordneter von Klagenfurt), *Glöckel* und noch zwei andere provisorische Unterlehrer, die nicht wußten, wie sie in diese Gesellschaft gekommen waren, ohne jedes Disziplinverfahren von Lueger *entlassen* worden seien.

Die Entlassung vom Schuldienste traf mich außerordentlich hart. Aus meinem innersten Wesen heraus war ich Lehrer. Mein Lebenstraum war jetzt zerstört. Ich stand vor dem Nichts. Es gehört zu meinen bittersten Erinnerungen, wie ich am Tag des Schulbeginnes in die Schulkanzlei gehen mußte, um mein Entlassungsdekret abzuholen. Dabei traf ich zufällig mit meinen früheren Schülern zusammen. Meine Entlassung war schon allgemein bekannt geworden

und es schien mir, als würden mich meine Schüler nur scheu grüßen. Lächelnd gab ich jedem die Hand, und dann ging ich in den Schönbrunner Park und konnte dort der Tränen nicht Herr werden. Es war nicht eine Anwendung von Wankelmüt, die mich befallen hatte, es war der schmerzhafteste Riß, der mich von den Kindern, von der Schule trennte. Noch hoffte ich, vielleicht in einem anderen Kronlande unterzukommen, da nahm mir Seitz meine Hoffnungen: man müsse trachten, im Schuldienste vor allem jene Gemaßregelten unterzubringen, die schon militärpflichtig waren; da dies bei mir nicht zutreffe, bleibe mir nichts anderes übrig, als mich um einen neuen Beruf umzusehen. Seitz hatte recht, und so begann ich mich für die Bankprüfung vorzubereiten, ein Fach, das mir durchaus nicht lag, aber die entfernte Möglichkeit bot, in absehbarer Zeit unterzukommen.

Die ganze Öffentlichkeit war durch den brutalen Gewaltakt Luegers aufgerüttelt. Im Gemeinderat von Wien, im Niederösterreichischen Landtag, im Abgeordnetenhaus wurde darüber interpelliert. Die Sozialdemokraten machten die Angelegenheit zu der ihren. Eine große Zahl politischer Versammlungen wurde einberufen, in denen die Führer der »Jungen«, insbesondere aber die Gemaßregelten, Täubler und ich, als Redner auftraten. Bald waren wir beide sehr bekannt geworden. So öffnete sich der Weg ins politische Leben von selbst.

Nach Ablegung der Bankprüfung kam ich zunächst als Beamter in die Arbeiter-Krankenkasse und später in die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt, wodurch mein Lebensunterhalt gesichert war. Nebenbei bemerkt, gründete ich in der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt die erste gewerkschaftliche Organisation, die eine moderne Dienstpragmatik durchsetzte.

Bald regte sich mein Lehrerblut. Ich *mußte* unterrichten, das war für mich eine Lebensnotwendigkeit. In den Arbeiter-Bildungsvereinen und Gewerkschaften ergab sich dafür eine ausgezeichnete Möglichkeit. Von den Elementarfächern über Geschichte und Literatur bis zur Astronomie war der Kreis der Unterrichtsgegenstände gezogen. In Kellerräumen des 10., 14. und 5. Bezirkes waren die Unterrichtslokalitäten untergebracht, in denen ich nunmehr als Lehrer wirkte. Wie ganz anders sah das jetzige Schülermaterial aus, als meine bisherigen Zöglinge! Weißhaarige und junge Männer und Frauen, vielfach abgearbeitet, kamen pünktlich am Abend in die Kurse. Mit rührendem Fleiß, mit unerhörter Ausdauer saßen sie an den Gasthaustischen bei elender Beleuchtung und mühten sich redlich ab. Es waren erhebende Stunden. Hier schloß ich die innigsten Freundschaften mit meinen Schülern. Besonders die Metallarbeiter, Schuhmacher und Porzellanmaler waren mir ans Herz gewachsen. So begann also auch für die Sozialdemokraten der Aufstieg in den Katakomben; viele meiner

einstigen Schüler aus dieser Zeit versahen später wichtige Vertrauensposten in der Arbeiterbewegung. Oft hielt ich auch Vorträge in anderen Gewerkschaften und bei anderen Gelegenheiten, und so wurde ich den Arbeitern in einer Zeit vertraut, wo Sozialdemokrat zu sein noch nicht so leicht war wie später. Ich wuchs in die Organisation hinein. Seit 1894 war ich politisch organisiert; zunächst gefühlsmäßig, zum Protest gegen das Unrecht, das am proletarischen Kinde begangen wird, später erkennend, nach eifrigem Studium der einschlägigen Literatur. So wie ich ging die größte Zahl der »Jungen« diesen Weg.

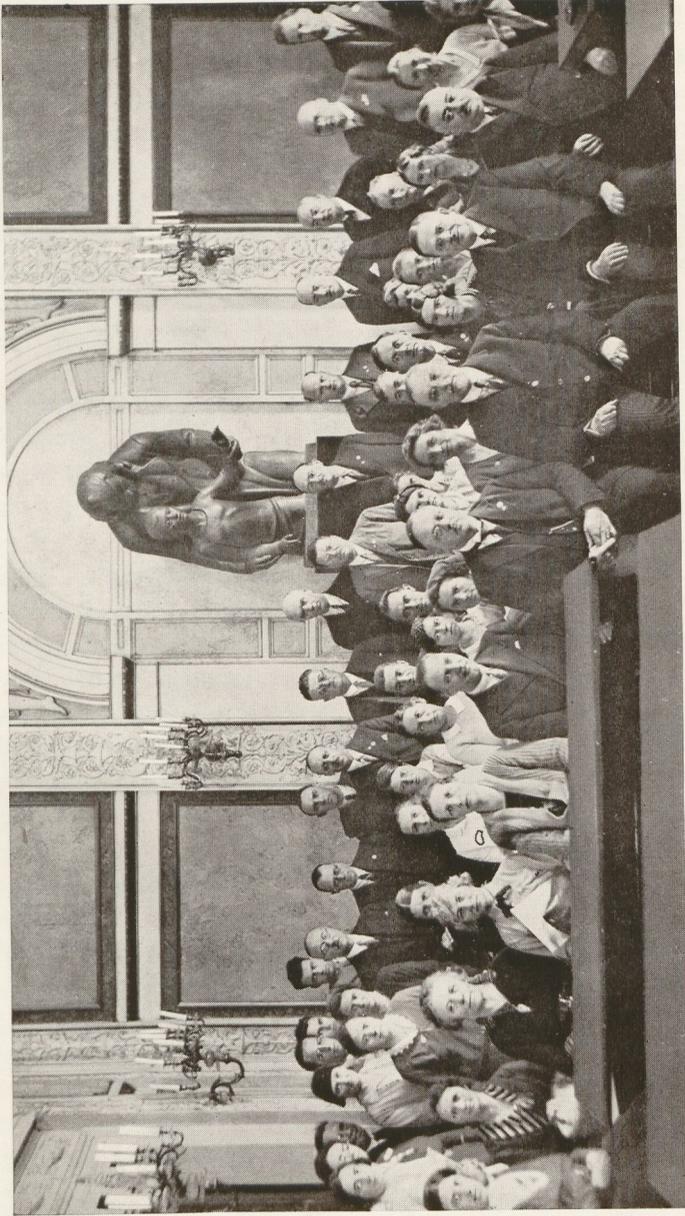
### Die »Freie Schule«

Das freiheitliche Reichsvolksschulgesetz stand schon seit 1869 in Wirksamkeit. Es hatte sich völlig durchgesetzt und außerordentlich bewährt. Trotzdem hörte der Kampf der Klerikalen gegen dieses Gesetz nicht auf, ja um die Jahrhundertwende, als der klerikalen Partei der mächtige Schutz des Thronfolgers Franz Ferdinand in aller Öffentlichkeit zuteil wurde, glaubten sie, daß die Zeit für die Abschaffung des Gesetzes nicht mehr ferne sei. Sie wollten es nicht glauben, daß die im Konkordat zwischen Papst Pius IX. und Kaiser Franz Josef vom 5. November 1855 verankerte konfessionelle Schule nicht wieder auf-erstehen sollte. Von der Verdammung des Gesetzes durch den Papst<sup>2</sup> über gehässige Hirtenbriefe der österreichischen Bischöfe und entsprechende Kanzelreden bis zur Gründung einer großen Kampforganisation, des »Katholischen Schulvereines«, mit Franz Ferdinand als Protektor, entwickelte sich die Linie des Kampfes. Immer wieder wurden in den gesetzgebenden Körperschaften reaktionäre Schulgesetze eingebracht, so von Lienbacher, Liechtenstein, Ebenhoch und Vergani. Sie lösten stürmische Gegenkundgebungen aus; zu einer parlamentarischen Erledigung kamen sie nicht, aber als die Christlichsoziale Partei den Liberalen die Verwaltung Wiens abgenommen hatte, kennzeichnete Bürgermeister *Lueger* die neue Taktik mit den Worten: »Die Schulgesetze mache ich mir selber.« Tatsächlich brachte ihm der administrative Weg große Erfolge. Unter dem Schutze und der Mitwirkung des Unterrichtsministeriums, das doch nach der Verfassung die Pflicht gehabt hätte, das Gesetz sinngetreu durchzuführen, wurde die Zerstörungsarbeit planmäßig betrieben. Der katholische Religionslehrer wurde zum wirklichen Herrn der Schule gemacht und so indirekt eine kirchliche Schulaufsicht eingeführt. Nach der Verfassung darf

<sup>2</sup> Allokution vom 22. Juni 1868: »Die Gesetze sind verwerflich, verdammenswert, abscheulich. Wir erklären diese Gesetze als durchaus nichtig und immerdar ungültig.«

kein Staatsbürger zu einer religiösen Handlung gezwungen werden. Diese Bestimmung hinderte jedoch die Behörde nicht, sogar Schülern, die ihre Schulpflicht schon beendet hatten, das Arbeitsbuch zu verweigern, weil sie im Auftrag ihrer Eltern an der letzten Beichte nicht mehr teilgenommen hatten. Das hatte zur Folge, daß die Kinder weder eine Meisterlehre noch einen anderen Arbeitsplatz bekommen konnten. Eltern wurden ins Gefängnis gesetzt, weil sie ihre Kinder nicht zur Beichte schickten. Als Vorwand diente die Behauptung, die religiösen Übungen seien Bestandteile des Religionsunterrichtes, daher wäre die Nichtteilnahme an ihnen ein Schulversäumnis. Eltern wurde mit der Entziehung der elterlichen Gewalt gedroht, wenn sie ihre Kinder von der Beichte fernhielten. So weit wagte man sich mit der Verstümmelung der interkonfessionellen Schule in Österreich vor.

Man mußte endlich an eine systematische Abwehr denken. Drei Gruppen vereinigten sich. Die Sozialdemokratische Partei, vertreten durch *Seitz*, *Dr. Hartmann* und *Glöckel*, die freiheitliche Lehrerschaft, vertreten durch *Enslein* und *Hellmann*, und endlich eine Gruppe ehrlich freiheitlich gesinnter Bürgerlicher unter Führung des Freiherrn *von Hock*, eines hohen Richters, und des Rechtsanwaltes *Dr. Ofner*, eines der besten Juristen Österreichs. Es kam zur Gründung des Vereins »Freie Schule«, der als Schutzverein für das Reichsvolksschulgesetz gedacht war und gegen die klerikalen Schulverschlechterungspläne mit aller Entschiedenheit auftreten sollte. Am 19. März 1905 fand die Gründungsversammlung in Wien unter außerordentlicher Teilnahme aller Kreise statt. Es ging wie ein Aufatmen durch alle freiheitlichen Schichten: endlich ein Wall gegen die immer übermütiger werdenden klerikalen Bestrebungen. Bald hatte sich der Verein über ganz Deutschösterreich ausgebreitet. Bei den meisten gründenden Versammlungen, von Meran bis Reichenberg, von Bregenz bis an die ungarische Grenze, konnte ich als Referent für die Sache wirken. Es kam zu prachtvollen Kundgebungen, voll Begeisterung und Kampfesentschlossenheit. Hunderte Ortsgruppen entstanden. Sie wurden zu örtlichen Zentralen im neu auflebenden Schulkampf. Natürlich erfolgten auch stürmische Zusammenstöße, Interpellationen wurden in den parlamentarischen Körperschaften eingebracht, es regnete Verwarnungen der Vereinsbehörde. Die Auflösung des unbequemen Vereines wurde verlangt, man wagte es aber doch nicht, der Forderung nachzugeben. Der Verein ging zur positiven Arbeit über. Er gründete zwei Privatschulen in Wien; sie sollten in freiheitlichem Sinne geführt werden und die Möglichkeit für die Erprobung neuer Lehrmethoden geben. Man verhinderte zunächst durch kleinliche und ungesetzliche Verwaltungsmaßnahmen die Eröffnung dieser Schulen. Wieder war ein langwieriger Rechtsstreit durch alle



Begrüßung der Schweiz. Hilfsgesellschaft für Geisteschwache durch Otto Glöckel  
im Pestalozzihof in Wien, am 4. April 1955



Verwaltungsinstanzen erforderlich, bis endlich die Eröffnung erkämpft war. Josef *Enslein* wird Leiter der Schulen. Hier wurde das erste Samenkorn für die spätere österreichische Schulreform gelegt.

Immer dringender wurde auch die klare programmatische Festlegung des Vereins. Ein Komitee, bestehend aus Seitz, Hartmann, Hock, Ofner, Enslein, Speiser und Glöckel, wurde beauftragt, ein *Schulprogramm* auszuarbeiten. Das Programm kam zustande und stützte sich naturgemäß auf das Schulprogramm der »Jungen«, wenn es auch in manchen Teilen gewisse Abschwächungen aufwies, da es ja ein Kompromiß zwischen der Sozialdemokratie und dem freiheitlichen Bürgertum sein mußte.

Zunächst wird in dem Programm die Notwendigkeit der Schulreform begründet. Die Schulreform muß *sozial* wirken, das heißt, es muß eine Organisation der Schule durchgeführt werden, durch die von Gesellschaft wegen ein gewisses Maß von Bildung für das ganze Volk und eine Auslese aller Tüchtigen gesichert wird.

Sowohl die Erziehung im vorschulpflichtigen Alter, als auch die Erziehung in der allgemeinen Volksschule und in der Oberschule (heutige Obermittelschule und gleichgestellte Anstalten) ist nach dem Prinzip der *Einheitsschule* zu gestalten.

Für die Zulassung zum *Lehramte* an der Volksschule ist außer dem Besuch einer Oberschule und praktischer Übung an einer Volksschule ein mindestens zweijähriger *Universitätsbesuch* erforderlich, der eine höhere allgemeine Bildung, theoretisch-pädagogische Studien und praktisch-wissenschaftliche Betätigung bezweckt.

Die Schule hat sich zur *Arbeitsschule* zu entwickeln, die sich die Erziehung zur Selbsttätigkeit innerhalb einer Arbeitsgemeinschaft zum Ziele setzt.

Unter den »nächsten Forderungen« seien hervorgehoben: Abstellung jeglicher Art von Zwang zur Teilnahme an religiösen Übungen; Herstellung der vollen achtjährigen Schulpflicht unter Abschaffung der Schulbesucherleichterungen<sup>3</sup>; obligater Turnunterricht auch für Mädchen sowie an sämtlichen Ober- und Fortbildungsschulen; Einführung des Handfertigkeitsunterrichtes; Abschaffung der erwerbsmäßigen Kinderarbeit; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel.

In diesem Programm sind bereits einige wesentliche Grundlinien der späteren Schulreform zu erkennen. Es leistete ausgezeichnete Vorarbeit, da es in den weitesten Kreisen verbreitet, in vielen Versammlungen besprochen wurde.

<sup>3</sup> Durch ausgiebige »Erleichterungen« und »Befreiungen«, die zur Förderung der Kinderarbeit auf dem flachen Lande generell gewährt wurden, war in manchen Kronländern die achtjährige Schulpflicht des Reichsvolksschulgesetzes in der Praxis auf eine siebenjährige oder gar sechsjährige herabgedrückt worden.

Es wird das unvergängliche Verdienst der »Freien Schule« bleiben, daß sie in der Zeit schwerster reaktionärer Angriffe alle schulfreundlichen Elemente zu sammeln versuchte und einen erfolgreichen Widerstand gegen weitere Vorstöße organisierte. Das Interesse für die Schulfragen wurde wachgerufen und so bedeutungsvolle Vorarbeit für die spätere Reform des Schulwesens geleistet. Tausende stellten sich in den Dienst dieser Sache, sie arbeiteten begeistert mit, brachten manches Opfer und wurden mit Schul- und Erziehungsfragen vertraut gemacht.

Allerdings wurde auch diese so wertvolle Organisation, wie vorher schon die Zentrallehrervereinsbewegung, von den Deutschnationalen schwer geschädigt: sie sprangen aus und gründeten einen eigenen Verein »Freie Deutsche Schule«; dieser gelangte jedoch nie zu irgendeiner Bedeutung und hatte nur den negativen Erfolg aufzuweisen, daß die Klerikalen diese Entwicklung der Dinge außerordentlich freudig begrüßten. In den folgenden Jahren zogen sich die Bürgerlichen überhaupt mehr und mehr zurück, sie kapitulierte vor den Klerikalen. Die Aufrechten, die noch geblieben waren, vereinsamten. Nach dem Umsturz wurde der Verein »Freie Schule«, der so ohnedies schon zu einer fast rein proletarischen Organisation geworden war, mit dem sozialdemokratischen Verein »Kinderfreunde« verbunden und dadurch die Erziehung der Arbeiterkinder mit der Aufklärungsarbeit bei den Arbeitereltern an einer Stelle wirksam zusammengefaßt.

### *In die Politik*

Es kam, wie es kommen mußte. Gefühlsmomente und die täglich neu aufreizenden Erfahrungen im Schulbetriebe ließen mich bald an der Vortrefflichkeit der gegenwärtigen Einrichtung der Welt zweifeln. Der innige Zusammenschluß mit jungen Lehrern, die ähnliche Erlebnisse hatten wie ich, führte mich in einen Kreis erbitterter Ankläger, zunächst der unwürdigen Schulverhältnisse, dann – nach gereifter Einsicht in die Zusammenhänge – der heutigen Gesellschaftsordnung überhaupt. Die Maßregelung aus rein politischen Gründen, die Lehrtätigkeit in Arbeiterorganisationen, die Erfahrungen als politischer Redner verbanden mich immer inniger mit der Sozialdemokratischen Partei.

Bald wurde ich auf Vertrauensposten der Partei gestellt. In der Zeit des Kampfes um das allgemeine Wahlrecht, der in der großen November-Demonstration 1905 seinen Höhepunkt erreichte, hatte ich bereits eine feste politische Position. Eben war das Alter für das passive Wahlrecht erreicht, als ich 1906 als sozialdemokratischer Kandidat für den Gemeinderat von Wien, und zwar

im IV. Wahlkörper des I. Bezirkes, aufgestellt wurde. Dieser Bezirk hatte fast ausschließlich bürgerliche Wähler, er war der Hochsitz des reichen Bürgertums, und so stand es von vornherein fest, daß ich hier nicht durchdringen konnte. Es galt in diesem Kampfe nur möglichst gut abzuschneiden. Eine für diesen Bezirk ganz ungewöhnliche Wahlbewegung entwickelte sich, und zur Überraschung aller konnten wir gegenüber dem christlichsozialen Kandidaten, der 3818 Stimmen erreichte, 2350 Stimmen aufbringen. Die Feuerprobe war bestanden.

Im Dezember 1906 wurde das allgemeine Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus erkämpft. Für den 14. Mai 1907 war der Wahltag festgesetzt. Die Sozialdemokratische Partei stellte in fast allen Bezirken Kandidaten auf. Mir, als einem der jüngsten, wurde der Wahlkreis »Erzgebirgische Städte« zur Bewerbung zugewiesen. Er umfaßte die Städte Graslitz, St. Joachimsthal, Neudek und Platten. Dieser Wahlkreis war ganz willkürlich und unorganisch von der damaligen Regierung zusammengekleistert worden. Er sollte eine »Belohnung« für einen gewissen Dr. Schubert sein, der der Regierung die statistischen Daten für die Wahlkreiseinteilung in Deutschböhmen geliefert hatte. Um dabei ganz sicher zu gehen, spannte man diese vier Städte, obwohl sie an drei verschiedenen Bahnlinien lagen und ganz verschiedene Interessen aufwiesen, zusammen, bloß weil sie seit undenklichen Zeiten starke Mehrheiten für die Deutschnationalen geliefert hatten. Dr. Schubert wurde tatsächlich mein deutschnationaler Gegenkandidat, und so standen sich in diesem Wahlkreis im nordböhmisches Grenzgebiete zwei Kandidaten gegenüber, die beide aus Wien gekommen waren.

Meine erste Wählerversammlung hielt ich in der auf dem höchsten Erzgebirgsplateau liegenden kleinen Stadt Platten. Es war am 11. Dezember 1906. Der Winter im oberen Erzgebirge ist berüchtigt. Unermeßliche Schneemassen häufen sich auf, so sehr, daß die Eingänge in die Häuser durch Schneetunnels geführt werden müssen. Die Wohnungen sind auch am Tage finster, da der Schnee über die Fenster reicht. Abends traf ich ein. In einem geräumigen, netten Saal versammelten sich die Männer und Frauen des Ortes. Alle wollten den neuen Kandidaten sehen. Und so kam ich an diesem Abend zum erstenmal in innige Berührung mit den Erzgebirglern; bald sollte ich sie schätzen und lieben lernen. Die Erzgebirgler sind ein eigener Menschenschlag. Kümmerlich bringt sich die große Mehrzahl von ihnen mit Spitzenklöppelei und Handschuh-erzeugung fort. Die Natur hat die Gebirgslandschaft mit ganz besonderen Reizen ausgestattet, nur ist sie karg und hart gegenüber den Bewohnern. Bittere Armut herrscht, schwere Entbehrungen werden den Menschen auferlegt. Einem verhältnismäßig kurzen Sommer folgt ein lang andauernder Winter, der die Leute

in ihre vielfach armseligen Hütten treibt. In Graslitz und Neudek ist wohl Metall- und Textilindustrie zu finden, sonst aber ist im Erzgebirge Heimarbeit mit ihrer schrankenlosen Ausbeutung zu Hause. Die Schwämme, die der feuchte Waldboden im Sommer reichlich bietet, sind neben den Kartoffeln das Hauptnahrungsmittel. Alle diese Umstände haben die Erzgebirgler wortkarg, ja vielfach verschlossen gemacht. Dabei weisen sie einen romantischen Zug auf, den sie von ihren Vorfahren, die Bergleute gewesen waren, geerbt haben mögen. Schwer sind sie für eine Sache oder für eine Person zu erobern. Ist es aber gelungen, dann bringen diese grundehrlichen Menschen eine rührende Treue auf, die durch nichts erschüttert werden kann. In ganz neue Verhältnisse mußte ich mich einfügen lernen. Dieses Proletariat unterschied sich wesentlich von dem Proletariat der Großstadt. Die Versammlungen verliefen, insbesondere in der ersten Zeit meiner Tätigkeit, völlig ruhig, nur am Ende der Rede ertönte Beifall. Ich machte bald die Erfahrung, daß die Versammlungen für diese Menschen eine ganz andere Bedeutung hatten als anderswo. Sie wollten hören, lernen und lehnten jede noch so klingende Phrase ab. Oft hatte ich den Eindruck, als wären wir in einer Schulklasse oder in einem Gotteshause. Es war bezeichnend, daß einer der beliebtesten sozialdemokratischen Wiener Volksredner im Erzgebirge völlig abfiel. Neben politischen Versammlungen verlangte man die Besprechung von literarischen und allgemein wissenschaftlichen Themen. Die abgehärmten Frauen und Männer lauschten gespannt auf die Ausführungen; nie habe ich dankbarere und verständigere Zuhörer getroffen. Es sind die wertvollsten Erinnerungen, die mich wieder in diese Zeit zurückführen. Dabei entwickelte sich eine persönliche Freundschaft zwischen den Erzgebirglern und mir, die mich auch noch heute mit den damals wirkenden Vertrauensmännern verbindet.

Mit einem dort bisher nie gekannten Schwung traten wir in die Wahlbewegung ein. Neue Hoffnungen blühten auf. Wiederholt wurden die Wählerversammlungen in den größeren Orten, so insbesondere in Graslitz, zu wirklichen Volksdemonstrationen. Alle Säle wurden zu klein. Als die Arbeiter die entfernte Möglichkeit eines Erfolges sahen, entwickelten sie eine Opferwilligkeit, einen Eifer, die nicht überboten werden konnten. Ich war Redner, Schriftleiter der Wahlzeitung, Verfasser der Aufrufe und Wahlplakate, oberster Leiter der Wahlorganisation, alles in einer Person. Meine Jugend überwand ganz ausgezeichnet diese außerordentlichen Strapazen. Immer näher rückte der Wahltag. Die Aufregung stieg in beiden Lagern auf das höchste. Als ich am 14. Mai um 11 Uhr nachts auf dem Hauptplatz von Graslitz das Wahlresultat verkündete: »2793 Stimmen für Glöckel, 2178 Stimmen für Schubert, wir haben

gesiegt!«, da konnte man einen einzigen Freudenschrei vernehmen. Die Auslösung der monatelang gesteigerten Spannung, Stolz und Freude versetzten die Massen in einen wahren Taumel. Das Erzgebirge war am empfindlichsten Punkte erobert. Die Gegner waren wie vor den Kopf geschlagen, das völlig Unmögliche war zur Tatsache geworden.

Nun eröffnete sich für mich ein ganz neuer, ungewohnter Wirkungskreis. Es war keine Kleinigkeit, mit diesem Wahlkreis stets in inniger Fühlung zu bleiben, waren doch jedesmal fünfzehn Schnellzugstunden zurückzulegen, um von Wien dorthin zu gelangen. Wie viele Nächte verbrachte ich in Eisenbahnwagen! In Neudek und Graslitz war die Metallarbeitergewerkschaft auszubauen, in Neudek hatte sich in der großen Lahusen-Textilfabrik eine starke gelbe Gewerkschaft eingenistet, in St. Joachimsthal gab es eine große Zahl von Bergarbeitern, die damals noch ziemlich rechtlos waren, ferner auch Tabakfabrikarbeiterinnen, die sich in den Anfängen der gewerkschaftlichen Organisation befanden. Daneben die schwierige Heimarbeiterfrage und die endgültige Durchsetzung der politischen Organisation. Immer wieder gab es Konflikte mit den scharf gegnerisch eingestellten Bezirkshauptleuten, immer wieder mußte eingegriffen und geordnet werden. Die Partei, durch den prachtvollen Sieg in ihrem Selbstbewußtsein außerordentlich gehoben, nahm nun einen überraschenden Aufschwung. Allerdings rückten auch die bürgerlichen Parteien eng zusammen. Der erste Schlag gegen uns wurde in Graslitz geführt. Hier ist der Sitz der Musikinstrumentenindustrie. In Fabriken und in Heimarbeit werden die ausgezeichneten Graslitzer Musikinstrumente erzeugt und finden in der ganzen Welt Absatz. Die Arbeitgeber konnten es nicht ertragen, daß der Wahlkreis von den Sozialdemokraten erobert worden war. Ohne jeden Anlaß änderten sie willkürlich die bisher in Geltung gestandene Arbeitsordnung ab, der Konflikt war da; er steigerte sich bis zur Arbeitsniederlegung, und nun begann ein erbittertes Ringen. Es ging um die gewerkschaftliche und politische Position der Arbeiterschaft. Es kam bald zu Reibungen. Eine große Anzahl tschechischer Gendarmen wurde in die rein deutsche Stadt geworfen, das Schulgebäude mit der Aufschrift »Aussaat von Tugend und Wissen« wurde in eine Gendarmeriekaserne umgewandelt. Es gab Bajonettangriffe, Verwundungen, Verhaftungen. Die Streikposten wurden vertrieben, aber dadurch, daß ich viele Nächte hindurch selbst Streikposten stand, wurde die Gendarmerie unsicher gemacht, da sie mich wiederholt in der Nacht verhaftete und damit zu unausgesetzten Rekriminationen und Interpellationen im Parlament Anlaß gab.

Eine Versammlung, die den tiefsten Eindruck auf mich machte, soll herausgehoben werden.

Monatelang dauerte bereits der Streik. Es gab keine Streikbrecher in unseren Reihen. Die Unternehmer verloren einen großen Teil ihrer internationalen Kundschaft, die sie übrigens nie mehr im alten Umfang zurückgewinnen sollten. Das reizte sie auf das äußerste. Weihnachten rückte heran. Die Unternehmer rechneten mit der romantischen Einstellung der Arbeiterschaft und glaubten, sie würde nicht die Kraft aufbringen, den Streik über die Weihnachtsfeiertage weiterzuführen: finstere Weihnachten im Kreise der meist sehr kinderreichen Familien, das würden die Arbeiter nicht aushalten. Wiederholte Vermittlungsversuche, die die Gewerkschaft und ich machten, wurden brüsk abgelehnt. Es gab nur ein bedingungsloses Unterwerfen. Auch wir erkannten die große Gefahr. Da beschloßen Partei und Gewerkschaft, die Streikenden selbst darüber entscheiden zu lassen, ob man den Streik über die Weihnachtsfeiertage hinaus fortführen sollte. Eine Versammlung wurde einberufen. Da uns kein Saal zur Verfügung gestellt wurde, mußte ein Magazinraum als Versammlungslokal dienen. Ein ungeheizter, niederer, kahler Raum. Einige Laternen und Kerzen verbreiteten ein dürrtiges, flackerndes Licht. Kaum konnte man die Gesichter unterscheiden. *Alle* waren gekommen. Fröstelnd standen sie da, Kopf an Kopf. Der Gewerkschaftssekretär Kaufmann und ich sprachen zu den Leuten. Ganz leidenschaftslos suchten wir den Sachverhalt zu erklären und die Folgen der Entscheidung aufzuzeigen. Keiner von uns beiden brachte es über sich, den gequälten Menschen die Fortführung des Streiks zu empfehlen. Wir waren uns klar bewußt, daß finstere Weihnachten schwer zu ertragen waren, wir sahen das Elend vor uns und konnten uns die Stimmung vorstellen, in der jede Familie die Mitteilung des Ergebnisses der Beratung erwartete. Nach den Referaten rührte sich keine Hand. Unter drückender Stille wurde zur Abstimmung geschritten. Papierstreifen wurden verteilt, es sollte geheim abgestimmt werden. Es waren viel zu wenig Bleistifte vorhanden. Einer reichte dem anderen den Stift, und jederscrieb mit ungelenker Hand seinen Willen auf. Das Skrutinium wird durchgeführt. Das Ergebnis wird verkündet: 20 Stimmen für den Abbruch des Streiks, 408 Stimmen für die Fortführung des Kampfes. Es lief allen kalt über den Rücken. Ganz still wird das Ergebnis entgegengenommen, dann bricht ein Beifallssturm los: die Arbeiter leisteten sich selbst die Ehrenbezeigung.

So sind die Erzgebirgler geartet, so treu, so tapfer, so klardenkend. Als 1911 abermals Wahlen durchgeführt wurden, hatte sich die politische Situation in den Städten wesentlich verschlechtert. Hunderte Arbeiter waren aus den Städten in die umliegenden Dörfer gezogen, obwohl sie in der Stadt beschäftigt waren. Das bedeutete einen erheblichen Stimmenverlust, dazu setzte der Terror mit aller Macht ein. Er ging so weit, daß mich kein Gasthof mehr aufzunehmen

wagte; den ärgsten Pöbeleien war ich ausgesetzt. Ein braver Parteigenosse bot mir sein Zimmer an. Diesmal stellte man einen »bodenständigen« Kandidaten entgegen, einen ausgezeichneten Redner und angesehenen Lehrer. Die ganze Kraft der Deutschnationalen aus Westböhmen wurde auf diesen Wahlkreis konzentriert. Aber auch diesmal fand die mustergültige Wahlarbeit, das Zusammenwirken aller Kräfte, ihren Lohn: das Mandat wurde abermals errungen.

So war ich von 1907 bis 1918, dem Jahre des Zusammenbruches der österreichisch-ungarischen Monarchie, Vertreter der Erzgebirgsstädte im österreichischen Abgeordnetenhaus. Es war eine Zeit angestrengtester Partearbeit, die mir viel Freude bereitete.

Das österreichische Abgeordnetenhaus war wohl eine der merkwürdigsten parlamentarischen Körperschaften Europas. Auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes der Männer entsandten Deutsche, Tschechen, Polen, Kroaten, Italiener, Ruthenen, Russen, Slowenen 516 Vertreter nach Wien. Es gab in diesem alten Österreich weite Landstriche, in denen der Analphabetismus zu Hause war<sup>4</sup>, neben kulturell außerordentlich hochstehenden Gebieten. Wie sollten sich da die vielfach gegeneinander gerichteten kulturellen und nationalen Interessen durchsetzen! Seit Jahrzehnten bestand die Kunst der österreichischen Regierungen darin, die einzelnen Völker gegeneinander auszuspielen. Teile und herrsche! Natürlich mußte es zu schweren parlamentarischen Zusammenstößen kommen. Immer wieder wurde von verschiedenen Nationalitäten die Obstruktion zum dauernden Kampfmittel erkoren. In der Lahmlegung der parlamentarischen Tätigkeit sahen einmal die Tschechen, das andere Mal wieder die Ruthenen einen taktischen Erfolg. Es gab Sitzungen in der Dauer von sechs- und achtzig Stunden und solche, die nur drei Minuten währten. Es waren Zeichen des Verfalls Österreichs; es wurden nur mehr nationale und nicht gesamtstaatliche Interessen vertreten. Selbst die sozialdemokratische Fraktion, die aus 81 Mitgliedern bestand, teilte sich bald in deutsche, tschechische, ruthenische, italienische Gruppen. Das Ansehen der alten Dynastie war schon längst im Schwinden begriffen. Der alte Kaiser war zu einer lebenden Mumie, der Thronfolger infolge seiner scharfen klerikalen Einstellung aufs höchste unpopulär geworden.

Es war ein günstiger Zufall, daß meine erste Parlamentsrede überhaupt die erste politische Rede war, die im neuen Haus des allgemeinen Wahlrechtes gehalten wurde. Die Regierung hatte, den Christlichsozialen zu Gefallen, drei

<sup>4</sup> Galizien hatte 46 Prozent, die Bukowina 53,9 Prozent, Dalmatien 62,8 Prozent Analphabeten – das Erzgebirge 0 Prozent!

Staatsbeamte, die als Gegenkandidaten prominenter Christlichsozialer aufgetreten waren, nach den Wahlen gemäßregelt. Wir Sozialdemokraten brachten einen Dringlichkeitsantrag über diesen Vorfall ein und ich wurde zum ersten Redner bestimmt. Ich dürfte die Sache nicht schlecht gemacht haben, denn nach der Rede kam unser Klubobmann Dr. Adler, der sich außerordentlicher Autorität erfreute, zu mir und lobte mich. Das war bei ihm ein seltener Fall. So war ich im »hohen Hause« eingeführt. Im Laufe meiner elfjährigen Parlamentszeit vor dem Krieg waren es vorwiegend Staatsangestellten- und Steuerfragen, in denen ich arbeitete. In dem großen Kampfe um die Dienstpragmatik der Staatsangestellten fiel mir eine führende Rolle zu. Aber auch für ganz spezielle Fragen wurde ich herangezogen, so zum Beispiel für die Beurteilung der sehr komplizierten Verträge des Staates mit der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, für die parlamentarische Untersuchungskommission über Tabakeinkauf, für die Kommission zur Untersuchung der Vorgänge beim Ankauf der Lloydarsenalgründe durch den Staat, bei Materiallieferungen usw.

In meiner Budgetrede Juni 1908 deckte ich die Absicht der Regierung auf, die so ungemein wertvollen Pechblendegruben in *Joachimsthal* an eine Privatgesellschaft, an deren Spitze Graf Sylva-Tarouca, ein klerikaler Führer, stand, auf dreißig Jahre zu verpachten. Aus Pechblende wird bekanntlich Radium erzeugt. Diese Gesellschaft hatte die Absicht, umfangreiche Terrainspekulationen durchzuführen, in Joachimsthal ein großes Bad zu errichten und diesen unschätzbaren Naturschatz für die private Spekulation auszubeuten. Ich verwies mit allem Nachdruck darauf, daß es unverantwortlich sei, dieses Volksvermögen – handle es sich doch um die einzige Fundstelle in Mitteleuropa! – Privatspekulanten auszuliefern. Meine Mitteilung erregte großes Aufsehen. Der klerikale Ackerbauminister Ebenhoch erklärte, daß er auf meine Argumentation eingehe und den Vertrag verhindern werde. Ich glaubte die Angelegenheit in bester Ordnung. Wie war ich erstaunt, als mir eines Tages ein Sektionschef des Finanzministeriums mitteilte, daß am nächsten Tag der Vertrag mit der Tarouca-Gesellschaft unterzeichnet werden soll. Sofort wendete ich mich an Ebenhoch. Der hatte aber unterdessen ein anderes Ressort übernommen und war daher formell nicht verantwortlich. Trotzdem fühlte er sich durch sein Versprechen gebunden und verhinderte im letzten Augenblick den Abschluß des Vertrages. So wurden diese wertvollen Quellen der staatlichen Verwaltung erhalten.

Es war ganz merkwürdig, daß mich meine parlamentarische Tätigkeit, insbesondere in den ersten Jahren, ziemlich weit von Schul- und Lehrerfragen ablenkte. Trotzdem fand ich den Weg immer wieder zurück. Ich wurde der ständige Referent über Schulfragen innerhalb der Partei. Das Abgeordneten-

haus selbst beschäftigte sich damals nicht mit Schulangelegenheiten, schon deshalb, weil die Klerikalen den entscheidenden Einfluß besaßen und sie ihre Interessen auf dem Verwaltungswege bequemer und erfolgreicher vertreten konnten.

Die Monarchie krachte in allen Fugen. Die Ermordung des Thronfolgers war nur der Anlaß, ein Vabanquespiel zu wagen. Der Krieg brach aus, das Parlament wurde nach Hause geschickt.

### *Der Krieg*

Das Volk, durch verbrecherische Agitation in einen Bluttaumel versetzt, wurde planmäßig in das Massenelend hineingetrieben. Man bejubelte die ausziehenden Truppen und staunte die ersten Verlustlisten an. Man wird also endlich etwas erleben! In einigen Wochen ist ja der Krieg zu Ende! Es kam ganz anders!

Meine Tätigkeit verlegte ich auf ein ganz eigenartiges Gebiet. Die österreichische Heeresleitung hatte die verrückte Idee, um ganz Wien einen Festungsgürtel zu legen. Viele hunderte Kilometer weit wurden Befestigungsarbeiten durch die dichtesten Wälder geführt. Unsummen von Geld wurden verschwendet, fünfzigtausend Arbeiter zum Graben von Schanzen herangezogen. Man übersah, daß sich Wien in der Stunde der Gefahr sofort ergeben mußte, da es ja von einer einzigen Wasserleitung gespeist wird, deren Unterbrechung die sofortige Übergabe herbeiführen muß. Die Schanzarbeiter wurden unmenschlich behandelt. In Bretterhütten, mitten im Wald notdürftig aufgestellt, waren sie Wind und Wetter preisgegeben, im Winter bitterer Kälte ausgesetzt. Oft kam es vor, daß acht Wochen hindurch das Liegestroh nicht erneuert wurde, wegen der geringfügigsten Anlässe wurden Geld- und Freiheitsstrafen verhängt, die Kantineure trieben Wucher. Mit der Begründung, daß die Leute nicht unmittelbar Kriegsdienst leisteten, verweigerte man ihren Familien den staatlichen Unterhaltsbeitrag. Viele Erzgebirgler hatte dieses schreckliche Los getroffen. In der Dunkelheit schlichen sie sich fort und kamen zu mir, Hilfe zu suchen. Versammlungen, Zusammenkünfte mit Einberufenen waren auf das strengste verboten. Oft verbrachte ich halbe Nächte an irgendeiner abgelegenen Stelle und besprach mich mit den Leuten. Im Landesverteidigungsministerium war man überrascht, als ich eines Tages dort mit umfangreichem Material auftauchte und mit der Veröffentlichung drohte. Man hatte aber doch nicht den Mut, mich abzuweisen. Ja, es gelang mir, zu erreichen, allerdings nach monatelangem

Kampf, daß die Schanzarbeiter den an der Front Dienenden gleichgestellt wurden und ihre Angehörigen den staatlichen Unterhaltsbeitrag bekamen. Damit war eine große Sorge der armen Menschen gebannt. Später wagten sich die Schanzarbeiter schon während des Sonntags zu mir. Meine Sprechstunden waren von hunderten verzweifelter Menschen belagert. Bald war es bekannt geworden, daß ich mich mit den Unterhaltsbeiträgen beschäftigte, und eine Flut von Beschwerden über ungerechte Bemessung der Unterstützungen stürmte auf mich ein. Ich errichtete ein kleines Büro und half, so gut es eben ging.

In diese Zeit fällt eine Arbeit, die mir außerordentlich hohe Befriedigung verschaffte. Die Arbeiterbrotbäckerei in Innsbruck beschloß, einen großen Teil ihres Reingewinns zur Errichtung einer stattlichen Zentralbücherei zu verwenden. Ich wurde mit der Organisierung und Einrichtung der Bücherei betraut. Während zweier Jahre verbrachte ich viele Wochen in Innsbruck, um meine Aufgabe zu erfüllen. Ich hatte die Genugtuung, daß die Innsbrucker Bücherei damals zu den modernst eingerichteten und besonders in bezug auf schöne Literatur und Nationalökonomie reichlich ausgestatteten Büchereien gezählt werden konnte.

#### *Vor dem Kriegsgericht*

Am 15. Mai 1915 trat in Wien die sozialdemokratische Reichskonferenz zusammen, auf der ich das Referat über die Unterhaltsbeiträge zu erstatten hatte. Als die Debatte begann, wurde ich aus dem Saal geholt und verhaftet. Es war mir völlig unklar, was gegen mich vorliegen könnte. Ich wurde dem Leiter der Polizei, Regierungsrat Dr. Schober, dem späteren Bundeskanzler, vorgeführt, der auf den vom Kriegsgericht in Pilsen (Böhmen) ausgefertigten Verhaftungsbefehl verwies. Aber auch dieser enthielt keinerlei Begründung. Eine Intervention des Ministerpräsidenten blieb erfolglos, da die Militärgerichte über ihre Souveränität eifersüchtig wachten. So wurde ich zunächst im Polizeigefängnis in Gewahrsam gebracht. Es war schon ein eigentümliches Gefühl, als zum erstenmal der Riegel vorgeschoben wurde und ich meiner Freiheit beraubt war. Ich zerbrach mir vergeblich den Kopf über die Ursache dieser Verfügung, es gab keine Erklärung. Am nächsten Tage wurde ich dem Militärgefängnis überstellt. Stundenlang ließ mich der Profos warten, und als ich auf seine Frage über meinen Stand »Reichsratsabgeordneter« angab, fuhr er mich grob an und erklärte: »Hier sind Sie gar nichts, ein gewöhnlicher Zivilist sind Sie!« Ich wurde zuerst in eine Sammelzelle geführt. Der Anblick, der sich mir dort bot, war entsetzlich. Ich weigerte mich entschieden, einzutreten, verursachte einen

starken Krawall, bis mir »zur Strafe« eine Kerkerzelle zugewiesen wurde, die nur für eine Person bestimmt ist.

Es war an einem Sonntagvormittag. Die Uhr hatte man mir abgenommen, und so verwischten sich nur allzubald die Zeitbegriffe. Glücklicherweise hörte ich von einem nahen Turm die Glocken schlagen. Es währte eine Ewigkeit, bis eine Viertelstunde nach der anderen verfloß. Nun mußte endlich der Stunden-schlag ertönen. Ich zählte nervös, und plötzlich begannen die Turmglocken zu läuten. Die Qual begann von vorne, sie schien mir unerträglich, später gewöhnt man sich auch an die Einsamkeit. Ich wurde niederträchtig behandelt. Da ich Nichtraucher bin, hatte ich keine Zigaretten bei mir, so daß ich auf die Auf-forderung des Profosen, solche abzuliefern, diesem »Befehl« nicht gehorchen konnte. Er wollte es absolut nicht glauben und vermutete, daß ich die Zigaretten irgendwo versteckt hätte. Eine peinliche, aber ergebnislose Untersuchung des Leibes und der Zelle war die Folge. Auf jeden Fall hatte ich mir die Ungunst des Profosen zugezogen. Ich erhielt für vierundzwanzig Stunden einen Krug Wasser, das für Trunk und Reinigung ausreichen sollte. Man verweigerte mir sogar den Eßlöffel, so daß ich die Speisen mit den Fingern essen mußte. Die ganze Zeit brachte ich das Fett nicht von den Fingern. Obgleich ich Unter-suchungshäftling war, wurde mir die eigene Verköstigung von dem Militärarzt mit den Worten versagt: »Sie waren noch nicht bei uns, Sie werden hier aus-gezeichnet verköstigt sein.« Erst nach einiger Zeit gelang es *Seitz*, mich zu ent-decken. Er erreichte beim Gefängnis-kommandanten, daß ich endlich eigene Verköstigung erhielt. Es gab keine Spaziergänge. Da ich keinerlei militärische Ausbildung genossen hatte, waren mir die Geheimnisse der ärarischen Pritschen-behandlung bisher entgangen. Dutzende Male zwang mich der Profos, dem es offensichtlich Vergnügen machte, dem Zivilisten Reichsratsabgeordneten Be-fehle zu erteilen, die Pritsche abzuräumen und wieder herzurichten. Dabei drohte mir ständig die Gefahr, nach Pilsen abgeliefert zu werden, wo ich der Soldateska völlig ausgeliefert gewesen wäre. Plötzlich wurde ich ganz unvermutet wieder enthaftet.

Noch immer wußte ich nicht, was ich verbochen hatte. Erst nach einiger Zeit wurde mir die Anklage zugestellt. Ich war beschuldigt, in einer 1.-Mai-Versammlung in meinem Wahlkreis (Platten) »zum Hasse wider die Staats-macht aufgereizt« und dadurch das Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe begangen zu haben. »Glöckel hat sich geäußert, wie dies von einem Finanz-wachmann und einem Lehrer bestätigt wird, der Krieg sei vom Kapitalismus heraufbeschworen worden, nach dem Krieg werde Abrechnung gehalten werden. Er kam auf die Kriegskosten zu sprechen und erläuterte in anschaulicher Weise

die Größe einer Milliarde, sagte, die Internationalen aller Länder müßten sich zusammenfinden, um in Zukunft einem Krieg vorzubeugen, und besprach schließlich Mißstände bei Verwendung der Erdarbeiter und Regelung der Approvisionierung. Die Vorwürfe sind daher mittelbar gegen die Kriegführung in unserem Staate, daher gegen die Tätigkeit der Staatsverwaltung zur Erreichung von Staatszwecken gerichtet. Beschuldigter hat seine Anschuldigungen zu einer Zeit, in welcher die unvermeidlichen Folgen des der Monarchie aufgezwungenen Krieges die Bevölkerung schwer belasten, und vor einem Zuhörer-kreis vorgebracht, dessen Interessen jenen des mit großen Opfern verteidigten Großkapitals vielfach zuwiderlaufen.« So wörtlich die Anklageschrift. Zwei Dinge daraus sind wert, hier festgehalten zu werden. Zunächst der Umstand, daß ein Lehrer und ein Staatsangestellter, also Angehörige von Ständen, deren Interessen ich durch Jahre aufopfernd vertreten hatte, die Kronzeugen des Militär-anwaltes waren. Dann das Geständnis in einem offiziellen Schriftstück, daß der Krieg zum Zwecke der Verteidigung des Großkapitals geführt wurde. Die ganze Angelegenheit war durchaus nicht harmlos. Meine Tätigkeit in der Frage der Unterhaltsbeiträge war militärischen Kreisen sicherlich nicht erwünscht, besonders gefährlich aber war die politische Erwägung, daß es nützlich sein könnte, einmal auch einen deutschen Abgeordneten abzuurteilen, da man bisher nur gegen tschechische Abgeordnete (Kramař, Rašin) und gegen ruthenische (Markow) vorgegangen war.

Am 7. Juli wurde die Verhandlung in Pilsen vor dem Militärgericht durchgeführt. Ich gab bei dem Verhör sofort zu, daß ich Sätze, wie die Klageschrift sie enthält, gesprochen haben dürfte, wenn auch der Wortlaut anders war. »Ich war mir der Verantwortung vollkommen bewußt, gegenüber dem Staate, der Partei und der Bevölkerung. Ich trage sie auch heute. Ich habe nichts abzuleugnen, abzuschwächen, umzudeuten. Die Rede ist in voller Öffentlichkeit gehalten worden. Ich will nicht als ein Wortheld erscheinen, der heute ableugnet, was er gestern gesprochen hat; ich will aber auch nicht verurteilt werden auf Grund von lückenhaften, aus dem Zusammenhange gerissenen und unrichtigen Angaben.« Ich führte keinen einzigen Versammlungsteilnehmer als Zeuge an. Die vom Militärgericht einberufenen Zeugen erklärten übereinstimmend, daß die Versammlung ruhig und würdevoll verlaufen sei. Reichsratsabgeordneter Seitz, als Zeuge vernommen, skizzierte die Stellung der Partei zum Krieg und gab eine Charakteristik des Redners. Mein Verteidiger Dr. *Harpner*, einer der angesehensten Rechtsanwälte Wiens, erklärte: »Der Jurist in mir sträubt sich gegen die Anklage, aber auch der anständige Mensch.« Nach längerer Beratung verkündete das Kriegsgericht den Freispruch. In der Begründung des Urteils

heißt es, »es sei wohl erwiesen, daß Glöckel die ihm von der Anklageschrift zur Last gelegten Äußerungen tatsächlich gebraucht hat. Glöckel wollte damit den Krieg vom rein menschlichen Standpunkt aus als Mittel zur Austragung von Streitigkeiten zwischen den Völkern verurteilen, und das falle nicht unter das Strafgesetz«.

Nach Wien zurückgekehrt, nahm ich meine Arbeit wieder auf.

### *Die Wehrhaftmachung der Jugend*

Während des Krieges kam es vielen Menschen darauf an, sich im Hinterlande »unentbehrlich« zu machen. Ihr Patriotismus verpflichtete sie, ihr eigenes teures Leben möglichst zu schützen und dafür andere an die Front zu schicken. Sie kamen dabei auf die absurdesten Ideen, und so ist es nicht verwunderlich, daß auch das Schulwesen von ihnen nicht verschont wurde. Hinterlandsoffiziere und sogenannte Pädagogen vereinigten sich, um die Erziehung zu »militarisieren«. Vom systematisch gepflegten Soldatenspiel bis zum militärischen Turnunterricht, von den uniformierten Knabenhorden bis zu den uniformierten Mittelschülern zeigt sich eine Linie. Welch hirnrissige Ideen in diesen Köpfen spukten, mögen die Ausführungen eines Feldmarschall-Leutnants Rieger aufzeigen :

»Mittelschulen, Militärlehrlingsanstalten, Militärgewerbebetriebe jeder Art im Anschluß an die Heeresorganisation, von den untersten bis zu den obersten Stufen unter militärischer Leitung und Kontrolle, übernehmen die Heranbildung und Verwertung der einheitlich entwickelten Volkskraft und die patriotische Erziehung der Volksseele. Die Einteilung der Monarchie in Korpsbereiche und Ergänzungsbezirke, deren weitere Unterteilung nach Bedarf militärisch zu regeln wäre, gibt die Rahmen für die Gliederung. In jedem Ergänzungsbezirk wären die nötigen Anstalten für die Unterbringung und Erziehung der Kinder durch die militärischen Organe zu errichten. An hierzu geeigneten Personen würde es fürs erste nicht fehlen, denn die zahlreichen durch den Krieg frontdienstunfähig gewordenen Offiziere, Militärbeamten, Unteroffiziere und Mannschaften könnten, statt mit knappen Invalidengebühren abgefertigt zu werden und dazu verurteilt zu sein, mühsam nach irgendeiner Beschäftigung suchen zu müssen, nützlich für die Gesamtheit verwendet und in guter Besoldung erhalten bleiben. Die Arbeitsstätten werden nicht Brutstätten der politischen Verhetzung oder der brutalen Vergewaltigung durch Streik- oder Arbeiterausstandsbewegungen, passive Resistenz und ähnliche den Volkswohlstand (!) gefährdende, ja beraubende Ausschreitung sein.«

Da erhob der Zentralverein der Wiener Lehrerschaft seine warnende Stimme und berief für den 7. März 1916 eine Vereinsversammlung ein, in der ich über das Thema »Die Wehrhaftmachung der Jugend« referieren sollte. Es kostete einen langen Kampf, bis die Versammlung endlich gestattet wurde. Eine ganze Reihe behördlicher »Weisungen« wurde mir bekanntgegeben. Einige Male griff der Regierungsvertreter ein, trotzdem gelang es, die Versammlung zu Ende zu führen. Die von mir aufgestellten Fragen lauteten: »Sind die Erfahrungen des Krieges geeignet, eine Erziehungs- und Schulreform anzubahnen? Gehört dazu die Wehrhaftmachung der Jugend? Worauf soll sie sich erstrecken?« Ich antwortete darauf: »Schaffet Arbeits- und Bildungsmöglichkeit und damit persönliches Glück; sorgt für Ordnung und sichert Gerechtigkeit, dann wird in der Stunde der Bedrängnis des Vaterlandes jeder zu sich selbst sagen, er habe mit dem Vaterland etwas zu verlieren – dann ‚lieb Vaterland, magst ruhig sein‘; diese innere Ertüchtigung, diese Wehrhaftmachung im edelsten Sinn ist der beste Schutzwall gegen jeden Feind.« Zum Schlusse stellte ich eine Reihe von Forderungen, die das Entsetzen des Regierungsvertreters hervorriefen, so nach Verbesserung der gewerblichen Ausbildung und des Arbeitsverhältnisses der Jugend (Lehrlingsurlaub, Lehrlingsinspektorate) und nach einer weitgehenden Erziehungs- und Schulreform. »An Leib und Seele gesunde, tüchtige Menschen, wehrhaft gegenüber jedem Feind, unerschrocken in jeder Gefahr, daher siegreich in jedem Kampf!«, so schloß ich meine Rede. Das war nun gar nicht nach dem Geschmack der Kriegspädagogen.

In Form einer Broschüre sollte die Rede verbreitet werden. Schon im Manuskript hatte sie ihr Erlebnis. Im März 1916 wurde sie der Wiener Zensurstelle überreicht, anfangs April geriet sie dort in Verlust, wurde nach energischen Vorstellungen wieder aufgefunden, um am 17. Juni abermals zu verschwinden. Die Nachricht vom 11. September, daß das Manuskript wieder entdeckt worden sei, wurde von der Mitteilung am 18. September abgelöst, der Akt sei abermals unauffindbar. Am 19. Oktober erfuhr ich, daß sich der Akt im Handelsministerium befinde. Der Handelsminister teilte mir mit, er könne nur feststellen, daß die Abhandlung von der Zensurgruppe im Kriegsministerium dem Ministerium für Landesverteidigung übersendet, von diesem an das Unterrichtsministerium weitergeleitet und von dort an das Ministerium für öffentliche Arbeiten weitergegeben worden sei. Nun drohte ich mit der Veröffentlichung dieses Vorganges. Am 7. November 1916 traf die frohe Botschaft ein, »daß es dank den fortgesetzten Nachforschungen nunmehr doch gelungen ist, das Zensurstück zu eruieren«. So gewissenhaft »studierten« alle Ministerien diese Arbeit. Im Dezember 1916 endlich konnte die Broschüre herausgegeben werden.

## *Das Schulwesen während des Krieges*

Zu Anfang des Jahres 1917, als das Elend bereits einen furchtbaren Umfang angenommen hatte, das Volk zu murren begann – es war bereits zu den bekannten großen Ausständen in den Munitionsfabriken gekommen –, versuchte der Ministerpräsident *Clam-Martinitz* mit den politischen Parteien darüber zu verhandeln, »in welcher Weise das verfassungsmäßige Leben in Österreich wieder aufgenommen werden solle«. Nach zweieinhalb Jahren wurden wieder Versammlungen erlaubt, die Sozialdemokraten beriefen sie mit der Tagesordnung ein: »Wir wollen den Frieden.«

Am 30. Mai 1917 trat das Parlament wieder zusammen. Die Sozialdemokraten rollten sofort die Frage der Unterhaltsbeiträge auf. Ich wurde in den Parlamentsausschuß entsendet und zum Berichterstatter über das neue Gesetz gewählt. Bisher war es nicht üblich gewesen, einen Oppositionellen mit der offiziellen Berichterstattung zu betrauen. Es gelang mir tatsächlich, eine Reihe wesentlicher Verbesserungen durchzusetzen.

Nun wendete ich mich den entsetzlichen Schulzuständen zu, die der Krieg geschaffen hatte. Zuerst wurde mit erheblicher Mühe der Tatbestand einwandfrei festgelegt und dann Abhilfe versucht. In der Sitzung des Unterrichtsausschusses vom 8. November 1917 hielt ich eine heftige Anklagerede, die so großen Eindruck machte, daß ihre Drucklegung vom Ausschuß beschlossen wurde – ebenfalls ein ganz ungewöhnlicher Vorgang<sup>5</sup>. Ich führte aus:

»In Wien allein sind, dreieinhalb Jahre nach Beginn des Krieges, 250 Schulen von der Militärverwaltung in Anspruch genommen, das heißt 100 000 Kinder erhalten einen völlig unregelmäßigen Unterricht (Halbtags-, Dritteltagsunterricht!). Außerhalb Wiens sind zu dieser Zeit noch 345 Schulgebäude besetzt, fünf staatliche Lehrerbildungsanstalten ihrem Zwecke entzogen. Dabei befinden sich oft in einem ausgedehnten Schulgebäude nur drei Kanzleien! Schon längst hätte man Schlösser, die sich für Rekonvaleszentenheime außerordentlich geeignet hätten, an Stelle der Schulen heranziehen können. Warum schritt man statt dessen zu Barackenbauten? Die Schüler werden zur Sammlung der verschiedensten Gegenstände mißbraucht, die von Wohnung zu Wohnung durchgeführt werden muß. Geldsammlungen in der Schule führen zu Erpressungen der Schulkinder an ihren Eltern. Eine große Zahl von Lehrern ist einberufen und wird zu ganz untergeordneten Schreibarbeiten verwendet. In der Munitionsfabrik in Wöllersdorf werden Kinder verwendet. Der oberösterreichische Landesschulrat gibt einen Erlaß heraus, der bestimmt, daß die Verwendung von

<sup>5</sup> Ein Teil dieser Rede ist unten (S. 168 ff) im Wortlaut abgedruckt.

Kindern bei Treibjagden als Entschuldigungsgrund anzusehen ist'. Der Landes-  
schulrat von Kärnten verfügte am 28. Februar 1917, daß 'die Befreiung vom  
Schulbesuche während des Sommerhalbjahres allen Schulkindern, welche das  
10. Lebensjahr vollendet haben, zu gewähren' ist. Auf Anordnung des Unter-  
richtsministers müssen alle Kinder, die aus einem Staate stammen, der sich  
im Kriegszustand mit der Monarchie befindet, aus der Schule entfernt werden.  
Da man achtzehnjährige Burschen ins Trommelfeuer schickte, mußte die so-  
genannte 'Kriegsmatura' eingeführt werden, die den Zweck hat, ungenügend  
vorbereiteten Studenten trotzdem ein Zeugnis der Reife zu geben.«

Am 18. Juli 1916 verlangte das k. k. Armeekommando (Conrad von  
Hötzendorf), daß an den Hochschulen »militärwissenschaftliche Disziplinen«  
eingeführt werden. Bei *allen* Staatsprüfungen und Rigorosen solle »Heerwesen  
und Heerespolitik« geprüft werden. Der Chef des Generalstabes werde Offi-  
ziere als Hochschullehrer abkommandieren. Damit hatte die Überheblichkeit  
der Militärclique wohl ihren Gipfel erreicht.

Die Folgen zeigten sich. Die Schulhäuser glichen bald Ruinen, unsere Kinder  
waren nicht nur körperlich, sondern bald auch geistig und sittlich unterernährt:  
Kriegskinder!

Ich verlangte die Rückgabe der Schulgebäude an ihren ursprünglichen  
Zweck, Verbot jeglicher Art von Geldsammlungen, Rückberufung aller nicht  
frontdiensttauglichen Lehrer, Errichtung von Schulküchen, Abschaffung der  
Kinderarbeit, Unentgeltlichkeit der Lernmittel. So war diese Frage der öffent-  
lichen Aufmerksamkeit zugeführt. Tatsächlich gelang es auf diesem Wege, eine  
Reihe von Schulgebäuden wieder ihrer Bestimmung zuzuführen und einen Teil  
der allergrößten Schäden zu mildern.

### *Das Tor der Zukunft*

Große, künstlerisch ausgeführte Plakate luden die Bevölkerung Wiens für  
den 7. Januar 1917, also noch während des Krieges, in den Konzerthausaal ein,  
in dem in einer Versammlung der »Freien Schule« ein Schulprogramm auf-  
gestellt werden sollte. Das Thema lautete: »Das Tor der Zukunft.« In jeder  
Familie verspürte man bereits die Wirkungen der Schulverelendung während  
des Krieges, die Erörterung dieser Zustände im Parlament hatte starken Wider-  
hall gefunden. Es war daher kein Wunder, daß der große Saal überfüllt war.  
Ich war zum Referenten bestimmt und führte unter anderem aus:

»Der Generation nach uns müssen wir den Weg ebnen, nicht aus Erbarmen,  
nicht aus gutem Herzen, sondern weil wir zu sühnen versuchen müssen, was

unsere Generation an der Menschheit verbrochen, weil wir den Weg der Erlösung suchen müssen von der furchtbar drückenden Erbsünde, die wir unseren Kindern erwirtschaftet haben. Unseren Kindern müssen wir den Weg zum sicheren und raschen Aufstieg weisen von der Wildnis unserer Tage in den Garten der Zivilisation, wie man klüger wird, damit man nicht das Gehaben und die Gebräuche der Naturvölker zum Muster nimmt, die in der Anwendung brutaler Gewalt die einzige Art der Schlichtung ihrer Interessengegensätze erblicken.«

Ich verlangte, daß die Schule in erster Linie Erziehungsstätte für das Kind sein muß. Der Überblick über die schulgeschichtliche Entwicklung in unserem Staate zeigt den wachsenden verderblichen Einfluß des Klerikalismus, wogegen es nur ein Mittel gibt: Freiheit der Kirche *und* Freiheit der Schule, das heißt Trennung von Kirche und Schule. Zu den schulverderberischen Einflüssen gesellt sich der bürokratische Geist, der unser Schulwesen beherrscht. Soll unsere Schule leistungsfähig werden, ist der völlige Umbau der Jugendfürsorge erforderlich. Vom Schwangerenschutz über Säuglingsschutz zu den Krippen und Kindergärten! Hier ist noch alles zu tun übrig. Jugendspielplätze sind ein wichtiges Erziehungsmittel. Es darf kein hungerndes und frierendes Schulkind geben. Die größte Schmach ist das erwerbende Kind. Die körperliche Erziehung ist bisher völlig vernachlässigt. Weg mit den sogenannten »Schulbesucherleichterungen«, die die im Gesetz festgelegte achtjährige Schulpflicht zu einer sechs- und siebenjährigen herabdrücken! An die Stelle der verwirrenden Mannigfaltigkeit unseres Schulwesens muß eine einfache, übersichtliche Organisation treten. Die Entscheidung über das weitere Studium soll erst nach dem vierzehnten Lebensjahr erfolgen, daher ist der Ruf nach einer »Einheitsschule« berechtigt. Jeder Begabung den richtigen Weg! Volle Unentgeltlichkeit des Unterrichtes. Die planmäßige Förderung leistungsfähiger geistiger Kräfte ist eine Schicksalsfrage des Staates. Eine völlige Umstellung in der methodischen Behandlung der Lehrgegenstände ist dringend erforderlich. Nicht der Umfang des Stoffes, sondern wie der Stoff zum Geistesigentum des Kindes wird, ist das Entscheidende. Lernfreudigkeit muß die Schule erzeugen, zur Achtung vor der Arbeit erziehen und Kinder mit sozialem Gefühl erfüllen. Aus der Schulstube muß ein festlicher Raum werden; dazu gehört ein berufsfreudiger, unabhängiger Lehrerstand, der, sorgfältig vorgebildet, in einer Klasse mit einer geringen Schülerzahl zum Freund und Führer der Jugend wird. Der Geist des Lehrers ist der Geist der Schule. Es muß verhindert werden, daß eine oberflächliche Scheinreform an die Stelle einer gründlichen Umgestaltung unseres Schulwesens trete. Ich schloß:

»Für den Bürokraten ist das Kind Aktenmaterial, für den Geistlichen eine Seele, um die gerungen werden muß, für den tagelöhnernden Schulmeister ein Mittel zum Erwerb. Uns aber soll das Kind die Erfüllung unserer Hoffnungen und Wünsche sein, die Fortsetzung und Vollendung unseres Kampfes. Wir stellen unser Ringen unter den Schutz der großen Geister aller Jahrhunderte, die unter harten Opfern kulturelle Werte geschaffen, vermehrt und uns vererbt haben mit der Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß weitergearbeitet, weitergebaut wird von den Menschen, die nach ihnen kommen. Wir wollen unsere Pflicht erfüllen, restlos und freudig, wir wollen weisen das Tor der Zukunft und es zu öffnen suchen mit starker Hand.«

Die Versammlung hatte außerordentlichen Erfolg. Die Zeitungen brachten ausführliche Berichte, die sich von den anderen Nachrichten des gleichen Tages ganz eigenartig abhoben. Es wurde da unter anderem mitgeteilt, daß die Tramway nur bis acht Uhr abends verkehrt, daß die Kaiserin Zita die Soldaten im Militärrekonvaleszentenheim »zum Gottvertrauen ermunterte«, daß der Kardinal zum »Gebetsturm« aufforderte, damit wir »als Abschluß des Krieges die Veranstaltung der österreichischen Kaiserkrönung als einen großen monarchistischen Akt begehen können«, schließlich, daß der Kaiser einem Bauern, von dessen fünf eingerückten Söhnen drei gefallen waren, eine silberne Uhr mit seinem Namenszug zukommen ließ . . .

So wurde inmitten des Geschützdonners, eines Meers von Tränen, einer versinkenden Welt, ein Schulreformprogramm aufgestellt, das wirksam blieb bis auf den heutigen Tag. Die klerikale Presse geriet in eine Raserei. »Der Burgfrieden ist gebrochen!« In einer klerikalen Gegenversammlung wurde das Programm »mit Verachtung« zurückgewiesen. Als in einer Broschüre »Das Tor der Zukunft« unsere Ideen weiter verbreitet werden sollten, konfiszierte der Staatsanwalt nach Herzenslust. Hunderte von Versammlungen wurden in ganz Deutschösterreich mit dem Thema »Das Tor der Zukunft« abgehalten. Die Bewegung war nicht mehr aufzuhalten, aber niemand konnte damals ahnen, daß die Zeit unmittelbar bevorstand, in der das Programm in die Tat umgesetzt werden sollte.

### *In den Delegationen*

Die gemeinsamen Angelegenheiten, das Heer- und das Finanzwesen sowie die äußere Politik wurden verfassungsmäßig in einer parlamentarischen Körperschaft verhandelt, in die sowohl der österreichische Reichsrat wie der ungarische Reichstag ihre Delegierten zu entsenden hatten. Es waren dies die »Delega-

tionen«. Auch ich wurde in sie entsendet und dort zum Mitgliede des Heeresausschusses und des Heereslieferungsausschusses gewählt. Da ich der einzige deutsche Sozialdemokrat in dieser Körperschaft war, ergoß sich über mich eine wahre Flut von Beschwerden von den an der Front stehenden Soldaten, von Kriegsinvaliden, aber auch Anzeigen über gewissenloses und fraudulöses Vorgehen bei Kriegslieferungen. Durch meine politische Stellung besaß ich von vornherein das Vertrauen weiter Kreise, sowohl an der Front als im Hinterland. Die Sitzungen dieser Körperschaften wurden zu Tribunalen. Ich war das einzige Mitglied, das in Zivil gekommen war; die bürgerlichen Abgeordneten hatten die Geschmacklosigkeit, in ihren Reseveoffiziersuniformen zu erscheinen, wodurch sie schon von vornherein gegenüber den hohen Generalen des Kriegsministeriums in eine Abhängigkeit gerieten. Meine Ausführungen wirkten wie Keulenschläge. Ein General vergönnte dem anderen die scharfe Kritik. Neues Material wurde mir nun von allen Seiten geliefert. Ich konnte in die einzelnen Abteilungen des Kriegsministeriums hineinleuchten, zeigte die Vetternwirtschaft auf, legte eine Reihe von empörenden Bestechungsfakten vor, und so wurde ich langsam zum »Generalschreck« der Delegationen. In den Kreisen der Soldaten wurde das bekannt, und so kam es, daß mein Name bei ihnen guten Klang erhielt. In den Tagen der Revolution, wo immer wieder Soldaten- und Offiziersaufstände drohten, konnte ich wiederholt mit gutem Erfolg eingreifen. Das Merkwürdigste aber ist, daß der telegraphische Befehl an die zurückflutenden Heeresmassen, möglichst in Ordnung zurückzukehren, auf Wunsch des Militärkommandos von *mir* unterzeichnet wurde; die Herren meinten, auf mich würde man noch am ehesten hören. Als die erste Vereidigung der Soldaten auf die junge Republik durchgeführt werden mußte, wurde ich zu den unsichersten Truppenteilen delegiert, ebenfalls mit Rücksicht auf meine Führertätigkeit in den Delegationen. Tatsächlich ging auch alles glatt vonstatten ...

*Hier – unmittelbar vor dem Umsturz im November 1918 – bricht die Darstellung Glöckels ab. Die Fortsetzung ist vom Herausgeber verfaßt.*

## UNTERRICHTSMINISTER DER REPUBLIK ORGANISATOR DER SCHULREFORM

Ende Oktober 1918 begann der Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie, den einer der Organisatoren des Weltkrieges, der Chef des Generalstabes Conrad von Hötzendorf, wie aus einem erst kürzlich veröffentlichten Privatbrief an seine Gattin hervorgeht, schon im Juli 1914 (!), also vor Eröffnung der Feindseligkeiten, kommen gesehen hatte. Dem Zusammenbruch der mazedonischen Front folgte die Auflösung der Front in Italien. Des sinnlosen Gemetzels müde, strebten die Soldaten der Heimat zu, voran die Angehörigen der nicht-deutschen Stämme, die eben an die Errichtung eigener Nationalstaaten geschritten waren. Dem Beispiel der Tschechen, Polen, Südslawen und Magyaren folgten schließlich auch die Deutschösterreicher und gaben sich am 30. Oktober eine vorläufige Verfassung. Die Staatsgewalt repräsentierte ein Ausschuß der provisorisch gebildeten Nationalversammlung, der »Staatsrat«, dem auch Otto Glöckel – noch als Vertreter Deutschböhmens – angehörte. Vom Balkon des Landhauses in der Herrengasse sprach er an diesem Tage zu den unten versammelten Massen von Offizieren und Arbeitern und suchte beruhigend auf sie einzuwirken. Ebenso in einer Ansprache an die Soldaten, die das Verlangen nach Errichtung einer eigenen Armee vorbrachten. Von dem Vertrauen der Mannschaften getragen, leitete er dann auch die Wahlen in den Wiener Soldatenrat.

In der ersten provisorischen Regierung Deutschösterreichs, die am 6. November vom Staatsrat ernannt wurde, übernahm Glöckel – auf ausdrücklichen Wunsch Viktor Adlers – die Stelle des Unterstaatssekretärs im Staatsamt für Inneres, neben dem christlichsozialen Staatssekretär Dr. Mataja. Er befaßte sich dort hauptsächlich mit den heiklen Angelegenheiten des Sicherheitswesens, die ihm sein bürgerlicher »Vorgesetzter« fast vollständig überließ, je heikler sie waren, desto vollständiger. In aufreibender Arbeit, die sich fast immer bis in die tiefe Nacht hinein erstreckte, und mit dem ganzen Einsatz seiner gewinnenden Überredungskunst entledigte sich Glöckel seiner Aufgabe, die rückflutenden Heeresmassen, hungernde und frierende, aufgeregte und verzweifelte Menschen, über die völlig desorganisierten Verkehrswege möglichst reibungslos in ihre Heimatländer (hauptsächlich die Nachfolgestaaten) abzuschieben. Als am 12. November, während von der Rampe des Parlaments aus feierlich die Republik ausgerufen wurde, eine Abteilung der »Roten Garde«, angestiftet von Wirtköpfen, die wohl selbst nicht wußten, was sie mit diesem Akt bezweckten, das Haus zu stürmen versuchte, zog sich Glöckel, während er ein

auf ihn gerichtetes Bajonett zur Seite schob, eine leichte Verletzung der Hand zu, die jedoch keine Unterbrechung seiner Tätigkeit zur Folge hatte. Ständige Sorge bereitete in den nächsten Wochen unter anderem auch Schloß Eckartsau, wohin sich Kaiser Karl mit seiner Familie zurückgezogen und – wie wenigstens Gerüchte wissen wollten – inmitten einer hungernden Bevölkerung mit aufreizend reichlichen Lebensmittelvorräten versorgt hatte; hier trat erst Ruhe ein, als die Herrschaften, begleitet von den Verwünschungen so gut wie des ganzen Volkes, in die Schweiz abtransportiert waren.

Glöckel widmete sich nunmehr der Neugestaltung der Wachkörper. Eine Bahngendarmerie und eine Stadtschutzwache wird aufgestellt. Die Polizeimannschaften werden zum erstenmal in die Rangklassen der Staatsbeamten eingereiht und bekommen das Recht, sich ihre Vertrauensmänner zu wählen; ebenso wird die Gendarmerie entmilitarisiert, der Zivilverwaltung unterstellt und mit einer zeitgemäßen Dienstpragmatik ausgestattet. Obwohl es später die bürgerlichen Regierungen verstanden haben, durch fünfzehnjährige zähe Verwaltungsarbeit aus diesen Wachkörpern eine zuverlässige Waffe der Reaktion zu schmieden, ist – namentlich bei den älteren Wachebeamten und Gendarmen – das Gefühl der Dankbarkeit für Glöckel, der ihnen eine rechtlich gesicherte, menschenwürdige Stellung gegeben hat, niemals erloschen, und wenn er in den letzten Monaten seines Lebens, aus der Haft entlassen, durch die Straßen Wiens ging, gab ihm manch ein verstohlener Gruß eines diensthabenden Wachpostens davon Zeugnis. In Glöckels Ressort fiel auch die schwierige Organisation der Wahlen in die Konstituierende Nationalversammlung (Februar 1919), bei der zum ersten Male alle Männer und Frauen zu den Urnen gerufen wurden. Nur gelegentlich kann er in diesen Monaten sein Augenmerk dem Gebiete zuwenden, das seinem Herzen am nächsten steht, dem Unterrichtswesen (das damals von dem deutschnationalen Staatssekretär Pacher schlecht und recht verwaltet wird); so, wenn er im Kabinettsrat einmal auf die Notwendigkeit hinweist, für die Herstellung neuer, dem Geiste der Zeit Rechnung tragender Lehr- und Lesebücher Sorge zu tragen.

Bei den Wahlen in die Konstituierende Nationalversammlung kandidierte Glöckel, da die Lostrennung der sudetendeutschen Gebiete und ihre Vereinigung mit der Tschechoslowakischen Republik indessen endgültig geworden war, als Listenführer im 3. Wiener Wahlkreis (IX., XVIII. und XIX. Gemeindebezirk), und er hat diesen Wahlkreis dann bis zum Ende des verfassungsmäßigen Regimes im Nationalrat vertreten, auch hier wieder der erklärte Liebling der Arbeiterschaft, geachtet aber auch bei den übrigen Bevölkerungsschichten, was in der von Wahl zu Wahl steigenden Anzahl sozialdemokratischer Stimmen zum Aus-

druck kam, die dieser stark mit bürgerlichen Mittelständlern durchsetzte Wahlbezirk aufbrachte. Am 15. März 1919 erfolgte die Wahl der neuen Regierung, einer Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen, in der die ersteren als die numerisch und faktisch stärkere Partei zunächst auch den größeren Einfluß ausüben konnten; in diesem Kabinett übernahm Glöckel als »Unterstaatssekretär« im »Staatsamt für Inneres und Unterricht« die Leitung der gesamten Unterrichtsverwaltung. Diese etwas komplizierte Konstruktion war darauf zurückzuführen, daß man, in dem Bestreben, die Verwaltung dem bescheidenen Umfang der jungen Republik anzupassen, die Zahl der Ministerien – zunächst weniger anspruchsvoll »Staatsämter« genannt – möglichst herabzusetzen trachtete. So wurde das ehemalige k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht mit dem Innenministerium vereinigt, und es wurden dem leitenden Staatssekretär für Inneres zwei Unterstaatssekretäre für Kultus und für Unterricht beigegeben. So wurde zugleich auch die nach der Auffassung der Sozialdemokraten unheilvolle Personalunion von Schul- und Kirchenverwaltung gelöst<sup>6</sup>. Staatssekretär für Inneres war Glöckels Freund Matthias *Eldersch*; einer seiner ersten Regierungsakte war die Unterzeichnung eines Dekretes, in dem er seinem Unterstaatssekretär Glöckel sämtliche Angelegenheiten des Unterrichtswesens zur selbständigen Entscheidung überließ. Ihm wurde damit ein Wirkungskreis anvertraut, für den er nach seinem ganzen Werdegang berufen war wie kein zweiter.

Otto Glöckel war der berufene Schulpolitiker, weil er, zum Schulmeister geboren, die unlösbare Verkettung von Schule und Politik erlebt hatte, schmerzlich und beglückend. Er selbst hat in seinen Lebenserinnerungen (oben Seite 36 ff.) eindrucksvoll geschildert, wie sein pädagogisches Schulwissen an den harten sozialen Gegebenheiten zuschanden wurde, und wie ihm gerade diese schmerzlichen Schulerfahrungen die Augen öffneten für die Erkenntnis der schreienden Ungerechtigkeit unserer Gesellschaftsordnung. Diese Einsicht würde ihn auf jeden Fall zu ernster gedanklicher Auseinandersetzung mit den allgemein politischen Problemen geführt haben; so aber hat ihn der Willkürakt einer politischen Maßregelung mit Gewalt aus der Schule herausgerissen und in die Politik hineingestoßen. Die politische Arbeit wurde ihm damit zum Lebensberuf,

<sup>6</sup> Staatssekretär für Kultus wurde der christlichsoziale Gymnasialprofessor Leopold *Miklas* (der spätere Bundespräsident). Er hatte in Unterrichtsfragen ebensowenig dreinzureden als Glöckel in die Verwaltung der Kirchen und Klöster; es war daher lächerlich, wenn nach Glöckels Tode das führende Regierungsblatt behauptete, der »stillen Arbeit« des Herrn Miklas sei es zu danken gewesen, wenn Glöckels Reform sich nicht noch stürmischer habe entfalten können.

zu einem beglückenden Beruf, wie jedermann erkennen mußte, der ihn einmal in einer Versammlung reden hörte. Durchdrungen von der Überzeugung, daß der Sozialismus der Weg ist, der über die Befreiung der Arbeiterklasse dazu führt, die ganze Menschheit von dem Fluche der Klassenherrschaft zu erlösen, hat er sicherlich keinen Augenblick aufgehört, seine Gedanken um die Schule, das verlorene Land seiner Jugendtage, kreisen zu lassen. Bei der engen Wechselwirkung zwischen Schule und Gesellschaft muß ja jeder politische Umschwung auch eine gründliche Umgestaltung des Schulwesens nach sich ziehen, während diese ihrerseits wieder eine unentbehrliche Voraussetzung des sozialen Neuaufbaus bildet. In diesem Sinne war die Umwälzung des Jahres 1918 auch Otto Glöckels große Stunde, auf die er sich in zwanzig Jahren rastloser Arbeit vorbereitet hatte.

Die Habsburger Monarchie war zertrümmert. Der Weltkrieg, den die sogenannten »staatserhaltenden« Kreise wenn nicht bewußt herbeigeführt, so doch mit verblendetem Jubel begrüßt hatten, war dem politisch und sozial rückständigen Gebilde zum Verhängnis geworden. Unter den Nachfolgestaaten, die das Erbe der zerfallenen Großmacht antraten, fand sich Deutschösterreich in der allerschlimmsten Lage, waren doch hier die entsetzlichen Verwüstungen des viereinhalbjährigen Krieges noch durch wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten besonderer Art gesteigert. Seine hochentwickelte Industrie, mit einem Schlage von wichtigen Rohstoffquellen abgeschnitten, vor allem aber ihrer gesicherten und zollgeschützten Absatzgebiete im Rahmen der alten Monarchie beraubt, geriet in eine Krise, die wohl danach angetan war, die gesamte Wirtschaft mit in den Abgrund zu reißen; dazu kam die politische Belastung durch die Friedensverträge, in denen man das kleine Österreich, weil es der Sitz der Zentralregierung gewesen war, sozusagen als alleinigen »Rechtsnachfolger« der verflossenen Monarchie für die Sünden des alten Regimes zahlen lassen wollte, ein aussichtsloses Beginnen, das aber doch, ebenso wie in Deutschland, die junge Demokratie in ihren entscheidenden Entwicklungsjahren aufs schwerste schädigte. Wenn das Land damals nicht dem Chaos anheimfiel und eine Beute sinnlos rasender Verzweiflung wurde, so war dies einzig und allein der besonnenen Haltung der Sozialdemokratie zu danken, der einzigen Partei, die bei den Massen der Bevölkerung noch Vertrauen und Kredit besaß. Ihr überließen deshalb die bürgerlichen Politiker willig Führung und Verantwortung, um sie hinterdrein, sobald die ärgste Gefahr überwunden war, mit einer Skrupellosigkeit sondergleichen für alle Übelstände verantwortlich zu machen, die sie als Erbschaft des Krieges vorgefunden und in opfervoller Arbeit zwar zu mildern, aber nicht zu beseitigen vermocht hatte.

Groß geworden in der Schule Viktor *Adlers*, der an dem Geburtstage der jungen Republik seine Augen für immer schloß, betrieb die Partei von Anfang an eine Politik kraftvoller Besonnenheit, die unter Verzicht auf schimmernde Illusionen sich das Maximum des jeweils Erreichbaren zum Ziele setzte. Sie widerstand also der Versuchung, eine *sozialistische* Wirtschaftsordnung aufzurichten; denn obwohl sie im Innern damals fürs erste auf keinen unüberwindlichen Widerstand gestoßen wäre, hätte eine Handbewegung der kapitalistischen Siegerstaaten, die Zurückhaltung von ein paar Getreideschiffen im Hafen von Triest, von ein paar Kohlenzügen in einer tschechoslowakischen Grenzstation genügt, um die Bevölkerung Wiens dem Verhungern und der Kälte preiszugeben und ein Chaos herbeizuführen, das nicht zuletzt auch die Arbeiterschaft in den Strudel des Untergangs mit hineingerissen haben würde. Ihr Ziel war vielmehr der Aufbau einer von *sozialem* Geist erfüllten *demokratischen* Republik, die den arbeitenden Schichten der Bevölkerung mit der politischen Gleichberechtigung zugleich auch die Voraussetzung für ihren wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg schaffen sollte. Dies also war der allgemeine Rahmen, in den sich auch die geplante Schulerneuerung einzuordnen hatte.

Politische, wirtschaftliche und pädagogische Notwendigkeiten wiesen nach der gleichen Richtung. Das alte Schulsystem war – in seiner Art sehr zweckmäßig – in der raffiniertesten Weise darauf eingestellt gewesen, dem autoritären Regiment einer trotz ihrer konstitutionellen Tünche noch immer ziemlich nackt absolutistischen Monarchie brauchbare, das heißt lenksame *Untertanen* zu erziehen; der junge Freistaat hingegen brauchte selbstbewußte, denkende, verantwortungsfreudige *Staatsbürger*. Die *Wirtschaft*, auf den Export von Gütern und Menschen angewiesen, konnte nur gesunden, wenn das gesamte Bildungswesen mit dem Bewußtsein erfüllt wurde, daß es nicht mehr willfährige Arbeitssklaven, sondern allgemein und technisch gebildete, urteilsfähige Qualitätsarbeiter zu liefern habe. Die *Pädagogik* endlich hatte nichts anderes zu tun, als ihre in jahrzehntelanger Forschungs- und Versuchsarbeit gewonnenen Erkenntnisse, die bisher an dem starren Konservatismus der reaktionären staatlichen Schulpolitik zuschanden geworden waren, endlich in die Tat umzusetzen. Dies waren denn auch die Leitgedanken der *Schulreform*, die Otto Glöckel auf seine Fahne geschrieben hatte und vom ersten Tage seiner Amtsführung an mit feurigem Eifer und zäher Beharrlichkeit verfolgte. Die Schwungkraft der Bewegung stammte aus dem Bewußtsein, daß sie ein klares Gebot des Augenblicks zu erfüllen unternahm, sie quoll aber auch aus der freudigen Hoffnung, auf den Trümmern der Vergangenheit, unter denen das gegenwärtige Geschlecht zu versinken drohte, wenigstens für die kommende Generation eine schönere,

glücklichere Zukunft aufbauen zu können. Diese verlockende Vision, die Glöckels von begeistertem Optimismus getragene Beredsamkeit immer aufs neue zu beschwören verstand, hat sicherlich mit dazu beigetragen, die seelischen Folgen des Zusammenbruchs zu überwinden und eine ruhigere Entwicklung anzubahnen. Wir werden noch hören, in welcher Weise ihm das Bürgertum, das schließlich die Früchte der neuen Ordnung an sich zu reißen vermochte, dafür gedankt hat.

Das Amt, an dessen Spitze er trat, war allerdings für die Arbeit, die er ihm aufzuerlegen gedachte, ein wenig brauchbares Instrument. Waren die k. k. Ministerien alle eine Domäne adeliger Protektionswirtschaft gewesen, so galt dies von dem k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht in ganz besonderem Maße. Auf den höheren Beamtenstellen führten hier Grafen und Barone ein beschauliches Dasein und übten an dem willfähigen Objekt der Schule ihre juridischen Verwaltungskünste. Das war nämlich das bezeichnende Merkmal dieser bürokratischen Verwaltung, daß in ihr Fachmänner überhaupt nicht oder doch nur in untergeordneter, minderberechtigter Stellung Aufnahme gefunden hatten; entscheidend war in allen Dingen ausschließlich die Stimme des Juristen, dessen Sachkenntnis einzig auf seinen eigenen, mehr oder weniger erfreulichen und belangvollen Schulerinnerungen beruhte. Hier vor allem also mußte Wandel geschaffen werden, wenn in diesem Amte plötzlich produktive Arbeit geleistet werden sollte. Die *Verfachlichung* des Unterrichtsministeriums war Glöckels erste Aufgabe. Er beließ, mit einer einzigen Ausnahme<sup>7</sup>, die alten Beamten in ihren Stellungen, aber er setzte neben sie einen Stab von Fachleuten, hauptsächlich die sogenannte »Reformabteilung«, und traf die grundsätzliche Verfügung, daß künftig alle pädagogischen Angelegenheiten in der Weise zu erledigen seien, daß die sachliche Entscheidung einzig und allein von den Sachverständigen, also von den Pädagogen, zu treffen sei, die Juristen hingegen nur die gesetzlich einwandfreie Formulierung zu besorgen hätten. Glöckel ließ sich durch das unwillige Kopfschütteln, das diese Anordnung erregte, nicht irremachen, er warb in warmen Worten um die loyale Mitarbeit aller, auch der eingesessenen Beamenschaft, und bemühte sich, auch bei ihnen Verständnis für die großen Aufgaben der neuen Zeit zu erwecken. Nichts ist bezeichnender für Glöckels Optimismus,

<sup>7</sup> Diese betraf bezeichnenderweise den Sektionschef *Khoß* von Sternegg, der Glöckels soziales Empfinden und Gerechtigkeitssinn auf das tiefste verletzt hatte, als er mitten im Krieg als Leiter des niederösterreichischen Landesschulrates anordnete, bei der Aufnahme in die Mittelschulen an die Leistungen unbemittelter Schüler einen strengeren Maßstab anzulegen, weil bei ihnen eine verständnisvolle Mitarbeit des Elternhauses weniger zu erwarten sei! Seine Enthebung war der erste Akt, den Glöckel als Unterstaatssekretär unterzeichnete.

aber auch für den Schwung jener Tage, als daß er es wagen konnte, im prunkvollen Spiegelsaal seines Ministeriums alle Angestellten des Hauses, vom ersten Sektionschef bis zur letzten Reinigungsfrau, zu versammeln und ihnen mit der Begründung, die Demokratie erfordere es, daß alle darum wüßten, woran zur Zeit in diesem Amte gearbeitet werde, die allgemeinen Ziele der Reform und die besonderen Aufgaben des Augenblicks auseinandersetzen. Der symbolische Akt dieser »Schulgemeinde« tat zweifellos seine Wirkung, aber das Verständnis, auf das Glöckel hinarbeitete, dürfte in den Köpfen der einfachen Dienerschaft eher erreicht worden sein als in dem komplizierteren Denkmechanismus der leitenden Beamten.

Und so wie mit den Angestellten seines Amtes, so hielt es Glöckel auch mit den Abgeordneten der *Nationalversammlung*. In regelmäßigen Abständen von etwa einem Vierteljahr erstattete er dem Unterrichtsausschuß ausführlichen Bericht über seine Pläne und die Fortschritte in ihrer Verwirklichung, bemühte sich unablässig, zu belehren und zu überzeugen, und man muß sagen, daß – abgesehen von den gewissen religionspolitischen Vorbehalten der Klerikalen – seine Argumentation lange Zeit hindurch die Zustimmung *aller* Parteien, auch der Bürgerlichen christlichsozialer und deutschnationaler Richtung, fand. Die Erklärungen zu Glöckels programmatischen Ausführungen über die Staats-erziehungsanstalten (unten S. 200) spiegeln diese Situation wider. Erst später hat sich die klassenkämpferische Haltung der bürgerlichen Politik wieder so weit versteift, daß man an der Glöckelschen Schulreform alles und jedes verdammten zu müssen glaubte, bloß weil sie von dem *Sozialdemokraten* Glöckel eingeleitet worden war.

Daß die *Elternschaft* zu Glöckel »in die Schule gehen« mußte, war selbstverständlich. Von Versammlung zu Versammlung, in allgemeinen Volksversammlungen und besonderen Zusammenkünften der Schülereltern hat Glöckel unermüdlich für die Ideen der Reform geworben, er ließ keine öffentliche Kundgebung, mochte sie welchem besonderen Zwecke immer gewidmet sein, vorübergehen, ohne in seine Rede auch einen längeren Exkurs über seine Herzensangelegenheit einzuflechten. Vor allem aber galt seine Aufklärungsarbeit natürlich der *Lehrerschaft*, mit deren verständnisvoller und freudiger Mitarbeit seiner Überzeugung nach das Werk stand und fiel.

Lehrerblut und demokratische Denkungsart vereinigten sich in Otto Glöckel zu der Auffassung, deren wiederholte Betonung alles eher war als ein bloßes Lippenbekenntnis, daß eine Schulreform, und zumal eine, die auf Erziehung zur Demokratie abgestellt sei, nur mit demokratischen Mitteln durchgesetzt werden könne, daß sie also – soweit die Lehrerschaft in Frage komme – nicht

»vom grünen Tisch aus« diktiert werden dürfe, sondern in inniger Gemeinschaft mit den Praktikern der Schule »erarbeitet« werden müsse. So besuchte er nicht nur in Wien alle Konferenzen der Lehrerschaft, sondern fuhr der Reihe nach auch in alle übrigen Landeshauptstädte, um in großen allgemeinen Lehrerversammlungen sein Programm zu entwickeln; es war schon ein eigentümliches Bild und ein Zeichen der Zeit, wenn etwa in Bregenz, der Hauptstadt des »Schwarzen Ländle«, die Lehrer der öffentlichen Schulen im Verein mit den Jesuiten und Nonnen der Privatschulanstalten der Rede des sozialdemokratischen Unterrichtsministers lauschten, der sie aufrief, zum geistigen und seelischen Aufbau der demokratischen Republik ihr redlich Teil beizutragen. Es war unverkennbar, daß dieser Appell, dessen Ehrlichkeit sich auch der verhärtetste Gegner nicht verschließen konnte, für den Augenblick wenigstens manche inneren Widerstände zum Schmelzen brachte.

Wenn die Wirkung auf die Dauer nicht bei allen Lehrergruppen gleich nachhaltig blieb, so war dies in der Natur der Sache begründet. Am gründlichsten erfaßt wurde die große Masse der Volksschullehrer in der Stadt und auf dem flachen Lande, obwohl gerade ihnen die unendlich schwierige Aufgabe einer inneren Umstellung ihrer Unterrichts- und Erziehungsmethoden zugemutet werden mußte. Aber der Volksschulreform kam es zustatten, daß sie naturgemäß als erster Teil des Gesamtplanes noch im Schwung der ersten Begeisterung nach der staatlichen Umwälzung unter Dach gebracht werden konnte, es kam ihr auch zustatten, daß der Volksschullehrer als Frucht seiner Anstrengung gesteigerte Lebendigkeit, Freudigkeit und Anhänglichkeit der Kinder, aber auch das gesteigerte Interesse der Eltern und damit eine bedeutsame Hebung seiner sozialen Geltung unmittelbar vor Augen sah. Größer schon waren die Schwierigkeiten bei den Lehrern der »Bürgerschule«, der nach dem Fachlehrersystem eingerichteten Oberstufe der Volksschule in den Städten und größeren Marktgemeinden (der Schweizer Sekundarschule vergleichbar). Zwar stand gerade dieser Schulkategorie bei Verwirklichung des Einheitsschulgedankens die bedeutsamste Rangerhöhung bevor, aber ängstliche und bequeme Naturen fühlten sich durch die Größe der Aufgabe, durch die Notwendigkeit, in ihrer neuen Zielstellung auch die Konkurrenz mit der alten Untermittelschule aufzunehmen, eher erschreckt als angezogen; überdies setzt der Fachunterricht auf dieser Stufe der methodischen Umstellung in der Richtung auf die Arbeitsschule schon größere sachliche Schwierigkeiten entgegen, und die Reform konnte hier erst zu einer Zeit in Angriff genommen werden, da die wieder erstarkte politische Reaktion den konservativen Neigungen der Lehrer eine willkommene Stütze bot. Trotzdem stellte sich, namentlich in den ersten Jahren, ein erheblicher Teil

der Bürgerschullehrer willig in den Dienst der Reform. Schlimmer stand es in der Mittelschule, deren akademisch gebildete Lehrer die geplante Verschmelzung der Untermittelschule mit der Oberstufe der Volksschule mit Gefühlen betrachteten, die kaum mehr als »gemischt« bezeichnet werden konnten. Nur die kleine Minderheit der sozialistischen Mittelschullehrer und einzelne stark pädagogisch und sozial eingestellte unter ihren Kollegen begriffen es, daß, vom Standpunkt des Volksganzen aus betrachtet, die Erweiterung der Mittelschulbildung trotz des Verzichtes auf ihre privilegierte Stellung in Wahrheit eine Rangerhöhung bedeutete, und arbeiteten mit Begeisterung für die Umgestaltung auch der Mittelschule. So hatte denn der Appell Glöckels hier immerhin den Erfolg, daß auch die Mittelschullehrer Jahre hindurch unter der Suggestion standen, es *müsse* »etwas geschehen«; diese Einschüchterung der reaktionären Elemente genügte, um das starre System der Mittelschule doch so weit aufzulockern, daß am Ende auch in dieser Schulkategorie wesentliche Verbesserungen erzielt werden konnten. Nicht so auf dem Gebiete der Hochschule, deren Professoren nach dem Geständnis eines ihrer Wortführer der Schulreform ungefähr mit dem Gefühl »eines eben auf unserer Erde gelandeten Marsbewohners« gegenüberstanden; verschanzt hinter der geheiligten »Autonomie« ihrer Schulen, setzten sie allen Reformversuchen in ihrem eigenen Bereiche den Starrsten Widerstand entgegen, schleuderten aber im Vollgefühl einer durch keinerlei Sachkenntnis getrüben Autorität ihren Bannstrahl auch gegen das Ganze der Schulerneuerung überhaupt. Ihre Unkenrufe lieferten zwar später den Reaktionären aller Art ein willkommenes Stichwort, damals aber hat sich, zum grenzenlosen Erstaunen der dünnkelhaften Fachgelehrten, kein Mensch um sie bekümmert.

## DIE LEISTUNG VON ANDERTHALB JAHREN

Auch der übelwollendste Kritiker muß anerkennen, daß das, was in den knappen anderthalb Jahren von Glöckels Ministerschaft unter seiner Führung im Unterrichtsamt zustande gebracht wurde, schon in seinen Ausmaßen eine imponierende Leistung darstellt. Sie war nur dadurch möglich, daß man von Anfang an zwei Ziele gleichzeitig verfolgte: die Ausarbeitung der Pläne für eine gründliche Erneuerung des gesamten Schulwesens und die unmittelbare Verwirklichung möglichst vieler Verbesserungen im einzelnen, soweit sie dringlich und durchführbar erschienen. Charakteristisch für beide Arbeitsgebiete war die Vereinigung von Idealismus und Realismus in der Art, daß die realpolitische Kleinarbeit des Tages immer nach dem idealen Ziel gerichtet war

und daher ihren Schwung bezog, während anderseits die ideale Planung niemals die Rücksicht auf die realen Möglichkeiten aus dem Auge verlor. Diese Taktik entsprach ja auch der Gesamthaltung der österreichischen Sozialdemokratie, die – entgegen der maximalistischen Losung »Alles oder nichts« – die in jedem Augenblick durchsetzbaren Sozialreformen mit Energie verwirklichte, dabei aber – zum Unterschied von anderen sozialdemokratischen Parteien – doch nicht vergaß, daß der Sozialismus das letzte Ziel bleibt. Auch hierin folgte Glöckel, wie er selbst gerne hervorhob, den Spuren Viktor Adlers.

Veröffentlicht sind die Verfügungen der Jahre 1919 und 1920 in dem offiziellen Organ des Unterrichtsamtes, der »Volkserziehung«, das Glöckel an die Stelle des nüchternen »Verordnungsblattes« gesetzt hatte, in Namen und Inhalt selbst ein Sinnbild der neuen Zeit; es gliederte sich in einen »amtlichen« und einen »pädagogischen Teil«, welcher letzterer in programmatischen Aufsätzen der führenden Mitarbeiter die behördlichen Verfügungen vorbereiten und erläutern, gleichzeitig aber auch außenstehenden Fachleuten Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme und zur Mitteilung ihrer Erfahrungen dienen sollte<sup>8</sup>. Eine Reihe weiterer Maßnahmen diente der *Demokratisierung der Schulverwaltung*, die unter den gegebenen Verhältnissen gleichbedeutend war mit einer Zurückdrängung des bürokratischen und einer Verstärkung des fachmännischen Elementes. In den kollegialen Bezirksschulbehörden wurde die Zahl der Lehrervertreter vermehrt. Die Inspektion der Volks- und Bürgerschulen war bis dahin von ehemaligen Mittelschulprofessoren besorgt worden, die mangels eigentlicher Sachkenntnis ihr Augenmerk vorzugsweise den Äußerlichkeiten des Schulbetriebes zuzuwenden pflegten; fortan sollte sie grundsätzlich nur von Inspektoren besorgt werden, die das Pflichtschulwesen aus eigener Erfahrung kannten und daher wirkliche Führer der Lehrerschaft zu sein vermochten. Die Lehrer der Mittelschulen erhielten das Recht, durch Erstattung von Vorschlägen bei der Ergänzung der Lehrkörper und Bestellung der Direktoren mitzuwirken; außerdem wurden alle wichtigeren Entscheidungen des inneren Schulbetriebes der kollegialen Entscheidung durch die Lehrerkonferenz vorbehalten. Zur Begutachtung der Reformpläne wurden »Lehrerkammern« berufen, gegliedert in die Kammern der Volks- und Bürgerschullehrer, der Mittelschullehrer und der Hochschullehrer. Die ganz großen Fragen sollten in gemeinsamen Beratungen erledigt werden, in denen nach dem Worte Glöckels »die gesamte Lehrerschaft, vom Schulleiter der einklassigen Volksschule im

<sup>8</sup> Heute ist das »autoritäre« System ganz stilgerecht wieder zu seinem alten »Verordnungsblatt« zurückgekehrt.

Gebirgsdorf bis zu dem Inhaber der ersten Lehrkanzel des Staates, von *einem* Geiste erfüllt und von *einem* Willen getrieben«, am demokratischen Aufbau der Volksbildung mitwirken sollten. Trotz der latenten Obstruktion der Hochschullehrer, die sich in dieser Gesellschaft nicht eben wohl fühlten, konnten noch im ersten Halbjahr 1920 die grundlegenden »Leitsätze« der Reformabteilung (unten S. 94) erledigt werden. Das Gegenstück zu dieser Lehrervertretung sollte die Vertretung der Eltern in einem »Erziehungs- und Unterrichtsrat« bilden ; alle Vorbereitungen zu seiner Konstituierung waren getroffen, als mit der Ministerschaft Glöckels auch die Absicht einer ernstlichen Demokratisierung der Schulverwaltung ihr Ende fand. Dagegen war es Glöckel gelungen, an den einzelnen Schulen die Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule in gedeihliche Bahnen zu lenken, wozu namentlich die von ihm angeordnete und tatkräftig geförderte Gründung von Elternvereinen an jeder Schule sich in der Folgezeit als überaus fruchtbar erwies.

Sollte mit der Erziehung zum verantwortungsbewußten Staatsbürger Ernst gemacht werden, so mußte auch den *Schülern* ein gewisses Maß von Selbstverwaltung eingeräumt werden. So kam es zur Gründung von »*Schulgemeinden*« an den Mittelschulen, die sich, vielfach neue Wege aufsuchend, anfangs sehr erfolgversprechend entwickelten, dann allerdings unter der Sabotage der überwiegend reaktionär und autoritär eingestellten Mittelschullehrerschaft schwer zu leiden hatten und schließlich wieder ganz verkümmerten. Der Plan, an den *Hochschulen* eine Selbstverwaltung der Studenten einzuführen, eine Selbstverständlichkeit für einen demokratischen Staat, wurde von den »nationalen« und »katholischen« Korporationen durch die Weigerung, mit »jüdischen« oder »marxistischen« Kollegen in einer Körperschaft beisamenzusitzen, von vornherein zum Scheitern verurteilt, so daß die für den Herbst 1919 bereits ausgeschrieben Wahlen in die Studentenausschüsse abgesagt werden mußten. Die österreichischen Hochschulen wurden so – unter werktätiger Beihilfe der Klerikalen – zur ältesten Pflegestätte jener Mentalität, aus der der Geist des »Dritten Reiches« recht eigentlich entsprungen ist.

Bei ihrem Widerstand gegen die Pläne Glöckels fanden sich die reaktionären Studenten stets auf einer Linie mit ihren Professoren, obwohl gerade diese allen Grund gehabt hätten, der neuen Unterrichtsverwaltung dankbar zu sein. Glöckel hat bei der Neuregelung der Besoldung die ordentlichen Hochschulprofessoren aus dem allgemeinen Beamtenschema herausgehoben und sie den höchstbesoldeten Staatsbeamten gleichgestellt, er hat den bis dahin völlig unbesoldeten Titular-Extraordinarien ein festes Gehalt, den mit einem Bettelohn abgespeisten Hochschulassistenten die Bezüge von Mittelschullehrern verschafft. Man nahm

das alles als Selbstverständlichkeit hin und empörte sich weiter über den »roten Volksschullehrer«, der sich »erkühnte«, in die Angelegenheiten der Hochschulen dreinreden zu wollen.

Auf dem Gebiete der *Mittelschule* wurde der Hebel an den beiden Punkten angesetzt, wo sie sich in den Aufbau des übrigen Bildungswesens einfügte, am Anfang und am Ende. Ohne der geplanten gründlichen Umgestaltung vorzugreifen, wurden hier, wo die Mängel des geltenden Systems am deutlichsten zutage traten, vorläufige Verbesserungen angebracht. Die *Aufnahmeprüfung* wurde aus einer Überprüfung eines von der Volksschule ad hoc mühsam eingedrillten Wortwissens soweit als möglich zu einer Erprobung von Fähigkeiten umgestaltet; bei der *Maturitätsprüfung*, die durch die Notwendigkeit, Sechzehnjährige vor ihrem Abgang in die Schützengräben noch schnell für »reif« zu erklären, völlig in Unordnung geraten war, wurde eine Neugestaltung in der Richtung angebahnt, daß die formelle Schlußprüfung durch eine längere Erprobung während des ganzen letzten Schuljahres und durch die Befassung mit größeren selbständigen Arbeiten ersetzt werden sollte. Zur Eindämmung eines rein äußerlichen, die eigentliche Unterrichtsarbeit hemmenden Klassifikationsbetriebes wurde ferner die Zahl der »Zensurkonferenzen« von drei auf zwei im Halbjahr herabgesetzt.

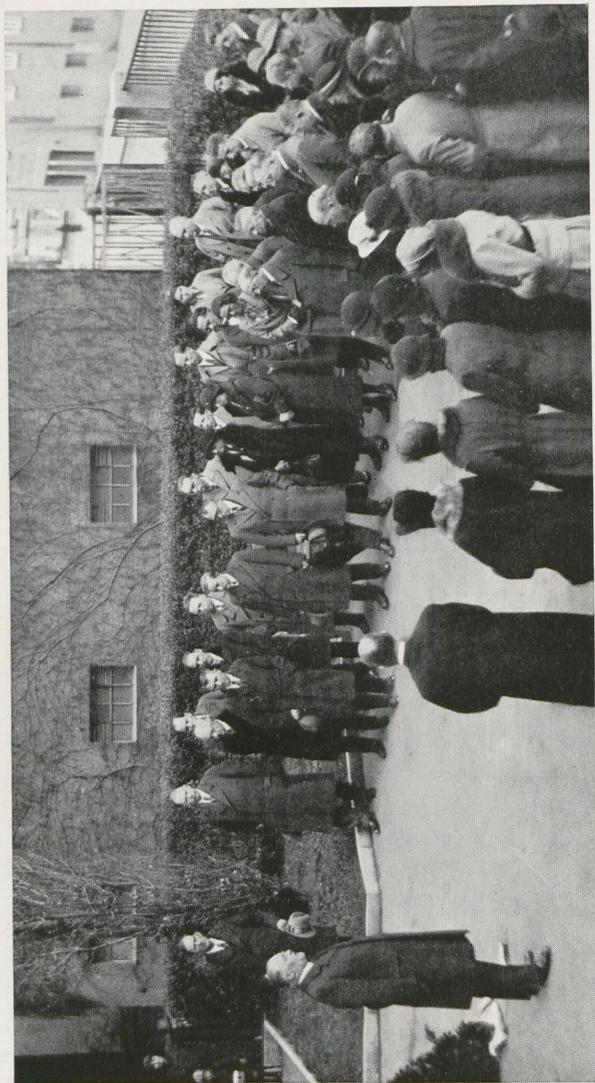
Für die Hebung des *Volksschulunterrichtes* sorgte – unabhängig von der Vorbereitung der Gesamtreform, von der noch ausführlich die Rede sein wird – die Einschränkung (in Wien die gänzliche Abschaffung) der »*Schulbesuchserleichterungen*« auf das Maß, das den Verfassern des Reichsvolksschulgesetzes vorschwebte (vgl. oben S. 49), ferner ein Erlaß, der den Lehrern der Volksschulen unter Abstellung der im Kriege eingerissenen Mißbräuche wieder eine ernstere *Bewertung der Schülerleistungen* aufträgt, dabei aber die Förderung schwacher oder durch längere Krankheit am Schulbesuch gehinderter Schüler durch individuelle Behandlung, nötigenfalls durch Nachhilfeunterricht, zur Pflicht macht. Die Einführung des ungeteilten *Vormittagsunterrichtes* verfolgte den doppelten Zweck, den Nachmittag für körperliche Übungen und Spiele der Schüler, die Schulräumlichkeiten aber für die Zwecke der Fortbildungsschule verfügbar zu machen und so die Lehrlinge von dem ermüdenden und wenig fruchtbaren Unterricht in den späten Abendstunden zu befreien.

Die *Lehrbücher* – methodisch veraltet und auch sonst unzeitgemäß geworden – bildeten auf allen Schulstufen ein schwieriges Problem, da die Neubearbeitung füglich erst nach Fertigstellung der neuen Lehrpläne in Angriff genommen werden konnte; so gaben Erlasse über den Gebrauch der *Lesebücher* und über den Geist des *Geschichtsunterrichtes* Richtlinien für eine Umstellung

in republikanisch-demokratischem Sinne, wobei auf die Ausmerzung der im Interesse des »dynamischen Gefühls« emsig betriebenen Geschichtsfälschungen besonderes Gewicht gelegt wurde.

Zu den allgemeinen Erziehungsmaßnahmen gehörte ein strenges *Alkoholverbot* für alle Schulveranstaltungen, einschließlich der Ausflüge und Schulfeiern; daß dieses Verbot, des Beispiels wegen, auch für die Erwachsenen gelten sollte, hat bei den Spießern, die Lehrerschaft nicht ganz ausgenommen, Kopfschütteln und unwillige Nörgeleien über die in einem Freistaat unerhörte »Einschränkung der persönlichen Freiheit« hervorgerufen. Glöckel blieb aber, auch später in seiner Eigenschaft als Verwalter des Wiener Schulwesens, in diesem Punkte unerbittlich, ebenso auch in der Frage der *körperlichen Züchtigung*, die, obwohl in Österreich, zum Unterschiede von Deutschland, seit jeher verboten, gelegentlich immer noch vorkam, ja unter heuchlerischer Berufung auf irgendwelche – je nach der politischen Einstellung des Lehrers – »christliche« oder »völkische« Erziehungsgrundsätze sogar neue Anwälte fand. Es war Glöckels feste Überzeugung, daß der Lehrer, wenn er sich in dieser Hinsicht auch nur im geringsten »gehen lasse«, damit sich selbst und seinen Beruf herabwürdige.

Ein Problem der sittlichen Erziehung war für Glöckel schließlich auch seine Stellungnahme zur Frage der *religiösen Übungen* in der Schule. Seine antikerikale Gesinnung, vom Vater ererbt und durch eigene Erfahrungen gefestigt, war ein Reflex der Überzeugung von dem unheilvollen Einfluß der katholischen Kirche auf die Gestaltung der österreichischen Schule: im heftigen Kampfe gegen den machthungrigen Klerus wurde 1869 die moderne Volksschule aufgebaut, und in ständigen Kämpfen mußte seither ihre interkonfessionelle Grundlage gegen die Eingriffe und Übergriffe von dieser Seite verteidigt werden. Entgegen dem Artikel 14 des Staatsgrundgesetzes von 1867, der klar ausspricht, daß kein Staatsbürger gegen seine Überzeugung zur Teilnahme an einer religiösen Übung gezwungen werden darf, hatte die reaktionäre Schulverwaltung allmählich für Lehrer und Schüler an Volks- und Mittelschulen die Verbindlichkeit der Religionsübungen erzwungen (vgl. oben S. 48) und sich nicht gescheut, zur Durchsetzung dieses Zwanges fallweise sogar die Hilfe von Polizei und Gericht in Anspruch zu nehmen. Aber nicht die Auflehnung gegen solchen Rechtsbruch, nicht die Opposition gegen die weltlichen Herrschaftsansprüche der Kirche waren für Glöckel der entscheidende Anstoß, hier Wandel zu schaffen: vor allem leitete ihn der Wunsch, die Sphäre der Schulerziehung, die doch von Wahrhaftigkeit und Aufrichtigkeit erfüllt sein sollte, von einer Quelle widerlichster Heuchelei zu reinigen, Schüler und Lehrer von der Nöti-



Begrüßung der Schweiz. Hilfigesellschaft für Geisteschwache durch Otto Glöckel  
vor dem Pestalozzidenkmal in Wien, am 4. April 1953



gung zu einem öffentlichen Lippenbekenntnis, das auch dann abgelegt werden muß, wenn die innere Gläubigkeit fehlt, zu befreien. Glöckel war überzeugt, damit auch der Erziehung zu wahrer Religiosität im Grunde nur einen Dienst geleistet zu haben, und es fehlte damals – in den aufgewühlten Tagen des Umsturzes – auch nicht an Stimmen einsichtsvoller Religionslehrer, die diese Auffassung anerkannten. Auch die Rechtslage wagte damals kaum jemand zu bestreiten. Zu den Abmachungen, auf denen die christlichsozial-sozialdemokratische Koalitionsregierung fußte, gehörte die grundsätzliche Aufrechterhaltung des gesetzlichen Status quo in allen Fragen, die das Verhältnis von Staat und Kirche betrafen, also die Ausschaltung jeglichen »Kulturkampfes«. Wenn trotzdem Glöckel mit Erlaß vom 10. April 1919 den Zwang zur Teilnahme an religiösen Übungen aufheben konnte, so lag in der Duldung dieses Aktes durch die christlichsozialen Minister die stillschweigende Anerkennung der Tatsache, daß es sich hierbei nicht um eine Änderung des Gesetzes, sondern um die Beseitigung von Mißbräuchen und Wiederherstellung der durch Art. 14 StGrG geschaffenen Rechtslage handelte. Und doch war es dieser »Glöckel-Erlaß«, der ihm den selbst über den Tod hinaus wirkenden erbitterten Haß der katholischen Kirche eintrug, der die Klerikalen veranlaßte, über die Schulreform als Ganzes und über jede einzelne ihrer Maßnahmen, mochte sie vom kulturpolitischen Standpunkt aus auch noch so unbedenklich sein, den Stab zu brechen und sie mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Die Besserungsarbeit an der Schule konnte natürlich nur der Jugend und den kommenden Generationen zugute kommen; was das alte Schulsystem an den früheren gesündigt hatte, war schwer wieder gutzumachen. Um so wichtiger war die Ausgestaltung der »Volksbildung« im engeren Sinn, der Bildungsarbeit bei den schulentlassenen *Erwachsenen*. Sie war bis dahin zur Gänze auf private Opferwilligkeit angewiesen gewesen, der alte Staat hatte sie, da ihr der Ludergeruch der »Ketzerie« anhaftete, nicht gefördert, ja schikaniert. Glöckel gliederte seinem Ministerium ein eigenes »Volksbildungsamt« ein; ein allgemeines »Regulativ« für die Organisierung der lokalen Volksbildungsarbeit wurde herausgegeben, die notwendigen Mittel im Rahmen der bescheidenen finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung gestellt, Kurse für Volksbildner eingerichtet. Es war ein Lieblingsgedanken Glöckels, den Dorfschullehrer zum Träger der Volksbildung auf dem flachen Lande zu machen, er sah in der ländlichen Volksschule das naturgegebene Zentrum auch der Erwachsenenbildung. Eine Sommerschule in der neugegründeten Staatserziehungsanstalt Traiskirchen sollte den Landlehrern das Rüstzeug für die Erfüllung dieser neuen Aufgabe beistellen.

Eine Reihe wichtiger Verfügungen galt der Herstellung des gleichen Rechtes

auf Bildung für beide Geschlechter. Erst Glöckel hat den *Frauen*, die bis dahin nur an den philosophischen und medizinischen Fakultäten (an diesen mit gewissen Einschränkungen) zugelassen waren, alle Zweige des Hochschulstudiums eröffnet. Auch das Mittelschulstudium der Mädchen wurde auf eine breitere Basis gestellt. Zwar konnten die Sünden der Monarchie, die diesen Teil der Jugendbildung gänzlich der privaten Initiative überlassen hatte, nicht mit einem Schlage wieder gutgemacht werden, da zur Eröffnung neuer staatlicher Mädchen-Mittelschulen das Geld fehlte; so wurden den Mädchen wenigstens die staatlichen Knaben-Mittelschulen allgemein zugänglich gemacht und der Fortbestand des weltlichen Teiles der Privat-Mittelschulen durch Beistellung von Subventionen und allmähliche Übernahme der Lehrkräfte in den Staatsdienst ermöglicht.

Die Erkenntnis, daß auch auf dem Gebiet der höheren Jugendbildung die schönste formale Rechtsgleichheit an dem Hindernis der ökonomischen Ungleichheit zuschanden werden muß, eine Einsicht, die Glöckel seit jeher schwer auf der Seele lastete, drängte ihn zu dem Bemühen, hier wenigstens teilweise Abhilfe zu schaffen: die Gründung der *Staatserziehungsanstalten* (später »Bundserziehungsanstalten«) wurde so sein persönlichstes Werk und eine seiner erfolgreichsten Schöpfungen. (Vgl. auch die Rede Glöckels, unten S. 191 ff.) Durch kühnen Zugriff buchstäblich in letzter Stunde wurden aus der Liquidierungsmasse der alten Heeresverwaltung die Militärkadettenschulen in Wien III und Wien XIII, Wiener Neustadt, Traiskirchen und Liebenau bei Graz, herausgerissen und, unter völlig veränderter Zielsetzung, für das Bildungswesen gerettet. Die vorhandenen k. u. k. Offiziersschüler wurden – auch dies ist für Glöckel sehr bezeichnend, nicht entfernt, sondern in »auslaufenden« Jahrgängen unter erheblichen Opfern der Republik zur normalen Mittelschulreifeprüfung geführt; dagegen wurde die Neuaufnahme in die ersten Klassen auf vollkommen neue Grundlagen gestellt. Hier sollten auf Grund einer strengen Auslese aus den sich meldenden zehnjährigen Kindern des ganzen Staatsgebietes die tauglichsten ausgewählt und ohne Rücksicht auf die Vermögenslage ihrer Eltern, nötigenfalls völlig kostenlos, der ihren Fähigkeiten angemessenen allgemeinwissenschaftlichen oder fachlichen Ausbildung zugeführt werden. Unter Einbeziehung zweier bis dahin ganz exklusiver staatlicher Mädchen-Erziehungsanstalten (Offizierstochterinstitut in Wien XVII und Zivilmädchenpensionat in Wien VIII) wurden insgesamt vier Erziehungsanstalten für Knaben und zwei für Mädchen eingerichtet<sup>9</sup> (siehe Seite 84). Die Aufnahme erfolgte durch eine Kommission, zusammengesetzt aus der Reformabteilung und den Direktoren der Anstalten, in die auf Wunsch Glöckels – zur Kontrolle der völligen

Unparteilichkeit – auch die Parteien des parlamentarischen Unterrichtsausschusses ihre Vertreter entsandten; als die bürgerlichen Parteien später wieder vom Unterrichtsamt Besitz ergriffen hatten, war eine ihrer ersten Taten der Abbau und schließlich die gänzliche Ausschaltung dieser Kontrolle und damit wohl auch der durch sie gewährleisteten Unparteilichkeit.

Schon das Ergebnis der ersten Aufnahmeprüfung im Sommer 1919 brachte eine glänzende Rechtfertigung der Intentionen, von denen sich Glöckel bei der Errichtung der Anstalten hatte leiten lassen: obwohl die Reihung der Prüflinge ganz ohne Ansehung der persönlichen Verhältnisse erfolgte, ergab es sich, daß unter den bestqualifizierten Kindern die große Mehrzahl aus Kreisen stammte, denen unter anderen Umständen infolge ihrer dürftigen Lage nicht einmal der Gedanke an ein höheres Studium hätte kommen können. Kinder von Fabrikarbeitern, von Kleinhäuslern in entlegenen Gebirgsdörfern, aber auch arme Waisen, uneheliche Kinder von Hilfsarbeiterinnen oder Dienboten waren keine Seltenheit. Es war wahrhaftig eine soziale Tat, ein Einbruch in das Bildungsmonopol der besitzenden Klassen, wenn die selbst bettelarme Republik diese Kinder unter ihre Fittiche nahm<sup>10</sup>.

Den Staatserziehungsanstalten war neben dieser sozialen auch noch eine besondere pädagogische Aufgabe zudedacht: hier sollten zuerst die im Zuge

<sup>10</sup> Bezeichnend für den Geist dieser Schöpfung Glöckels ist auch die ungewöhnliche Form des Dekretes, mit dem die Aufnahme vollzogen wurde. Es war ein vom Unterstaatssekretär selbst unterzeichneter *Brief* mit folgendem Wortlaut:

Liebes Kind!

Auf Grund Deiner bisherigen Schulleistungen und Deiner bei der Aufnahmeprüfung bewiesenen Fähigkeiten wird Dir hiermit ein Freiplatz in einer Staatserziehungsanstalt verliehen.

In Zeiten schwerster Not übernimmt hierdurch neben Deinen Angehörigen der Staat die Sorge für Deine Erziehung und Ausbildung, bis Du zu einem Berufe oder zum wissenschaftlichen Studium reif geworden bist, vorausgesetzt, daß Du die Pflichten, die Dir daraus erwachsen, getreulichst erfüllst und Deine Kräfte den Anforderungen des Studiums entsprechen. Dafür erwartet der deutschösterreichische Freistaat von Dir, daß Du dereinst als sein treuer Bürger pflichtbewußt und verantwortungsfreudig nach bestem Wissen und Können für das allgemeine Wohl wirken und mit allen Deinen Kräften an der Wiederaufrichtung unseres unglücklichen Vaterlandes mitwirken wirst.

Das Vaterland zählt auf Dich. Wohlan denn, an die Arbeit und Glück auf den Weg!

Der Unterstaatssekretär für Unterricht:

O. G.

Selbstverständlich hat keiner der Nachfolger Glöckels mehr unter ein solches aller bürokratischen Tradition hohnsprechendes Dokument seinen Namen gesetzt.

der Reform vorgesehenen neuen Formen der höheren Schule versucht und die hier gewonnenen Erfahrungen vermöge des unmittelbaren Kontaktes mit der Reformabteilung des Unterrichtsamtes sofort für die weitere Gestaltung der Lehrpläne nutzbar gemacht werden<sup>11</sup>. Es war nämlich von vornherein undenkbar, an diesen Anstalten etwa die herkömmlichen Typen der Mittelschule zu führen. Eines ihrer wesentlichsten Gebrechen lag ja darin, daß die Zerspaltung in verschiedene Formen »humanistischer« und »realistischer« Richtung schon bei Beginn der ersten Klasse einsetzte. Da von einer klaren Scheidung der Begebungen in diesem frühen Alter natürlich keine Rede sein kann, erfolgte die Schulbahnwahl im allgemeinen nach mehr äußerlichen und zufälligen Gesichtspunkten (bequeme Lage einer bestimmten Schule, persönliche Beziehungen des Vaters usw.). Bei dem aus dem ganzen Lande zusammengekommenen Schülermaterial der Staatserziehungsanstalten, wo solche Rücksichten wegfielen, hätte eine Aufteilung auf verschiedene Schultypen als ein Akt reiner Willkür wirken müssen, und so mußte hier sofort Wandel geschaffen werden. Noch im Frühjahr 1919 wurde also von der Reformabteilung ein vorläufiger Lehrplan einer einheitlichen vierjährigen Untermittelschule ausgearbeitet und mit Beginn des Schuljahres 1919/20 durch die ersten Klassen der Staatserziehungsanstalten in Erprobung genommen. Der neue Typus, »*Deutsche Mittelschule*« genannt, zeigt in der Auswahl und Anordnung der Unterrichtsfächer wie in den Arbeitsmethoden schon alle wesentlichen Merkmale der geplanten Einheitsschule für die Elf- bis Vierzehnjährigen, des Kernstücks in dem beabsichtigten Neuaufbau des gesamten Schulwesens.

<sup>9</sup> Es war Glöckels Absicht, auch das hochfeudale »*Theresianum*« in diese Organisation einzubeziehen, und nur ihr Gelöbnis, sich der neuen demokratischen Zielsetzung anzupassen, hat diese völlig unzeitgemäß und sinnlos gewordene Institution in den Umsturztagen vor der Auflösung bewahrt. Sobald aber der erste Schreck vorüber war, hat es, mit Unterstützung der bürgerlichen Regierungen, die lästigen Fesseln wieder abgestreift und verwandelte sich wieder in die Pflanzschule für Prinzen, Aristokraten und Bürokraten von ehemals. Dabei nahm es alljährlich die kräftigsten Subventionen von der armen Republik in Anspruch, ein Unfug, gegen den Glöckel in den jährlichen Budgetberatungen leidenschaftlich, aber ohne Erfolg protestierte.

<sup>11</sup> Zahllose Pädagogen aus der ganzen Welt haben in den folgenden Jahren, solange noch der Geist der Schulreform hier waltete, Arbeitsweise und Leistung dieser Anstalten kennen und würdigen gelernt, wobei Glöckel, so oft es ihm nur möglich war, sich gerne selbst als Führer zur Verfügung stellte. Später verloren sie unter dem Druck der klerikalen Unterrichtsverwaltung immer mehr von ihrem Charakter, und heute gibt es dort nichts Besonderes mehr zu sehen, was man Ausländern, die sich in Unkenntnis der Sachlage etwa noch um eine Besucherlaubnis bewerben, auch ziemlich unverblümt anzudeuten pflegt.

# DER GROSSE REFORMPLAN

## a) Das Ziel

Dem sozialdemokratischen Unterrichtsminister der ersten republikanischen Regierung war das Ziel der neuen Schule durch die neuen Verhältnisse von vornherein gegeben : sie mußte republikanisch, demokratisch und sozial werden, so wahr sie bis dahin das antisoziale Instrument der in der Monarchie regierenden Klassen gewesen war. Der Weg, der zu diesem Ziele führte, war – abgesehen von gleichlaufenden Bestrebungen in anderen Staaten – für Österreich in den Forderungen der »Jungen« und in dem pädagogischen Teil des Schulprogramms der »Freien Schule« im großen ganzen schon deutlich vorgezeichnet worden, zu einer Zeit noch, da man nicht ahnen konnte, daß diese damals mehr oder weniger theoretischen Erwägungen von Freunden einer fortschrittlichen Schulentwicklung so bald eine unmittelbare Aktualität erlangen würden. Daß aber in den stürmischen Tagen nach dem Umsturz das Schulproblem neben den dringenden wirtschaftlichen, sozialen und allgemein politischen Angelegenheiten in die erste Linie des sozialdemokratischen Aufbauprogramms gestellt und daß dieser Programmpunkt ohne Verzug mit Feuereifer und zäher Beharrlichkeit angegangen wurde, das war in einem hohen Grade ein persönliches Verdienst Otto Glöckels, der Ausdruck des Gewichtes seiner Stimme im Rate der Partei und der Regierung.

Wollte man das öffentliche Schulwesen wirklich in den Dienst des ganzen Volkes stellen, so mußte zweierlei erstrebt werden : erstens die möglichste Intensivierung der Bildung für *alle* Kinder des Volkes, zweitens aber die gerechtere Gestaltung der *Auslese* jener Minderheit, die über das Maß der allgemeinen Schulpflicht hinaus einer höheren Bildung teilhaftig werden soll. Das erste bedeutete eine gründliche methodische Umgestaltung des Unterrichtes in der Volksschule, das zweite eine tiefgreifende organisatorische Umgestaltung des gesamten Schulaufbaus, zwei Fragenkomplexe, die mit den Schlagwörtern »*Arbeitsschule*« und »*Einheitsschule*« andeutungsweise, jedoch bei weitem nicht erschöpfend gekennzeichnet sind.

## b) Neugestaltung des Volksschulunterrichtes

In der Frage des Volksschulunterrichtes zeigte sich so klar, daß eine Verdunkelung unmöglich erscheinen sollte, die vollkommene *Harmonie* der Forderungen, die sich aus der *politischen* Zielsetzung einerseits und aus den

pädagogisch-psychologischen Erkenntnissen auf der anderen Seite ergaben: die Demokratie, die selbständig denkende und handelnde Staatsbürger braucht, darf es sich gestatten, ja muß sogar darauf ausgehen, schon im Kinde die Fähigkeit kritischen Denkens, die Freude am selbständigen Tun zu entwickeln. Sie fördert also eben jene Anlagen der Produktivität und Aktivität, deren Berücksichtigung eine vernünftige, von den Gegebenheiten der kindlichen Seele ausgehende Pädagogik sich zur Richtschnur nehmen muß, während der autoritäre Staat den Lehrer zwingt, diese Triebe schon im Kinde gewaltsam zu unterdrücken und den »braven«, den ihm vorgesetzten »Lehrstoff« gläubig aufnehmenden Schüler als eine Vorstufe des lenksamen, auf eigenes Urteil verzichtenden Untertanen zu kultivieren<sup>12</sup>. Schon die Erkenntnis dieser Tatsache müßte – dies war auch Glöckels wiederholt ausgesprochene Überzeugung – eigentlich genügen, um jeden von seinem Berufe erfüllten Lehrer politisch auf die Seite der Demokratie und in weiterer Folge des Sozialismus zu führen; es war aber umgekehrt auch für Glöckel, den Politiker, ein unsagbar beglückendes und erhebendes Bewußtsein, daß *seine* Partei, und sie allein, es sich leisten durfte, in der Schule den rein pädagogischen Erwägungen freien Spielraum zu gewähren, so wie – auf höherer Ebene – nur die sozialistische Arbeiterklasse darauf verzichten kann, der freien wissenschaftlichen Forschung hemmende Schranken zu setzen.

In Berücksichtigung der Natur des Kindes und der neuen Zielstellung wurden Methodik und Stoffauswahl des Volksschulunterrichtes auf drei Prinzipien aufgebaut: dem Grundsatz des *Arbeitsunterrichtes*, des *Gesamtunterrichtes* und der *Bodenständigkeit*. An die Stelle der Stoffdarbietung durch den Lehrer und des mechanischen Drills tritt, selbstverständlich unter Führung des Lehrers, freudiges Entdecken, Finden, Erarbeiten durch die Kinder; an die Stelle passiven Aufnehmens tritt schöpferische Aktivität. Da nun das Kind die Umwelt zunächst als eine Einheit erlebt, entfällt für die Volksschule die unnatürliche Zerreißung in systematisch aufgebaute »Lehrgegenstände«, die mit Stunden-schlag und Klingelzeichen jäh wechseln; im Gesamtunterricht wird der Stoff (»Lebensgebiet« genannt), nachdem er – etwa durch einen Lehrausgang – zu frischem Erleben gebracht worden ist, allseitig behandelt, und an ihm werden die verschiedenen Fertigkeiten (Lesen, Schreiben, Rechnen) und die verschie-

<sup>12</sup> Daß mit dieser Feststellung der konservativen Pädagogik kein Unrecht zugefügt wird, beweisen die bei H. Fischl (Wesen und Werden der Schulreform in Österreich, S. 16) angeführten Zeugnisse. Haben doch sogar noch im Jahre 1920 die Rektoren der Wiener Hochschulen ausgesprochen, daß ihrer Ansicht nach die Erziehung zum *kritischen* Denken nicht nur für die Volksschüler, sondern sogar auch für den Bildungsgang der *Volksschullehrer* durchaus *unangebracht* sei; auch für diesen genüge ein »positives« Wissen!

denen Mittel der mündlichen, schriftlichen und bildlichen Darstellung entwickelt und geübt. Aus diesen Lebensgebieten fließen auch die ersten naturkundlichen, geschichtlichen und soziologischen Erkenntnisse. Soll dieses Wissen vom Kinde erlebt werden, dann muß es – jenseits aller Systematik – aus seiner unmittelbaren Umgebung geschöpft, muß an dem Nahen das Fernere allmählich verständlich gemacht werden. So werden die ehemaligen »Realien« in einer bodenständigen »Heimat- und Lebenskunde« zusammengefaßt, für die der Natur der Sache nach ein allgemeingültiger Lehrstoff nicht vorgeschrieben werden kann, sondern für jeden Schulort von der Lehrerschaft selbständig ausgewählt und zusammengetragen werden muß. So wird durch die Schulreform des »vaterlandslosen« und »internationalen« Sozialdemokraten die Volksschullehrerschaft erst recht in der Heimat verankert und einem über die bloße Phrase erhabenen Heimatgefühl der Boden bereitet. Unter diesen Umständen gibt der neue Lehrplan natürlich nur den allgemeinen Rahmen, Klassenziele für die Schulung in den einzelnen Fertigkeiten und statt des Stundenplanes eine summarische Übersicht, wieviel von der wöchentlichen Unterrichtszeit in jeder Klasse im Durchschnitt auf die einzelnen Disziplinen verwendet werden soll, dafür aber ausführliche methodische Ratschläge, die, ohne bindend zu sein, dem Lehrer das Eindringen in die neue Arbeitsweise erleichtern sollen.

Die Erstellung dieser Lehrpläne war eine überaus verantwortungsvolle Arbeit. Nicht etwa, daß es sich um neue, bisher nicht erprobte pädagogische Gedanken gehandelt hätte – im Gegenteil, die hier empfohlenen Unterrichtsgrundsätze waren längst Gemeingut der fortgeschrittensten Fachmänner Deutschlands und Österreichs, waren in einzelnen Versuchsschulen mit obrigkeitlicher Genehmigung oder auch ohne sie in die Tat umgesetzt worden. Das Neue, das in Österreich gewagt wurde, war der »Vormarsch in breiter Front«, die plötzliche Umstellung des gesamten öffentlichen Schulwesens auf das neue Verfahren. Das war nur möglich, wenn man sich einerseits vor Übertreibungen hütete und selbst die als richtig erkannten neuen Ideen nicht auf die Spitze trieb, und wenn es andererseits gelang, die breiten Massen der Lehrerschaft zu aktiver Mitarbeit zu gewinnen. Darauf hat auch Glöckel das größte Gewicht gelegt. Immer wieder betonte er, daß ohne die Lehrer eine Schulreform unmöglich sei. So vollzog sich die Demokratisierung der Volksschule auch nach demokratischen Methoden. Noch im Frühjahr 1919 ermächtigte ein Erlaß des Unterrichtsamtes Lehrer, die sich freiwillig für diese Aufgabe melden würden, in ihrer Klasse den Arbeitsunterricht zu versuchen. Darauf entstanden im folgenden Schuljahr insgesamt 253 Versuchsklassen (davon in Wien 156). Die Versuchsklassenlehrer schlossen sich bezirksweise zu »Arbeitsgemeinschaften« zusammen, um ihre Erfahrungen

auszutauschen und über das weitere Vorgehen zu beraten. In dem Notstandswinter 1919/20 war das Opfer dieser freiwilligen Leistung, zumal auf dem flachen Lande, wo oft stundenlange Fußmärsche erforderlich waren, doppelt groß. Daß es Glöckel gelang, für die gesamte Lehrerschaft eine fünfzigprozentige Fahrpreismäßigung auf allen Bahnen zu erwirken, trug dazu bei, diese Arbeit zu fördern. Unter Berücksichtigung der so gesammelten praktischen Erfahrungen wurden dann von der Reformabteilung die neuen Lehrpläne ausgearbeitet und im April 1920 als »Entwurf« veröffentlicht, um von den Arbeitsgemeinschaften und den amtlichen Bezirkslehrerkonferenzen des ganzen Landes begutachtet zu werden. Erst nachdem dies geschehen war, erhielt der Lehrplan seine endgültige Fassung und konnte nunmehr – zunächst provisorisch für das Schuljahr 1920/21 – eingeführt werden. Glöckel dachte daran, nach Ablauf dieser Probefrist und Vornahme etwa notwendig gewordener Abänderungen, die definitive Einführung anzuordnen. Es kam anders. Nach Ablauf des Erprobungsjahres saß an seiner Stelle schon ein anderer Leiter des Unterrichtsamtes (Dr. *Breisky*) als Beauftragter einer rein bürgerlichen Regierung. Nach einem kläglich verlaufenen Versuch, die Weiterführung der Volksschulreform zu sabotieren, flüchtete er zu dem Ausweg, die Zeit der »probeweisen« Anwendung des neuen Lehrplans auf weitere vier Jahre (also bis Sommer 1925) zu erstrecken. Diese Maßnahme, als ein Abrücken von der Schulreform gedacht, mußte – dies war den Schulreformern sofort klar – ihr letzten Endes zum Vorteil gereichen; denn innerhalb dieser Zeit mußte sich die neue Unterrichtsweise so sehr einleben, daß eine Rückkehr zum Alten in Hinkunft völlig unmöglich sein würde. Und diese Erwartung hat sich auch erfüllt.

Es war eine Freude, zu sehen – und Glöckels Lehrerherz hat diesen Genuß in vollen Zügen ausgekostet –, wie mit einem Schläge Sonne und Leben in die – bildlich, oft aber auch wörtlich genommen – düsteren und verstaubten Schulstuben eindrangen. Der Lehrer, der vordem, auf dem Katheder thronend, mehr oder weniger Disziplin gehalten, gelehrt und geprüft hatte, fand sich nun inmitten einer Kinderschar, die mit heiligem Ernst und doch fröhlich an ihrem Werke »arbeitete«, so sehr gefesselt von ihrem augenblicklichen Tun, daß sie oft des eintretenden Besuchers kaum gewahr wurde. Zwar war die vorschriftsmäßige Grabesstille durch das Surren eines Bienenkorbes abgelöst worden, aber die »Disziplin« hat dabei nicht gelitten; auch darunter nicht, daß Störungen nunmehr nach Möglichkeit nicht durch autoritäre Strafen, sondern durch Besprechung in der kleinen demokratischen »Klassengemeinde« erledigt wurden, die sie sich so aus wachsender Erfahrung auch ihre »Schulordnung« allmählich selbst erarbeitete.

Die Betonung der Aktivität und Spontaneität trug auf allen Gebieten reiche Früchte, überall trat die dem Kinde eigene »schöpferische« Kraft belebend hervor. So hat zum Beispiel die anfängliche Schonung der »Kindermundart« die sprachliche Bildung mehr gefördert als der früher übliche Zwang zu sprachlicher »Korrektheit« und die Beschäftigung mit einer unverstandenen »Sprachlehre«. In ähnlicher Weise brachte der neue Zeichenunterricht, der, frisch aufs Ganze losgehend, zunächst das freie Schaffen aus der Phantasie an die Stelle des sklavischen Nachzeichnens von Vorlagen setzte, bemerkenswerte künstlerische Anlagen zutage, nicht nur bei einzelnen besonders Begabten, sondern bei der Gesamtheit der Kinder. So führte ja auch im Gesangsunterricht die neue Arbeitsmethode zu der Erkenntnis, daß es vollkommen »unbegabte« Kinder, mit denen in der Gemeinschaftsarbeit absolut nichts anzufangen wäre, einfach nicht gibt. Aber auch die Denkfähigkeit konnte auf diesem Wege erstaunlich früh entwickelt werden, wenn beispielsweise im Rechenunterricht die Kinder selbst zur Problemstellung angeregt wurden und dann, ehe noch das Einmaleins ganz bewältigt war, zuweilen Fragen aufwarfen und lösten, die bei systematischer Anordnung des Lehrstoffes erst auf einer viel höheren Stufe unter dem Namen von »Schlußrechnungen« aufzutauchen pflegten. Als besonders heilsam erwies sich die Allseitigkeit des neuen Verfahrens, die neben der geistigen Übung überall grundsätzlich auch die Handarbeit betonte. Die Früchte des »Werkunterrichtes« – als Lehrfach und als Unterrichtsprinzip in allen Fächern – zeigten sich in rascherem »Begreifen« aller Lehraufgaben und in erstaunlich erfinderischen und eigenartigen Arbeitsprodukten, die mit Stolz zum Schmuck der Schulklasse verwendet und, wenn es die Gelegenheit ergab, zum Jahresschluß in kleinen Ausstellungen gezeigt wurden. Am eindruckvollsten aber äußerte sich der Umschwung in einer erhöhten, früher nie gekannten Schulfreudigkeit der Kinder, die, wie Glöckel gerne mit Genugtuung erzählte, früher Kopfschmerzen simuliert hatten, um die Schule zu stürzen, jetzt hingegen oft wirkliche Erkrankungen verheimlichten, nur um nicht zu Hause bleiben zu müssen. Das war schließlich ein Erfolg, den auch diejenigen nicht ganz übersehen konnten, denen im übrigen »die ganze Richtung« in der Seele zuwider war.

### *c) Demokratisierung des Schulaufbaus*

Die neuen Lehrpläne sollten in Zukunft für die ersten vier Schuljahre gelten, nur für die Übergangszeit – bis zur Einbeziehung der fünften Klasse in die Mittelstufe des neuen Schulaufbaus – wurde auch für dieses Schuljahr ein entsprechender Lehrplan ausgearbeitet.

Die alte österreichische Schulorganisation zeigte den für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft typischen Dualismus: auf der einen Seite die achtjährige Pflichtschule, in den Städten gegliedert in eine fünfklassige Volks- und eine dreiklassige Bürgerschule mit Fachunterricht (der Schweizer Sekundarschule vergleichbar), die Zeit vom 7. bis zum 14. Lebensjahre umfassend; auf der anderen Seite die höhere Schule (»Mittelschule« genannt), für das 11. bis 18. Lebensjahr bestimmt, ebenfalls achtklassig. Der Übertritt in diese Mittelschule erfolgte nach der vierten oder fünften Volksschulklasse, also im elften Lebensjahre; ein späterer Übergang war angesichts der völligen Verschiedenheit der Lehrgänge praktisch so gut wie unmöglich. Da die Mittelschule den einzigen Zugang zur höheren Bildung darstellte, bedeutete dies für alle diejenigen, die aus irgendeinem Grunde mit zehn Jahren den Übergang verpaßt haben, den endgültigen Ausschluß von höheren Studien und den damit verbundenen Stellungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Oberstufe der Pflichtschule war demnach in dieser Hinsicht auch für die Tüchtigsten eine »Sackgasse«, aus der es keinen Ausweg gab. Die Aufteilung der Schülerschaft auf die beiden Zweige des Schulsystems – in der Theorie eine Scheidung nach der Begabung – führte in der Praxis zu einer Scheidung nach sozialen Gesichtspunkten, die höhere Schule wurde durch sie zur Klassenschule der oberen Schichten der Gesellschaft. Diese Tatsache wurde, wie überall, von den Nutznießern dieses Systems natürlich leidenschaftlich bestritten, hauptsächlich durch den Hinweis darauf, daß es in der Mittelschule immer »auch« Kinder armer Leute gegeben habe. Eine objektive Statistik aber kann nicht an der Tatsache vorübergehen, daß der Anteil der Arbeiter (und ebenso auch der Bauern) an der Mittelschule im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl so gering ist, daß er den Charakter einer bürgerlichen Klassenschule nicht zu verwischen vermag<sup>13</sup>. So war es, und es konnte unter den gegebenen Verhältnissen gar nicht anders sein.

In dem frühen Alter von zehn Jahren wäre, selbst wenn alle wirtschaftlichen Hindernisse wegfielen, eine objektive Auslese der zu höherem Studium wirklich »Begabten« völlig unmöglich; ein in diesem Alter begonnenes wissenschaftliches Studium bedeutet also auf jeden Fall ein Risiko, einen Sprung ins Dunkle. Es ist klar, daß ein solcher in der Regel nur von den Eltern gewagt werden kann, für die das Studieren der Kinder eine soziale Tradition, die Aufbringung der Kosten kein unlösbares Problem bedeutet. Sie können es versuchen, auch minder Begabte durch die Mittelschule zu »pressen«, der Proletarier aber muß es sich angesichts der Unsicherheit der weiteren Entwicklung ernstlich überlegen, ob er selbst sein sehr aufgewecktes Kind dem Risiko einer Schulbahn-

<sup>13</sup> Vergleiche den genannten Nachweis bei Fischl, a. a. O. Seite 26.

wahl aussetzen will, die es seinem Milieu entfremdet, auf jeden Fall mit schwersten Opfern und im Fall des Mißlingens mit empfindlichen Demütigungen verbunden ist. Die Folge ist, daß die höhere Schule eine Menge unbegabter und lernunwilliger Schüler mitschleppt, um sie vor der sozialen Degradierung zu bewahren, während die Bürgerschule in ihrer Mitte hochbegabte, eifrige Knaben und Mädchen erblickt, ohne ihnen den ersehnten Weg zum höheren Studium eröffnen zu können. Glöckel hat es verstanden, in seinen Reden den ungestillten Hunger nach Bildung als eine der bittersten Qualen lebhaft zu schildern. Diese soziale Differenzierung der beiden Zweige des Schulsystems hat überdies die pädagogische Entwicklung *beider* in dem Sinne ungünstig beeinflusst, daß die »vornehme« Mittelschule schon auf ihrer Unterstufe das Gepräge einer »gelehrten« Anstalt annahm und ihre Schüler – Kinder wie die gleichaltrigen Besucher der Pflichtschule – mit verfrühter Systematik und unverdaulichen Abstraktionen plagte, während anderseits Volks- und Bürgerschule im Gegenteil auch die durch den Lehrgang nahegelegten Möglichkeiten der Entwicklung selbständigen, kritischen Denkens nicht ausnützen konnten und durften.

Die Aufdeckung des Übels bedeutete auch schon die Erkenntnis des geeigneten Mittels der Abhilfe: man brauchte nur die schicksalsvolle Entscheidung über die Schulbahnwahl vom zehnten Lebensjahre bis zum Ende der Schulpflicht, also in das vollendete vierzehnte Jahr hinauszuschieben, wo mit fortschreitender Reifung eine deutlichere Klärung der Anlagen eingetreten und wohl auch der junge Mensch selbst verständlich genug geworden ist, um an der Entscheidung mitzuwirken, einen Teil der Verantwortung und damit auch eine gewisse Bürgschaft für den Erfolg auf sich nehmen zu können. In Österreich waren, zum Unterschied etwa vom Deutschen Reich, wo (wie ehemals auch in Frankreich) die schroffe Klassenscheidung sogar noch den besonderen Unfug eigener »Vorschulklassen« als Elementarstufe der Höheren Schule gezeitigt hatte, wenigstens während der ersten Volksschuljahre die Kinder von arm und reich immer auf der gleichen Schulbank gesessen; warum sollte es nicht möglich sein, diese »Einheitsschule« auch auf den Rest der Pflichtschulzeit, das 11. bis 14. Lebensjahr, zu erstrecken? Die »soziale Frage« würde auch damit nicht gelöst sein, die Kinder der Armen würden noch immer hungrig und dürftig, die Kinder der Reichen gepflegt und satt sein, aber die Schule des demokratischen Freistaates hätte wenigstens, was an ihr lag, getan, um die sozialen Unterschiede nicht noch zu vertiefen und zu verewigen, sondern allen Kindern des Volkes die gleiche, das heißt die ihrer Aufnahmefähigkeit angepaßte geistige Nahrung und Schulung zu bieten. Die monopolistische Beherrschung der höheren Bildung durch die Besitzenden – Glöckel bezeichnete sie, oft absichtlich mißver-

standen, gerne als das »Bildungsprivileg« – sollte durchbrochen, die Möglichkeit der Bildung für alle gleich werden.

*Ausgleichung der Chancen*, die allen Kindern von der Schule geboten werden, *nicht Nivellierung der Leistungen*, wie die Gegner fälschlich behaupten, war also das Ziel der geplanten Neuorganisation, die sich in eine vierjährige Grundschule, eine vierjährige Mittelschule und in vierjährige Oberschulen harmonisch gliedern sollte. Die Einheitlichkeit der Grundschule stand außer Diskussion, ebenso verstand es sich von selbst, daß die Oberstufe reichlich differenziert sein sollte: in »allgemeinbildende« Schulen verschiedener (realistischer und humanistischer) Richtung, die an die Stelle der Oberstufe der alten Mittelschultypen zu treten hatten, in Fachschulen höherer und niederer Ordnung und in die Fortbildungsschule für den Teil der Jugend, der nach Vollendung der Schulpflicht als Lehrling oder Arbeiter unmittelbar ins Berufsleben eintritt. Das eigentliche Problem war die Gestaltung der Mittelstufe. Sie war deshalb in den von der Reformabteilung entworfenen »Leitsätzen für den allgemeinen Aufbau der Schule« (abgedruckt bei Fischl, a. a. O., S. 79 ff.) besonders ausführlich und mit besonderer Vorsicht behandelt. Die vierjährige *Allgemeine Mittelschule* sollte alle normalbefähigten Kinder des 11. bis 14. Altersjahres, die bisher willkürlich und aus jenseits der Pädagogik liegenden Motiven auf die Oberklassen der Volksschule, die Bürgerschule und die Untermittelschulen verschiedener Typen (Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen, Mädchenlyzeen) aufgeteilt gewesen waren, in einer gemeinsamen Pflichtschule zusammenfassen mit der Absicht, allen die größtmögliche, ihren Fähigkeiten angemessene Ausbildung zu gewähren. Die Natur dieser Altersstufe würde es nicht rechtfertigen, wie es gleichwohl bis dahin geschehen war, die geistige Ausbildung nach Berufsabsichten und sozialer Lage verschieden zu dosieren: der künftige Akademiker ist als zwölfjähriges Kind nicht anders geartet als der künftige Bauer oder Handwerker; eine Schule, die diesen Umstand übersieht, tut *beiden* Teilen Unrecht. Wohl aber differenzieren sich im Laufe dieser vier Jahre allmählich immer deutlicher Höhe und Richtung der Begabung, und darauf muß der Unterricht Rücksicht nehmen, und zwar wiederum bei *allen*. Die Allgemeine Mittelschule sollte daher zwar für alle Kinder gemeinsam, aber innerlich differenziert sein nach dem Grundsatz: »Einheitlichkeit so weit als möglich, Differenzierung so weit als notwendig.« Für Differenzierung nach der *Begabungsrichtung* sorgte das Auftreten wahlfreier Fächer, von der 3. Klasse (12. Lebensjahr) angefangen; zu diesen gehörten vor allem die Fremdsprachen und zusätzlicher Unterricht in Mathematik und Naturwissenschaften. Für die quantitative Anpassung an die allgemeine *Höhe* der Begabung aber sorgte von

der ersten Klasse an die Gliederung in zwei »Klassenzüge« (I und II), deren einer für Schüler mittlerer und höherer Allgemeinbegabung, deren anderer für diejenigen bestimmt war, deren Leistungsfähigkeit unter dem Mittelmaß zurückbleibt.

Weder die Schulreformabteilung noch vor allem Glöckel selbst verschlossen sich der Erwägung, daß diese Gliederung in Klassenzüge eine heikle Sache sei, die bei oberflächlicher Behandlung leicht neuerdings zur Aufrichtung sozialer Schranken führen und so die ganze Reform um den erstrebten Hauptgewinn bringen konnte. Deshalb wurde sie mit allen erdenklichen Kautelen ausgestattet: die Aufteilung auf die Klassenzüge geschieht nicht etwa auf Grund einer Prüfung, sondern auf Grund der vierjährigen Beobachtung durch die Lehrer der Grundschule, die in einer ausführlichen Schülerbeschreibung festgehalten ist; sie ist niemals endgültig, sondern kann bei fortschreitender Entwicklung auf Grund neuerlicher Beobachtungen jederzeit nach der einen oder anderen Richtung hin korrigiert werden; die vollkommene Parallelität des Lehrganges ermöglicht in solchen Fällen jederzeit eine ziemlich reibungslose Übersiedlung aus einer Abteilung in die andere; endlich sorgt die Gemeinsamkeit der Lehrer in beiden Klassenzügen dafür, daß unsachliche Motive für eine Umschulung gar nicht in Frage kommen können. Die Gliederung selbst aber war unabweisklich, wollte man nicht die gutbegabten Kinder durch den Ballast der Minderbefähigten in ihren Fortschritten hemmen und damit den Gegnern der Reform recht geben, die von ihr eine »Herabdrückung des Bildungsniveaus« prophezeiten; noch wichtiger aber war die Rücksicht auf die Schwachen, die zu fördern nur möglich war, wenn sich der Unterricht in Ausmaß und Tempo auf ihre Eigenart einstellte und sie so davor bewahrte, durch Überspannung der Anforderungen völlig entmutigt und dadurch noch unter das Niveau ihrer individuellen Leistungsfähigkeit hinabgedrückt zu werden.

War also die vorgeschlagene Klassenzugsteilung auch sachlich durchaus berechtigt, so war es doch kein ganz leichter Entschluß, sich für sie zu entscheiden. Sie bot den politischen Gegnern Gelegenheit zu demagogischer Kritik und billigem Spott, mußte aber auch diejenigen unter den politischen Freunden fürs erste befremden, denen die »Einheitsschule« seit langem eine Herzenssache geworden war, dabei aber den Charakter eines in den Einzelheiten wenig durchdachten Schlagwortes angenommen hatte. Es ehrt Glöckel, daß er sich, nachdem er einmal in reiflicher Überlegung die Begründung der von der Reformabteilung geltend gemachten Erwägungen anerkannt hatte, mit aller Entschiedenheit auf den Boden dieses Vorschlags stellte und ihn auch gegenüber Angriffen eines doktrinären Pseudoradikalismus im eigenen Lager unermüdlich

vertrat. Er erlebte denn auch die Genugtuung, daß schon die ersten Versuche mit dem neuen Typus seine optimistischen Erwartungen insofern rechtfertigten, daß die Trennung nach Klassenzügen sich keineswegs als eine Aufteilung nach der sozialen Lage darstellte: auch im Klassenzug I bildete das proletarische Element, zum Teil repräsentiert durch die Kinder notleidender und arbeitsloser Eltern, die überwiegende Mehrheit. Daß andererseits furchtbares soziales Elend viele Kinder in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung und damit auch in ihrer schulischen Leistungsfähigkeit hemmt, ist eine unbestreitbare Tatsache; aber wäre ihnen geholfen, wenn die Schule diesen Umstand hartnäckig übersehen und sie, aus purem Doktrinarismus, vor unerfüllbare Anforderungen stellen wollte? Glöckel war bei all seinem pädagogischen Fanatismus Marxist genug, um zu erkennen, daß die soziale Frage durch schulorganisatorische Maßnahmen nicht zu lösen ist, und hat es verstanden, diese Erwägungen mit solcher Klarheit und Wärme auseinanderzusetzen, daß aus dem Kreise der Bevölkerung, den Befürchtungen der Freunde und den Hoffnungen der Gegner zum Trotz, niemals die geringsten Beschwerden in dieser Richtung laut wurden.

Das Projekt des Schulumbaus war unter Glöckels Ministerschaft bis zur programmatischen Zusammenfassung in den »Leitsätzen« der Reformabteilung und zur ersten Lesung dieses Entwurfes im Plenum der Lehrerkammer gediehen; die Ausführung sollte später von einer anderen Stelle aus in Angriff genommen werden.

#### *d) Reform der Lehrerbildung*

Noch ein anderer bedeutsamer Fragenkomplex konnte im Winter 1919/20 der grundsätzlichen Klärung zugeführt werden: die Reform der Lehrerbildung. Auch hier war Glöckel mit dem Herzen bei der Sache. Seine Lebenserinnerungen zeigen, mit welcher Dankbarkeit er einerseits die Leistungen der alten Lehrerbildungsanstalt anerkennt und wie tief er andererseits davon durchdrungen ist, daß sie den Anforderungen der neuen Zeit nicht mehr zu genügen vermag. Gerade die Erkenntnis der entscheidenden Funktion des Lehrers bei der Verwirklichung der Schulreform und gerade die Wahrnehmung des rührenden Eifers, mit dem die Lehrerschaft in einer Zeit drückendster Not die neuen Aufgaben zu bewältigen bestrebt war, festigten in ihm die Überzeugung, daß man ihr ein solches Umlernen ein zweites Mal nicht zumuten dürfte, daß es auf die Dauer nicht möglich sei, den Erwerb des wichtigsten beruflichen Rüstzeugs dem Privatfleiß des einzelnen zu überlassen. Die Reformabteilung erhielt daher den Auftrag, zuallererst – noch vor der detaillierten Ausarbeitung des Reformplanes – »Leitsätze zur Neugestaltung der Lehrerbildung« zu formulieren und

sie den Lehrerkammern bei ihrem ersten Zusammentritt (Februar 1920) vorzulegen.

Die Leitsätze gehen aus von dem Grundsatz, daß »die durch Berufsinhalt und Berufsausübung geforderte Einheitlichkeit des Lehrstandes eine in ihren Grundzügen einheitliche Ausbildung der Lehrer aller Schulstufen und Schulgattungen verlangt«. Der alte Zustand – eine beschränkte seminaristische Lehrerbildung für die Schule der armen Leute, volle akademische Bildung für den Lehrer der höheren Schulen – mußte fallen, weil er, veralteten sozialen Anschauungen entsprungen, auch sachlich die schwersten Mängel aufwies, und zwar auf beiden Seiten. Während die Lehrer der Volks- und Bürgerschulen die wissenschaftliche Schulung, die kritische Einstellung zu der Problematik ihres Berufes schmerzlich vermißten und deshalb längst die Forderung nach der Hochschulbildung erhoben hatten, litten die Mittelschullehrer darunter, daß die philosophischen Fakultäten der Universitäten zwar mehr oder minder treffliche Fachgelehrte erzeugten, sich dagegen der Aufgabe der Heranbildung von künftigen *Lehrern* überhaupt nicht einmal bewußt zu sein schienen. So ergab sich für eine Reform von selbst die Richtschnur: mehr Wissenschaftlichkeit für die Volksschullehrer, mehr Pädagogik für die Lehrer der Mittelschulen! Selbstverständliche Voraussetzung für alle pädagogischen Studien, auch für das des Volksschullehrers, war demnach die Absolvierung einer vollwertigen höheren Schule, die Ablegung der *Mittelschulreifeprüfung*. Nur so war der unerträgliche Zustand zu beseitigen, daß der Fünfzehnjährige sich endgültig – denn die Lehrerbildungsanstalt war ja eine Sackgasse, die zu keinem anderen Berufe führte – für das schwierige Lehramt zu entscheiden hatte, daß unreife Knaben und Mädchen gleichzeitig den Lehrstoff zu bewältigen hatten und die Kunst, ihn anderen methodisch beizubringen. Eine Herabdrückung der Lehrkunst auf das Niveau einer kläglichen Routine auf der einen Seite, und andererseits die Aufnahme vieler »verfehlter Existenzen« in den verantwortungsvollen Beruf des Jugendbildners war die unausweichliche Folge dieses Systems. Nach der Reifeprüfung sollten künftig *alle* angehenden Lehrer die *Universität* beziehen und im ersten Jahre durch Teilnahme am praktischen Schulbetrieb zur Klärung ihrer Begabung und Neigung geführt werden, insbesondere auch zur Entscheidung darüber, ob sie dem Beruf des »*Klassenlehrers*« oder dem des »*Fachlehrers*« den Vorzug geben wollten. Die ersteren, die Lehrer der neuen vierjährigen »*Grundschule*«, sollten dann, da der Wunsch nach voller akademischer Bildung bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen utopisch erschien, in einem *zwei*jährigen Universitätsstudium, die letzteren, die Lehrer für die »*Allgemeine Mittelschule*« und die »*Oberschulen*«, in *vier*jährigem akade-

mischem Studium herangebildet werden. Auch bei ihnen sollte, ohne Senkung des wissenschaftlichen Niveaus, die Beziehung zum Lehrberuf nicht vernachlässigt werden. Um dieser neuen Aufgabe gerecht werden zu können, sollten die philosophischen Fakultäten entsprechend ausgestattete *pädagogische Institute* erhalten.

Die Lehrerschaft der Volks- und Bürgerschulen stimmte dem Plane mit Begeisterung zu, etwas reservierter, aber immer noch zustimmend war die Haltung der Mittelschullehrer, die Hochschullehrer dagegen zeigten keinerlei Neigung, diese neue, sozial so ungemein bedeutungsvolle Aufgabe zu übernehmen. Da die Durchführung schon wegen der Notwendigkeit der Vornahme einschneidender Gesetzesänderungen ohnedies auf eine spätere Zeit vertagt werden mußte, sorgte Glöckel für die nächsten Jahre durch wichtige Übergangsmaßnahmen: den im Berufe stehenden Lehrern, die sich ergänzenden akademischen Studien widmen wollten und die nach den früheren Vorschriften sich zu diesem Zwecke zunächst erst den Schikanen einer vollständigen Mittelschulmatura zu unterziehen hatten, wurden die erforderlichen Ergänzungsprüfungen auf das sachlich noch zu rechtfertigende Minimum reduziert. Der Erfolg war, daß in den folgenden Jahren viele Hunderte in schwerster Berufsarbeit stehende Männer und Frauen den Idealismus und die Kraft aufbrachten, um nebenher noch wissenschaftliche Studien, in zahlreichen Fällen bis zur Erlangung des Doktorgrades, auf sich zu nehmen, eine Tatsache, die eigentlich allein schon hätte ausreichen müssen, um die Berechtigung des Planes für die Erneuerung der Lehrerbildung zu erweisen.

So lagen die Dinge, als im Oktober 1920 die Änderung der politischen Konstellation Glöckels Tätigkeit im Unterrichtsamte ein Ende setzte.

## PRAKTISCHE ARBEIT IN DER WIENER SCHULVERWALTUNG

Schon zu Beginn des Jahres 1920 hatte sich das Kräfteverhältnis innerhalb der Regierungskoalition immer mehr zugunsten der bürgerlichen Christlich-sozialen verschoben. Die Tatsache, daß in den Siegerstaaten das kapitalistische System die Erschütterungen des Weltkrieges ohne ernstliche Schädigung überwunden zu haben schien, mußte sich auch in dem kleinen, besiegten, wirtschaftlich von der Gnade des Auslandes abhängigen Österreich geltend machen. Dazu verstanden es die bürgerlichen Parteien, mit einer Demagogie sondergleichen, in der die Sozialdemokraten mit ihnen weder Schritt halten konnten

noch wollten, für die entsetzliche Not der Zeit, eine Folge des Weltkrieges und der Friedensverträge, die »rote« Republik verantwortlich zu machen, obwohl der von eben jenen Christlichsozialen seinerzeit mit Jubel begrüßte Krieg doch unter der Monarchie begonnen worden war, und obwohl in der ersten republikanischen Regierung doch auch die Christlichsozialen als vollberechtigte und vollverantwortliche Koalitionspartner saßen. Die Sozialdemokraten waren unter diesen Umständen nicht gesonnen, die Rolle des Sündenbocks unbegrenzt weiter zu spielen, sondern erzwangen, nachdem im Sommer 1920 die neue Verfassung mit der Sicherung der demokratischen Grund- und Freiheitsrechte des gesamten Volkes glücklich unter Dach gebracht war, die Auflösung der Konstituierenden Nationalversammlung und die Ausschreibung von Neuwahlen. Sie wurden im Oktober abgehalten und brachten der Sozialdemokratie als Folge des Abfalls einer Schicht von Mitläufern (der sogenannten »Novembersozialisten«) einen Stimmenverlust von etwa 10 Prozent, der trotz seiner Geringfügigkeit ausreichte, um die Christlichsozialen zur stärksten Partei im Nationalrat zu machen. Im vollen Einklang mit den Wünschen der Arbeiterschaft erklärten daraufhin die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder ihren Rücktritt. Die bürgerlichen Parteien sollten künftig für ihre Politik vor der Öffentlichkeit auch die formale Verantwortung übernehmen. Die Sozialdemokratie fühlte sich stark genug, um auch als Opposition ernstere Anschläge gegen die rechtlichen und sozialen Er-rungenschaften der Arbeiterklasse abzuwehren, und diese Erwartung hat sich – wenigstens für die nächsten Jahre – auch als berechtigt erwiesen. Am 24. Oktober mußte Glöckel von der Stelle seines Wirkens Abschied nehmen. Die widerstreitenden Empfindungen der Wehmut angesichts des vielen, was noch zu tun gewesen wäre, und des Stolzes über die Fülle des in der kurzen Zeit von ein-undeinhalb Jahren Geschaffenen überwog das sichere Gefühl, daß das Reformwerk nicht mehr rückgängig zu machen sei, daß es im Gegenteil möglich sein müsse, es, wenn auch von anderer Stelle aus, immer weiter vorzutreiben. Und dieses Gefühl hat denn auch nicht getrogen.

Schon tags zuvor war Glöckel vom Gemeinderat auf Antrag der sozialdemokratischen Mehrheit als Mitglied in den Wiener *Bezirksschulrat* entsendet worden. Damals ahnten nur wenige Eingeweihte, was sich hier vorbereitete, und auch als ihm sein Freund Paul *Speiser*, amtsführender Stadtrat und Personalreferent der Wiener Gemeindeverwaltung, unmittelbar darauf die bis dahin von ihm nebenher versehene Funktion eines Vorsitzenden dieser Körperschaft abtrat, mochten vielleicht manche diesen »Abstieg« von dem Gipfel der gesamten Unterrichtsverwaltung in die Niederungen einer lokalen Schulbehörde mit einem hämischen Lächeln quittiert haben. In der Tat war der Wiener

Bezirksschulrat – auch unter Lueger – bisher nichts anderes gewesen als eine Maschinerie, die nach den Weisungen des Bürgermeisters die Volks- und Bürgerschulen Wiens bürokratisch zu verwalten hatte. Schon hierin schuf der Amtsantritt Glöckels gründlich Wandel. Seiner Überzeugung nach hatte die Wiener Schulverwaltung vor allem eine pädagogische Mission ersten Ranges: ihr vor allem fiel unter den gegebenen Verhältnissen das Apostolat der Schulreform zu, sie hatte durch vorbildliche Verwirklichung des neuen Volksschulunterrichtes ein Beispiel zu schaffen, das durch seine Anziehungskraft auch auf die konservativen Länder, ja über die Grenzen Österreichs hinaus, wirken mußte. In überraschend kurzer Zeit gelang es Glöckels energischer Schwungkraft, den Apparat mit diesem neuen Geist zu erfüllen. Es war dies aber nur der Auftakt zur Verwirklichung eines viel weiter reichenden Planes.

In der neuen Verfassung hatte die Hauptstadt Wien durch die administrative Trennung von dem sie umgebenden Lande Niederösterreich den Charakter eines vollberechtigten Bundeslandes erhalten. Diese Maßnahme war sachlich voll begründet, umfaßte Wien doch nahezu ein Drittel des neuen Sechseinhalbmillionenstaates; die Bürgerlichen hatten ihr aber vor allem deshalb gerne zugestimmt, weil sie auf diesem Wege in dem Lande Niederösterreich, das, mit Wien vereint, eine »rote« Mehrheit aufgewiesen haben würde, sich selbst die Herrschaft sicherten. Daß sie eben dadurch den Sozialdemokraten die Möglichkeit schufen, gestützt auf eine feste Zweidrittelmajorität die Millionenstadt Wien in ihrem Sinne zu verwalten und diese »rote Insel« zu einem Kleinod der internationalen Arbeiterklasse, aber in mancher Hinsicht auch zu einem Vorbild vernünftiger bürgerlicher Kommunal- und Sozialpolitik zu machen, mochten sie wohl nicht bedacht haben; jedenfalls war dies nicht in ihrer Absicht gelegen. Das wütende Geschimpfe über die – angeblich von den Sozialdemokraten »diktierte« – »widernatürliche« Trennung von Wien und Niederösterreich, das in den folgenden Jahren immer wieder ertönte, war nichts als der Ausdruck des Mißvergnügens bürgerlicher Kreise über diese Gestaltung der Dinge.

Die Erhebung Wiens zum Bundesland hatte nun unter anderem auch die Folge, daß es für sein Schulwesen, das bisher – und zwar die Pflichtschulen in zweiter Instanz, die Mittelschulen unmittelbar – dem niederösterreichischen Landesschulrat unterstellt gewesen war, nunmehr eine eigene Landesschulbehörde zu errichten hatte. Hier konnte sich Glöckels organisatorisches Geschick in eigenartiger Weise entfalten. Er erkannte sogleich, daß es unsinnig wäre, hier, wo »Bezirk« und »Land« zusammenfielen, zwei Verwaltungsbehörden getrennt neben-, beziehungsweise übereinander zu führen, daß es vielmehr das Natur-

liche sei, die Funktionen von Bezirks- und Landesschulrat in *einer* Körperschaft, dem »*Stadtschulrat für Wien*«, zu vereinigen. Er fühlte aber auch – und dies ist sein besonderes Verdienst –, daß diese scheinbar rein administrative Maßnahme zugleich symbolischer Ausdruck des Einheitsschulgedankens und eine wichtige Grundlage für dessen allmähliche Realisierung sein könnte; ein Volk, eine Schule, ein Lehrstand und somit auch eine Schulbehörde, die mit Ausnahme der Hochschulen sämtliche Schulen Wiens, also Volks- und Bürgerschulen, Mittelschulen, Fortbildungsschulen, Fachschulen höherer und niedrigerer Ordnung sowie alle Arten von Privatschulen, zu betreuen hatte. Nach dem ersten von Glöckel veröffentlichten amtlichen Tätigkeitsbericht (über das Schuljahr 1924/1925) erstreckte sich der Wirkungsbereich des Stadtschulrates auf 1633 Schulanstalten mit 7121 Klassen, in denen insgesamt 220 571 Schüler von 11 711 Lehrpersonen unterrichtet wurden.

Nach Lösung der zum Teil recht verwickelten juristischen Einzelfragen wurde die Organisation des Stadtschulrates für Wien am 3. März 1922 durch übereinstimmende Gesetze des Bundes und des Landes festgelegt, und die Konstituierung konnte vor sich gehen. Mit seinen insgesamt 108 Mitgliedern war diese demokratische Schulbehörde ein Parlament im kleinen. Sie setzte sich zusammen aus dem Bürgermeister als Präsidenten, der jedoch seine Befugnisse an den aus der Mitte des Stadtschulrates gewählten »geschäftsführenden zweiten Präsidenten« abtritt; aus 60 vom Gemeinderate, beziehungsweise vom Stadtse-nate entsendeten Vertretern der Bevölkerung, aus 18 nach dem Verhältniswahlrecht gewählten Vertretern der Lehrpersonen aller Kategorien sowie aus 30 beamteten Mitgliedern (in der Hauptsache den Landes- und Bezirksschulinspektoren). Alle wichtigeren Fälle wurden kollegial beraten, größtenteils in einer der »Abteilungen« (für Volks- und Bürgerschulen, für Mittelschulen, für gewerbliche und kaufmännische Anstalten), grundsätzliche Fragen allgemeiner Natur im Plenum. Glöckel nannte seinen Stadtschulrat mit Recht eine der demokratischsten Schulbehörden der Welt und wies mit Genugtuung darauf hin, daß die Demokratisierung gleichbedeutend gewesen sei mit Entbürokratisierung und Verfachlichung. Diese kam unter anderem darin zum Ausdruck, daß auch die politischen Parteien bei der Auswahl der von ihnen zu bestimmenden Gemeindevertreter Wert darauf legten, Leute mit Sachkenntnis, also auch zahlreiche Lehrer oder gewesene Lehrer, zu entsenden; die Folge war, daß – unter Zurechnung der beamteten Schulfachmänner – das pädagogische Element im Stadtschulrat sogar in der Mehrheit war, was dem Lehrer Glöckel ehrliche Freude bereitete.

In der konstituierenden Sitzung wurde Glöckel (einstimmig) zum geschäfts-

führenden zweiten Präsidenten, also zum eigentlichen Haupt des Stadtschulrates gewählt und blieb es, alljährlich in seiner Funktion bestätigt, bis zu dem Staatsstreich vom Februar 1934. Eine seiner ersten Sorgen war die, dem Stadtschulrat ein würdiges Heim zu sichern. Ein geradezu ideales Gebäude – schön, geräumig und zentral in unmittelbarer Nähe von Parlament, Rathaus und Unterrichtsministerium gelegen – fand sich in dem bis dahin vom Verwaltungsgerichtshof benützten Gebäude am Burgring Nr. 9, und Glöckels Einfluß gelang es, bei der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen Bund und Gemeinde Wien, die im Gefolge der Ländertrennung stattfand, dieses Objekt für die Zwecke des Stadtschulrates sicherzustellen. Ehe dieser jedoch von seinem neuen Heim Besitz ergreifen konnte, gab es noch ein echt österreichisches Zwischenspiel, das einer gewissen Komik nicht entbehrte: der hohe Verwaltungsgerichtshof, dessen Tätigkeitsbereich durch die Auflösung der Monarchie auf ein Minimum reduziert war und dem man überdies in dem ehemaligen Eisenbahnministerium völlig entsprechende Räumlichkeiten zugewiesen hatte, weigerte sich nämlich, auszuziehen und entfesselte in der bürgerlichen Presse eine leidenschaftliche Kampagne gegen seine »bolschewistische« Enteignung durch den roten Schultyrannen Glöckel. Kein Argument war zu dumm, um nicht durch juristische »Kapazitäten« in spaltenlangen Rechtsgutachten erörtert zu werden, und so wurde unter anderem allen Ernstes die Frage aufgeworfen, ob die Übersiedlung eines Gerichtshofes nicht eigentlich als – Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit zu betrachten sei! Zwölf Jahre später, als die Regierung Dollfuß die richterliche Unabhängigkeit durch die Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofes faktisch und dann durch die Sistierung der Unabsetzbarkeit der Richter auch formell beseitigte, hat keine der – nunmehr allerdings von der Disziplinierung bedrohten – juristischen Koryphäen auch nur das leiseste Wort des Widerspruches gewagt.

Der Wirkungskreis des Stadtschulrates ist charakterisiert durch den Umfang und die Mannigfaltigkeit der ihm obliegenden Aufgaben. Schulverwaltungsbehörde erster und zweiter Instanz für die Pflichtschulen (Volks- und Bürgerschulen), erster Instanz für die Mittelschulen und ihnen gleichgestellten Lehranstalten, außerdem noch Oberbehörde für die Fortbildungsschulen, die in erster Instanz einem eigenen »Fortbildungsschulrat« unterstehen, hat er die rechtliche Entscheidung in allen Angelegenheiten der Schüler und Lehrer dieser Anstalten zu treffen. Er hat an den Schulerhalter (bei den Pflichtschulen die Gemeinde Wien, bei den Mittelschulen den Bund) die Vorschläge für die Ernennung der Lehrer und Schulleiter sowie auch für die der Schulinspektoren zu erstatten. Vor allem aber beaufsichtigt und beeinflußt er – selbstverständlich im Rahmen

der geltenden Bundes- und Landesgesetze – den pädagogischen Betrieb an allen diesen Schulen. Seine Organe, die 15 Bezirksschulinspektoren und 2 Landeschulinspektoren für das Volksschulwesen sowie die 7 Landeschulinspektoren für die Mittelschulen, kaufmännischen und gewerblichen Lehranstalten, folgen den Weisungen seines Präsidenten. Die Tätigkeit des Stadtschulrates, schwierig schon angesichts der Größe und Vielgestaltigkeit seiner Obliegenheiten, wird aber noch heikler durch seine eigenartige rechtliche Zwitterstellung: hat er einerseits als autonome Vertretung der Wiener Bevölkerung ihren legitimen Einfluß auf das Schulwesen geltend zu machen, so übt er andererseits die gesetzliche Schulaufsicht im Namen und im Auftrag des Staates aus, dessen Organ, das Unterrichtsministerium, in vielen Dingen das letzte Wort zu sprechen hat. Es wäre nicht ganz leicht gewesen, diese beiden Tendenzen – die demokratische und die bürokratische – zu harmonischem Einklang zu bringen, selbst wenn nicht, wie dies hier leider der Fall war, der scharfe politische Antagonismus zwischen der sozialdemokratischen Gemeinde Wien und der immer mehr ins klerikale Fahrwasser geratenden staatlichen Unterrichtsverwaltung eine Fülle von Meinungsverschiedenheiten in grundsätzlichen Fragen und konkreten Einzelfällen hervorgerufen hätte. Unter solchen Umständen erforderte die Leitung des Stadtschulrates, sollte er die ihm zukommende Aktivität entfalten, eine Persönlichkeit, die taktisches Geschick mit unermüdlicher Beharrlichkeit und – nötigenfalls – unbeugsamem, schneidigem Angriffsgeist zu vereinen wußte. Otto Glöckel besaß gerade diese Eigenschaften in ungewöhnlichem Maße und hat sie als Präsident des Stadtschulrates, jede zu ihrer Zeit, glänzend bewährt. Zunächst war es ihm Jahre hindurch vergönnt, sich in Fortführung des im Unterrichtsamt begonnenen Werkes ganz der positiven Arbeit zu widmen.

Es war klar, daß mit Glöckels Übersiedlung vom Minoritenplatz auf den Burgring auch die Initiative in der Sache der Reform vom Unterrichtsministerium auf den Wiener Stadtschulrat übergegangen war. Seine erste Aufgabe war natürlich die vorbildliche Verwirklichung des neuen Volksschullehrplans. Hierfür traf Glöckel in Wien die günstigsten Vorbedingungen an. Das »Stahlbad« des Weltkrieges hatte die Zahl der schulpflichtigen Kinder um nahezu die Hälfte (von 227 129 im Jahre 1910 auf 134 008 im Jahre 1924) herabsinken lassen. Eine bürgerliche Gemeindeverwaltung würde – zumal in einer Zeit drängender Finanznot – hierin selbstverständlich in erster Linie eine Handhabe zu weitgehenden Einsparungen gefunden und, entsprechend dem Ausfall von fast 100 000 Schülern, auch Hunderte von Schulklassen gestrichen und Tausende von Lehrern abgebaut haben. Die »rote« Gemeinde ging andere Wege. Dank der einsichtsvollen Schulfreundlichkeit des sonst wegen seiner Sparwut

gefürchteten Finanzreferenten Hugo *Breitner* wurde beschlossen, keinen einzigen Lehrer zwangsweise abzubauen, sondern den vorhandenen Personalüberfluß lieber dazu zu benützen, um durch geringe Besetzung der Schulklassen die günstigsten Voraussetzungen für die Durchführung der neuen Unterrichtsweise zu schaffen; so hatte denn Wien in den ersten, für die Entwicklung des neuen Lehrplans entscheidenden Jahren eine Durchschnittsschülerzahl von weniger als dreißig pro Klasse<sup>14</sup>. So konnte nicht nur der Arbeitsunterricht ungehemmt zur Geltung kommen, es war überdies möglich, trotz der wieder strengeren Beurteilung der Schülerleistungen, die Zahl der Repetenten von 10,42 Prozent im Jahre 1914 (im Jahre 1916 sogar 13,28 Prozent) auf 6,43 Prozent im Schuljahre 1924/25 zu vermindern. Eine wichtige Hilfe leistete hierbei die von der Reformabteilung ausgearbeitete und mit ausführlichen Erläuterungen versehene *Schülerbeschreibung*, die von der Wiener Schulverwaltung obligatorisch eingeführt wurde; sie begleitet das Schulkind während der ganzen Zeit seiner Schulpflicht, ihr »Stammblatt« tritt an die Stelle des amtlichen »Katalogs«.

Große Anforderungen an die Opferwilligkeit der Gemeinde stellte die Einrichtung der für den Handarbeitsunterricht in den Oberklassen erforderlichen *Werkstätten*. Innerhalb weniger Jahre waren die rund 200 Bürgerschulen Wiens so ausgestattet, daß der Werkunterricht für Knaben und Mädchen in sachgemäßer Weise erteilt werden konnte. Glöckel legte Wert darauf, daß die Betonung der »weiblichen Eigenart« – ein beliebtes Schlagwort der Schulreaktionäre – nicht zur geistigen Verkümmern der Mädchen Anlaß gebe: die Mädchen wurden also auch in verschiedenen »männlichen« Techniken geschult, der spezifische Unterricht in den »weiblichen Handarbeiten« aber wurde, entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Schulreform, wirklichkeitsnah und lebenspraktisch gestaltet.

Alle diese Vorsorgen mußten in alten, zum Teil veralteten, Schulgebäuden getroffen werden, da der jähe Abfall der Schülerzahl Neubauten von Schulen

<sup>14</sup> Erst von 1929 an, da die Lehrerreserve allmählich aufgezehrt war und die gleichzeitig auftauchende würgende internationale Wirtschaftskrise, die Wien mit besonderer Schärfe traf, zur vorsichtigen Zurückhaltung in der Frage der Neuanstellungen zwang, wurde diese Zahl langsam gesteigert, doch hatte sie auch im Jahre 1933 die Zahl von 33 noch kaum überschritten. Diese langsame Erhöhung wurde von den durch politischen Haß verblendeten bürgerlichen Lehrerorganisationen, die nicht ein Wort der Anerkennung für die jahrelang bewährte Schulfreundlichkeit der Gemeindeversammlung gefunden hatten, zu einer demagogischen Hetze gegen die Sozialdemokratie verwendet, deren krasse Unwahrhaftigkeit Glöckel doppelt schmerzlich empfand, weil sie eben von Lehrern kam. — Die diktatorische Verwaltung nach dem Februar 1934 hat dann, ohne daß ein Wort der Kritik laut geworden wäre, die Schulklassen wieder bis zum Bersten vollgestopft.

ausschloß, im Gegenteil eine Menge von Schulgebäuden entbehrlich werden ließ. Trotzdem drängte es Glöckel, wenigstens an einem Beispiel zu zeigen, wie sich die Reform den äußeren Rahmen der Schularbeit vorstelle. Die Gelegenheit bot sich, als die ausgedehnte Siedlungstätigkeit im XXI. Bezirk, wo ein ganz neuer Stadtteil emporgewachsen war, auch einen Schulneubau rechtfertigte: am 19. Oktober 1930 konnte Glöckel die neue Volks- und Hauptschule in Kagran (Freihofsiedlung) der Benützung übergeben. Sie war, trotz der durch die Zeitumstände gebotenen größten Sparsamkeit, in ihrer einfachen Zweckmäßigkeit ein Musterbau, ein Bekenntnis zur Schulreform, ebenso wie die Benennung des Straßenzuges, in dem sie sich erhob, nach Paul Natorp, dem Begründer der »Sozialpädagogik«.

Der zweite Schulneubau, ebenfalls durch die ausgedehnte Wohnbautätigkeit der Gemeinde erforderlich geworden, sollte im XIII. Bezirk, Veitingergasse, entstehen. Er war nahezu vollendet, als der Umsturz im Februar 1934 auch die Verwaltung Wiens in andere Hände legte; die neuen Herren beschränkten sich darauf, die fertige Schuleinrichtung durch die Anbringung zahlreicher Kruzifixe zu ergänzen, eine feierliche Einweihung vorzunehmen und das Verdienst an dem Werke – sich selbst zuzuschreiben.

Eine soziale Großtat der Wiener Gemeindeverwaltung, an der, den demagogischsten Angriffen (man faselte von »Geschenken an Millionärskinder«) zum Trotz, auch unter den schwersten finanziellen Nöten festgehalten wurde, war die *unentgeltliche Beistellung aller Schulbücher* und Lehrmittel an *alle* Kinder der Pflichtschule, gleichgültig ob arm oder reich. So wollte man wenigstens innerhalb der Umfriedung der Volksschule die sozialen Gegensätze mildern, wollte die demütigende Unterscheidung zwischen den Empfängern der »Armenbücher« und den Kindern, die sich die notwendigen Lehrbehelfe »aus eigener Kraft« zu besorgen in der Lage sind, abschaffen. Ermöglicht wurde diese Aktion durch die Gründung des »*Deutschen Verlags für Jugend und Volk*«, in dem die Gemeinde die Mehrheit des Kapitals beisteuerte und sich damit den entscheidenden Einfluß sicherte. Die ehrenamtliche Leitung des Unternehmens führte Glöckel und sorgte für die Herausgabe einer Reihe von Lehrbüchern, die dank ihrer ausgezeichneten, den Erfordernissen des Arbeitsunterrichtes angepaßten Methodik und ihrer gediegenen künstlerischen Ausstattung weit über die Grenzen Österreichs hinaus bewundernde Anerkennung fanden. Vor allem aber – und daran lag ihr größter Wert – mußten sie in jedem Kinderherzen lebhaftes Entzücken und Lernfreudigkeit erwecken. Bücher wie die neue Fibel, das Liederbuch, der geographische Atlas wirkten bahnbrechend und wurden vielfach – gelegentlich auch ohne Quellenangabe – nachgeahmt. Ein

Kernpunkt der Schulbuchreform war der Ersatz des herkömmlichen langweiligen und verstaubten, vom Lesen eher abschreckenden »Lesebuchs« durch die »*Klassenlektüre*«, eine Reihe »wirklicher« Bücher, die durch ihren Inhalt und ihre künstlerische Ausstattung der Erziehung zum Geschmack und zur Freude am guten Buche wirksam zu dienen vermochten; zuletzt umfaßte diese Reihe über 100 Bändchen unterhaltenden und belehrenden Inhalts, der Fassungskraft der einzelnen Schulstufen angepaßt. In jeder Klasse bargen große Kasten die für den betreffenden Jahrgang ausgewählten Bände, und es war jedesmal ein kleines Fest, wenn der Lehrer sie öffnete, um eine neue Überraschung hervorzuholen. Die »Schülerbüchereien«, welche die Kinder leihweise mit Stoff für häusliche Lektüre versorgen, wurden von unzeitgemäßen Schriften, vor allem dem militaristischen und monarchistischen Schund, gesäubert und mit wertvollem Material ergänzt; eine eigene *Jugendschriftenprüfungsstelle* des Stadtschulrates, aus gewählten Vertretern der Lehrerschaft zusammengesetzt, besorgte die Auswahl und gab überdies ein Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften heraus, das von der Bevölkerung gerne als Ratgeber gebraucht wurde. Insbesondere die von vielen Elternvereinen an den einzelnen Schulen alljährlich veranstalteten Weihnachtsbücherausstellungen waren an diese Auswahl gebunden und leisteten so erhebliche praktische Arbeit für die Verbreitung guter Bücher besonders in proletarischen Kreisen, die auf diesem Gebiete eine ganz erstaunliche Opferwilligkeit an den Tag legten – ein ehrendes Zeugnis zugleich für den Kulturwillen der Arbeiterschaft und für die von der Sozialdemokratie hier geleistete Erziehungsarbeit.

Eine besondere Sorge bildete der *Bücherbedarf der Lehrerschaft*. Die Lehrerbüchereien der einzelnen Schulen wurden alljährlich mit einer Reihe unentbehrlicher methodischer Handbücher unentgeltlich beliefert. Die wichtigste Tat war jedoch die Begründung einer *Pädagogischen Zentralbücherei* durch die Gemeinde Wien, die in wenigen Jahren so anwuchs, daß sie auf deutschem Sprachgebiet an Umfang nur mehr von der Komeniusbibliothek in Leipzig übertroffen wurde, der sie jedoch, was die *moderne* Fachliteratur anbelangt, vielleicht sogar schon überlegen war. Zunächst im Gebäude des Stadtschulrates untergebracht, erhielt sie später dank Glöckels energischer Fürsorge ein eigenes, vorbildlich eingerichtetes Heim im XVII. Bezirk. Sie hatte nach dem letzten Bericht im Jahre 1932 einen Bestand von 179 860 Bänden und, was noch wichtiger ist, die unverhältnismäßig hohe Zahl von 54 870 Entlehnungen und 5095 Benutzern des Lesesaales zu verzeichnen. Die Schulreform mußte aber auch die Produktion pädagogisch-wissenschaftlicher Bücher mächtig anregen. Der Deutsche Verlag für Jugend und Volk gab zwei Zeitschriften, die »Schulreform« und die

»Quelle«, heraus, die wichtige Pionierarbeit leisteten. Eine methodische Bücherreihe, die »Lehrerbücherei« (zuletzt an 100 Bände), zum größten Teil unmittelbar aus der praktischen Schularbeit erwachsen, gab vielfältige Anregungen weiter; ohne sie wäre die Durchführung des neuen Volksschulunterrichtes im ganzen Lande kaum möglich gewesen. Die Forderung der Bodenständigkeit des Unterrichtes bedingte zunächst die Sammlung des für die Schule verwertbaren heimatkundlichen Materials; die Lehrer, oft zu Zweckarbeitsgemeinschaften vereinigt, betätigten sich als Heimatforscher, und eine Menge, zum Teil sehr umfangreicher »Heimatbücher« barg die Früchte dieser Arbeit; ihre Drucklegung wäre ohne die werktätige Unterstützung des Deutschen Verlags kaum möglich gewesen, und auch manches »schwarze« Land nahm, sogar durch Glöckels Vermittlung, die »rote Hilfe« auf diesem Gebiete in Anspruch.

Wenn die Reform der Volksschule in Wien sich so glücklich entfalten konnte, so lag eine der wesentlichsten Ursachen übrigens darin, daß die Unterrichtsreform hier nicht als isolierte Maßnahme auf den Plan trat, sondern als ein Glied der allgemeinen Sozialpolitik der Gemeinde, insonderheit ihrer *Fürsorge für das Kind*: der Schöpfer des Wiener Fürsorgewesens, Stadtrat Professor Tandler, arbeitete Hand in Hand mit Glöckel. Die Beratung der werdenden Mutter, das Geschenk einer vollständigen Säuglingsausstattung an alle Neugeborenen, deren Mütter sich bei dem städtischen Amte melden, die Überwachung und Unterstützung der Säuglingspflege durch die städtische Fürsorge – das waren die Maßnahmen, durch die es gelang, die Kindersterblichkeit während des ersten Lebensjahres in Wien von 17 Prozent auf nur 7 Prozent herabzudrücken. Für die älteren Kinder sorgten vorbildliche Kindergärten, Tagesheimstätten, Freibäder, Ferien- und Erholungsheime, Schulärzte, Schulzahnkliniken, schließlich, nicht zu vergessen, die unentgeltlichen Schulausspeisungen, die, wie alle Maßnahmen der städtischen Fürsorge, nicht als Almosen irgendwelcher »Wohltäter« mit all der unvermeidlichen »Patzigmacherei« auf der einen und Demütigung auf der anderen Seite verabreicht wurden, sondern als selbstverständliche Leistungen eines seiner sozialen Pflichten bewußten Gemeinwesens. Einrichtungen wie der moderne Neubau der »Kinderübernahmestelle« und das in einem ehemaligen Habsburgerschloß untergebrachte Kinderheim »Wilhelminenburg« – beide für sozial gefährdete Kinder und Jugendliche bestimmt – erregten die Bewunderung der Fachleute aus aller Welt. Die von Tandler formulierte Widmung des letztgenannten Heims für verwahrloste Kinder »Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder« wird fort-

leben auch über die Zerstörung dieses Werkes durch die Februarsieger von 1934 hinaus<sup>15</sup>.

Ein inniger Kausalzusammenhang bestand auch zwischen der Kinderfürsorge und der *Wohnungspolitik* der Gemeinde, die es zuwege brachte, innerhalb von zehn Jahren mehr als 60 000 mustergültige Kleinwohnungen in riesigen, allen hygienischen Anforderungen entsprechenden, bei aller Einfachheit künstlerisch hervorragenden Gemeindebauten zu schaffen; diese Bautätigkeit, von den durch die Interessen des kapitalistischen Hausbesitzes geleiteten bürgerlichen Parteien wütend bekämpft, verschaffte Wien, dessen Wohnungselend ehemals berüchtigt war, die Führung auf dem Gebiete der großstädtischen Wohnungsfürsorge. Ein menschenwürdiges, gesundes Heim ist eine unerläßliche Vorbedingung für die körperliche und geistige Entwicklung des Kindes und damit auch für den Erfolg aller Bemühungen in der Schule. Es war daher eine symbolische Handlung, als auf Antrag Glöckels eine der neuen Wohnhausanlagen den Namen »*Pestalozzihof*« empfing und ihr Vorgarten mit einem Denkmal des großen Kinder- und Menschenfreundes geschmückt wurde. Mehr als einmal standen Abordnungen von Schweizer Lehrern, zum Studium der Schulreform nach Wien gekommen, vor dieser Statue ihres Landsmanns und gaben der Überzeugung Ausdruck, daß Pestalozzis soziale und pädagogische Ideale in Wien der Entwicklung entgegengeführt werden. Ein Schweizer Pädagoge, der Genfer Reformler Adolphe *Ferrière*, war es denn auch, der unter dem überwältigenden Eindruck der sozialen Neuschöpfungen, die er hier gesehen hatte, Wien »*die Hauptstadt des Kindes*« nannte; die Wiener Stadtverwaltung durfte, bei aller Bescheidenheit, diesen Ehrentitel für sich in Anspruch nehmen, weil er wirklich den Kernpunkt ihrer Bemühungen um den Aufbau eines neuen Menschengeschlechtes traf.

Über diesen Anstrengungen um die Hebung der Gesamtheit wurde selbstverständlich auch die Fürsorge für die eigentlichen »*Sorgenkinder*«, die von Geburt aus körperlich oder geistig Benachteiligten, nicht vergessen. Die *Hilfsschulen* für geistig Minderwertige, die Anstalten für Taubstumme und Blinde wurden ausgebaut und durch Sonderklassen für Schwerhörige und Sehschwache

<sup>15</sup> Der neue »*Bürgermeister*« Richard *Schmitz* beging die Geschmacklosigkeit, den Wilhelminenberg den armen Kindern wegzunehmen und ihn dem Institut der »*Wiener Sängerknaben*« zu überlassen, einer Vereinigung, die sich mit der artistisch bemerkenswerten, aber pädagogisch verwerflichen Aufzucht einer Truppe kleiner Berufssänger befaßt, um sie – mit der Nebenabsicht klerikal-monarchistischer Propaganda – in der ganzen Welt umherreisen zu lassen. Es war für die Verhältnisse im neuen Österreich überaus bezeichnend, daß anläßlich dieser Umgestaltung keine einzige Wiener Zeitung auch nur ein Wort darüber verlor, welchem Zwecke das Heim vorher gewidmet war.

sowie eigene Schulen für verkrüppelte Kinder ergänzt; bei allen diesen Institutionen brachte die sinngemäße Anwendung der neuen methodischen Grundsätze, wobei die Wiener Lehrer vielfach ihre eigenen Wege zu gehen versuchten, bemerkenswerte Fortschritte in der Richtung des letzten Zieles aller dieser Bemühungen: diese Stiefkinder des Glücks als vollwertige Glieder in die soziale Gemeinschaft einzufügen.

Schließlich muß in diesem Zusammenhange auch der *Elternvereine* gedacht werden, deren Tätigkeit Glöckel, in Erkenntnis ihrer großen Bedeutung für das Zusammenwirken von Schule und Haus in der Erziehung der Jugend, unermüdlich förderte. Ein Erlaß des Stadtschulrates gab Richtlinien für ihre Organisation, deren Einhaltung als Vorbedingung für ihre Anerkennung durch die Schulbehörde galt. Zu diesen Grundsätzen gehörte vor allem die Ausschaltung der Parteipolitik und politisch betonter Themen aus ihren Beratungen, ein schwieriges Beginnen in einer Zeit leidenschaftlichster politischer Auseinandersetzungen, aber es gelang. Viel trug hierzu bei, daß unter Glöckels Einfluß bei der Zusammensetzung der Vereinsausschüsse, der »Elternräte«, alle Gruppen berücksichtigt und auch in nahezu hundertprozentig sozialdemokratischen Bezirken bürgerliche Vertreter mit herangezogen wurden. Wenn auch die eigentliche Fürsorge als eine Aufgabe des Gemeinwesens aus dem Tätigkeitsbereich der Elternvereine ausgeschaltet wurde, so ließen diese es sich doch nicht nehmen, und zwar, je ärmer sie waren, mit desto rührenderer Opferwilligkeit, für ihre engere Schulgemeinschaft etwas beizusteuern, durch Schaffung technischer Neuerungen im Schulhaus (Radioanlagen, Badeeinrichtungen, Theatersäle und dergleichen), für die die Gemeinde zur Zeit die Mittel nicht aufbringen konnte, durch Ermöglichung größerer Schülerreisen usw. Vielfach wurden die Erträge von Schüleraufführungen, also Früchte der Schülerarbeit, diesen Zwecken dienstbar gemacht. Die wichtigste Förderung erfuhr das Reformwerk jedoch dadurch, daß bei den Elternabenden die Bevölkerung über die Absichten und Methoden der Schulreform aufgeklärt und zu verständnisvoller Mitarbeit angeregt wurde. Viele Mißverständnisse, von den Gegnern der Reform absichtlich genährt und verbreitet, konnten so ausgerottet und Störungen vermieden werden. Von dem Umfang dieser Tätigkeit geben die in den Berichten des Stadtschulrates alljährlich veröffentlichten Zahlen eine Vorstellung. Im Schuljahre 1931/32 wirkten in 415 Elternvereinen insgesamt 11 115 Funktionäre, von denen 9028 aus dem Kreise der Elternschaft gewählt waren und 2087 den Lehrkörpern der Schulen angehörten. Im Laufe des Schuljahres wurden 2131 Elternabende mit 2097 Vorträgen abgehalten, bei einer durchschnittlichen Besucherzahl von etwa 100 Personen. Außerdem fanden noch 2316 der für die Erziehungsarbeit

besonders ersprießlichen Klassen-Elternabende statt. Weiter haben die Eltern 508 Feste und Feiern veranstaltet sowie 265 Ausstellungen, hauptsächlich von Schülerarbeiten. Insgesamt haben die Elternvereine 5485 Veranstaltungen mit rund 447 000 Teilnehmern organisiert. Ihre Widmungen für Schulzwecke betragen 294 023 Schilling.

Der Aufklärung in weiterem Sinne diente endlich auch eine andere Schöpfung Glöckels, die *Schülerherberge* der Gemeinde Wien, die sich eines von Jahr zu Jahr wachsenden Zuspruchs erfreute. Die wohlfeile Unterkunft und Verpflegung, die hier geboten wurden, die Ausarbeitung eines nach den individuellen Interessen zusammengestellten Besuchsprogramms, die Beistellung sachkundiger Führer (Freiwillige aus der Wiener Lehrerschaft) vermittelten zahllosen Kindern aus den Städten der Provinz und auch vom flachen Lande die Kenntnis der Bundeshauptstadt und ihrer Einrichtungen, für alle interessant und lehrreich, für viele – gab es doch darunter Kinder, die bei dieser Gelegenheit zum ersten Male eine Eisenbahn erblickten! – eine neue Welt. Angesichts der systematischen Hetze, die von politischen Gegnern der Wiener Gemeindeverwaltung in der Provinz betrieben wurde, war diese Aufklärungsarbeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Aber die Schülerherberge gewährte, über ihre eigentliche Bestimmung hinaus, auch Erwachsenen Unterkunft, sofern sie nur nach Wien kamen, um zu »lernen«, und so haben auch zahllose Gruppen von Lehrern und Lehrerstudenten aus aller Welt ihre Gastfreundschaft genossen. So konnte die Wiener Schulreform ihren Wirkungsbereich über die Grenzen der Republik Österreich hinaus erstrecken. In dem Krisenjahre 1931/32 kamen 2464 Schüler aus dem Ausland (im Jahre vorher noch 5187) und 5189 aus der Provinz; insgesamt hatten in den letzten zehn Jahren ihres Bestandes in der Herberge 2739 Gruppen mit 62 813 Teilnehmern an 174 773 Verpflegungstagen gastliche Aufnahme gefunden.

Ein besonderes Problem, von Glöckel in seiner vollen Wichtigkeit erkannt, bildete die *Lehrerschaft* in der Schulreform. Da, wie bereits erwähnt, die sinkende Schülerzahl die Anstellung neuer, für die neuen Aufgaben eigens geschulter Lehrer für absehbare Zeit ausschloß, kam der Fortbildung der im Amte stehenden doppelte Bedeutung zu. Die Bereitschaft hierzu war – nicht zuletzt dank Glöckels unermüdlicher Werbekraft – in reichlichem Maße vorhanden. Es kam also alles darauf an, daß die entsprechenden Einrichtungen geschaffen, die notwendigen Mittel bereitgestellt würden. Die freiwilligen Arbeitsgemeinschaften, gegliedert und im Bedarfsfalle zusammengefaßt nach Schultypen, Klassen, Lehrfächern, Fachgruppen, erfuhren jede Förderung. Die einmal jährlich abgehaltenen Bezirkslehrerkonferenzen (Wien ist in 13 Inspektions-

bezirke eingeteilt), zuvor eine eilig abgehaspelte lästige Formalität, wurden nunmehr zu ernsthaften pädagogischen Beratungen, denen jeweils ein bestimmtes Thema (zum Beispiel die methodische Gestaltung eines bestimmten Unterrichtsfaches im Sinne der neuen Lehrpläne, die Aufteilung der Lehrstoffe auf die einzelnen Schulstufen, die Beurteilung der Schülerleistungen, die Organisation der Gemeinschaftsarbeit, Volks- und Hauptschule in ihrem gegenseitigen Verhältnis, Ergebnisse der charakterologischen Forschung und ihre Verwertung in der Praxis usw.) gestellt war. Da diese schon Monate vorher bekanntgegeben wurden, um in den von der Lehrerschaft gewählten »Ständigen Ausschüssen« eingehend durchberaten und zu Leitsätzen formuliert zu werden, befruchteten diese Konferenzen schon im voraus die Arbeit des ganzen Jahres. Da mit der Durchführung des Versuchslehrplans an sämtlichen Volksschulen Österreichs das Studium der Schulreform keineswegs abgeschlossen war – nach Glöckels Überzeugung kann eine Schulreform niemals »beendet« sein –, setzte die Lehrerschaft der Wiener *Versuchsklassen* unter der speziellen Leitung zweier Inspektoren ihre Tätigkeit fort. Der im Druck erschienene ausführliche Bericht der Versuchsklassenlehrerschaft über die Reform der Schulerziehung gibt ein anschauliches Bild von der umfangreichen pädagogischen Reformarbeit, die hier geleistet wurde; sie umfaßte so ziemlich alle Fragen der unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen überhaupt möglichen Unterrichts- und Erziehungsreform im Sinne der Arbeits- und Gemeinschaftsidee. Der Mittelpunkt der Lehrerfortbildung neben der schon erwähnten Zentralbibliothek war das neugeschaffene *Pädagogische Institut* der Stadt Wien, dessen mustergültige Einrichtungen (man denke nur an das unter Leitung Dr. Karl *Bühlers* und seiner Gattin stehende »Psychologische Institut«, dessen Arbeiten durch die ganze Welt gingen) der Lehrerschaft unentgeltlich zur Verfügung standen, fand reichen Zuspruch. So besuchten im Winterhalbjahr 1931/32 nicht weniger als 2797 Hörer die Vorlesungen und Übungen, in einer Zeit harter Wirtschaftskrise, ein ehrendes Zeugnis für den Berufseifer der Wiener Lehrerschaft und ihr Bemühen, den neuen Aufgaben gerecht zu werden.

Daneben war der Blick Glöckels aber auch auf die Zukunft gerichtet. Wiederholt urgierte er namens der Sozialdemokratischen Partei im Parlamente die gesetzliche *Neugestaltung der Lehrerbildung* und brachte zweimal selbst einen eingehend formulierten Gesetzesantrag ein. Auch der Stadtschulrat drängte in wiederholten Eingaben das Unterrichtsministerium zur Lösung dieser Frage und übte Kritik an gewissen – übrigens auch niemals ernstlich in Angriff genommenen – Versuchen, durch halbe Maßnahmen einer wirklichen Reform auszuweichen. Daß es in dieser Frage so gar nicht vorwärts ging, hatte seinen

Grund hauptsächlich in dem Bestreben der klerikalen Unterrichtsverwaltung, nichts zu verfügen, was der außerhalb Wiens dominierenden Stellung der klösterlichen Privatlehrerbildungsanstalten Abbruch tun konnte. Als der Zeitpunkt heranrückte, wo voraussichtlich die Lehrerreserve aufgebraucht und Neuanstellungen wieder möglich sein würden, entschloß sich die Stadt Wien angesichts des Zögerns der Regierung zu einer Tat der Selbsthilfe: am Pädagogischen Institut, das bis dahin nur der Fortbildung gewidmet war, wurden zwei-jährige *hochschulmäßige Lehrerausbildungskurse* eingerichtet, in die sowohl Abgänger der alten Lehrerbildungsanstalten als auch absolvierte Mittelschüler aufgenommen wurden. Durch besondere Veranstaltungen wurden die Unterschiede in der Vorbildung der beiden Hörerkategorien ausgeglichen; die theoretische und praktische Berufsausbildung fand an dem mit einer Musterschule verbundenen Institut selbst statt, das fachliche Wissen wurde durch Besuch von Universitätsvorlesungen erworben. Abgesehen von der durch die Konstruktion des Notbehelfs für die Übergangszeit unvermeidlich gewordenen Überbürdung, waren die Einrichtungen überaus glücklich getroffen, was sich auch darin äußerte, daß Jahr für Jahr neben anderen Ausländern auch Hörer der neugegründeten reichsdeutschen Pädagogischen Institute nach Wien kamen, um ein oder zwei Semester hier zu verbringen. Die Junglehrer, die aus dieser Schule hervorgingen – bis zum Jahre 1933 waren es etwa 200 –, haben die in sie gesetzten Erwartungen vollauf gerechtfertigt.

Die allerentscheidendste Rolle als Schrittmacher der Schulreform hatte der Stadtschulrat jedoch in der Frage der *Einheitsschule* zu spielen, ja ohne ihn wäre es hier zu praktischer Arbeit wohl überhaupt nie gekommen. Bei Glöckels Abgang vom Unterrichtsministerium lagen (vgl. oben S. 94) nur die »Leitsätze« der Reformabteilung vor, in denen der Plan einer allgemeinen Pflichtmittelschule für alle Elf- bis Vierzehnjährigen in großen Umrissen festgelegt war. Einer sofortigen generellen Verwirklichung standen zwei zur Zeit unüberwindliche Hindernisse entgegen, ein formales und ein sachliches. Das formale lag in der Bestimmung der Verfassung von 1920, daß Änderungen auf dem Gebiet der Schulgesetzgebung nur durch »Verfassungsgesetze«, also mit Zweidrittelmehrheit des Nationalrates, oder aber durch gleichlautende Gesetze des Nationalrates und aller neun Landtage vollzogen werden dürften, das heißt also praktisch nur im Einverständnis aller Parteien; durch diese Bestimmung hatten sich sowohl die Sozialdemokraten als die bürgerlichen Parteien vor Überumpelungen gesichert. Natürlich war bei dem gegebenen politischen Kräfteverhältnis an eine solche Übereinstimmung in der Frage der Änderung des Schulaufbaus nicht zu denken. Das objektive Hindernis aber lag in der tatsäch-

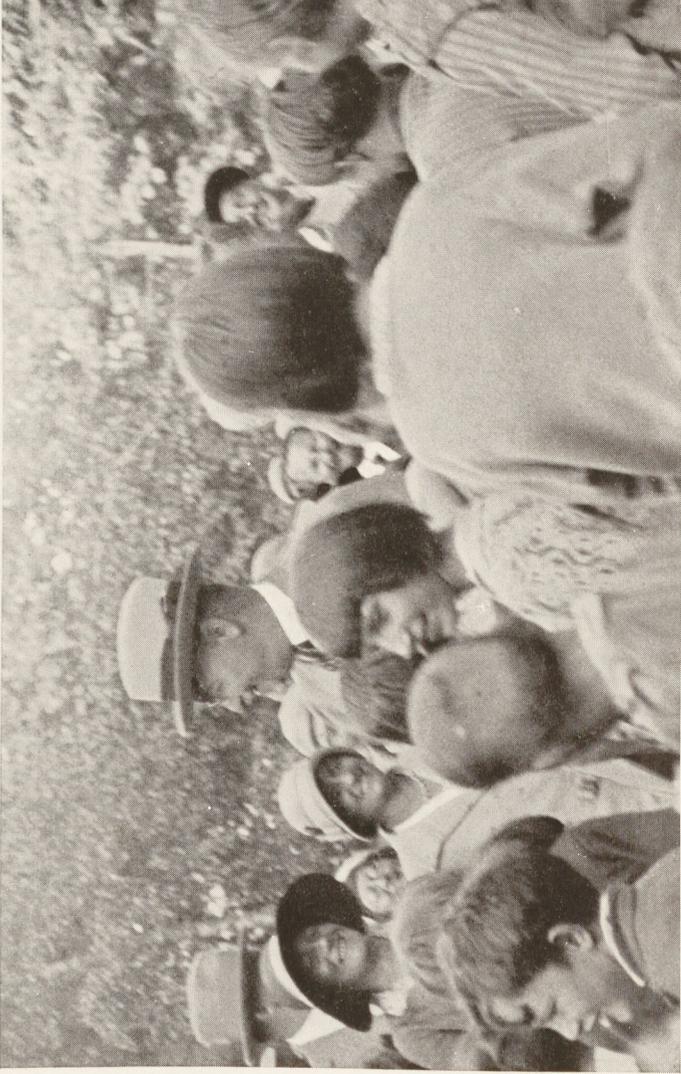
lichen Schwierigkeit des Fragenkomplexes, in der Neuartigkeit der vorgeschlagenen Lösung, die es den Anhängern des Bestehenden ermöglichte, Zweifel gegen die Durchführbarkeit geltend zu machen, die, mochten sie nun ehrlich oder heuchlerisch übertrieben sein, jedenfalls durch bloßes Diskutieren nicht überwunden werden konnten. Insbesondere die Befürchtung, daß durch die Verallgemeinerung der Untermittelschule das Bildungsniveau gedrückt und letzten Endes die Vorbereitung für das Hochschulstudium gefährdet werden könnte, ließ sich nicht anders als durch die Tat widerlegen.

Die willkommene Handhabe hierzu boten die Beschlüsse der »Arbeitsausschüsse« der Lehrerkammern für Volksschulen und für Mittelschulen, die sich – der erstere spontan, der letztere unter dem moralischen Druck der Reformpropaganda – dafür aussprachen, mit der »*Allgemeinen Mittelschule*« zunächst einen *Versuch* auf möglichst breiter Basis zu unternehmen. Als Unterlage sollte der Lehrplanentwurf dienen, den die Reformabteilung des Unterrichtsministeriums, zunächst noch ziemlich unbehindert in Glöckels Geist weiterarbeitend, im Frühjahr 1922 veröffentlicht hatte. In seiner ersten Vollversammlung am 1. Juni 1922 beschloß der Wiener Stadtschulrat einstimmig – so stark war damals noch der erwähnte moralische Druck! –, an die Gemeinde Wien als Schulerhalter und an das Unterrichtsministerium als Aufsichtsbehörde mit dem Antrag heranzutreten, daß in Wien mit einem solchen Versuch begonnen werden möge. Tatsächlich konnten, nachdem Glöckel in schwierigen Verhandlungen mit dem Ministerium alle Einzelheiten vereinbart hatte, im September an sechs Wiener Bürgerschulen (drei für Knaben und drei für Mädchen) je vier erste Klassen nach dem Lehrplan der Allgemeinen Mittelschule eröffnet werden. Der schwierigste Punkt, den es zu regeln galt, war die Lehrerfrage. Die Schule der Zukunft hätte auch den Zukunftslehrer erfordert, den wissenschaftlich und pädagogisch gleich gründlich geschulten »Fachlehrer« neuen Stils, den es zur Zeit noch nicht gab. So griff man zu dem realpolitischen Notbehelf, die beiden Lehrerkategorien, die bisher mit der Ausbildung dieser Altersstufe befaßt waren, die seminaristisch gebildeten Bürgerschullehrer und die akademisch gebildeten Mittelschullehrer, zu gemeinsamem Werk heranzuziehen. Es war zweifellos ein Wagnis, Lehrer verschiedener Vorbildung, verschiedenem Dienstrecht unterstehend (einerseits Gemeinde-, andererseits Bundesangestellte!), von verschiedenen Schulen mit verschiedener Tradition herkommend, durch »standespolitische« Rivalitäten einander überdies noch künstlich entfremdet, vor einen Karren spannen zu wollen. Dazu kam noch, daß aus verschiedenen Gründen, vor allem dienstrechtlicher Natur, diese anorganisch gemischten Lehrkörper der Versuchsschulen auch noch einer Doppelleitung durch einen Bürgerschuldirektor

und einen Leiter aus dem Stande der Mittelschullehrer unterstellt werden mußten – Schwierigkeiten, aus denen allein schon die Gegner das unvermeidliche Scheitern des Versuchs voraussagen zu können glaubten. Wenn solche Hoffnungen dennoch nicht in Erfüllung gingen, so war dies vor allem der Einsicht und dem Takte der beteiligten Lehrer zuzuschreiben, die sich freiwillig und aus Interesse an der Reform für diese Aufgabe gemeldet hatten, nicht zuletzt aber auch der nimmermüden Wachsamkeit Glöckels, der auf den ersten Anruf stets bereit war, jede etwa auftauchende Schwierigkeit vorurteilslos zu prüfen und mit sanfter Hand zu glätten.

Die Schwierigkeiten des Versuchs waren, auch abgesehen von der Lehrerfrage, groß genug. Um seine Reinheit zu bewahren, wurden für die Versuchsschulen eigene Schulsprengel abgegrenzt, aus denen *alle* Kinder ohne Unterschied der Leistungsfähigkeit aufgenommen wurden; nur so konnte ja das Funktionieren der Einteilung in »Klassenzüge« (oben S. 93) erprobt werden. Dem Lehrplan entsprechend, mußte ferner der Grundsatz des Arbeitsunterrichtes in allen Gegenständen durchgeführt werden, was ein völliges Abweichen von der Tradition sowohl der Mittelschule als der Bürgerschule erforderte. Die kühnste Abweichung vom Aufbau der Untermittelschule lag jedoch darin, daß der fremdsprachliche Unterricht nicht im ersten Schuljahre, sondern erst in der dritten Klasse einsetzte und sich das schwierige Ziel stellte, dank einer verbesserten Methodik und einem sorgfältig gesieberten Schülermaterial im Endeffolg mit dem vierjährigen Sprachunterricht der alten Untermittelschule zu konkurrieren. Namentlich für den Lateinunterricht bedeutete dies eine wahre Revolution, die auch in der Gestalt des neuen Lehrbuchs (Gaßner, Austria Romana) sinnfällig zum Ausdruck kam. Die durch diese Zurückdrängung der Fremdsprachen gewonnene Zeit kam der Ausbildung in der Muttersprache, in den Naturwissenschaften, den künstlerisch-technischen Fächern (Handarbeit wurde obligat!) und den körperlichen Übungen zugute, die einseitig intellektualistische, dabei noch im wesentlichen auf das sprachliche Gebiet eingeeengte Schulung sollte einer harmonischen Ausbildung des ganzen Menschen weichen.

Mit inniger Freude begleitete Glöckel die Fortschritte der Versuchsarbeit. So oft er nur Zeit fand, besuchte er den Unterricht und die Schulveranstaltungen, insbesondere auch die Beratungen der Sonderarbeitsgemeinschaften, in denen sich die Versuchslehrer zusammenfanden, um ihre Erfahrungen auszutauschen und das weitere Vorgehen zu besprechen. Es war ein Fest besonderer Art, zu dem nach Abschluß des ersten vierjährigen Zyklus im Sommer 1926 Glöckel die Eltern und die Vertreter der Behörden einladen konnte: in sämtlichen Sälen des Konzerthauses zeigten die sechs Versuchsschulen, soweit dies



Otto Glöckel spricht zu den Freiluftschülern auf dem Uetliberg, 27. August 1951



im Rahmen solcher Aufführungen möglich ist, die Höhe der erreichten körperlichen, künstlerischen und geistigen Schulung. Es waren Kollektivleistungen, die hier geboten wurden, ob es sich nun um rhythmisch-gymnastische Vorführungen oder selbstverfaßte dramatische Szenen in deutscher, französischer und lateinischer Sprache handelte, es waren Leistungen blutarmer Proletarierkinder, die unter »normalen« Umständen nie im entferntesten daran hätten denken können, sich mit derartigen Gegenständen zu befassen. Die Erfolge des schulorganisatorischen Versuches lagen hier sinnfällig vor Augen. Es war eine Grundlage geschaffen, auf der man beruhigt weiterbauen konnte.

Der Förderung des Einheitsschulgedankens dienten auch die mannigfachen Bemühungen um Reformen im Bereich der *alten Mittelschulen*. Hier galt es zunächst, den harten, dem Gedeihen fortschrittlicher Unterrichtsmethoden wenig günstigen Boden aufzulockern. Den Bestrebungen des Stadtschulrates kam es zustatten, daß die konservativen Mittelschullehrer dem Projekt einer Umgestaltung des äußeren Schulaufbaus das Schlagwort der »inneren« Reform entgegengesetzt hatten, in der Hoffnung, so den Neuerungen auf dem Gebiete der Mittelschule überhaupt ausweichen zu können. Glöckel aber nahm sie beim Wort, und gestützt auf die Pionierarbeit einer reformfreundlichen Minderheit gelang es, den Methoden des Arbeitsunterrichtes allmählich auch hier Eingang zu verschaffen. Insbesondere dank dem Umstande, daß eine ständig wachsende Zahl von Mittelschullehrern nebenbei auch an dem Versuch mit der Allgemeinen Mittelschule mitwirkte, war es möglich, auch die alte Höhere Schule mit neuem Geist zu infiltrieren. In diesem Sinne bemühten sich der Stadtschulrat und Glöckel persönlich unter anderem auch unablässig um die Förderung der »*Schulgemeinden*«, welche die oft auf recht schwachen Füßen stehende autoritäre Schuldisziplin durch demokratische Selbstverwaltung und Selbstverantwortlichkeit der heranreifenden Jugend ersetzen wollten. Der wichtigste Fortschritt jedoch lag darin, daß eine stetig wachsende Zahl von Wiener Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen ihre Unterstufen auf den – ursprünglich nur für die Bundeserziehungsanstalten konstruierten – Einheitstyp der »*Deutschen Mittelschule*« umstellte, deren Lehrplan in der Anordnung und Auswahl des Lehrstoffes sowie in der Methodik sich fast völlig mit dem der Allgemeinen Mittelschule deckte, nur daß diese Pflichtschule war, während die Deutsche Mittelschule den Charakter einer Wahlschule (»Auslese«-Schule) beibehielt. So wurde der Boden für eine künftige Vereinheitlichung aller Schulen dieser Altersstufe vorbereitet. Überdies hatte dieser Umbau der Mittelschulunterstufe zwangsläufig auch eine Modernisierung der Obermittelschule zur Folge, die von der Reformabteilung ausgearbeiteten Typen der »*Allgemeinbildenden Ober-*

*schulen*« mußten hier zur Erprobung gelangen. Der Grundgedanke ihrer Organisation war der Bruch mit der einerseits zur Überbürdung, andererseits zur Verflachung führenden Utopie einer »enzyklopädischen« Bildung, der Aufbau auf dem Prinzip der »spezifischen« Allgemeinbildung, die – je nach Begabung, Neigung und Berufsabsichten – ein bestimmtes Zentralarbeitsgebiet stark hervorhebt und von ihm aus einen Bildungsumblick zu gewinnen sucht; demgemäß wurden vier Typen – eine Altsprachliche, eine Neusprachliche, eine Mathematisch-naturwissenschaftliche und eine Deutsche Oberschule – aufgestellt, die einen erheblichen pädagogischen Fortschritt bedeuteten, wenn auch infolge des Widerstandes der reaktionären Hochschullehrer, die in der Berechtigungsfrage Schwierigkeiten machten, der ursprüngliche konstruktive Gedanke nicht in der erwünschten Reinheit zum Ausdruck kommen konnte. Glöckel mußte im Parlament und in Verhandlungen mit dem Unterrichtsministerium wiederholt nachhelfen, um wenigstens diesen Teilerfolg zu ermöglichen.

Schließlich arbeitete der Stadtschulrat auch an einer Reformierung und Pädagogisierung des Fachschulwesens. In den Handelsschulen wurde der Gedanke eines »Gesamtunterrichtes« in den kommerziellen Fächern mit Erfolg propagiert. Große Fortschritte wurden auf dem Gebiet der obligaten gewerblichen *Fortbildungsschule* erzielt, wo die Gemeinde Wien einen starken Einfluß geltend machen konnte; hier war die Errichtung eines großen Zentralschulgebäudes für die Holzverarbeitenden Gewerbe ein weithin sichtbarer Ausdruck des Aufschwungs. Sogar auf die in ihrer Mannigfaltigkeit kaum übersehbare Masse der völlig privaten Berufs- und Spezialschulen für Erwachsene suchte der Stadtschulrat einzuwirken, um auch hier wenigstens den primitivsten pädagogischen Grundsätzen Anerkennung zu verschaffen.

Das vielseitige Wirken des Stadtschulrates spiegelt sich in den »*Tätigkeitsberichten*«, die Glöckel seit dem Schuljahre 1924/24 alljährlich dem Stadtschulrat gedruckt vorlegte. Sie übten – und das war auch ihr Zweck – in der unwiderlegbaren Sprache der Tatsachen und Ziffern eine starke propagandistische Wirkung aus, zum großen Mißvergnügen der christlichsozialen Opposition. Besonders peinlich waren ihr, begreiflicherweise, die im Anhang veröffentlichten Auszüge aus der ausländischen Fachliteratur, die zeigten, daß die von ihr in Grund und Boden kritisierte Schulreform in steigendem Maße Aufmerksamkeit und Anerkennung sachkundiger Beurteiler in der ganzen Welt zu erringen vermochte.

## SIEGREICHE ABWEHR

Volle sieben Jahre hindurch hatte sich Glöckel, zuerst im Unterrichtsministerium und dann im Wiener Stadtschulrat, der Grundlegung und dem weiteren Ausbau des Reformwerkes widmen können; es waren – wenn es auch ständig Angriffe politischer Gegner abzuwehren gab – im wesentlichen doch Jahre fruchtbarer positiver Arbeit. Vom Frühjahr 1926 angefangen aber trat die Notwendigkeit, für die Erhaltung und Sicherung des Errungenen zu sorgen, gebieterisch in den Vordergrund, ein Kampf um Sein und Nichtsein der gesamten Schulreform begann. Drei große Abwehrschlachten hat Glöckel in den folgenden Jahren schlagen müssen: 1926 um den Volksschullehrplan, 1927 um die definitiven Schulgesetze, 1929 um die Regelung der Schulfragen im Rahmen der Verfassungsreform. Es war ein aufregendes, erbittertes, wechselvolles Ringen, das jedoch jedesmal zu einem Ergebnis führte, mit dem man unter den obwaltenden Umständen sehr wohl zufrieden sein durfte.

### *a) Die Krise des Jahres 1926*

Seit dem Herbst 1920 war Österreich ununterbrochen von einer bürgerlichen Mehrheit regiert worden, innerhalb deren sich die angeblich »freiheitlich« gesinnten Großdeutschen widerspruchslos der klerikalen Führung unterordneten. Die sozialdemokratische Opposition – zwei Fünftel des gesamten Nationalrates – war zwar stark genug, ernstere Anschläge auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse abzuwehren, was aber nicht aus der Welt geschafft werden konnte, war die Tatsache, daß die ununterbrochene Machtausübung an sich zu einer Vergrößerung dieser Macht führen mußte, insbesondere dadurch, daß aus dem staatlichen Gewaltapparat – Militär, Gendarmerie, Polizei – durch unablässigen Druck und zielbewußte Ergänzung allmählich ein auch für den bürgerlichen Klassenkampf verwendbares Instrument wurde. Gleichzeitig wurde unter der von Bundeskanzler Dr. *Seipel* ausgegebenen Parole des »Antimarxismus« das Bürgertum zum Entscheidungskampf gegen die Arbeiterklasse gesammelt. Im vollen Gegensatz zu dieser Entwicklung der innerpolitischen Lage hatte sich die in den Jahren 1919 und 1920 inaugurierte Schulreform dank der Schwungkraft der ihr innewohnenden Idee und dem Eigengewicht der in jenen ersten Jahren vollzogenen Tatsachen dennoch in der oben geschilderten Weise weiter entfalten können, ein Widerspruch, der früher oder später zu einer Krise führen mußte. Im Jahre 1926 nun waren – aus verschiedenen Gründen – die Dinge zur Entscheidung reif geworden.

In der Frage des neuen *Volksschullehrplans*, dessen »Probezeit« seit 1920 immer wieder erstreckt worden war, mußte endlich ein Definitivum geschaffen werden ; an dieser Sache war das ganze Land interessiert. Überdies aber war von Wien aus die Umgestaltung im Sinne der Einheitsschule ins Rollen gebracht worden, und hier war für das Schuljahr 1926/27 neuerlich ein entscheidender Vorstoß geplant : die Zahl der Bundesmittelschulen, deren Unterstufe nach dem Einheitslehrplan der »*Deutschen Mittelschule*« geführt wurde, sollte eine solche Vermehrung erfahren, daß für alle Wiener Kinder eine Mittelschule des neuen Typs in erreichbarer Nähe vorhanden gewesen wäre ; außerdem aber plante die Gemeinde Wien, gestützt auf das günstige Ergebnis der ersten Versuchsperiode, die Zahl der *Allgemeinen Mittelschulen* auf das Dreifache (von 6 auf 18) zu vermehren, so daß der »Versuch« nach Ablauf weiterer vier Jahre 288 Klassen mit rund 10 000 Schülern und Schülerinnen umfaßt haben würde. Es war klar, daß auf diesem Wege ein geschlossener Block von Reformanstalten entstanden wäre, über den man unter keinen Umständen mehr hätte hinweggehen können. Deshalb war an diesem Punkte ein ernster Widerstand der Reaktion zu erwarten.

Glöckels Aufgabe war es, in Verhandlungen mit dem Unterrichtsministerium die Wünsche der Wiener Schulverwaltung zu vertreten. Sein Verhandlungspartner war dort seit mehreren Jahren der Unterrichtsminister Dr. *Schneider*, ein Mittelschulprofessor aus Vorarlberg, ein waschechter Klerikaler, aber klug genug, um nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen zu wollen, und nur darauf bedacht, durch zähen Widerstand das Tempo der wohl auch von ihm als unvermeidlich angesehenen Reform zu verlangsamen. Diese seine Taktik hatte in zunehmendem Maße die Unzufriedenheit des extrem klerikalen Flügels der Christlichsozialen Partei hervorgerufen, was seine Lage außerordentlich erschwerte. Die Schwäche seiner Stellung und die Zerfahrenheit im Lager der Regierung brachten es mit sich, daß die Krise einen überaus dramatischen Verlauf nahm. Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, alle die zuweilen an das Unglaubliche grenzenden Zwischenfälle zu schildern<sup>16</sup>, aber auch ein dürres Kalendarium der Ereignisse vermag eine Vorstellung davon zu geben, was Glöckel in jenen Tagen zu leisten hatte.

Glöckel, der am 30. Mai eine seit langer Zeit vereinbarte Dienstreise nach Paris antreten soll, erreicht, sozusagen in letzter Stunde, am 29. Mai eine Vereinbarung mit dem Unterrichtsminister über die schwebenden Mittelschulfragen : mit Beginn des Schuljahres sollen die ersten Klassen aller Wiener Mittelschulen mit Ausnahme der Humanistischen Gymnasien nach dem Typ der

<sup>16</sup> Vergleiche die ausführliche Darstellung bei H. Fischl, a. a. O., Seite 181 ff.

Deutschen Mittelschule geführt werden ; die geplante Ausdehnung des Versuchs mit der Allgemeinen Mittelschule wird gleichfalls genehmigt. Eine amtliche Veröffentlichung des Stadtschulrates vom 31. Mai informiert das Publikum über diese Veränderungen im Wiener Schulwesen. Sturm der Klerikalen gegen Schneider, der sich nicht zu helfen weiß ; er greift zu einem verzweifelten Ausweg :

1. Juni. Ablehnung der Vereinbarung durch ein Communiqué des Unterrichtsministers. Die klerikale »Reichspost« veröffentlicht es unter dem Titel : »Präsident Glöckel treibt groben Unfug.«

5. Mai. Eine neue Überraschung : das an diesem Tage ausgegebene Verordnungsblatt des Unterrichtsministeriums enthält einen neuen Volksschullehrplan, der – neben gewissen klerikalen Verbrämungen – vor allem durch Drosselung des Gesamtunterrichtes und der Arbeitsmethode einen empfindlichen Rückschritt bringt. Diese Verordnung, in aller Heimlichkeit ausgearbeitet, trägt das Datum vom 19. Mai ; trotzdem hatte der Minister in den letzten Verhandlungen mit Glöckel diesen Gegenstand mit keinem Worte berührt – eine unglaubliche Illoyalität, vielleicht daraus zu erklären, daß er noch immer hoffte, seine Leute zum Verzicht auf diesen Gewaltstreich bewegen zu können. Sturm in der Öffentlichkeit und formaler Protest des Wiener Bürgermeisters *Seitz*.

Das war jedoch noch lange nicht alles, was die klerikalen Exaltados damals planten. Wie man später durch Indiskretionen aus ihrem Lager erfuhr, hatten sie dem Minister überdies das Versprechen abgerungen, an einem im voraus bestimmten Tag – dem 7. Juni – durch Oktroi einer Mittelschulordnung allen Versuchen auf dem Gebiete der Höheren Schule mit einem Schläge ein Ende zu setzen ; es war dies eine Frivolität sondergleichen, wenn man bedenkt, daß für eine solche Neuordnung noch keinerlei, nicht einmal geheime, Vorbereitungen vorhanden waren. Nur der durch den Volksschullehrplan ausgelöste Entrüstungssturm und die unerwartete Rückkehr Glöckels verhinderten im letzten Augenblick die Ausführung dieses Streiches.

9. Juni. Neuerliche Vereinbarung Glöckels mit dem Unterrichtsminister, diesmal auf sein Verlangen von den maßgebenden Funktionären der Christlich-sozialen, dem Wiener Parteiboss und dem Reichsparteisekretär, mit unterzeichnet. Die Abmachungen in der Mittelschulfrage werden im wesentlichen bestätigt, bezüglich des Volksschullehrplans wird ein Ausweg gefunden, um den unvermeidlichen Rückzug des Ministeriums weniger blamabel erscheinen zu lassen : in Wien und in den größeren Städten soll der Reformlehrplan uneingeschränkt gelten, in den Landgebieten der verwässerte Lehrplan Schneiders. Am Abend des 11. Juni gibt Glöckel in einer Massenversammlung der »Freien

Schule«, die noch zum Protest gegen den ministeriellen Handstreich einberufen worden war, unter stürmischem Jubel dieses Ergebnis bekannt.

12. Juni. Verstärkte Revolte der Klerikalen unter Führung der »Reichspost« gegen den »ungeheuerlichen Rückzug« des Ministers.

13. Juni (Sonntag). In den Kirchen wird zu einem »Sturm der christlichen Eltern« aufgefordert. Der christlichsoziale Abgeordnete *Schmitz* greift in einer aufsehenerregenden Rede den Minister seiner eigenen Partei an; dieser Dolchstoß in den Rücken ist zugleich die Anmeldung seiner eigenen Kandidatur für den Ministerposten.

14. Juni. Der christlichsoziale Bundeskanzler Dr. *Ramek*, soeben aus Genf zurückgekehrt, erklärt sich »außerstande, dem Plane seine Zustimmung zu geben« – da der »Plan« eine fertige Abmachung war, die seiner Zustimmung in keiner Weise bedurfte, ein neuer eklatanter Wortbruch der Regierung.

15. Juni. Minister *Schneider*, auf der Heimfahrt von Köln, wo er die österreichische Regierung offiziell vertreten hat, begriffen, erfährt aus einer auf dem Bahnhof in Linz gekauften Zeitung, daß er »demissioniert« habe! Der Parteiohmann der Christlichsozialen, *Kunschak*, der sich durch seine Unterschrift auf dem Pakt weiterhin gebunden fühlt, tritt zurück. Die »Reichspost« triumphiert: »Und geht der Minister, der Lehrplan muß bleiben!« Es kommt jedoch anders.

Nummehr fühlen sich natürlich auch die Sozialdemokraten durch das Kompromiß nicht mehr gebunden und verlangen in der Frage des Volksschullehrplans eine reinlichere Lösung. Am 17. Juni erklären sie im Parlament, daß geordnete Verhandlungen unmöglich seien, solange nicht durch eine sichtbare Wiedergutmachung des Wortbruchs der Regierung die Geltung von Treu und Glauben im öffentlichen Leben wiederhergestellt sei. Am 18. Juni unterstreicht ein nach Hunderttausenden zählender Aufmarsch der Arbeiter auf der Ringstraße den Ernst dieser Forderung. Die Demonstration galt zwar neben der Schulfrage auch der dringlich gewordenen Verlängerung des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung, aber alle Beobachtungen stimmen darin überein, daß das ideelle Begehren, die bedrohte Schulreform zu verteidigen, die Massen noch stärker erregt hat als die drückende materielle Not. Diese einzigartige Erscheinung einer durch die Sorge »um einen Lehrplan« ausgelösten Massenbewegung konnte Glöckel mit berechtigtem Stolze als weithin sichtbaren Erfolg seiner Aufklärungsarbeit buchen.

Jetzt müssen auch die Regierungsparteien einlenken. Am 25. Juni wählen sie den steirischen Landeshauptmann Dr. *Rintelen*, einen gewiegten Verhandlungstaktiker, zum Unterrichtsminister. Die Sozialdemokraten weigern sich jedoch, in Verhandlungen einzutreten, bevor nicht das Schneidersche Machwerk formell

außer Kraft gesetzt ist. Nach langem Sträuben wird diese Forderung am 17. Juli erfüllt, die Verhandlungen können beginnen. Eine Kommission von Pädagogen als Vertrauensmänner aller politischen Parteien arbeitet denn auch in wenigen Tagen den Text eines definitiven Volksschullehrplans aus, der mit Verordnung vom 30. Juli endgültig und für das ganze Bundesgebiet in Kraft gesetzt wird. Er ist ein voller moralischer und materieller Sieg der Reform; auch der wichtige Grundsatz des Gesamtunterrichtes bleibt aufrecht, das einzige Zugeständnis besteht darin, daß sich schon im Laufe des vierten Schuljahres ein allmählicher Übergang zur Zerfächerung in Unterrichtsgegenstände vollziehen soll. Auch die Vereinbarung über die Mittelschule bleibt im wesentlichen bestehen, jedoch erklären alle Parteien ihren festen Willen, im Laufe des kommenden Schuljahres zu einer definitiven gesetzlichen Regelung des Schulaufbaus zu gelangen: die Labilität der Versuchsperiode soll durch einen stabilen Dauerzustand abgelöst werden. Natürlich dachten die reaktionären Parteien dabei an eine mehr oder weniger vollständige Liquidierung des gesamten Reformwerks, und so stand nach den Wirrnissen des Sommers 1926 neuerlich ein Jahr schwerer, diesmal auf lange Zeit entscheidende Schulkämpfe in Aussicht.

#### b) *Der Kampf um die definitiven Schulgesetze 1927*

Es war schon ein Sturmzeichen, als im Oktober nach dem Rücktritt des nachgerade doch unmöglich gewordenen Ministeriums Ramek der neue Bundeskanzler Dr. *Seipel* das Unterrichtsressort gerade dem unversöhnlichen klerikalen Kampfhahn *Schmitz* anvertraute. Seine Aufgabe war es offenbar, in Schulsachen eine Politik der »starken Hand« zu betreiben, und so gab es denn auch vom Tage seines Amtsantritts an eine ununterbrochene Kette von Konflikten zwischen Stadtschulrat und Unterrichtsministerium. Glöckels immer wieder bewährte Kunst, im persönlichen Kontakt mit dem politischen Gegner den augenblicklichen Streitgegenstand zu begrenzen, die Atmosphäre zu entgiften und einen für beide Teile annehmbaren Ausweg zu finden, hier mußte sie versagen, da seine lebenswürdige Humanität, wohl infolge eines persönlichen Defektes, auf der anderen Seite keine Resonanz zu finden schien. Schmitz wollte den Kampf, den er durch einen »Siegfrieden« zu beenden gedachte.

Am Tage vor Weihnachten übergab er den Vertretern der Presse seine »*Richtlinien* zur gesetzlichen Regelung der Mittelschule und Bürgerschule«; die Wahl des Zeitpunktes war durch die Erwartung bestimmt, daß so die Weihnachtsnummer der Tagesblätter ausschließlich *seinen* Standpunkt in dieser Frage würde darlegen können. Die Absicht der Überrumpelung war um so deut-

licher, als er erst tags zuvor im Parlament bei der Beratung des Unterrichtsbudgets in einer großen Rede alle schwebenden Fragen seines Ressorts behandelt hatte, ohne jedoch diesen Plan auch nur mit einem Worte zu erwähnen. Die Veröffentlichung der »Richtlinien« begleitete er mit der Erklärung, er wolle die Meinung der Öffentlichkeit »auf breitester demokratischer Grundlage« einholen; Schulbehörden, Lehrervereine, Fachzeitschriften, berufene Einzelpersonen im In- und Auslande sollten um ihr Gutachten ersucht werden. Auf Grund dieser Gutachten würde dann der Gesetzentwurf ausgearbeitet werden. Die Ausrichtigkeit dieser Ankündigung wurde alsbald durch eine Verfügung illustriert, die den ehemaligen Mitarbeitern Glöckels, soweit sie dem Ministerium noch angehörten, untersagte, sich öffentlich in mündlichen oder schriftlichen Äußerungen mit den aktuellen Fragen der Reform zu befassen.

Waren schon diese Maßnahmen nicht eben ein Anzeichen innerer Stärke, so traten in den »Richtlinien« selbst die fundamentalen Gebrechen noch deutlicher zutage. Von dem Vorhandensein einer Schulreform schienen sie nur insoweit Kenntnis zu nehmen, als sie erklärten, es gelte das herrschende »Chaos« zu beseitigen. Die praktischen Versuche mit der Deutschen und der Allgemeinen Mittelschule wurden keines Wortes gewürdigt. Was Schmitz dagegen vorschlug, war auf dem Gebiete der Mittelschule ein Rückschritt hinter die letzte Vorkriegsreform von 1908 (so sollte zum Beispiel der modernste Typus, der des Reformrealgymnasiums, das sich mit einem nur vierjährigen Lateinunterricht auf der Oberstufe begnügt, beseitigt werden), auf dem Gebiete der Pflichtschule aber ein Rückfall hinter das Reichsvolksschulgesetz von 1869. Zwar sollte – dies war das einzige Zugeständnis an den Reformplan – die Bürgerschule fortan vierklassig, also parallel zur Untermittelschule, eingerichtet werden; jedoch war der Übertritt in die Mittelschule für die Bürgerschüler an die Ablegung einer fremdsprachlichen Aufnahmeprüfung und an eine halbjährige Bewährungsfrist gebunden, und diese fragwürdige Berechtigung sollte noch dazu damit erkauf werden, daß auch die Bürgerschule selbst künftig als »Ausleseschule« (mit Aufnahmeprüfung und Bewährungsfrist) geführt und neben ihr fünfte bis achte Klassen einer »Obervolksschule« als Schule für die »Minderbegabten« errichtet werden sollten. Dieser Vorschlag enthüllte ein aufreizendes Unverständnis für die Automatik der sozialen Tatsachen; Glöckel kennzeichnete ihn denn auch sofort treffend als die Absicht, »den Kindern des Proletariats, statt ihnen den Weg zur Mittelschule zu eröffnen, jetzt auch noch die Bürgerschule zu verschließen«, und kündigte den schärfsten Kampf an. Das Signal zur Abwehrbewegung der Reformfreunde gab der Wiener Stadtschulrat, dessen Vollversammlung schon am 8. Januar nach gründlicher Erörterung ein ausführliches Gutachten beschloß:

die gemeinsame Pflichtschule für alle Elf- bis Vierzehnjährigen sei als Endziel festzuhalten ; für den Augenblick sei jedenfalls die Oberstufe der Pflichtschule so zu gestalten, daß sie »jedem Kinde nach Maßgabe seiner Befähigung eine möglichst hohe Allgemeinbildung vermittelt und die hierzu Geeigneten zum unmittelbaren Übertritt in die Obermittelschule befähigt«, das heißt, die geplante vierjährige Bürgerschule müsse ebenso eingerichtet und mit den gleichen Berechtigungen ausgestattet werden wie die allgemeine Mittelschule der Wiener Versuche. Gegenüber den Schmitzschens »Richtlinien« von 1926 stellte sich also der Stadtschulrat neuerlich auf die Basis der »Leitsätze« der Reformabteilung von 1920, und unter der Devise »Hie Leitsätze!« und »Hie Richtlinien!« vollzog sich nunmehr in einem halben Jahr erbitterter Kämpfe die Scheidung der Geister.

Wer von außen her mit sachlichem Interesse den Verlauf dieser Auseinandersetzungen verfolgte, mußte erstaunt sein über die Unbändigkeit des Hasses, der sich da gegen ein doch zweifellos von idealen Absichten geleitetes Reformwerk entlud. Für die meisten der Vorwürfe, die da gegen die Schulreform erhoben wurden, wird man vergebens nach einem konkreten Anhaltspunkt suchen : sie war eben ein Werk der »Roten«, und dies genügte bei der damaligen innerpolitischen Lage Österreichs, um alle Kräfte des bürgerlichen Lagers gegen sie mobil zu machen. Eben in diesen Monaten war zudem das Parlament neu zu wählen, und Bundeskanzler Dr. Seipel bemühte sich, in einer bürgerlichen »Einheitsliste« um den Kern seiner Christlichsozialen Partei alle Gegner der Arbeiterklasse, von den »Judenliberalen« bis zu den Nationalsozialisten, zusammenzuschließen. So hatte die Schulreform die ganze Wucht der bürgerlichen Klassenfront auszuhalten, aber der Ansturm des »Antimarxismus« erfuhr in ihrem speziellen Fall noch eine besondere Verschärfung durch die Aktion der Klerikalen, die bei dieser Gelegenheit eine alte Rechnung nicht nur mit der sozialdemokratischen Schulpolitik, sondern auch mit dem altbürgerlichen Liberalismus von 1869 zu begleichen hofften, dessen entartete Nachfahren sie dank der Seipelschen Einheitsfrontpolitik jetzt gleichfalls vor ihren Karren gespannt hatten. Die absurdesten, miteinander noch dazu häufig in krassestem Widerspruch stehenden Schlagworte der klerikalen Agitationszentrale wurden auch von der »großen« Presse unbedenklich übernommen und kritiklos weitergegeben. Die Anhänger eines »aristokratischen« Bildungsideals, geführt von den Professoren der Hochschulen, die ihr Monopol auf die höhere Bildung bedroht sahen, prophezeiten als Folge einer Demokratisierung der Volksbildung eine »katastrophale Senkung des allgemeinen Bildungsniveaus« und unterschoben den Sozialdemokraten die Absicht, durch künstliche »Volksverdummung« die Chancen ihrer Partei verbessern zu wollen. Das Wesen der Einheitsschule sei

eine »öde Gleichmacherei«, gleichzeitig aber treibe man durch die weitgehende, geradezu chaotische Differenzierung der Schultypen einen übermäßigen »Kultus des Individuums«. Die Forderung, daß jedem Kind ohne Rücksicht auf die soziale und wirtschaftliche Lage seiner Eltern die seiner Befähigung entsprechende Ausbildung ermöglicht werden solle, bezeichnete man als »Aufhebung des Elternrechtes«, als »Sozialisierung der Kinder« durch den Staat. Kurzum, diese zugleich übertrieben »individualistische« und »kollektivistische« Schulreform war »nackter Bolschewismus«.

Das Bemühen Glöckels, durch Eindämmung der im Laufe der Jahrzehnte eingebürgerten klerikalen Übergriffe die Grundlagen der interkonfessionellen Schulgesetzgebung von 1869 wiederherzustellen – Freiheit für den Religionsunterricht, aber auch Freiheit des weltlichen Unterrichtes von konfessionellen Einflüssen! –, war grauenvolles Teufelswerk; im Bilde zeigte man Glöckel, wie er mit eigener Hand die Kreuze von den Wänden der Schulzimmer herabreißt. Nicht genug damit, beschuldigte man die Schulreform, durch Pflege der »Nacktkultur« (Turnen in Schwimmkleidung!) und »sexuelle Aufklärung« den »Geschlechtstrieb der Kinder planmäßig anstacheln und zur Entfaltung bringen zu wollen«. Glöckel bewahrte in seiner Sammlung die Nummer einer christlich-sozialen Wahlzeitung auf, welche diese Auswirkungen der »Glöckelschule« sogar im Bilde vorführte: fünfzehnjährige Schülerinnen wiegen auf ihren Armen als »Früchte der Schulreform« uneheliche Wickelkinder, gleichaltrige Schulknaben liegen in Spitalbetten, deren Kopftafel als Diagnose die Geschlechtskrankheiten Lues, Gonorrhoe und Ulcus molle erkennen läßt; und diese Werbeschrift des katholischen Prälaten Seipel trägt noch dazu den blasphemischen Namen »Wahrheit«. Schließlich lancierte das Unterrichtsministerium des Herrn Schmitz noch die Veröffentlichung einer Artikelserie »Aus der Porträtgalerie des Stadtschulrates« (während der Wahlbewegung als Broschüre unter dem Titel »Die Wiener Schulverderber« in Massen verbreitet), in der Glöckel und seine Mitarbeiter der Reihe nach mit verlogenen und zum Teil unflätigen Angriffen persönlicher Natur bedacht wurden. Dies waren die Methoden, deren sich unter klerikaler Führung die österreichische Bourgeoisie im Kampf gegen die Schulreform bediente. Mit Widerwillen, aber mit ungebrochenem Mute durchwatete Glöckel, der die schulpolitische Auseinandersetzung gerne auf einem höheren Niveau geführt hätte, dieses Meer von Schmutz, und der Wahltag vom 24. April 1927 gab seinem Optimismus wieder einmal recht: trotz »Einheitsliste« und skrupelloser Agitation ging die Sozialdemokratie numerisch und moralisch gestärkt aus den Wahlen hervor, und damit war auch für die Sache der Reform ein wichtiger Erfolg errungen.

Die Wirkung des Wahlausgangs zeigte sich schon in der Fassung der Regierungsvorlage über die Schulgesetze, die Minister Schmitz in der ersten Sitzung des neugewählten Nationalrates (am 15. Mai) einbrachte. Noch während der Wahlbewegung hatte er das »unbedingte« Festhalten an seinen »Richtlinien« angekündigt, und die amtliche Veröffentlichung über das Ergebnis der von ihm eingeleiteten »schriftlichen Enquete« zeigte deutlich das Bestreben, durch raffinierte »Gruppierung«, ja durch gewaltsame Umdeutung der eingelangten Gutachten, um jeden Preis eine gewaltige Mehrheit für seine reaktionären Pläne herauszukonstruieren. Jetzt kam es anders: »Die Schmitzschen Richtlinien schienen wohl anfänglich Eisenstangen, erwiesen sich aber bald als Kautschukgitter«, meinte spöttisch ein klerikaler Schulpolitiker. In der Tat kam der Gesetzentwurf über die Neugestaltung der Pflichtschuloberstufe den Wünschen der Reformer jetzt weitgehend entgegen: die projektierte Bürgerschule trug jetzt in allem und jedem – Vierklassigkeit, Teilung in Klassenzüge, Recht des unmittelbaren Übertritts in die Mittelschule – das Gepräge der Allgemeinen Mittelschule. Hier hatte also der Gedanke der Einheitsschule sich durchgesetzt, aber mit diesem Zugeständnis gedachte Schmitz die Zustimmung der Sozialdemokraten zu einer Gestaltung der Höheren Schule zu erkaufen, die an Rückschrittlichkeit zum Teil noch das Konzept der »Richtlinien« überbot. Wenn es hierbei blieb, so war das Recht des Aufstiegs aus der Pflichtschule in die Obermittelschule, das die Durchbrechung des Bildungsmonopols der besitzenden Klassen bringen sollte, völlig wertlos, denn die Bürgerschule hätte sich in Aufbau, Lehrplan und Lehrbetrieb der rückschrittlichen Form der Höheren Schule erst anpassen müssen, um diesen Übergang praktisch zu ermöglichen; ein zweifelhafter Vorteil für einzelne Kinder wäre mit einer unzweifelbaren Schädigung der Gesamtheit erkaufte worden. Bei der ersten Lesung der Schulvorlagen im Nationalrat formulierte daher Glöckel als Sprecher der Opposition unter grundsätzlichem Festhalten an dem Gedanken der Einheitsschule die Augenblicksforderung der Sozialdemokraten dahin, daß neben die vierjährige Oberstufe der Pflichtschule – für die er die Bezeichnung »Allgemeine Mittelschule« am liebsten festgehalten wissen wolle – auch eine einheitlich gestaltete Untermittelschule gestellt werde, wobei die Lehrpläne der beiden Schulgattungen einander gegenseitig so angepaßt werden müßten, daß ein reibungsloser Übergang möglich werde.

Die Vorlage wurde dem Unterrichtsausschuß zugewiesen; dieser setzte zur Einzelberatung einen Unterausschuß ein, und als auch dieser zu keiner Einigung gelangen konnte, wurden die weiteren Verhandlungen Parteibesprechungen vorbehalten, an denen neben den Schulpolitikern der Christlichsozialen und

Sozialdemokraten auch die Parteiführer selbst teilnehmen sollten. Angesichts der oben gekennzeichneten Situation drehten sich die Verhandlungen hauptsächlich um die Gestaltung der Mittelschule (die Einheitlichkeit ihrer Unterstufe, das Ausmaß des fremdsprachlichen Unterrichtes, die Erhaltung der modernen Typen mit beschränktem Lateinunterricht), da mit ihr zugleich auch über Wert und Unwert der Zugeständnisse auf dem Gebiete der Pflichtschule entschieden war; es war eigentlich ein merkwürdiges Schauspiel, daß über pädagogische Detailfragen, wie über die Anzahl der Lateinstunden in irgendeiner Mittelschulklasse, in stundenlangen Verhandlungen der Parteiobermänner leidenschaftlich gerungen wurde, aber es war ein Zeichen dafür, wie sehr es Glöckel gelungen war, die weitesten Kreise für die Fragen der Reform zu interessieren und von ihrer Bedeutung zu überzeugen. Selbstverständlich hatte er auch die Hauptlast bei allen diesen schwierigen und langwierigen Verhandlungen zu tragen.

Sie waren noch in vollem Gange, als die traurigen Ereignisse des 15. Juli wie eine Bombe hineinplatzten: durch die Kopflösigkeit der Wiener Polizei hatte eine ursprünglich trotz der erregten Stimmung ganz friedliche Demonstration gegen den Freispruch der Schattendorfer Arbeitermörder zum Brand des Justizpalastes und zu einem Blutbad geführt, dem 90 Arbeiter, Männer, Frauen und Kinder, zum Opfer fielen. Die Regierung Seipel fühlte sich als Sieger und ging sofort daran, aus dem von niemandem geplanten, von niemandem gewollten Unglück einen »roten Putsch« zu machen und ihn zur Hetze gegen die Sozialdemokratie auszuschroten – für die Fortsetzung der Schulverhandlungen keine eben günstige Atmosphäre. Wenn sie trotzdem zu einem günstigen Ergebnis führten, so war dies zunächst dem Prestigebedürfnis der Regierung zuzuschreiben, auf deren so laut proklamierte »Stärke« ein zweifelhaftes Licht gefallen wäre, wenn man das neugewählte Parlament ohne das geringste praktische Ergebnis hätte in die Sommerferien schicken müssen.

Im übrigen war auf beiden Seiten die Geneigtheit vorhanden, die Periode der Versuche durch eine gesetzliche Neuordnung abzuschließen. Die Konservativen hatten die Erfahrung gemacht, daß die bereits gesetzten Tatsachen von Jahr zu Jahr automatisch zu einem weiteren Umsichgreifen der Reform führten, dessen Ende nicht abzusehen war; andererseits hatten auch die Reformer dank den Praktiken der Ära Schmitz die Unsicherheit des Schwebezustands unliebsam empfinden gelernt. Natürlich erforderte ein Kompromiß Opfer von beiden Seiten; nur um die Verteilung dieser Opfer ging das Ringen. Unter diesen Umständen konnten die Freunde der Reform mit dem Endergebnis sehr zufrieden sein. Der Kompromiß brachte, wie Glöckel es gelegentlich ausdrückte,

der Regierung einen Sieg der *Namen*, der Opposition einen Erfolg in der *Sache*. Auf dem Gebiete der Pflichtschule war die »Allgemeine Mittelschule« verschwunden (allerdings – darauf hatten die Sozialdemokraten bestanden – auch der irreführende alte Name »Bürgerschule«); die vierklassige Oberstufe der allgemeinen Volksschule hieß fortan »*Hauptschule*«. Ebenso wurde im Bereich der Höheren Schule die einheitliche Unterstufe der »Deutschen Mittelschule« fallen gelassen; die alten achtjährigen Typen Gymnasium, Realgymnasium, Realschule lebten wieder auf. Aber – und dies war der *sachliche* Erfolg der Reformbewegung – die Unterstufe aller dieser Typen wird (mit einer geringfügigen Ausnahme in der 4. Klasse des Humanistischen Gymnasiums) völlig einheitlich organisiert, und ihr Lehrplan geht vollkommen parallel mit dem Lehrplan der neuen Hauptschule! Den Abgängern der Hauptschule steht das Recht des unmittelbaren Übertritts in die nächsthöhere Klasse der Mittelschule zu, und durch den gesetzlich festgelegten Parallelismus der Lehrpläne und durch die Bestimmung, daß an jeder Hauptschule ein mittelschulmäßiger Unterricht in einer Fremdsprache wahlfrei erteilt werden muß, ist dafür gesorgt, daß dieses Recht auch praktisch wirksam bleibt. Da fortan jedes Kind, das die unentgeltliche Pflichtschule mit gutem Erfolg absolviert hat, nach Beendigung seiner Schulpflicht reibungslos den Übergang zur Höheren Schule vollziehen kann, ist in das Bildungsmonopol der besitzenden Klassen Bresche gelegt. Dieser bedeutungsvolle soziale Fortschritt wurde durch die beiden Schulgesetze (Hauptschulgesetz, Mittelschulgesetz), die am 2. August 1927 als »Verfassungsgesetze«, und zwar in den wesentlichsten Punkten mit Stimmeneinhelligkeit, beschlossen wurden, wie man wenigstens annehmen mußte, dauernd gesichert. Eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Einheitsschule war zurückgelegt, und man konnte das übrige getrost der weiteren Entwicklung anheimstellen. Daß auf dem Gebiete der Obermittelschulen so ziemlich alles beim alten blieb – nur der den Reaktionären verhaßte moderne Typus des Reformrealgymnasiums konnte gerettet und sogar noch weiter entfaltet werden –, fiel daneben weniger schwer ins Gewicht. Nimmt man hierzu noch die dauernde Anerkennung der Volksschulreform durch den definitiven Lehrplan vom Jahre 1926, so schloß die Bilanz des achtjährigen Kampfes um die Schulreform mit einem Gewinn ab, der auch die optimistischsten Erwartungen noch um ein beträchtliches übertraf.

Wenn allerdings Glöckel und seine Freunde sich in diesem Sommer der Hoffnung hingaben, nunmehr längere Zeit in Ruhe am Aufbau und Ausbau der neuen Schulformen arbeiten zu können, so hatten sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Naturgemäß hatten nicht alle Einzelheiten in den Text der neuen Gesetze selbst aufgenommen werden können, vieles mußte den Detaillehr-

plänen und den Durchführungsverordnungen überlassen bleiben. Hier war die Zusicherung gegeben, daß alle diese Dinge einvernehmlich mit der durch den Stadtschulrat repräsentierten Gruppe der Reformen geregelt würden. Glöckel, dem die loyale Einhaltung von Verträgen eine tief eingewurzelte Selbstverständlichkeit war, hatte sich (trotz der üblen Erfahrungen von 1926!) diesbezüglich mit mündlichen Vereinbarungen, in einzelnen Fällen auch mit der Erwähnung im parlamentarischen Motivenbericht begnügt. Minister Schmitz dagegen war in diesem Punkte augenscheinlich anderer Auffassung, denn er traf alle Verfügungen über die Durchführung der Schulgesetze selbstherrlich und schaltete die Reformen auch von der Mitarbeit an den neuen Lehrplänen grundsätzlich aus. Seine Tendenz ging – im Widerspruch zu dem Geiste des Gesetzes – dahin, die neue Hauptschule in ihrer Bedeutung möglichst herabzudrücken. In einem Falle (es handelte sich um die Bewertung des wahlfreien fremdsprachlichen Unterrichtes der Hauptschule), wo er sogar mit dem Buchstaben des Gesetzes in Kollision geriet, ließ Glöckel durch das Land Wien die Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof einleiten, und das Recht war so offenkundig auf seiner Seite, daß Schmitz die angefochtene Verordnung noch vor der Verhandlung zurücknehmen mußte. Dieser an sich belanglose Zwischenfall zeigt vielleicht deutlicher als die ausführlichsten politischen Darlegungen, auf welcher Seite die Kräfte wirksam waren, die die Schule in Österreich nicht zur Ruhe kommen lassen wollten – und nicht allein die Schule.

### *c) Verfassungsreform 1929*

Das Unglück des 15. Juli 1927, das bei gutem Willen den Anstoß zur Besinnung und Verständigung der Parteien hätte geben müssen, lieferte den militanten Vertretern der engstirnigen bürgerlichen Klassenpolitik unter der Führung des Bundeskanzlers Dr. Seipel das erwünschte Stichwort, um gegen den angeblich drohenden »roten Putsch« die faschistischen »Heimwehren« aufzurüsten. Seipel inaugurierte damit jene Politik der »wahren Demokratie«, die mit der Aufrichtung der kleriko-faschistischen Diktatur im Februar 1934 ihr Ziel erreichte. Die erste Etappe auf diesem Wege war die Verfassungsreform im Herbst 1929. Neben der Aufrichtung einer vom Parlament möglichst unabhängigen Verordnungsgewalt des Staatspräsidenten war das Kampfziel der Bürgerlichen hierbei die Brechung der auf normalem Wege nicht zu erschütternden sozialdemokratischen Verwaltung in Wien. Zu diesem Zwecke sollte Wien, obwohl es mehr als ein Drittel der gesamten Bevölkerung Österreichs beherbergt, den Charakter und die Rechtsbefugnisse eines Bundeslandes verlieren. Gerade

auf dem Gebiete der Schulverwaltung, die Glöckels Obhut anvertraut war, wäre diese Minderung des Rechtes besonders kraß zutage getreten. Nach der von Bundeskanzler Dr. Schober eingebrachten Regierungsvorlage wäre der Stadtschulrat zum Rang einer einfachen Bezirksschulbehörde degradiert worden; er hätte nur mehr die Aufsicht über das Volksschulwesen behalten, und selbst da waren ihm besondere Riegel vorgeschoben. Die Aufsicht über die Wiener Mittelschulen hätte das Unterrichtsministerium unmittelbar an sich gezogen. Selbstverständlich wäre so einer fortschrittlichen Entwicklung des Wiener Schulwesens mit einem Schlage ein Ende gesetzt gewesen. In langwierigen parlamentarischen Verhandlungen gelang es den Sozialdemokraten, den Bundeskanzler von der Undurchführbarkeit dieser Pläne zu überzeugen; da Schober – entgegen einer starken Strömung im bürgerlichen Lager, die zu Oktroi und Putsch drängte – darauf beharrte, die Verfassungsreform auf legalem Wege durchzuführen, brauchte er hierzu die Stimmen der sozialdemokratischen Minderheit und mußte sich auf den Weg des Kompromisses begeben. Als sich die Verhandlungen zuletzt immer mehr auf die Frage der Rechtsstellung Wiens und insbesondere der Wiener Schulbehörde zuspitzten, hatte Glöckel dabei eine wichtige Funktion zu erfüllen, deren er sich in gewohnter Unermüdlichkeit mit hervorragendem Geschick entledigte. Mit großer Elastizität wußte er seine Vorschläge jeder Phase der wechselvollen Verhandlungen anzupassen und erreichte es schließlich, dank der vollen Unterstützung durch die Sozialdemokratische Partei, vor allem ihres Hauptunterhändlers Dr. *Danneberg*, daß der Stadtschulrat aus dieser Krise, die seinen Lebensnerv bedroht hatte, unangestastet, ja in gewisser Hinsicht eher noch gefestigt hervorging.

Die größte Gefahr war damit beseitigt, daß in der Verfassung vom 7. Dezember 1927 Wien die volle Rechtsstellung eines Bundeslandes, also auch seine Schulbehörde die Befugnisse eines Landesschulrates, behielt. Das Weisungsrecht des Unterrichtsministers gegenüber dem von den Vertretern der Bevölkerung gewählten Präsidenten des Stadtschulrates wurde zwar klarer formuliert, aber andererseits eine Sicherung gegen Mißbrauch dadurch geschaffen, daß auch dem Präsidenten in gewissen Fällen gegen eine von ihm für ungesetzlich erachtete Weisung des Ministers der Weg an den Verwaltungsgerichtshof eröffnet wurde. Geregelt wurden auch die in der Verfassung von 1920 (vgl. oben S. 110) noch in Schwebelassenen Kompetenzen der Schulgesetzgebung: die Gesetzgebung über die Mittelschulen sollte danach fortan reine Bundessache, also der unmittelbaren Einflußnahme der sozialdemokratischen Wiener Volksvertretung entzogen sein; das hätte unter Umständen eine Gefährdung des Reformwerkes mit sich bringen können. Aber auch dieser Gefahr wurde durch die Bestimmung

vorgebeugt, daß die beiden Reformgesetze vom 2. August 1927, also die Grundlagen der neuen Schulorganisation, auch weiterhin nur durch Verfassungsgesetze mit qualifizierter Mehrheit, das heißt nur im Einvernehmen mit der Opposition, abgeändert werden dürften. Die Lehrerbildung allerdings hätte fortan durch einfaches Bundesgesetz neu geregelt werden können; die bürgerlichen Regierungen haben jedoch von dieser Möglichkeit seither keinen Gebrauch gemacht.

So war mit der Verfassung von 1929 auch der letzte der drei großen Abwehrkämpfe für die Schulreform siegreich beendet worden. Glöckel hätte sich nunmehr endlich in Ruhe der praktischen Durchführung der schwierigen, durch die Schulgesetze gestellten Aufgaben zuwenden können, wenn nicht im allgemeinen die Dinge in Österreich eine bedrohliche Wendung genommen hätten.

## 1934 UND DIE FOLGEN

### *a) Vor dem Sturm*

Die Tätigkeit der Schulverwaltung in den folgenden Jahren erhielt ihre besondere Note dadurch, daß die zunehmende Wirtschaftskrise – die spezifisch österreichische Krise, erschwert durch die Zerrüttung der gesamten Weltwirtschaft – auch die Gemeinde Wien zu größter Sparsamkeit nötigte. Dieser Zwang war schließlich so unausweichlich, daß auch die schulfreundlichste Gesinnung sich dazu verstehen mußte, das Schulwesen in den Bereich der Sparmaßnahmen einzubeziehen. Glöckels Aufgabe war es nun, einerseits als Gegenspieler des Finanzreferenten diese Ersparungen auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken, sie andererseits aber in eine solche Richtung zu lenken, daß die weitere Durchführung des Reformunterrichts nicht unmöglich wurde. Beides gelang. Während die Bundesverwaltung in den von ihr betreuten Mittel- und Hochschulen zu geradezu drakonischen Verfügungen ihre Zuflucht nahm, hielten sich die Ersparungen auf dem Gebiete der Wiener Pflichtschule immer noch in erträglichen Grenzen. Was aber die Richtung des Sparens anbelangt, so war Glöckel mit Erfolg bemüht, vor allem die Frequenz der Klassen auch weiterhin möglichst niedrig zu halten, um so die erste und unerläßlichste Vorbedingung eines gedeihlichen Unterrichts zu retten. So wurde die durchschnittliche Klassenfrequenz an den Wiener Volks- und Hauptschulen nur langsam von 30 im Jahre 1928 auf etwas über 33 im Schuljahre 1932/33 gesteigert, während zur gleichen Zeit die Unterklassen der Wiener Bundesmittelschulen schon bei

einem Durchschnitt von über 40 (!) angelangt waren und in den ersten Klassen Schülerzahlen von 50 bis 60 sogar die Regel bildeten. Daß selbst dieses behutsame und vergleichsweise vorbildliche Vorgehen der sozialdemokratischen Wiener Schulverwaltung von den politisch oppositionell gerichteten Lehrerorganisationen zu demagogischen Angriffen (auch in der Fachpresse des Auslandes) benützt wurde, war bei der Verschärfung der innerpolitischen Lage kein Wunder.

Die »antimarxistischen« Heißsporne innerhalb der Christlichsozialen Partei – mit ihnen der unablässig hinter den Kulissen agierende Dr. *Seipel* – waren von dem Ergebnis der Verfassungsreform nicht befriedigt und gingen deshalb zwecks endgültiger Niederringung der Sozialdemokratie eine Koalition mit den faschistischen Heimwehren ein. Aber die Wahlen vom 11. November 1930 brachten ihnen eine schwere Niederlage: der Gewinn der Heimwehren ging ausschließlich auf Kosten der mit ihnen verbündeten Christlichsozialen, während die Sozialdemokraten mit 41,43 Prozent der abgegebenen Stimmen den höchsten jemals von ihnen erreichten Stand erklimmen. In den Köpfen der bürgerlichen Politiker reifte die Erkenntnis, daß sie auf demokratischem Wege niemals zu dem ersehnten Ziel gelangen würden; sie erklärten demgemäß, die Demokratie habe »versagt«, und begannen mit dem Gedanken an einen gewaltsamen Umsturz zu liebäugeln. Zwar nahm ein Putsch des steiermärkischen Heimwehrführers Dr. *Pfrimer*, der im September 1931 vorzeitig losschlug, ein klägliches Ende, aber das laxer Vorgehen der Regierung zeigte deutlich, daß damit derartige Pläne noch lange nicht endgültig abgetan waren. Schon im Januar 1932 erhoben die Heimwehren, nunmehr unter dem Kommando *Starhembergs*, im Einvernehmen und mit Unterstützung *Mussolinis*, kühner ihr Haupt. Landtagswahlen, die im April desselben Jahres in den meisten Bundesländern durchgeführt wurden, brachten den Christlichsozialen einen neuerlichen Rückschlag, gleichzeitig aber die Enthüllung, daß die faschistischen Heimwehren mit ihrer Hetze gegen das demokratische System nur die Wegbereiter der Nationalsozialisten gewesen waren, die – parallel mit ihrem Aufstieg im Deutschen Reich – damals ihren ersten größeren Wahlerfolg in Österreich erzielten. Die ohnedies schwankende parlamentarische Basis der Regierung war dadurch noch mehr erschüttert worden. Unter solchen Umständen übernahm am 20. Mai 1932 Bundeskanzler Dr. *Dollfuß* sein Amt. Sein parlamentarisches Debüt war wenig glücklich. Am 23. Juli, bei der wichtigen Abstimmung über den Vertrag von Lausanne – als Generalredner der Opposition hatte der Abgeordnete Glöckel mit der Politik der Regierung abgerechnet – verdankte er seine Mehrheit von einer (!) Stimme nur dem glücklichen Umstand, daß der

erkrankte ehemalige Bundeskanzler Schober wenige Stunden vorher gestorben war und sein regierungstreuer Ersatzmann noch rechtzeitig hatte einberufen werden können.

Dieser labile Zustand des politischen Gleichgewichts und die Zuspitzung der Lage infolge der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und des bedrohlichen Anwachsens der nationalsozialistischen Bewegung stellte die Führung des Bürgertums in Österreich vor die Wahl, entweder eine Verständigung mit der Arbeiterschaft zu suchen und im Verein mit ihr entschlossen für die Demokratie und gegen die nationalsozialistische Gefahr einzutreten, oder aber den »antimarxistischen«, faschistischen Kurs beizubehalten, das heißt, im Grunde genommen, Nazipolitik ohne die Nazi zu machen. Dollfuß entschied sich ohne Zaudern für den zweiten Weg. Die außenpolitische Deckung verschaffte er sich durch bindende Abmachungen mit Mussolini, der sich auch zu finanziellen Opfern für die Aufrüstung der Heimwehren bereit fand, bei den demokratischen Westmächten aber durch die Beteuerung, die demokratische Verfassung und die »Selbständigkeit« Österreichs gegen *Hitler* schützen zu wollen. Hitlers Macht ergreifung (Jänner 1933) brachte auch ihn seinem Ziel, der Aufrichtung einer kaum mehr verhüllten Diktatur, um einen gewaltigen Schritt näher. Sein politisches Konzept ging nämlich dahin, die Furcht vor dem Nationalsozialismus zunächst einmal dazu zu benützen, um die politische Macht der Arbeiterklasse zu vernichten; als »Bezwinger des Marxismus« würde man dann mit Hitler schon so oder so zu einem Arrangement gelangen können. Im März brachte ihm ein an sich belangloser Geschäftsordnungszwischenfall im Nationalrat das Stichwort für die Erklärung, das Parlament habe »sich selbst ausgeschaltet«, und zur Etablierung eines verfassungswidrigen absolutistischen Regimes. Der Hinweis, daß der nationalsozialistischen Gefahr mit parlamentarischen Methoden nicht wirksam begegnet werden könne, machte dieses System auch dem noch immer demokratisch »verseuchten« Teil des Bürgertums mundgerecht. Unter Berufung auf ein längst obsolet gewordenes Ausnahmegesetz aus dem Jahre 1917, das »zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln« während der Kriegszeit der Regierung eine weitgehende Verordnungsgewalt, jedoch ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiete eingeräumt hatte, wurden nun Schritt für Schritt und systematisch die primitivsten bürgerlichen Freiheitsrechte, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Schwurgerichte usw., außer Kraft gesetzt; der Bundespräsident *Miklas* brachte nicht den Mut auf, dieser ununterbrochenen Kette von Verfassungsbrüchen Einhalt zu gebieten. Gleichzeitig ließ Dollfuß durch den Heimwehrrondottiere Major *Fey*, den er zu diesem Zweck in sein Kabinett aufgenommen hatte, die Arbeiterschaft durch fortgesetzte Provokationen (Haus-

durchsuchungen, Auflösung von Organisationen, Verhaftung von Vertrauensmännern) reizen, um sodann den ersten Versuch eines Widerstandes mit der blutigen Niederwerfung der Arbeiterklasse beantworten zu können.

Die sozialdemokratische Parteileitung durchschaute diesen Plan wohl von Anfang an, nahm aber in der Hoffnung, die Regierung werde im letzten Augenblick – sei es aus Rücksicht auf das Ausland, sei es unter dem Einfluß des immer noch vorhandenen demokratischen Flügels der Christlichsozialen Partei – vielleicht doch noch vor dem Äußersten, der Entfesselung eines blutigen Bürgerkrieges, zurückzuschrecken, eine zuwartende Haltung ein. Otto Glöckel fiel gleich den übrigen Mitgliedern des Parteivorstandes die Aufgabe zu, die von Ungeduld und Besorgnis erfüllte Arbeiterschaft über den Ernst der Lage zu orientieren, dabei aber doch vor nicht wiedergutzumachenden Schritten zurückzuhalten. Er hat sich dieser undankbaren Aufgabe mit unermüdlichem Pflichtgefühl entledigt; fast jeden Abend sprach er während des Winters 1933/34 – »Versammlungen« waren verboten! – in einer lokalen »Konferenz« zu den politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensmännern und suchte, indem er die Erinnerung an die von Kampf und Leiden erfüllte Frühzeit der Partei wachrief, die Stimmung der Resignation zu bannen. Als unter solchen Umständen sein 60. Geburtstag (8. Februar 1934) herannahte, verbat er sich unter Hinweis auf den Ernst der Zeit jegliche Feier und sicherte sich die Beachtung seines Wunsches dadurch, daß er für die »kritische« Woche das Referat in einer Reihe von Vertrauensmännerzusammenkünften in dem entlegenen Vorarlberg übernahm. Als er am Abend des 11. Februar von dort nach Wien zurückkehrte, war die Lunte bereits an das Pulverfaß gelegt.

Major Fey hatte an diesem Tage – es war ein Sonntag – mit den Worten: »Wir werden *morgen* an die Arbeit gehen, und wir werden *ganze Arbeit leisten*« den »Putsch von oben« offen angekündigt. Daraufhin schlugen am Morgen des 12. Februar die Linzer Führer des Republikanischen Schutzbundes los, unbekümmert um die Warnungen der Wiener Parteileitung; sie fürchteten, bei längerem Zuwarten ohne Gegenwehr niedergeschlagen zu werden: »Schmach und Schande über die Wiener Arbeiter, wenn sie uns im Stiche lassen!« Wien hat diese Schande nicht auf sich geladen. Der wehrhafte Teil des Proletariats schlug sich heldenhaft drei Tage lang, am Vormittag des 15. Februar war das letzte Bollwerk gefallen, die Niederlage entschieden. Der Weg für die Etablierung der bürgerlichen Klassendiktatur unter dem Titel eines »Christlichen Ständestaates« war frei.

## b) Gefangen!

Eine der ersten Kampfhandlungen der Regierung war die Verhaftung der sozialdemokratischen Führer ohne Rücksicht auf ihre parlamentarische Immunität. Unter Entfaltung eines großen Machtapparates wurde schon in den Mittagsstunden des 12. Februar der rechtmäßige Landeshauptmann von Wien, Bürgermeister *Seitz*, mit Gewalt aus seinem Amtsraum im Rathaus weggeschleppt, am Vormittag des 13. Februar kam die Reihe an Glöckel, der, um die Rechtmäßigkeit seiner Stellung demonstrativ zu betonen, des Morgens seine gewöhnliche Amtstätigkeit im Stadtschulrat aufgenommen hatte.

Gleich allen anderen Verhafteten – ihre Zahl ging bald in die Tausende – wurde er in das Polizeigefangenenhaus auf der Roßauerlände gebracht, wo sich alsbald unmögliche Zustände entwickelten, wie sie selbst in den berüchtigsten Strafanstalten heute kaum mehr vorzukommen pflegen. Da nach den geltenden Vorschriften die Anhaltung in diesem Hause nie länger als zwei Tage dauern darf – nach diesem Zeitpunkt hat entweder die Überführung in die ordentliche Untersuchungshaft oder die Freilassung zu erfolgen –, ist das Haus auf längeren Aufenthalt überhaupt nicht eingerichtet. Es bestehen weder ausreichende Vorkehrungen für die Körperreinigung, noch gibt es die Möglichkeit eines zeitweiligen Aufenthaltes in freier Luft. Als man etwa vier Wochen nach den Februarkämpfen einer Abordnung ausländischer Journalisten das Gefängnis »zeigte«, log man ihnen vor, daß jeder Gefangene täglich einen einstündigen Spaziergang im Freien machen dürfe; tatsächlich hatte bis zu jenem Zeitpunkt auch nicht ein einziger auch nur eine Minute in freier Luft zubringen können. Was das angesichts der entsetzlichen Überfüllung – die meisten Zellen hatten drei- bis vierfachen Überbelag! – bedeutete, kann man sich leicht vorstellen.

Glöckel selbst wurde übrigens, natürlich nicht aus Rücksicht, sondern im Glauben an seine besondere Gefährlichkeit, in Einzelhaft gehalten. Die Fürsorge der Gefängnisverwaltung erschöpfte sich darin, daß man, um einen Selbstmord zu verhüten, unter anderem sogar die Schnürbänder aus seinen Schuhen entfernte; der Gebrauch einer Zahnbürste wurde ihm erst auf besondere Intervention gestattet. Auf Glöckel, der von Kindheit an, trotz dürftigster Verhältnisse, an eine peinliche Nettigkeit gewöhnt war, wirkten schon diese Schikanen überaus niederdrückend. Die größte Qual jedoch bereitete die völlige Ungewißheit über das, was sich jenseits der Gefängnismauern abspielte. Die Häftlinge hörten in der Ferne das Rattern der Maschinengewehre, bald auch den dumpfen Donner der Geschütze; von Zeit zu Zeit wurde ein Kamerad abgeführt, niemand wußte, wohin: Zu einem Verhör? Vors Standgericht? Unter den Galgen? Kaum, daß

es möglich war, gelegentlich bei einem Gang zur Morgenwäsche oder durch das Guckloch der Zelle den Blick eines Freundes zu erhaschen, sich zu vergewissern, daß der und jener jedenfalls noch am Leben war. Bei einem Gang durch den Korridor des Gefängnisses begegnete Glöckel eines Tages zufällig auch seiner Gattin, Leopoldine Glöckel, Gemeinderätin des XII. Bezirks; sie war wenige Tage nach ihm, gleich allen übrigen Frauen, die ein Mandat der Partei inne hatten, ohne Rücksicht auf Alter und Gesundheitszustand verhaftet und in das Massenquartier an der Roßbauerlände gesteckt worden.

Übrigens hatte die Verhaftung Glöckels in der Öffentlichkeit ein kleines, aber für die Kampfesweise des österreichischen »Antimarxismus« sehr bezeichnendes Nachspiel. Am 24. Februar brachte das dem Bundeskanzler nahestehende »Neuigkeits-Weltblatt« in sensationeller Aufmachung die Nachricht: »Abgeordneter Glöckel wollte mit 200 000 Schilling in die Tschechoslowakei flüchten!«, da er sich aber auf der Fahrt »verdächtig gemacht« habe, hätten in einem Orte des Waldviertels die Bauern sein Auto gewaltsam angehalten und seine Verhaftung herbeigeführt; dabei sei dem roten »Schulreformer« seine Briefftasche mit ihrem wertvollen Inhalt abgenommen worden. Bei der Popularität, die Glöckel als Schulreformer (ohne höhrende »Gänsefüßchen«) in aller Welt genoß, wurde die Nachricht von der gesamten Auslandspresse übernommen. Als dann bald darauf ein anderes Regierungsblatt, allerdings in weniger auffallender Aufmachung, mitteilte, Glöckel befinde sich gleich allen anderen führenden Politikern schon seit dem 12. Februar in Haft, es dürfte sich daher um die Verwechslung mit einer anderen Person handeln, übrigens habe aber auch diese kein Geld bei sich gehabt, da konnte dieses Dementi naturgemäß nicht mehr jene Publizität finden, wie die dementierte Lügenmeldung. Noch einen Monat darauf leistete sich ein anderes Antimarxistenblatt, das »Neue Wiener Journal«, in einem angeblich aus Genf stammenden Bericht über eine offizielle Führung »einer Gesellschaft prominenter Persönlichkeiten des Völkerbundes« durch die von schwerer Artillerie glorreich bezwungenen Wiener Arbeiterwohnhäuser folgenden niederträchtigen Ausfall:

»Dann aber, als der Offizier von dem heißen 12. Februar berichtet, muß man unwillkürlich an die sozialdemokratischen Führer denken, einen *Otto Glöckel* etwa, der an dem gleichen Tage, an dem der Polizeimajor seine zwanzig Mann zum Sturme führte, mit 200 000 Schilling in der Tasche nach Preßburg fuhr.«

Ja sogar in den dürftigen Notizen, welche die gleichgeschaltete österreichische Presse aus Anlaß seines Todes dem Andenken Glöckels widmete, kam mit automatischer Sicherheit wieder das Märchen von jener mißglückten Flucht im Auto zum Vorschein.

Monatelang saß Glöckel im Polizeigefängnis; kaum ein- oder zweimal war er einem ziemlich belanglosen Verhör unterzogen worden, dann war der Akt an den Untersuchungsrichter geleitet worden und von dort nach kurzer Zeit mit dem Vermerk »zur Erhebung einer Anklage nicht geeignet« zurückgenommen; trotzdem, und obwohl seine Gesundheit sichtlich dahinschwand, dauerte seine Haft weiter und endete erst am 19. April mit seiner – Überführung in das Konzentrationslager Wöllersdorf. Der Abtransport erfolgte so plötzlich, daß es Glöckel nur durch größte Anstrengung möglich wurde, mit seinen Angehörigen vorher noch einen Händedruck zu wechseln.

Hinter dem Stacheldraht des »Anhaltlagers« – so hieß es offiziell, da die österreichischen Nachhänger Hitlers großen Wert darauf legten, sich wenigstens in der Terminologie von ihrem Vorbild zu unterscheiden – konnte Glöckel in gewisser Beziehung wieder aufleben. Statt der Einzelhaft die Gesellschaft vieler hundert Leidensgenossen, unter ihnen mancher alte Freund und Bekannte; statt der engen Zelle Holzbaracken, deren luftige Bauart man wenigstens im Sommer als Vorteil empfinden konnte; dazu die Möglichkeit stundenlangen Aufenthaltes in freier Luft, wenn auch auf einem engbegrenzten öden Raum ohne Baum und Strauch, und nicht zuletzt die Möglichkeit, etwas zu »organisieren«! Es war rührend, zu beobachten, wie Glöckel sofort nach seinem »Einrücken« diese »Tätigkeit« aufnahm. Als Vertrauensmann der Genossen, die mit ihm in dem gleichen »Objekt« der aufgelassenen Munitionsfabrik Wöllersdorf hausten, begann er mit dem Lagerkommando zu verhandeln und vermochte auch manches Zugeständnis durchzusetzen, das eine Erleichterung des täglichen Lebens bedeutete. Eben war er dabei, einen »Gesangverein« zu gründen, als ihn (am 4. Mai) eine höhere Gewalt zur Überprüfung seiner Haftfähigkeit in das Städtische Krankenhaus der nahegelegenen Wiener Neustadt entführte.

Diese plötzlich auftretende zärtliche Sorge um Glöckels Leben war einigermaßen verdächtig. Man darf vermuten, daß sie nicht ganz spontan entstanden und durch ausländische Einflüsse mindestens gefördert worden war. Inzwischen hatte nämlich Glöckels Schicksal in der pädagogischen Welt des Auslandes, in der Schweiz, in England und in Frankreich, lebhafteste Teilnahme hervorgerufen, und die Wiener Regierung empfing Eingaben und Telegramme von Körperschaften und hervorragenden Einzelpersonen ohne Unterschied der politischen Richtung, die seine Freilassung verlangten. Glöckel selbst konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, seine unerwartete Übersiedlung nach Wiener Neustadt sei vor allem durch das Bedürfnis hervorgerufen worden, irgendeinem hochmögenden Interpellanten gegenüber auf ein Alibi hinweisen zu können. Trotz-

dem schöpfte er Hoffnung auf baldige Befreiung, zumal da die ärztliche Untersuchung ein nicht unbedenkliches Herzleiden festgestellt hatte. Die Enttäuschung folgte auf dem Fuß. Schon nach ganz wenigen Tagen wurde er unter militärischer Eskorte wieder nach Wöllersdorf zurückgebracht, unmittelbar darauf – eine neue Überraschung – wieder ins Neustädter Krankenhaus (9. Mai), von hier am 11. Juli nach Wien ins Rainer-Spital. Es scheint, daß sich in diesem Hin und Her nicht nur eine spezifisch österreichische Planlosigkeit widerspiegelt, sondern mehr noch das Ringen verschiedener Richtungen im Lager der Regierung, von denen die eine (vor allem aus Rücksicht auf das Ausland) eine gewisse »Versöhnlichkeit«, die andere mehr eine unerbittliche Strenge zu markieren wünschte.

Die monatelange Internierung im Rainer-Spital wurde für Glöckel in mehrfacher Hinsicht verhängnisvoll. Obwohl Ernährung und ärztliche Pflege nichts zu wünschen übrig ließen, mußte sich hier sein Gesundheitszustand verschlimmern, da die wichtigste der vom medizinischen Standpunkt gebotenen Verhaltensregeln, nämlich reichliche Bewegung, nicht befolgt werden durfte: während in jedem Zuchthaus selbst für die schwersten Verbrecher ein täglicher Spaziergang vorgesehen ist, war den Internierten des Rainer-Spitals nicht einmal das Betreten des Hof- oder Gartenraumes gestattet. Regelmäßige Besuchszeiten, die ebenfalls in jedem Gefängnis vorgesehen sind, gab es nicht, und selbst die nächsten Angehörigen mußten bei den obersten Regierungsstellen wochenlang von Pontius zu Pilatus laufen, um eine *einmalige*, auf einige Minuten beschränkte Besuchserlaubnis zu erwirken. Ebenso wie der körperliche Zustand aber verschlechterte sich in diesen Monaten Glöckels seelische Verfassung. Zwar war es eine durchaus irrige Auffassung, die nach seinem Tode – mit durchsichtiger Tendenz – von der Regierungspresse in Umlauf gesetzt wurde, der Untergang der Partei hätte ihm »das Herz gebrochen«: natürlich wäre es lächerlich, leugnen zu wollen, daß ihn, wie jeden anderen Sozialdemokraten, diese Katastrophe aufs schwerste getroffen hat, aber ebenso unerschütterlich fest steht die Tatsache, daß sein Glaube an die Zukunft, seine tief eingewurzelte Überzeugung von dem endlichen Siege des sozialistischen Gedankens nicht einen Augenblick wankend wurde. Was ihn zermürbte, war das individuelle Elend, das er rings um sich erlebte, war, daß er es, ohne helfen zu können, mit ansehen mußte, wie systematisch und mit berechnendem Sadismus die Existenz ganzer Familien vernichtet wurde, deren Erhalter keine andere Schuld auf sich geladen hatten, als daß sie, in Verteidigung der geltenden Verfassung, für Recht und Freiheit eingetreten waren. Die Briefe, die Glöckel zuweilen aus der Haft hinausschmuggeln konnte, geben von diesem leidenden Miterleben erschütternd

Zeugnis. Zu den wirksamsten Mitteln seelischer Mißhandlung, die man den Internierten gegenüber praktizierte, gehörte die Ungewißheit über die voraussichtliche Dauer ihrer Anhaltung. Die Einlieferung in Wöllersdorf war zunächst auf unbestimmte Zeit erfolgt. Dann hatten – noch zu der Zeit, als Glöckel dort weilte – die Häftlinge sich zusammengetan und durch Drohung mit dem Hungerstreik die Begrenzung ihres Zwangsaufenthaltes durchgesetzt; jedem wurde der Termin seiner Entlassung bekanntgegeben, willkürlich und mit unergündlicher Differenzierung bestimmt, aber immerhin konnte sich jetzt doch ein jeder ausrechnen, wann er in den Kreis der Seinen würde heimkehren können. Glöckel erhielt als Termin Mitte August. Als jedoch Ende Juli die ersten Entlassungen erfolgen sollten – die »Glücklichen« hatten schon ihre Siebensachen gepackt –, da kam plötzlich das Kommando: Wieder auspacken! Dableiben! Die Haft war ohne vorhergehende Ankündigung und ohne ein Wort der Begründung verlängert worden, und zwar zunächst wieder auf unbestimmte Zeit, dann gab es einen neuen Termin, und dann neue Überschreitungen – ein frevles Spiel mit den Nerven der Männer, die natürlich Tage und Stunden bis zu ihrer endlichen Befreiung gezählt hatten. Das sah Glöckel neben sich geschehen und mußte sich fragen, ob man etwa mit ihm dieselbe Komödie auführen werde. Bald war dies keine Frage mehr, sondern traurige Gewißheit: er wurde nicht am 15. August entlassen, wie ihm amtlich bekanntgegeben worden war, aber auch nicht Ende August, wie es dann halboffiziell verlautete, auch nicht Ende September, wie er später mit Sicherheit rechnete, sondern es wurde Ende Oktober! Als er nach zuletzt schon fieberhaft ungeduldigem Hangen und Bangen am 29. dieses Monats die Freiheit erlangte, war er – dies ist, mochte sein Aussehen auch zeitweilig darüber hinwegtäuschen, heute klar – ein toter Mann.

Die lange Erstreckung von Glöckels Internierung war selbst in dem allgemeinen Rahmen der über die sozialdemokratischen Führer verhängten Zwangsmaßnahmen ein besonderer Fall, und es war begreiflich, daß er sich auch seine Gedanken darüber machte, welche besondere Ursache wohl für dieses auffallende Vorgehen der Regierung ihm gegenüber maßgebend gewesen sein mochte. Waren doch viel schwerer »belastete« Individuen, darunter die meisten Mitglieder des Parteivorstandes, gegen die – zum Scheine wenigstens – das Verfahren wegen »Hochverrats« noch immer weitergeführt wurde, ja zum Teil die Anklage sogar schon erhoben war, längst in Freiheit; Otto Glöckel aber, gegen den nicht nur keine Anklage erhoben, sondern nicht einmal eine formelle Untersuchung eingeleitet worden war, blieb noch Wochen und Monate länger in Haft! Er selbst zweifelte nicht daran, daß er diese besonders auszeichnende

Behandlung dem besonders intensiven Haß jenes klerikalen Klüngels zu verdanken hatte (Schmitz und Konsorten), der sich schon bei dem Kampf gegen die Schulreform um die primitivsten Gebote der christlichen Ethik ebensowenig bekümmert hatte wie um die Grundsätze einer allgemein anerkannten politischen Moral.

### c) Die Zerstörer am Werk

Die »Freiheit«, der Glöckel sich nun endlich wiedergegeben sah, war von besonderer Art und wenig danach angetan, einem kranken Herzen Gesundung zu bringen. Zweimal, später einmal in jeder Woche, hatte er sich bei dem Polizeikommissariat seines Wohnbezirkes zu melden. Es war ihm untersagt, den Fuß über die Grenzen Wiens hinauszusetzen, während er doch so dringend der Erholung in freier Luft bedurft hätte. Aber auch wenn seine Bewegungsfreiheit nicht durch solch kleinliche Polizeischikanen eingeengt gewesen wäre, hätte er nicht viel für seine Gesundung tun können, da er völlig mittellos dastand, einzig auf sein wiederholt gekürztes Ruhegehalt eines Beamten der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt angewiesen, der er vor seinem Eintritt ins öffentliche Leben gewesen war. Aus seiner vieljährigen Tätigkeit als Leiter des Wiener Schulwesens erwuchs ihm keinerlei Ruhegehalt, schon deshalb nicht, weil er in dieser Stellung auch niemals ein Gehalt bezogen hatte. Während ihm nämlich seine politischen Gegner allen Dementis zum Trotz immer wieder hämisch die »Rieseneinkünfte« vorhielten, die er als Präsident des Stadtschulrates neben seinen normalen Diäten als Abgeordneter offenbar noch beziehe, leistete er diese ungeheure, verantwortungsvolle Arbeit all die Jahre hindurch rein ehrenamtlich, ohne einen Groschen Entschädigung. Als dann nach dem Staatsstreich vom Februar 1934 die Sieger daran gingen, auch diese vermeintlich »fette« Pfründe einem der Ihren zuzuschancen, erlebten sie die peinliche Überraschung, daß für den Präsidenten des Stadtschulrates im Budget keinerlei Bezüge vorgesehen waren; so wich der anfangs überaus stürmische Andrang von Bewerbern bald einem allgemeinen Desinterressement, und es währte Monate, bis man für Glöckel einen Nachfolger, jetzt selbstverständlich mit den der Wichtigkeit der Funktion angemessenen reichlichen Bezügen, bestellen konnte.

Die Sache eilte übrigens auch deshalb nicht, weil das Werk der Zerstörung, das unter dem neuen Regime auf dem Gebiete der Schule alsbald einsetzte, ganz gut auch ohne einen leitenden Kopf im Amtshaus auf dem Wiener Burgring vor sich gehen konnte. Für die Gründlichkeit der Arbeit bürgte hinlänglich der Name des Exministers Richard Schmitz, der am 13. Februar durch einen

verfassungswidrigen Akt der Bundesregierung mit unbeschränkter Vollmacht zum Regierungskommissär für Wien ernannt worden war.

Seine erste Amtshandlung war die »Säuberung« des Beamtenkörpers der Stadt, und dem Zufall, daß in der Person Schmitz' gerade ein schulpolitisch besonders interessierter Mann zum Machthaber bestellt worden war, hatte es das Wiener Schulwesen zu verdanken, daß hierbei in seinem Bereich mit besonderer Schärfe vorgegangen wurde. Nicht nur unter den leitenden Beamten des Stadtschulrates und den Inspektoren, sondern auch unter den Leitern der Volks- und Hauptschulen wurden mit einem Schlage, ohne Rücksicht auf Dienstalter und Verdienste, alle diejenigen ihres Amtes enthoben, die sich sozialdemokratischer Gesinnung oder auch nur einer besonders schulreformfreundlichen Haltung schuldig gemacht hatten. Es war eine rein parteipolitische Gewaltmaßnahme, der keinerlei Untersuchung voranging, keinerlei Begründung beigegeben wurde; nur ein kleines Nachspiel gab es, indem Schmitz mit dem ihm eigenen Takt in einer Rundfunkrede sich dessen rühmte, er sei mit größter Schonung vorgegangen und habe nur »einige üble Elemente«, die sich im Gemeindedienst »eingenistet« hätten, entfernt. Bezeichnend für die Eilfertigkeit des Vorgehens ist die unglaublich klingende, aber doch gut beglaubigte Tatsache, daß man bei der Bestellung der Nachfolger für die Enthobenen unter anderem auch auf einen klerikalen Lehrer griff, der seit Monaten – verstorben war. Im Schulwesen der übrigen Länder hatte dieses Vorgehen keine Parallele, zum Teil allerdings nur deshalb, weil dort ein Lehrer sozialdemokratischer Gesinnung kaum je eine leitende Stelle hatte erlangen können. Dagegen trat die sachliche Neuordnung selbstverständlich das Schulwesen in seiner ganzen Ausdehnung.

Noch vor dem Inkrafttreten der neuen Maiverfassung, durch die sich die faschistische Diktatur ein allerdings sehr fadenscheiniges legales Mäntelchen umzuhängen trachtete, nämlich am 24. April 1934, wurden durch eine der famosen »kriegswirtschaftlichen« Notverordnungen (»zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln«! oben Seite 131) die seinerzeit einstimmig beschlossenen Schulverfassungsgesetze vom 2. August 1927 umgestoßen. Diese Eilfertigkeit war sicherlich als demonstrativ-kraftvolle Geste gedacht, erbrachte aber gleichzeitig den Beweis, daß der Umsturz auf dem Gebiete der Schule von langer Hand – also auch lange vor dem angeblich von sozialdemokratischer Seite angezettelten Februarputsch – vorbereitet gewesen sein mußte. Die nunmehr verordnete Organisation des Schulaufbaus machte nicht nur den in der republikanischen Ära erkämpften sozialen Fortschritt gänzlich zunichte, sondern brachte in mancher Hinsicht einen Rückschritt weit hinter die während des

konstitutionellen Regimes im 19. Jahrhundert geschaffenen Zustände. Die Bresche, welche die Glöckelsche Reform in das Bildungsmonopol der Besitzenden geschlagen hatte, wurde wieder gründlich vermauert. Den Abgängern der Hauptschule wurde die Möglichkeit des Aufstiegs in die höhere Schule genommen, formell durch die Anordnung einer Aufnahmeprüfung, praktisch durch eine starke Differenzierung der beiden Lehrpläne, die ein Schritthalten unmöglich macht. Dafür erhält die Hauptschule selbst den zweifelhaften Rang einer »Ausleseschule«, indem neben sie – als ein Bildungsghetto für die minder leistungsfähigen Kinder – »Abschlußklassen« der Volksschule gesetzt werden, die es selbst im Schulwesen der vorreformerischen Zeit in Österreich nie gegeben hatte. Die sozial und erzieherisch bedeutungsvolle Maßnahme der unentgeltlichen Beistellung der Schulbücher und Lehrmittel durch die Gemeinde Wien wurde rückgängig gemacht, die Unbemittelten werden wieder auf den demütigenden Weg eines Bittgesuches um Verleihung von »Armenbüchern« verwiesen. Sogar an den Lehrerbildungsanstalten, deren Unterricht seit dem Reichsvolksschulgesetz von 1869 grundsätzlich unentgeltlich erteilt worden war – die jetzt vielgeschmähte »liberalistische« Ära bekundete damit die Absicht, den Lehrernachwuchs möglichst aus dem Volksganzen zu schöpfen –, wurde ein Schulgeld eingeführt. Die Einreihung in eine den Vermögensverhältnissen entsprechende niedrigere Gebührenklasse wird hier wie an den Mittelschulen von dem politischen Leumund der Eltern abhängig gemacht, die überdies ihre Mitgliedschaft bei der »Vaterländischen Front«, der faschistischen Zwangsorganisation, nachzuweisen haben. Besonders hart trifft die Neuordnung der höheren Bildung die Mädchen. Nach der offiziellen Weltanschauung des neuen Regimes »gehört die Frau ins Haus«, höhere Bildung ist somit ein Luxus, den sich mit Recht nur die wohlhabenderen Leute gestatten dürfen. So wurde denn an fast allen Knabenmittelschulen die Aufnahme von Mädchen gesperrt; damit werden diese auf das Gebiet des privaten Schulwesens verwiesen, wo die Kosten des Studiums ein Vielfaches des an den staatlichen Schulen Geforderten betragen. Im Jahre 1936 wird eine neuerliche Kürzung der bisher gewährten staatlichen Subventionen für die Mädchenmittelschulen das Studium an diesen noch weiter verteuern, so daß sie, vom Proletariat gar nicht zu reden, auch für den Mittelstand kaum mehr in Betracht kommen. In etwas günstigerer Lage sind nur die materiell besser fundierten Klostermittelschulen, und diesen Zutreiberdienste zu leisten, war sicherlich mit eines der treibenden Motive für die Neuordnung des Mädchenmittelschulwesens.

Auf diese Weise wurden die höheren Schulen gegen das Eindringen einer größeren Zahl von Kindern unbemittelter Volksschichten wirksam gesichert.

Gleichzeitig wurden ihre Lehrpläne dem Geiste des »neuen« Österreich angepaßt, das heißt, man griff auch hier vielfach noch hinter die vor Glöckels Reform herrschenden Zustände zurück. Der Handarbeitsunterricht als Pflichtgegenstand der Untermittelschule wurde beseitigt, ja sogar der Zeichenunterricht stark verkümmert. Die Fremdsprachen, die nunmehr wieder in der ersten Klasse mit voller Wucht einsetzten, dominieren in einer selbst vorher nie dagewesenen Weise; es wurde nämlich – nach reichsdeutschem Muster – im Gymnasium und Realgymnasium eine *dritte* Fremdsprache obligat eingeführt, so daß diese Anstalten ohne private Nachhilfe, die sich selbstverständlich nur Wohlhabende leisten können, nur von einseitig sprachlich hochbegabten Kindern absolviert werden können. Dafür wird der realistische Unterricht – auch am Realgymnasium, das seinen Namen fortan zu Unrecht führt – stark eingeengt; das so denaturierte Realgymnasium verleiht demgemäß auch nicht mehr die Berechtigung zum Besuch der Technischen Hochschulen, eine Degradation, durch die man dem gefährlichen Konkurrenten des von kirchlicher Seite allein favorisierten alten Humanistischen Gymnasiums Abbruch zu tun hofft.

Ebenso einschneidend wie die Rückbildung der Schulorganisation ist die Beeinflussung des Geistes, in dem der Unterricht an diesen Schulen erteilt werden soll. Die starke Betonung des »autoritären« Gedankens muß sich natürlich auf die Methoden von Unterricht und Erziehung verhängnisvoll auswirken. Am deutlichsten aber treten zwei Tendenzen hervor: die Militarisierung und die Klerikalisierung<sup>17</sup>. Nicht nur, daß die körperliche Erziehung durchaus nach militärischen Gesichtspunkten orientiert wird, die Klassen haben überdies regelmäßige Übungsmärsche mit schwerem, in seinem Gewicht genau vorgeschriebenem Gepäck zu veranstalten, und neuestens werden durch militärische Instruktoren, die von den Schulleitungen bei der nächstgelegenen Kaserne anzufordern sind, Schüler auch zu Trommlern und Trompetern ausgebildet. Darüber hinaus aber haben lehrplanmäßig *alle* Unterrichtsfächer die engste Beziehung zur »Wehrwissenschaft« zu pflegen, und die Lehrer haben von Zeit zu Zeit das in diesem Belang von ihnen Geleistete regelmäßig nachzuweisen. Noch schärfer wird die Unterordnung unter das religiöse – das heißt katholisch-konfessionelle –

<sup>17</sup> In grotesker Weise äußert sich dieser neue »Geist« schon in der *Fibel* für die Schulneulinge, die der – jetzt selbstverständlich auch »gleichgeschaltete« – Wiener »Deutscher Verlag für Jugend und Volk« herausgebracht hat. Sie gleicht in ihrer Ausstattung vollständig der Reformfibelfür »Wiener Kinder – Erstes Buch« (also ein Plagiat, das der Verlag an seiner eigenen Vergangenheit begehrt!), enthält aber einen großen Teil religiösen Stoffes, und das bunte Vorsatzpapier zeigt als Ornament das Bild von – Soldaten und Kanonen! Das also soll der Sechsjährige als ersten lebhaften Eindruck in sich aufnehmen – ein Symbol der neuen Zeit.

Erziehungsziel betont. Die Lehrpläne der Mittelschulen geben diesbezüglich genaue Vorschriften und stellen zusammenfassend fest, daß bei Einhaltung dieser Weisungen auch »die Darstellung des *naturwissenschaftlichen* Weltbildes nie in einem *Gegensatz zum Religionsunterricht* kommen kann«. Die Verklerikalisierung erstreckt sich auch auf die gewerblichen Fachschulen, in denen selbst im kaiserlichen Österreich niemals ein Religionsunterricht erteilt wurde, ja an den kommerziellen Schulen wird Religion sogar Gegenstand der – Reifeprüfung.

Selbstverständlich wird in den Schulen jetzt bei allen möglichen und unmöglichen Anlässen gebetet, und einzelne Volksschulinspektoren machen es sich sogar zur Aufgabe, die Lehrer daraufhin zu kontrollieren, ob sie hierbei die erwünschte vorbildliche Inbrunst an den Tag legen, und geben ihnen nötigenfalls die entsprechenden Anweisungen. Die Schulkinder werden bei Kirchenfesten und Prozessionen zwangsmäßig aufgeführt. Die ungeheure Gefahr der Erziehung zu scheinheiliger Heuchelei liegt bei all dem auf der Hand. Ein Treppenwitz der Weltgeschichte – oder war es eine symbolhafte Fügung des Schicksals? – brachte es mit sich, daß der Akt, mit dem man am 10. April 1933, also unmittelbar nachdem man durch Ausschaltung des Parlamentes für derlei Streiche freie Hand bekommen hatte, den »Glöckel-Erlaß« vom gleichen Tage des Jahres 1919 aufhob und den verfassungswidrigen Zwang zur Teilnahme an religiösen Übungen wieder einführte, die Unterschrift des Ministers Dr. *Rintelen* trägt, jenes »frommen« Patrioten, den die christliche Regierung anderthalb Jahre darauf wegen »Hochverrats« zu lebenslänglichem Kerker verurteilen ließ.

Alle die oben angeführten Maßnahmen entsprechen dem Geiste des *Konkordats*, das als eine der Erstlingsfrüchte des Staatsstreichs am 2. Mai 1934 unter Dach und Fach gebracht wurde. In diesem Vertrag verpflichtet sich die österreichische Regierung überdies, die klerikalen Privatschulen (einschließlich der Volksschulen!) durch staatliche Beiträge zu subventionieren, und dieser Zustand wird ausdrücklich nur als ein Übergang zu dem Endziel der rein konfessionellen, das heißt vom Staate bezahlten und von der Kirche regierten Volksschule, der österreichischen Volksschule vor 1869, bezeichnet!

Glöckel hat nicht einen Augenblick daran gezweifelt, daß die Taktik der Regierung Dollfuß, die zu den blutigen Februarereignissen führte, durch ihre Absichten bezüglich der Jugenderziehung wesentlich mitbestimmt war; konnte sie doch bei normalen Verhältnissen niemals auch nur im Traume daran denken, auch nur einen winzigen Bruchteil dieser Pläne zu verwirklichen. Im übrigen hat er diese Zerstörung seines Lebenswerkes, ja die Zertrümmerung des Bodens, von dem aus er seinen Aufbau begonnen hatte, mit erstaunlichem Gleichmut hingenommen. »Laßt sie doch nur! Je toller sie es treiben, desto besser«, sagte

er lächelnd und gab damit der unerschütterlichen Zuversicht Ausdruck, daß es sich dabei um einen absurden Übergangszustand handle, dessen Dauer durch jede Ausschreitung nur abgekürzt werden könne. Und in dieser Zuversicht ist er auch gestorben.

#### d) *Tod und Bestattung*

In den Monaten nach seiner Haftentlassung hatte sich Glöckel wohl eigentlich nicht als Schwerkranker gefühlt, wohl aber waren immer wieder Anzeichen aufgetreten, die eine gründliche Erholung auf dem Lande dringlich geboten erscheinen ließen. Nun wären allzu großzügige Pläne schon durch die Beschränktheit der ihm zur Verfügung stehenden Geldmittel ausgeschlossen gewesen; aber selbst den bescheidensten Landaufenthalt hinderte überdies das Verbot der Staatspolizei, die Grenzen Wiens zu verlassen. Ein Gesuch um Aufhebung dieser Beschränkung, zu dem er sich erst nach längerem Widerstreben entschloß, wurde, wie üblich, endlos verschleppt; er mußte der Sache persönlich nachgehen, was gelegentlich zu erregten Auftritten führte. Mitte Juli war es endlich so weit, die Abreise in eine Sommerfrische in Niederösterreich war in Aussicht genommen, da wurde er am Abend des 20., einem Samstag, von heftigem Übelsein befallen, das äußerlich die Merkmale einer Magenverstimmung zeigte, aber mit Herzbeschwerden verbunden und, wie sich später zeigte, wahrscheinlich sogar von diesen hervorgerufen war. Im Laufe des Sonntags ging der Anfall allmählich zurück, Montag befand sich Glöckel soweit wieder wohl, daß die Abreise endgültig für den übernächsten Tag festgesetzt werden konnte. Am Nachmittag empfing er zu seiner großen Freude den Besuch des Zürcher Stadtrates Jean *Briner*, der gekommen war, um ihn im Namen seiner zahlreichen Freunde unter der Schweizer Lehrerschaft zu einem längeren Erholungsaufenthalt in der freien Schweiz einzuladen. Glöckel mußte ablehnen, schon deshalb, weil er die behördliche Erlaubnis zur Ausreise kaum erlangt haben würde; aber in einer mehrstündigen herzlichen Aussprache unterrichtete er den Freund unter anderm auch über die Vorarbeiten zu der von ihm geplanten Darstellung seines Lebenswerks, die er auf breitester Grundlage in Angriff genommen hatte. Der Gesamteindruck, den Briner von ihm mitnahm, war durchaus hoffnungsvoll. Am Abend schlief er ohne das Gefühl eines körperlichen Mißbehagens ein, um nicht mehr zu erwachen: in der Nacht vom 22. zum 23. Juli, wahrscheinlich in den ersten Morgenstunden, hat sein Herz zu schlagen aufgehört. Die Lage, in der er in seinem Bette gefunden wurde – in seiner gewohnten Schlafstellung, mit leicht geöffneten Lippen, unverzerrten Zügen, gelösten Gliedern –, gab wenigstens die eine beruhigende Gewißheit, daß ihm jeder, auch der leiseste

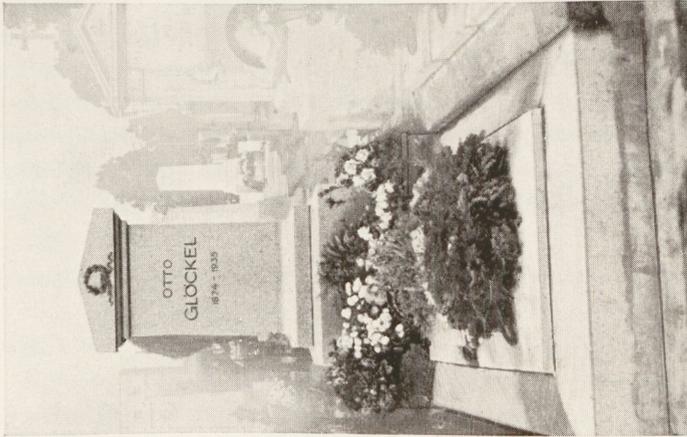
Todeskampf erspart geblieben war; bei der Natur seines Leidens (Angina pectoris) ein ganz besonderes Glück.

Die Nachricht von Glöckels Tod kam für die Öffentlichkeit völlig überraschend und wurde in den weitesten Kreisen der Bevölkerung, über die Grenzen der Partei hinaus, mit Erschütterung zur Kenntnis genommen, obwohl die gleichgeschaltete Presse das Ereignis mit ein paar spärlichen Sätzen abtat: neben der oben (S. 133) erwähnten albernen Reminiszenz an den angeblichen Fluchtversuch vor allem die Erinnerung an den Erlaß über die religiösen Übungen, während die Schulreform in der Regel mit der Bemerkung abgetan wird, sie habe sich eng an das sowjetrussische Vorbild (von dem zur Zeit von Glöckels Ministerschaft kein Mensch in Mitteleuropa noch etwas gewußt hat!) angelehnt und im übrigen – dem Spieltrieb der Kinder allzusehr nachgegeben. Nur die klerikale »Reichspost« widmete dem toten Gegner einen etwas ausführlicheren Nachruf, bei dem durch einen dichten Schleier von Übelwollen und Unverständnis doch auch ein Gefühl der Achtung sichtlich hindurchschimmert.

Den größten Respekt aber bezeugte ihm, auf ihre Art, die österreichische Regierung. Nicht daß sie sich beim Begräbnis eines Mannes, der in Ausübung eines wichtigen öffentlichen Amtes wahrhaftig dazu beigetragen hatte, das Ansehen seines Vaterlandes in der Welt zu mehren, irgendwie hätte vertreten lassen; das wohl nicht, aber sie ließ durch ihre Staatspolizei den Leichenfeierlichkeiten ihre ganz besondere Fürsorge angedeihen. Nicht nur Wortlaut der Kranzschleifen und Farbe der Blumenspenden wurden überwacht, der Text der Grabreden mußte der Polizei vorher zur Genehmigung vorgelegt und in langwierigen Verhandlungen Satz für Satz dem Zensor abgerungen werden, für die ausländischen Gäste ein befremdendes Erlebnis. Untersagt blieb eine entsprechende Würdigung der Schulreform, untersagt die Erwähnung, daß der Tote Sozialdemokrat gewesen war, und daß es irgendwo in der Welt noch so etwas wie Sozialdemokraten gebe, untersagt vor allem jede Anspielung auf das Herzleiden, das seinen Tod herbeigeführt hatte; eine deutlichere Manifestation des schlechten Gewissens war wohl kaum denkbar. Die Einäscherung erfolgte am Nachmittag des 26. Juli im städtischen Krematorium auf dem Zentralfriedhof. Ein gewaltiges Aufgebot bewaffneter Polizeimannschaften hielt die ganze Umgebung besetzt und sperrte schon lange vor Beginn der Trauerfeierlichkeiten den Zutritt für jedermann, gleichgültig, ob er sich mit einer persönlichen Einladung ausweisen konnte oder nicht. Selbst eine Abordnung der Gemeinde Pottendorf, deren Sohn und Ehrenbürger der Verstorbene gewesen war, wurde abgewiesen. Der Polizeioberst, der das Kommando führte, legte eine Nervosität an den Tag, als ob von hier aus und in dieser Stunde der Umsturz des Staates

ausgehen sollte. Wiederholt hörte man ihn, angesichts des Zuströmens immer neuer Trauergäste, laut schreien: »Das ist kein Leichenbegängnis, das ist eine politische Demonstration!«, und wiederholt gab er den Befehl, die Neuankommenden durch eine Attacke mit dem Gummiknüttel zu verjagen. Nichtsdestoweniger, oder gerade deshalb, gestaltete sich in der Trauerhalle der Abschied von dem Toten nur um so eindrucksvoller. Von Wienern sprachen Josef Washuber namens der Wiener Neustädter Studienkollegen und der ehemalige Stadtrat Paul Speiser namens der »Freunde«; daß es »Parteigenossen« waren, mußte er verschweigen, aber manches seiner Worte hatte einen geheimen Sinn, und er wurde verstanden und wirkte. Mit etwas größerer Freiheit durfte der Zürcher Stadtrat Jean Briner aussprechen, daß Glöckels Arbeit auf dem Gebiete der Schule in der Schweiz und im übrigen Ausland viel Anerkennung gefunden habe; ein halblauter Ausruf »auch in Österreich!« hätte hier um ein Haar zu einem Polizeiangriff auf die dichtgedrängte Trauergemeinde geführt. Zuletzt sprach der tschechoslowakische Abgeordnete De Witte, der jetzt Glöckels alten Wahlkreis im Prager Parlament vertritt. Bei seinen ersten Worten: »In dieser Stunde versammeln sich in den deutschen Städten des Erzgebirges die Arbeiter . . .«, ging eine Woge der Erregung durch die Menge, die ihn einen Augenblick innehalten ließ; es war der Schmerz um den lieben Toten, das Gefühl der Scham und Empörung darüber, daß es den Wiener Arbeitern jetzt und ein für allemal verwehrt war, sich zu versammeln, aber auch die Hoffnung und das Gelöbnis, daß es wieder anders werden müsse. Gerade in dem Augenblick, da der Sarg unter stummen Abschiedsgrüßen langsam in die Versenkung hinabzugleiten begann, gab der Polizeichef schreiend den Befehl, einen Mann, der seinen Arm – angeblich zu dem verpönten »Freiheit«-Gruße – erhoben hatte, aus der Menge herauszuholen; nur mit Mühe konnte der Skandal verhindert werden. Immerhin soll die Ausbeute der Polizei an jenem Tage rund 20 Verhaftete betragen haben.

Womöglich noch gewaltiger war die spontane Kundgebung bei der Erdbeseizung der Asche, die am Montag, dem 29., auf dem Meidlinger Friedhof vor sich ging. Da dieser alte, jetzt im allgemeinen nicht mehr benützte Friedhof inmitten eines dichtbevölkerten Bezirkes, unmittelbar an einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt, gelegen ist, war es nicht möglich, seine Umgebung einfach abzusperren, wenn man nicht ein ungeheures Aufsehen hervorrufen wollte. So mußte man den Tausenden, die sich – ohne Aufforderung und ohne Propaganda – hier einfanden, den Zutritt zum Friedhof gestatten, nur von der Trauerhalle und von der Umgebung des Grabes hielt man sie fern; so umsäumte denn ein geschlossenes, tiefgestaffeltes Spalier von Menschen, Arbeiter und sehr viel



Gedenktafel am Konsumgebäude in Graslitz  
(Tschechoslowakei)

Otto Glöckels Grab, im Friedhof des 12. Bezirks in Wien



Arbeiterfrauen, von innen die Umfassungsmauer des Friedhofes in ihrer ganzen Ausdehnung. Als der Trauerzug mit der Aschurne in Sicht kam, wehten – ein ohnmächtiger stummer Gruß aus der Ferne – die Taschentücher, bis die Polizei auch diesen »Unfug« mit der Drohung sofortiger Verhaftung brutal unterdrückte. Eines jedoch konnte man nicht verhindern: als die Masse nach Beendigung der Feier gleichzeitig dem Ausgang zuströmte, wurde sie mit einem Mal ihrer eigenen Größe bewußt, und ein seit langem entwöhntes Gefühl der Stärke machte sich Luft in einer stürmischen Ovation für die alten Führer, die mit ihr den Friedhof verließen. Eine wütende Polizeiattacke und 80 Verhaftungen waren die Folge, aber es blieb die tröstliche Gewißheit, daß die große Idee, für die der Tote gearbeitet und gelitten hatte, lebt und leben wird, und daß die Zeit nicht ferne ist, wo man auch in Österreich und auch auf dem Gebiete der Schule, die ihm so sehr am Herzen lag, über das, was jetzt geschieht, einfach hinwegschreiten und auf den Grundlagen weiterbauen wird, die er mit seinen Freunden gelegt hat. In diesem Sinne war schon der Verlauf der Totenfeier die denkbar einleuchtendste Bestätigung des optimistischen Lebensmutes, der ihn bis zum Letzten beseelt hatte.

## EIN EWIGER LEHRER

Wäre es Otto Glöckel vergönnt gewesen, die begonnene Autobiographie bis an die Grenze seines Lebens weiterzuführen, so würde – dies zeigt zur Genüge das Fragment, das er uns hinterlassen hat – eine besondere Darstellung seiner Persönlichkeit überflüssig geworden sein: so deutlich spricht aus jeder Zeile der Mensch und sein Charakter. Nun aber, da fremde Hand den Torso ergänzen und bei der Schilderung des Schulreformwerkes überdies das persönliche Moment naturgemäß hinter dem sachlichen stark zurücktreten lassen mußte, wird der Versuch einer abschließenden Würdigung, so unvollkommen er auch sein mag, gerechtfertigt erscheinen.

So gewaltsam auch das Weltgeschehen des öfteren in sein Leben eingegriffen hat, sein inneres Schicksal entschied sich dennoch ein für allemal in den Jahren der Kindheit, die er in dem bescheidenen Schulhaus von Pottendorf verlebte. Deshalb widmet er den unscheinbaren Erlebnissen jener Zeit einen so breiten Raum in seiner Darstellung; deshalb zieht es ihn auch im stürmischsten Drang der Staatsgeschäfte immer wieder an das Grab seiner Eltern auf dem kleinen Ortsfriedhof, der für ihn mit einem unaussprechlichen Zauber von Poesie umwoben ist; deshalb macht ihn keine der zahlreichen Würden, die ihm auf dem

Gipfel seines Lebens zufielen, so aufrichtig stolz wie die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes durch seine Heimatgemeinde; deshalb ist es ihm eine solche Freude, den Pottendorfer Arbeitern mit Rat und Tat zur Seite stehen zu können, als sie – übrigens unter dem erbitterten Widerstand der bürgerlichen Minderheit, die aus diesem Anlaß sogar zweimal die Auflösung des Gemeinderates erzwang – daran gingen, ein neues, vorbildliches Schulhaus zu erbauen. Es war *seine* Schule im eigentlichsten Sinne des Wortes, die dort auf dem Boden des Steinfeldes für die Kinder armer Industriearbeiter aufgerichtet wurde, »stolz und schön« wie nur irgendein sagenverklärtes Walhall.

Was der Knabe Otto in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in seinem Vaterhause in sich aufnahm, das war, um es mit einem damals noch nicht gebräuchlichen und seither oft mißbrauchten Worte zu kennzeichnen, das Berufsethos des Lehrers, insonderheit des Volksschullehrers auf dem flachen Lande, dessen Wirkungskreis an kultureller Bedeutung zunimmt, je mehr er sich räumlich verengt. Die charakteristischen Züge dieser wahrhaft adeligen Lehrgesinnung lassen sich durch sein ganzes Leben verfolgen. Nur einer von ihnen ist auch sein durch die Polemik der Gegner so ungehörlich in den Vordergrund gerückter Antiklerikalismus. Glöckel sprach die Wahrheit, wenn er immer wieder versicherte, daß er für echte Frömmigkeit aufrichtige Hochachtung empfinde; seine Liebe zur Natur, seine Aufgeschlossenheit für alle Schöpfungen der Kunst, voran der Musik, seine bedingungslose Hingabe an die Ideale des Sozialismus tragen selbst das Gepräge einer beinahe religiösen Inbrunst. Was er jedoch mit Leidenschaft ablehnte, das war der politische Machtanspruch der Kirche und ihrer Priester. Die kulturellen Leistungen der katholischen Kirche in allen Ehren – das, worüber Glöckel nicht hinwegkommen konnte, war die Tatsache, daß mindestens seit Beginn der Neuzeit alle Fortschritte menschlicher Erkenntnis und demzufolge auch alle Verbesserungen der Volksbildung in opfervollem Kampfe gegen den erbitterten Widerstand der Kirche durchgesetzt werden mußten, daß insbesondere die segensreiche Neugestaltung der österreichischen Volksschule durch das Reichsvolksschulgesetz von 1869 von dem Bannfluch der römischen Kurie begleitet worden war. Aus der Tiefe dieses Erlebnisses heraus war für die österreichische Lehrgeneration, der Otto Glöckel angehörte, die antiklerikale Gesinnung beinahe zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die auch durch die in den neunziger Jahren mit aller Wucht einsetzende Periode der Reaktion nicht völlig ausgerottet werden konnte.

Wenn je ein Mensch seinen Lebensberuf unter dem inneren Zwang wahrer Berufung gewählt hat, so war dies der Jüngling Otto Glöckel; man ermesse danach die tragische Wirkung des politischen Willküraktes, der dem Dreiund-

zwanzigjährigen die Schulstube, nachdem er eben in ihr Fuß gefaßt hatte, für immer verschloß. So sehr auch in der Folgezeit diese Wendung seines Schicksals für ihn und sein Werk zum Segen wurde, im Grunde genommen hat Glöckel diesen Schlag niemals ganz überwunden. Man brauchte nur zu beobachten, wie er förmlich auflebte, wenn er ein Schulzimmer betrat, wie sein Herz mitschwang in dem Rhythmus fröhlicher Arbeit, welche Qualen er ausstand, wenn er, wie dies zuweilen natürlich auch vorkam, gelegentlich Zeuge einer verpfuschten Unterrichtsstunde wurde, wie er geradezu »im Glück schwamm«, wenn es sich fügte, daß er, ohne zu stören, selbst eingreifen und etwa gar ein Lied dirigieren konnte, wie er überhaupt mit den Kindern und mit den Eltern über ihre Kinder zu reden verstand – wer dies einmal offenen Auges mit ansah, der mußte erkennen: der hier vor dir steht, ist ein »verhinderter« Lehrer!

Aber eine innere Berufung, die mächtig ist wie Otto Glöckels Hinneigung zum Lehramte, läßt sich auch durch den stärksten äußeren Zwang nicht völlig unterdrücken. So hatte die Maßregelung durch Lueger am Ende nur die Folge, daß er seine Lehrtätigkeit in einem weiteren Kreise, auf einer höheren Ebene fortsetzte: der Volksschullehrer wurde zum Lehrer des Volkes. Diese Wirkung hat Lueger nicht vorausgesehen, aber hinterher klar durchschaut, wie ein kleiner Vorfall aus der Zeit kurz vor seinem Tode bezeugt. Als er, dessen Augenlicht unter dem Einfluß seiner Krankheit schwer gelitten hatte, einmal, auf seinen Stock gestützt, den Sitzungssaal des Parlamentes betreten wollte, traf er im Eingang unvermutet mit dem jungen Abgeordneten Glöckel zusammen, und während ihm dieser zuvorkommend die Türe öffnete und sich anheischig machte, ihn über die Stufen in den Saal hinabzuleiten, wehrte Lueger ab, indem er sagte: »Oh, bitte, bemühen Sie sich nicht! Soviel sehe ich schon noch. Aber damals – *damals* war ich blind...« Es war eine Geste der Versöhnung von seiten des Alten; der Junge hatte wohl längst allen Groll begraben.

Glöckels politische Laufbahn begann bezeichnenderweise mit reiner Bildungsarbeit: in rauchigen Wirtsstuben, in dumpfen Kellerräumen erteilte er verspäteten Elementarunterricht an Erwachsene, lehrte er Geschichte und Naturwissenschaften, führte er Jugendliche in die Zauberwelt der Dichtung ein, leitete er gelegentlich einen gemischten Chor; diese Stunden waren, wie Augenzeugen bestätigen, gleich freudvoll für den Vortragenden wie für seine Zuhörer. So gewann er Fühlung mit den proletarischen Organisationen, und so geriet er allmählich in das politische Fahrwasser; aber niemals, auch dann nicht, als er in verantwortlicher Stellung »große« Politik zu machen hatte, hat er aufgehört, sich als Lehrer zu fühlen. Seiner Überzeugung nach war Aufklärung die wichtigste Leistung, die der Politiker, zumal der sozialdemokratische Politiker, zu

vollbringen hatte; daß der Sozialismus dank seiner Übereinstimmung mit den naturgegebenen Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung sich als einzige politische Richtung den Massen gegenüber den Luxus ungeschminkter Wahrhaftigkeit leisten darf, das vor allem war es, was den klaren Geist des jungen Lehrers gefangen nahm, nachdem sein warmes Herz ihn längst zu den Entertben des Schicksals hingezogen hatte. In dieser Lehrtätigkeit fand er sein Glück, und es wurde vollkommen, als er auf der Höhe seines Lebensweges die Schule selbst zum Gegenstand seiner Aufklärungsarbeit machen und, mehr als das, entscheidend in die Neugestaltung des Volksbildungswesens eingreifen konnte.

In der Art, wie Glöckel seine rednerischen Aufgaben anpackte, zeigte er sich so recht als der »ewige Lehrer«, der er war und blieb. In Ratschlägen, die er gelegentlich jungen Parteigenossen erteilte, hob er die große Verantwortung hervor, die der sozialdemokratische Referent seinen Zuhörern gegenüber trage: müde nach des Tages Arbeit und doch aufnahmebereit, vertrauensvoll dem Sprecher zugewandt und doch kritischen Geistes, haben sie einen Anspruch darauf, daß dieser ihnen sein Bestes gebe. Es wäre eine Frivolität, sich mit ein paar billigen »Schlagern« aus der Affäre ziehen zu wollen oder sich einzubilden, man könne durch eine seichte, in schlechtem Sinne »populäre« Darstellung befriedigen. Die Aufgabe des Redners sei es, die Zuhörer auf die Höhe des Gegenstandes emporzuführen. Mit solchem Ernst hat Glöckel von Anfang an seine Versammlungstätigkeit aufgefaßt, und es war mehr als eine äußerliche Geste, wenn er, so oft er vor Arbeitern zu sprechen hatte, das beste Gewand anlegte, das ihm jeweils zur Verfügung stand.

Die größte Sorgfalt verwendete er auf die Vorbereitung, gleichgültig, ob es sich um eine große Parlamentsrede, ein Referat in einer Volksversammlung oder um eine Ansprache bei irgendeiner Gelegenheitsveranstaltung in kleinem Kreise handelte; er bereitete sich vor, wie der gewissenhafte Lehrer eine jede Unterrichtsstunde vorbereitet – oder doch vorbereiten sollte<sup>18</sup>. Diese Gewohnheit war weder ein Ausfluß von Pedanterie noch die Folge eines Unvermögens, frei zu sprechen; im Gegenteil, die Improvisationen, zu denen er gelegentlich im Zuge einer Debatte oder durch eine unvermutete Aufforderung zum Sprechen

<sup>18</sup> Als die Volksschulreform den festen Stundenplan und die Bindung an den genau zugemessenen Lehrstoff beseitigte, verlangte Glöckel, damit die Freiheit nicht in Zeitvergeudung ausarte, als Gegengewicht von den Lehrern die schriftliche Skizzierung eines Planes für ihre tägliche Unterrichtsarbeit. Es hat ihn schwer getroffen und er hat es in seiner idealen Auffassung von den Pflichten des Lehrberufes nie begriffen, daß diese Anordnung bei einem – allerdings demagogisch verhetzten – Teile der Lehrerschaft hartnäckige Ablehnung hervorrief.

genötigt war, gehörten oft zu seinen gelungensten rednerischen Leistungen. Ausländische Lehrergruppen, die auf Besuch in Wien weilten, konnten ihn von beiden Seiten kennenlernen: wenn er eine wohlvorbereitete Begrüßungsrede dazu benützte, ihnen eine Lektion, nein, einen ganzen Kursus nicht nur über die Schulreform, sondern womöglich gleich auch über die Republik Österreich und das neue Wien zu halten, und wenn er dann, nachdem man sich durch ein überreichliches Besichtigungsprogramm durchgearbeitet hatte, bei einer gemütlichen Zusammenkunft in launiger, aber doch sehr ernst empfundener Tischrede, mit bewundernswerter Psychologie die Eigenart der Besucher erfassend, auch die Herzen derer zu gewinnen wußte, die zunächst widerstrebend oder mit Vorurteilen belastet ihren Rundgang angetreten hatten.

Für den Politiker bedeutet der Zwang, dutzende Male über den gleichen Gegenstand zu sprechen, eine gefährliche Klippe; er muß sich wiederholen, muß mit Gemeinplätzen, mit »Klischees« arbeiten. Bei Glöckel hatte man dieses Gefühl niemals, weil er seine Gedankengänge, auch wenn er sie zum soundsovielten Male vortrug, immer wieder neu erlebte. So wirkte seine Rede auch trotz ihrer sorgsamsten Vorbereitung auf die Zuhörer mit voller Unmittelbarkeit, fesselnd, überzeugend, begeisternd. Dabei war die Art, wie er beispielsweise im Ausland einen sachlich völlig unorientierten Hörerkreis in seinen Bann zu ziehen und durch einen weit über die normale Dauer ausgedehnten Vortrag in die Problematik der österreichischen Schulreform einzuführen wußte, ein methodisches Kunstwerk – beste Lehrerarbeit.

Die psychologische Führerkunst des geborenen Lehrers betätigte er in besonderem Maße bei der Leitung heikler Verhandlungen. Es war ein Genuß, ihn zu beobachten, wie er einmal durch eine witzige Bemerkung einen gefährlichen Sturm beschwor, das andere Mal mit einigen verbindlichen Worten dem unterliegenden Teil den Rückzug erleichterte. Dabei stand er zuweilen vor Situationen, die an das Taktgefühl ganz ungewöhnliche Anforderungen stellten und nur durch Einsatz der ganzen ihm zu Gebote stehenden inneren Autorität gemeistert werden konnten.

Die größten Erfolge zeitigte seine Kunst der Menschenbehandlung im unmittelbaren Kontakt mit dem politischen Gegner. Mehr als ein halbes Dutzend christlichsozialer Unterrichtsminister hat er als Präsident des Stadtschulrates »über sich ergehen lassen«, und mit fast allen wußte er – über alle sachlichen und theoretischen Gegensätze hinweg – alsbald ein erträgliches Verhältnis herzustellen, die unentbehrliche Grundlage für eine ruhige Entfaltung der Schulreform in Wien. Die wenigen Ausnahmen in dieser Reihe bestätigten die Regel, ja es kann geradezu als Gradmesser für die menschlichen Qualitäten der wech-

selnden Minister dienen, ob sie ohne schweren Konflikt mit Glöckel auszukommen vermochten oder nicht. Was die Menschen in seinen Bann zog, war neben der heiteren Liebenswürdigkeit seiner Umgangsformen, der Offenheit in der Darlegung seiner Beweggründe und Absichten vor allem die unbedingte Loyalität in der Erfüllung von Vereinbarungen, eine Loyalität, die über die äußerliche Respektierung des Buchstabens hinaus den Kern der Sache festhielt. Die gleiche Gesinnung – das war vielleicht seine einzige Schwäche – setzte er, insofern er nicht unsanft des Gegenteils belehrt wurde, auch bei seinen Partnern voraus<sup>19</sup>.

Diese optimistische Einstellung zu den Menschen ist wiederum ein Ausfluß seiner Lehrernatur. Der pädagogische Optimismus, untrügliches Kennzeichen des echten Lehrers und unentbehrliche Arbeitshypothese für sein Wirken, ist zwiefacher Art: er gründet sich auf den Glauben an die Kraft der Belehrung einerseits und andererseits auf den Glauben an die Güte der Menschen (in diesem Falle der Schüler), an dem er selbst über die ersten Enttäuschungen hinaus festhält. Den ersteren bewährte Glöckel, indem er nimmer müde wurde, durch aufklärende Beredsamkeit die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die Unverstand und Vorurteil seinem Werk entgegenwürften; den letzteren in seinem Verhalten gegenüber Freund und Feind. Bittere Erfahrungen konnten nicht ausbleiben. Schon während der ersten Periode schwerer Reaktion, die um die Jahrhundertwende unter dem Regime Luegers über die Wiener Schule hereingebrochen war, mußte er es erleben, daß viele, allzu viele seiner Kampfgenossen aus dem Kreise der »Jungen« schwach wurden und sich der Macht beugten; er hat es ihnen nicht dauernd nachgetragen und manchen von ihnen nach dem Umsturz sogar zur Mitarbeit an seiner Schulreform herangezogen. Noch ungleich größere Anforderungen an die Festigkeit der Gesinnung stellte dann die faschistische Terrorherrschaft, die unmittelbar nach den blutigen Februartagen 1934 einsetzte, Anforderungen, denen selbstverständlich auch im Bereich der Schule nicht ein jeder gewachsen war – Glöckel blieb der alte. In rührender Klarheit äußert sich dieses sein Wesen in den folgenden Sätzen, die einem am

<sup>19</sup> Es ist überaus bezeichnend, daß ein alter politischer Gegenspieler Glöckels, der ehemalige christlichsoziale Abgeordnete und Reichsparteisekretär *Wollek*, nach Glöckels Tod in der »Reichspost« (2. August 1935) diese Seite seines Wesens besonders hervorhob: »Es muß anerkannt werden, daß Glöckel abgeschlossene Verträge genau eingehalten und sie auch dann durchgeführt hat, wenn es seinen eigenen Anhängern unangenehm war.« Da kein Fall bekanntgeworden ist, wo Glöckel in seinen eigenen Reihen derartigen Schwierigkeiten begegnet wäre, liegt in diesen Worten wohl eine versteckte, aber viel-sagende Anspielung auf die unqualifizierbare Haltung der Christlichsozialen in dem Wortbruchskandal von 1926 (oben S. 118), durch die unter anderen auch *Wollek* selbst in eine schiefe Lage gebracht wurde.

Silvesterabend niedergeschriebenen Rückblick auf das Unglücksjahr 1934 entnommen sind :

»Harte Zeiten zerreißen den Schleier, hinter dem sich Streberei und Heuchelei verbergen ; nun zeigen sich die Menschen, wie sie wirklich sind. Viele, viele bestanden die Probe nicht, ihre Persönlichkeiten schrumpften ein, als Schwächlinge und Feiglinge standen sie da. Es gab aber auch solche, denen die Gefahr neue Kräfte erweckte, die sich selbst fanden, die über die ‚Helden des Alltags‘ hinauswuchsen in ihrer hohen Auffassung der Pflichten gegenüber der Sache und gegen andere. Um dieser Menschen willen habe ich Dank für das abgeschlossene Jahr. Ich spreche ihn aus mit bebenden Lippen, mit feuchten Augen und Liebe im Herzen.«

Wer aus den Tiefen des Unglücks so zu sprechen vermag, ist ein großer Mensch und – trotz allem – ein Glücklicher. Das war Otto Glöckel wirklich. Er hat das Glück genossen, seiner innersten Berufung folgen zu können, das unsagbare Glück, daß der Sturm, der ihn aus seiner Bahn reißen sollte, ihm nur ein ungleich weiteres Feld reicherer Tätigkeit erschloß. Freilich zeigt ein Blick auf Glöckels Leben, daß er sich dieses Glück, diesen Aufstieg zu einer wahrhaft demokratischen Führerschaft, in harter Arbeit, in gewissenhafter Pflichterfüllung Schritt für Schritt erkämpft hat ; der Grund aber, auf dem er aufbaute, war sein Lehrtum. In diesem Sinne hat sein Freund, der Anatom und Organisator des sozialdemokratischen Wiener Fürsorgewerkes, Julius Tandler, den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er (Winter 1933) in einem Briefe aus Schanghai den folgenden Spruch des Kungfutse, wie er sich neckisch ausdrückt, »für ihn notiert« :

»Nur wer vielseitig aufzuklären vermag, der kann ein Lehrer sein ; *wer ein Lehrer zu sein vermag, der erst kann Führer sein.*«



*AUS REDEN UND AUFSÄTZEN*  
*VON OTTO GLÖCKEL*



Es war keine leichte Aufgabe, aus der großen Fülle des von Glöckel während einer fast vierzigjährigen öffentlichen Tätigkeit Geschriebenen und Gesprochenen – allein die stenographischen Protokolle seiner Parlamentsreden füllen viele Quartbände – jene Auswahl zu treffen, die dem Umfang und dem Zweck dieses Buches angemessen ist. Entscheidend war schließlich, neben dem Gesichtspunkt der fortdauernden Aktualität und der allgemeinen Verständlichkeit auch für den mit österreichischen Verhältnissen weniger Vertrauten, der Wunsch, ein möglichst vielseitiges und lebendiges Bild von der rednerischen Persönlichkeit Glöckels zu geben und gleichzeitig auch unsere notwendigerweise sehr knappe Darstellung seines Lebenswerkes anschaulicher zu gestalten.

Die Aufsätze aus dem Jahre 1916, die die Auswahl eröffnen, in kurzen Abständen in der »Arbeiter-Zeitung« erschienen, bilden eine innere Einheit und zeigen, wie Glöckel schon damals alle Grundgedanken der späteren Schulreform geistig erarbeitet und zur Richtschnur seiner Propaganda gemacht hatte.

Es folgen drei mutige Anklagereden aus den letzten Jahren des Weltkriegs, nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit, deren sachlicher Inhalt – eine aktenmäßige Darstellung der Kriegsverwüstungen im Bereich der Jugend-erziehung – schon wegen der erschreckenden Vergeßlichkeit der menschlichen Natur zu dauerndem Gedächtnis aufbewahrt zu werden verdiente.

Die Zeit des Aufbaus ist durch die eine Rede vertreten, mit der Glöckel als Unterstaatssekretär die Beratung über das von ihm eingebrachte Gesetz betreffend die Staatserziehungsanstalten einleitete. Sie hat programmatischen Charakter und spiegelt, zusammen mit den anhangsweise abgedruckten anerkennenden Äußerungen der politischen Gegner, die Stimmung jener Tage lebhaft wider. Sie war eine Ausnahmserscheinung, im allgemeinen wies das politische Barometer im österreichischen Parlament immer auf Sturm.

Auch hier – und hier besonders – wußte Glöckel seinen Mann zu stellen. Fünf kurze Proben zeigen ihn als schneidigen Debatter und witzigen Polemiker. Daß dabei auf das geistige Niveau des österreichischen »Antimarxismus« vielfach ein übles Licht fällt, ist weder die Schuld des Redners noch etwa die der hier gebrachten Auswahl.

Den Schluß bilden zwei Dokumente, die den Redner Glöckel unmittelbar zum Gegenstand haben: die Invektive eines Gegners, die trotz aller Gehässigkeit zu einer unfreiwilligen Anerkennung seiner Leistung wird, und ein aus innerstem Gefühl kommendes Selbstbekenntnis Glöckels über die Beziehung des Redners zur »Masse«. Die Anordnung der beiden Stücke weicht von der chronologischen Reihenfolge ab, um unsere Sammlung nicht mit einem Mißton schließen zu lassen, sondern mit einem reinen, vollen Akkord.

# PRÄLUDIEN ZUR SCHULREFORM

*Ein aufklärender Schulerlaß*

(»Arbeiter-Zeitung«, 2. August 1916)

Am 15. September 1915 richtete der niederösterreichische Landesschulrat an die Direktion der Mittelschulen einen Erlaß, der angeblich den Zweck verfolgen sollte, den Zudrang zu den Mittelschulen einzudämmen. Durch eine Eingabe des Ortsschulrates für den achten Wiener Bezirk an den Bürgermeister wurde der Inhalt des Erlasses bekannt; nach fast einem Jahre! Anfänglich konnte man der Meinung sein, daß es sich hier um eine zufällige Entgleisung handle; da sich aber der Vizepräsident des niederösterreichischen Landesschulrates, Josef von Khoß-Sternegg, in einer Zuschrift, die er Sonntag an eine Wiener Zeitung (»Neue Freie Presse«) richtete, veranlaßt fühlte, den Erlaß »erklärend« zu verteidigen, so liegt zweifellos eine maßgebende Äußerung eines in verantwortungsvoller Stellung befindlichen Schulorgans vor, die einen recht interessanten Einblick in die Auffassungen gewährt, die an wichtigen Stellen zu walten scheinen.

Der Erlaß gibt Weisungen über die Durchführung der Aufnahmeprüfungen in die Mittelschule. Es ist selbstverständlich, daß nicht alle Aufnahmebewerber für das Studium an Mittelschulen die notwendige Reife und Befähigung haben. Durch Aufnahmeprüfungen soll nun die Auswahl getroffen werden. Über den Wert dieser Prüfungen ist man längst einig. Eine kurze Prüfung, die sich auf die vier Grundrechnungsarten, eine grammatische Analyse und ein Diktat erstreckt, soll ausreichen, über die geistigen Fähigkeiten eines Schülers, den der Prüfende vorher nie gesehen hat, ein Urteil zu sprechen. Das Ergebnis der Prüfung hängt zum Teil von dem Wissen und der Begabung des Prüflings ab, meist spielt die Eigenart des Schülers und des prüfenden Lehrers die größte Rolle. Der Erzieher ist noch nicht geboren, der in gewissenhafter Weise ein richtiges Urteil nach einer solchen Prüfung auszusprechen vermöchte, ein Urteil, das oft folgenschwer ist; ganz abgesehen davon, daß es leicht möglich ist, dem Zögling den geforderten Wissensstoff rein mechanisch einzupauken. Tatsächlich kommen die unglaublichsten Mißgriffe vor.

Die Beurteilung der Fähigkeiten wird um so richtiger sein, auf eine je längere Beobachtungszeit sie sich erstreckt und in einem je reiferen Alter sie sich vollzieht. Das Bestreben der Pädagogen geht daher dahin, die Einheitschule bis zum höchstmöglichen Alter einzuführen. Eine Gabelung der Schulgattungen etwa vor dem fünfzehnten Lebensjahre ist ganz unnötig, ja schädlich.

Es gibt einen gewissen Grundstock von Kenntnissen, über den jeder Mensch, ob Arbeiter oder Professor, verfügen soll. An eine möglichst praktische allgemeine Bildung hat sich die Fachbildung anzuschließen. Längst befinden sich die Sozialdemokraten mit allen ernstesten Schulreformern in voller Übereinstimmung, daß die Auswahl der Schüler für die einzelnen Schulgattungen ausschließlich nach der Befähigung des Schülers geschehen müsse.

Wie stellen sich nun die Herren im niederösterreichischen Landesschulrat zu diesen Fragen? Wie sucht man dem anzustrebenden Ziel wenigstens näher zu kommen? Darauf gibt nun der eingangs erwähnte Erlass aufklärende Antwort. Der entscheidende Satz hat folgenden Wortlaut:

»Es wird ganz besonders darauf zu achten sein, daß geistig minderveranlagte und schwach vorgebildete Knaben, namentlich wenn sie nach dem Bildungsgrad, der Berufszugehörigkeit oder der Vermögenslage der Familienangehörigen zu Hause weder eine verständnisvolle Beurteilung der Anforderungen in den Lehrgegenständen noch eine strenge Berücksichtigung ihres Fleißes und ihres Betragens zu gewärtigen haben, von der Aufnahme in die Mittelschulstudien in ihrem eigenen Interesse ferngehalten werden.«

Der Leser werde nicht gleich ungeduldig, man muß den Satz in Ruhe genießen! In seiner Geschraubtheit und krausen Fügung ist er nicht leicht verständlich. Wir werden versuchen, in seinen Sinn einzudringen. Es handelt sich also um »minderveranlagte und schwach vorgebildete Knaben«, die »von dem Mittelschulstudium in ihrem eigenen Interesse ferngehalten werden sollen«. Einverstanden! Alle minderbegabten Knaben sollen von dem Mittelschulstudium ferngehalten werden – doch nicht zu voreilig, forschen wir erst weiter: Nicht alle, sondern nur solche, die aus Familien stammen, wo

- a) »eine verständnisvolle Beurteilung der Forderungen in den Lehrgegenständen nicht zu gewärtigen ist«, und
- b) wo auch »eine strenge Berücksichtigung des Fleißes und des Betragens« der Knaben nicht erwartet werden kann.

Ist die erste Bestimmung recht dunkel, so ist die zweite – auch nach den erklärenden Worten des Herrn Vizepräsidenten – völlig unverständlich. Der Verfasser des Erlasses hat vielleicht mit guten Zeugnissen, aber mit schlechtem Erfolg die Mittelschule auf Grund einer Aufnahmeprüfung durchgemacht, bei der möglicherweise in unglückseliger Vorahnung des Kommenden schon der Maßstab der »Familienzugehörigkeit« angelegt wurde. Man sieht, zu welchen Fehlentscheidungen das führen kann.

Und nun einige Fragen: Welcher Bildungsgrad der Eltern ist erforderlich, um die Anforderungen in den Lehrgegenständen beurteilen zu können? Welche Berufe eignen sich am besten hierzu? Hängt vielleicht, um ganz fein zu unterscheiden, die Fähigkeit von der Rangklasse ab? Und die Vermögenslage? Hat

etwa der Vater des Prüflings das Personaleinkommensteuerbekenntnis vorzuweisen? Genügt ein Adelsdiplom? Die Aufnahmeprüfung der Schüler würde also um die eingehende Prüfung aller Privatverhältnisse der Eltern erweitert! Aber lassen wir den Scherz nunmehr sein! Klipp und klar bedeutet der Erlaß: Minderveranlagte und schwach vorgebildete – also zum Studium unreife – Knaben sollen nicht zurückgewiesen werden, wenn sie aus sogenannten »besseren« Ständen stammen. Der Erlaß sichert Schutz den Talentlosen aus den vornehmen Kreisen zu! Darüber kommt der Herr Vizepräsident trotz aller demütigenden Briefe an einen Wiener Zeitungsgewaltigen, trotz aller gewundenen Sätze nicht hinweg. Dieser Erlaß beleuchtet wie ein Blitzlicht die Denkrichtung der im Landesschulrat maßgebenden Herren. Minderveranlagte Kinder gehören überhaupt nicht in die Mittelschule, ob reich, ob arm! Der Herr Vizepräsident erklärt, daß der Erlaß »seines Erachtens ganz selbstverständlich« ist. Gar so selbstverständlich scheint uns die Sache, insbesondere in der jetzigen Zeit, da der Krieg so furchtbare Lücken reißt, doch nicht zu sein. Wir werden qualifizierte Arbeiter, Ärzte, Professoren, Ingenieure, Kaufleute, Verwaltungsbeamte brauchen, die, tüchtig vorgebildet, zielbewußt anzupacken verstehen, um die Ruinen wegzuschaffen, auf daß neues Leben erblühe. Nie litt Österreich an einer Überfülle von Talenten; die Pflicht, jede Begabung aufzusuchen, sie fürsorglich zu warten und zu pflegen und endlich zur Reife zu bringen, wird in Zukunft unerläßlich sein. Mit den »Minderbegabten« der »besseren« Kreise werden wir kaum ausreichen.

Das ewige Gejammer über die Überfüllung der Mittelschulen! Ja, überfüllt sind sie schon mit untauglichen Elementen, hingegen finden fleißige, fähige junge Menschen die Türen verschlossen, weil die »Vermögenslage der Eltern« das Studium verhindert. Das heuchlerische Wort »Talente ringen sich schon durch« ist ein wahrhafter Frevel, ein Raubbau an menschlicher Kraft. Jedes »Talent, das sich durchringen mußte«, ist eine lebendige Anklage gegen den jetzigen Zustand, der künstliche Wälle aufrichtet, um die Entwicklung Besitzloser zu verhindern, Wälle, die dann unter unsäglichen Mühen und Entbehrenungen überwunden werden müssen. Man zwingt zu einer Kraftvergeudung, die oft die Energie in dem Augenblick bricht, wo der Platz erobert wurde, von dem aus das Gelernte erst fruchtbar angewendet werden könnte. Eine recht hübsche Verteilung: auf der einen Seite bedarf es eines ungeheuren Energieaufwandes des Intelligenzen, auf der anderen ebnet man den »Minderveranlagten in entsprechender Vermögenslage« den Weg ganz offiziell bei den Prüfungen und privat durch gutbezahlte Hauslehrer. Schaffet Schulen, die etwas wert sind, so gibt es deren nie zuviel! Da in Österreich auf 70 000 Einwohner erst eine

Mittelschule kommt, hätte man alle Ursache, sich beschämt in ein Winkelchen zu stellen und nicht den Mund über die zu große Zahl der Mittelschulen vollzunehmen. Auch dem Gewerbetreibenden, dem Kleinbürger würde eine intensivere Bildung von Nutzen sein. Für all diese Dinge scheint man an entscheidender Stelle wenig Verständnis zu haben. Da preist man immer den Krieg als erfolgreichen Lehrmeister, bei den Schulgewaltigen Niederösterreichs scheint er völlig versagt zu haben.

Wir können schon verstehen, daß selbst streng bürgerliche Kreise den Erlaß verwerfen, da er gegenwärtig recht unzeitgemäß bekanntgeworden ist. Während des Krieges ist die Melodie von den gemeinsamen Interessen aller Gesellschaftsklassen recht beliebt, wozu der Text dieses Erlasses schon gar nicht passen will.

Wohl ist die Mittel- und Hochschule, dank dem ängstlich gehüteten Bildungsprivileg, zunächst eine Angelegenheit des Bürgertums. Mittelbar ist aber auch das Proletariat an diesen Fragen lebhaft interessiert. Es ist durchaus nicht gleichgültig, mit welchem Wissen und Anschauungen die uns von diesen Schulen gegebenen Beamten, Richter und Ärzte ins Leben treten und auf die Bevölkerung losgelassen werden. Nicht liebevoll gehegte Schwachköpfe mit »Verbindungen«, sondern an Körper und Geist gesunde, bildungsdurstige junge Leute, die in den Schulen Tüchtiges lernen und befähigt werden, entweder in praktischen Berufen sich zu bewähren oder auf wissenschaftlichem Gebiet weiterzustreben: das muß das Ziel jeder Schulreform, die Sorge jeder Schulbehörde sein. Bahn frei allen Begabten! Diese Aufgabe zu lösen, dazu gehören allerdings Verwaltungsorgane, die die Forderungen der jetzigen Zeit verstehen, sich nicht einspinnen in längst überlebte Vorstellungskreise, dazu gehört vor allem anderen eine Bevölkerung, die ihr Interesse erkennt und in der erhöhten Bildungsmöglichkeit eine wichtige Stütze in ihrem Kampf um eine bessere Existenz, um ihren geistigen und sozialen Aufstieg erblickt. *Will man an den so notwendigen Aufbau eines neuen Österreich schreiten, so wird die Lösung der Schulfrage an hervorragender Stelle stehen müssen.*

### *Schulgeld*

(»Arbeiter-Zeitung«, 22. August 1916)

Der wiederholt besprochene Erlaß des niederösterreichischen Landesschulrates vom September 1915 begnügt sich nicht damit, den »geistig minder veranlagten und schwach vorgebildeten Knaben« vermögender Eltern bei der Aufnahmeprüfung in die Mittelschule liebevoll beizustehen, er gedenkt auch der Kinder armer Leute, denen es doch einmal gelungen sein könnte, vor Geltungsbeginn des Erlasses in die Mittelschule hineinzuschlüpfen, um mit Hilfe der

Befreiung von der Entrichtung des Schulgeldes ihr Studium zu vollenden. Der ritterliche Verteidiger des Erlasses, Herr Vizepräsident Josef von Khoß-Sternegg, erklärt ausdrücklich: »Die auf die Schulgeldbefreiung bezügliche Bestimmung zielt lediglich darauf ab, daß nicht Schüler, die infolge unzureichenden Fleißes und Fortganges und mangelnder Begabung der Schulgeldbefreiung verlustig gehen sollen, in Anwendung einer falsch angebrachten Humanität etwa weiterhin die Begünstigung erhalten oder gar durch Zuwendungen aus der Schülerlade für die durch die Zahlung des Schulgeldes ihnen erwachsenen Auslagen entschädigt werden.« Wir sind der Meinung, wenn der Lehrkörper nach gewissenhafter Überprüfung bei einem Schüler mangelnde Begabung oder dauernd unzureichenden Fleiß festzustellen vermag, dann ist der Schüler aus der Anstalt zu entfernen, ohne Rücksicht darauf, ob seine Eltern vom Schulgeld befreit sind oder nicht. Damit ist allerdings Herr von Khoß nicht einverstanden. Ein Schüler, dem wohl Begabung und Fleiß, dessen Eltern aber glücklicherweise nicht das Geld mangelt, der daher auf die Schulgeldbefreiung nicht angewiesen ist, der braucht keine Minute beunruhigt zu sein: auf ihn treffen die Voraussetzungen des Erlasses nicht zu.

Anders bei dem armen Teufel. Da Herr von Khoß nur schlechtweg von »unzureichendem Fleiße und Fortgang« spricht, erhöht sich wesentlich die Gefahr. Jedem Erzieher ist bekannt, daß bei Jungen, die im Alter der Pubertätsentwicklung stehen, oft ein plötzlich auftretendes zeitweiliges Nachlassen der Schülerleistung zu beobachten ist. Wie leicht kann dieser Erlaß die Ursache sein, daß man die Schulgeldbefreiung aus einem solchen Anlaß entzieht und dadurch das Ende des Studiums gewaltsam herbeiführt!

Sind die Lernbedingungen für Söhne armer und begüterter Eltern nicht ohnehin ungleich genug? Der eine hat ausreichende nahrhafte Kost, einen gesunden Studierraum, Ferienaufenthalt in einem Kurort; er treibt Sport, verfügt über alle »Erleichterungsmittel«, vom Hilfsbuch bis zum Hauslehrer. Die ganze Sorge des Hauses vereinigt sich auf ihn. Reicht dies alles nicht aus, mangelnde Begabung oder süße Faulheit zu überwinden, dann gibt es eine schlechte Zensur, im ungünstigsten Falle kommt es zur Wiederholung einer Klasse – was verschlägt's? – man kann sich's leisten!

Und der andere? Ein Beispiel für viele. Vor einigen Monaten fiel auf dem nördlichen Kriegsschauplatz ein mit der großen silbernen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnete Kadett, der Sohn eines Fabrikarbeiters. Er war die Hoffnung und der Stolz seiner Eltern. Während seines Mittelschulstudiums stand ihm die – Küche seiner Eltern als Lern- und Schlafräum zur Verfügung, den er mit noch zwei Brüdern teilen mußte. Der Junge hatte tatsächlich kein Fleckchen,

wo er ungestört hätte lernen können. Während der Ferien verdingte er sich als Hilfsarbeiter bei einem Ziegeldecker in der Umgebung Wiens, während des Schuljahres gab er so viele Privatstunden, daß er sich halbwegs über Wasser halten konnte. Sein Maturitätszeugnis wies durchweg die Note »sehr gut« auf. Hätte dieser energische, begabte Mensch einmal bei einer Zensur versagt, was ja keine Unmöglichkeit gewesen wäre, da er seine Arbeitskraft zum großen Teil verkaufen mußte, und wäre es nach dem Willen des Herrn von Khoß gegangen, er hätte nicht nur die schlechtere Fortgangsnote wie etwa sein Kollege erhalten, es wäre ihm die Schulgeldbefreiung und damit die Möglichkeit des weiteren Studiums entzogen worden. Wie hart und ungerecht müßten Lehrer entscheiden, wenn sie den Erlaß so durchführten, wie es Herr von Khoß will! Hat man für diese Dinge an entscheidenden Stellen gar kein Verständnis? O ja! Herr von Khoß spricht ganz deutlich: er rügt das Vorgehen solcher Lehrkörper, die wohl den Buchstaben der Verordnung nachkommen und mit der Entziehung des Schulgeldes vorgehen, aber mit der anderen Hand geben, was sie mit der einen nehmen müssen. Sie gewähren Unterstützungen aus der Schülerlade, um dem armen Schlucker ein Rettungsseil zuzuwerfen. Formell mag das nicht in Ordnung sein. Das Geld der Schülerlade ist zur Anschaffung von Schulbüchern für arme Studenten bestimmt. Wenn sich trotzdem Lehrkörper in voller Kenntnis der Sachlage dazu entschließen, diese Mittel einem anderen Zwecke zuzuführen, ist das ein zwingender Beweis dafür, daß der Erlaß des Landesschulrates vollkommen verfehlt ist. Das Vorgehen solcher Lehrkörper ist keineswegs, wie sich Herr von Khoß so bezeichnend ausdrückt, »falsch angebrachte Humanität«, sondern die Milderung eines empfindlichen Unrechts, das in der ungleichen Behandlung von arm und reich gelegen ist. Es ehrt die Lehrer, die auch bei einem armen Studenten das Herz sprechen lassen, da ja die anderen, die aus wohlhabenden Familien stammen, ohnehin einen mächtigen Förderer im niederösterreichischen Landesschulrat besitzen.

Jedes Schulgeld ist ein gegen die armen Schüler gerichtetes Unrecht. Begabung und Fleiß müssen die Schlüssel sein, die das Tor zum Wissenstempel öffnen. Wir haben die unglaubliche Tatsache zu verzeichnen, daß man noch heute in einzelnen Kronländern Schulgeld sogar von Kindern der Volksschule einhebt.

Für den Besuch von Mittel- und Hochschulen werden Schul- und Kollegien-gelder verlangt. Wann wird man sich endlich der Besteuerung von Bildungsmöglichkeiten schämen? Es wäre hoch an der Zeit, mit diesem Überbleibsel mittelalterlicher Zustände gründlich aufzuräumen. Weg mit jeder Art des Schulgeldes! . . .

Wir sind aber noch viel ärgere Ketzer. Weist man auf das Bildungsprivileg der Besitzenden hin, dann ist immer wieder der Einwand zur Stelle, den wirklich talentierten armen Kindern stünden Stipendien in genügender Zahl zur Verfügung. Es verlohnt sich, die ganze Schamlosigkeit dieses Hinweises aufzudecken. Zahlen sprechen! Von 99 675 Gymnasialschülern erhielten 3376 – also 3 Prozent! – Stipendien im Ausmaß von 894 847 Kronen; von 47 909 Realschülern erhielten 1074 – also 2,2 Prozent – Stipendien im Gesamtbetrag von 232 573 Kronen. Wie sah es im Lande des Humanitätserlasses aus? In Niederösterreich gab es 22 100 Mittelschüler, von denen 420 – das sind 1,9 Prozent, also weit unter dem Reichsdurchschnitt! – 177 435 Kronen an Stipendiengeldern erhielten. 35 Kronen monatlich werden 420 auserwählten Studenten »gewidmet«, und diese »Hilfe« von täglich etwas mehr als einer Krone fließt nicht einmal ausschließlich aus der Staatskasse, dazu werden Landesmittel mitgezählt, auch Stiftungen, die oft an bestimmte Familien gebunden sind. Rechnet man nun die auf Grund von »Verbindungen« verliehenen Stipendien weg – es gibt eine eigene Art von Korruption, die oft und oft bei Verleihung von Stipendien wirksam ist –, so bleiben günstigsten Falles 300 Schüler übrig, denen man mit Hilfe eines mehr als karg bemessenen Stipendiums das Weiterlernen ermöglicht. Sollte es in ganz Niederösterreich wirklich nicht mehr als 300 arme begabte Kinder geben? Welch eine Summe von Unrecht, Unzufriedenheit und Unglück versteckt sich hinter diesen Zahlen! Was würden unsere Pferdezüchter sagen, wenn man die Zuchtprämien für Rennpferde in gleichem Maße beschneiden würde? Da kommt noch der Herr Vizepräsident und will den Besuch der Mittelschulen einschränken, indem er den armen Burschen das Studium noch mehr erschwert!

Ausreichende Stipendien müssen geschaffen werden, die mindestens so hoch bemessen sind, daß der junge Mensch ganz erhalten werden kann. Dabei müssen die armen Familien ohnedies noch ein großes Opfer bringen, da sie ja mit dem Ertrag der jugendlichen Arbeitskraft rechnen. Es ist unmöglich, mit täglich einer Krone einen in voller körperlicher Entwicklung begriffenen jungen Menschen zu ernähren, ihn halbwegs nett zu kleiden. Diese Unzulänglichkeit ist oft die Ursache bitterer Stunden. Die Anzahl der Stipendien darf nur durch die Zahl der anspruchsberechtigten Bewerber ihre Begrenzung finden. So viele fleißige, begabte junge Leute vorhanden sind, genau so viele Stipendien müssen zugesprochen werden. Nicht die Zufälligkeit der Verleihung eines Stipendiums hat das Schicksal des Menschen zu bestimmen, sondern das auszeichnende Glück reicher Begabung gibt den unabweisbaren Anspruch auf Förderung durch die Gesellschaft.

Es ist wahr, die Durchführung dieses Gedankens kostet Geld, viel Geld. Es

muß aber gerüstet werden für die Friedenszeit, fürsorglich, planmäßig. Kein Kapital trägt so reiche Zinsen wie das zu diesem Zwecke angelegte. Gleichgültigkeit, Leichtsinn oder Klassenhaß auf diesem Gebiet würde für die Zukunft eine folgenschwere Niederlage des Staates bedeuten. Man wird Bahnen, Straßen, Gebäude, Arbeitsstätten wieder herstellen, neue Gebiete geistigen Schaffens erobern müssen, die ausländische Konkurrenz wird uns drängen und treiben. Die planmäßige Förderung leistungsfähiger geistiger Kräfte ist eine Schicksalsfrage des Staates. Anpacken heißt es : rasch, kein Tag ist zu verlieren ! Die gesetzgebenden Körperschaften sind ausgeschaltet, die regierenden Kreise haben die volle Verantwortung auf sich genommen. Herr von Khoß gehört der Dank, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Fragen gelenkt zu haben. Hoffentlich ist die Methode wirksam – aber nicht in seinem Sinne.

*Eine gründliche, alle Gebiete umfassende Schulreform ist unerlässlich. Zur Unentgeltlichkeit des Unterrichtes führt zunächst die Aufhebung jeder Art des Schulgeldes und die Schaffung von Stipendien, die jedem auf Grund seiner Begabung Anspruchsberechtigten zukommen müssen. Nicht einmal Großzügigkeit ist notwendig, nur Erkenntnis des Unabweisbaren, nicht »mißverständene« oder wirkliche Humanität, sondern kühle Beurteilung der gegenwärtigen Sachlage.*

### *Einheitsschule*

(»Arbeiter-Zeitung«, 3. September 1916)

Durch unsere Schulorganisation zieht sich eine dunkle Kluft. Bis zum zehnten Lebensjahre besuchen die Knaben – die Mädchenbildung gehört in ein besonderes Kapitel – die Volksschule, dann erfolgt die erste Gabelung in den Bildungsstätten. Die Kinder armer Eltern verbleiben in der Volksschule oder kommen unter günstigeren örtlichen Verhältnissen in die Bürgerschule ; die Kinder aus vermögenden Kreisen treten in die Mittelschule über. Dadurch wird die Volks- und Bürgerschule zur Armenschule und, bezeichnenderweise, zum Stiefkind des Staates. Dieser überläßt die Sorge für die Schule des Volkes der Gemeinde, dem Bezirk oder dem Lande und spart seine Mittel für die Schulen der privilegierten Schichten. Die Anteilnahme des Staates an dem Geschick der Volksschule läßt sich zahlenmäßig darstellen. Nach dem Staatsvoranschlag des Jahres 1912 berechnet, leistet der Staat für einen Hochschüler jährlich 539.09 Kronen, für einen Mittelschüler 184.50 Kronen und endlich verbleiben für den Volksschüler – 49 Heller. Noch sinnfälliger ausgedrückt : ein Mittelschüler kostet den Staat 393mal, ein Hochschüler gar 1100mal soviel als ein Volksschüler ! Die Unentgeltlichkeit des ganzen Unterrichtes würde das

aufreizende Unrecht wesentlich abschwächen, wenn es auch noch immer vom Übel ist, daß der Staat die ihm zukommende Last auf andere Kräfte überwälzt.

Unsere Schulorganisation entspricht längst nicht mehr den einfachsten Forderungen der Zeit. Sie ist unpraktisch und wirkt hemmend auf die geistige Entwicklung der jungen Generation. Eltern, die in der glücklichen Lage sind, ihren Kindern eine höhere Ausbildung zukommen zu lassen, sollen sich bereits im zehnten Lebensjahre des Kindes darüber klar sein, welche Fähigkeiten im Kinde schlummern oder ausgebildet werden sollen, ja, für welchen Beruf sich das Kind am ehesten eignet; denn vom Eintritt in eine der verschiedenartigen Mittelschulen hängt im Wesen die spätere Lebensstellung des jungen Menschen ab. Das eine ist richtig: eine ganze Musterkarte präsentiert der Staat zur Auswahl. Da gibt es Gymnasien, Realschulen, Realgymnasien, Gymnasien mit einer Vorbereitungs-klasse, Reformrealgymnasien, Obergymnasien, Unterrealgymnasien: welche Fülle und Mannigfaltigkeit! All das wirkt aber eher verwirrend, als klärend, erhöht die Qual der Wahl, wobei nicht zu übersehen ist, daß der Übertritt von einer in die andere Art von Anstalten nicht ohne schwere Störungen möglich ist. Wohin soll ich mich wenden? Es trifft nicht zu, daß die Verschiedenheit der Schultypen den verschiedenartigen Anlagen der Schüler entgegenkommt und so der Unterrichtszweck eher erreicht wird. Diese Organisation muß bei bestem Willen zu verhängnisvollen Fehlentscheidungen führen. Das unterscheidende Merkmal all dieser Schulgattungen sind die Sprachen. In der einen nimmt Latein und Griechisch, in der anderen Französisch und Englisch, in der dritten und vierten irgendeine Kombination den Hauptrang im Lehrplan ein. Es ist ganz unmöglich, in der Zeit völliger Unreife darüber zu urteilen, ob ein Kind für diese oder jene Sprache oder überhaupt für Sprachen Talent besitzt. Es bleibt also nichts anderes übrig, als entweder den lieben Zufall walten zu lassen oder die Auswahl von dem Vorurteil oder der Vorliebe der Eltern für irgendeine Sprache abhängig zu machen. Das Kind wird dann einfach in die Schule hineingepreßt, damit der Lebensweg willkürlich bestimmt – Vogel friß oder stirb!

Oft ist aber von einer Auswahl unter den Schultypen überhaupt nicht die Rede. In kleineren Städten kann man nur eine Art von Mittelschulen errichten. Das führt zu den größten Absonderlichkeiten; so setzt man von den Mödlinger Kindern eine besondere Befähigung für Latein und Französisch voraus, während sich die Badener Jünglinge für Griechisch außerordentlich interessieren müssen! Dazu kommt, daß sich jede Untermittelschule selbstverständlich ausschließlich als Vorbereitungsstätte für die Obermittelschule, und zwar ihrer eigenen Art fühlt; sie vermittelt daher kein abgeschlossenes Wissen. Wie oft ereignet es sich,

daß die Eltern ihre finanzielle Kraft überschätzten und nach vier Jahren erschöpft sind, oder daß sie endlich von den mangelnden Fähigkeiten ihrer Kinder oder der schlecht getroffenen Wahl überzeugt werden. Jetzt reißt das »Studium« unvermittelt ab. Stück- und Scheinwissen, Unzufriedenheit und Überhebung sind die Folgen. Der Lehrplan der Bürgerschule bietet in dieser Hinsicht bedeutend größere Vorteile. Ein Bürgerschüler, der den Lehrstoff halbwegs beherrscht, ist einem Absolventen einer Untermittelschule oft weit vorzuziehen.

Es entsteht die Frage: Ist es denn unerlässlich, daß die Gabelung der Erziehungsanstalten so frühzeitig erfolgt? Sind die sich daraus ergebenden schwerwiegenden Übelstände nicht zu verhüten? Sieht man näher zu, so ergibt sich bald, daß in der Bürgerschule und in allen Arten der Untermittelschule, die Sprachen ausgenommen, im allgemeinen der gleiche Wissensstoff geboten wird. Es kann auch gar nicht anders sein. Es gibt eine gewisse Summe von Kenntnissen, über die jeder Mensch verfügen muß, ein »Minimalwissen«. Ist es nicht wirklich unverständlich, daß man schon im zehnten Lebensjahre die Gabelung eintreten läßt, wenn dazu im vierzehnten und fünfzehnten Jahre noch reichlich Zeit wäre? Bis zum fünfzehnten Lebensjahre reicht für alle Fälle eine Schulart völlig aus. Wir brauchen die Einheitsschule! Im fünfzehnten Jahre soll erst entschieden werden, ob der junge Mensch die Fähigkeiten besitzt, um weiterstudieren zu können, oder ob er neben der Erlernung eines praktischen Berufes die obligate Fortbildungsschule besuchen soll. Die Entscheidung darf allerdings nicht danach erfolgen, welche soziale Stellung die Eltern einnehmen, sondern ob die Fähigkeiten und Eigenschaften des Zöglings eine gewisse Gewähr für den Erfolg des weiteren Schulbesuches bieten. Dabei wird es noch genug Fehlentscheidungen geben, aber die Fehlerquelle ist ungleich geringer geworden. Also weg mit dem alten Zopf, auch wenn er mit verschiedenen bunten Bändern geschmückt ist! Die Einheitsschule wird segensreich wirken für den einzelnen und für die Hebung des allgemeinen Bildungsgrades.

Selbst die Obermittelschule kann noch im Sinne der Einheitsschule ausgebaut werden, wenn auch daneben eine größere Zahl von wahlfreien Gegenständen, insbesondere Sprachen, treten muß. Unser Mittelschulelend schreit ja heute schon zum Himmel. Wie viele Gefälligkeitsschulen bestehen, die keine Lebensberechtigung haben! Die sogenannten nationalen Minoritätsschulen werden zum Krebschaden geistiger Entwicklung. Man sucht sie unter den größten Opfern, aus »nationalen« Rücksichten aufrechtzuerhalten. Wiederholt hat auch in Friedenszeiten die letzte Klasse mehr Professoren als Schüler aufzuweisen. Wir könnten Namen nennen. Das Wiederholen einer Klasse kommt nur in ganz

trostlosen Fällen vor, da die Lebensfähigkeit der Anstalt von Jahr zu Jahr neu bewiesen werden muß. Man geht auf Schülerfang aus, anonciert in den Zeitungen und ist sehr froh, wenn aus der Großstadt Schüler, die dort kläglich Schiffbruch erlitten haben, dem »bedrohten« Gymnasium die Ehre ihres Besuches erweisen. Um das »nationale Besitztum« zu erhalten, gibt es gute Zeugnisse bei wenig Mühe, wodurch gerade die Nation auf das schwerste geschädigt wird, indem man unfähige und faule Leute mit Zeugnissen ausstattet, die dann den Eintritt in wichtige Berufe ermöglichen. Damit kommen wir zu einem weiteren Hemmnis der Entwicklung unseres Schulwesens. Es ist das sogenannte »Berechtigungswesen«.

Es handelt sich dabei tatsächlich um ein ehrwürdiges Überbleibsel aus den Zeiten der alten Ägypter. Wer könnte dies bestreiten, wenn er erfährt, daß man in eine bestimmte Beamtenkaste, man nennt dies jetzt Rangklasse, nicht etwa dann aufsteigen darf, wenn sich der Bewerber im Amte bewährt, sondern nur dann, wenn oft vor vielen Jahren der Lehrer mit seinem Schüler zufrieden war. Man sollte meinen, daß hier die Ungerechtigkeit von der Lächerlichkeit ertötet würde. Aber weiter: Mit welcher Begründung wagt man einem intelligenten Menschen, der sich durch eigene Kraft durchgerungen hat, an verantwortungsvoller Stelle steht, das »Intelligenzrecht«, so nennt man das Recht auf das Einjährig-Freiwilligen-Jahr, zu verweigern, solange dieses Privileg überhaupt noch besteht? Die Intelligenz, insbesondere im reiferen Alter, steht keineswegs im gleichen Verhältnis zu den Zeugnisnoten. Es sollte eine Binsenwahrheit sein, daß nur die tatkräftige Fähigkeit, nicht das papierene Zeugnis aus längst verflossenen Jahren über das weitere Schicksal des Menschen entscheiden dürfe. Die Sorge der Eltern, dem Kinde die Militärdienstzeit abzukürzen, verleitet sie oft, das Kind trotz mangelnder Fähigkeiten durch die Mittelschule durchdrücken zu lassen. Das Berechtigungswesen vergiftet unsere ganze Schulorganisation. Für jeden Tüchtigen den richtigen Platz!

Wir brauchen also eine Einheitsschule ohne Berechtigungswesen; ein vernünftiger Lehrplan ist notwendig, der auf die Bedürfnisse des Lebens Rücksicht nimmt, den Errungenschaften der Zeit, ohne schwächliche Kompromisse mit längst abgetanen, oft tausendjährigen »Erkenntnissen«, den gebührenden Platz einräumt, einen gediegenen staatsbürgerlichen Unterricht vorbereitet.

An die Einheitsschule schließe sich ein reichgegliedertes Schulsystem an, das jedem Talent ein freies Betätigungsfeld bietet.

Wir brauchen nicht nur den Unterrichtszwang, sondern auch den Schulzwang, damit all die mächtigen Herren ihre Kinder auch in die Einheitsschule schicken müßten. Das Interesse für die Ausgestaltung auch des niederen Schul-

wesens würde mit einem Schlage auch in dessen Kreisen beträchtlich steigen. Es wäre doch unerträglich, wenn ein junger Graf aus dem Schlosse in eine überfüllte Schulklasse gehen müßte, wo die Krankheitskeime so üppig gedeihen! Die Fragen der Schulärzte, der hygienisch einwandfreien Schulbauten, der gründlichen Lehrerbildung würden sofort an Wichtigkeit außerordentlich gewinnen. Und hätte der Herr Unterrichtsminister auch seine Kinder in die öffentliche Schule zu schicken, so würde es dann vielleicht doch auch mehr als einen gelegentlichen Besuch, wo alles auf das Erscheinen des gewaltigen Herrn vorbereitet ist, für die Volksschule übrig haben.

Die Frage der Einheitsschule hat nicht erst der Krieg auf die Tagesordnung gestellt. Insbesondere in Deutschland beschäftigt man sich seit langem damit. Dort drängen Eltern und Lehrer darauf. Konservative Kreise stemmten sich allerdings bis vor Ausbruch des Krieges mit aller Macht gegen eine solche Reform. Am 4. Mai 1914 erklärte noch der preußische Unterrichtsminister v. Trott zu Solz im Abgeordnetenhaus: »Es ist wenigstens zweifelhaft, ob diese Schule jemals bei uns wird eingeführt werden können, noch zweifelhafter ist es, ob sie zum Segen unseres Volkes gereichen würde; unzweifelhaft aber ist, daß ihre Einführung unter den gegenwärtigen Verhältnissen und in der übersehbaren Zukunft einfach eine Unmöglichkeit ist.« Nun haben sich die Verhältnisse recht wesentlich geändert, und das Dreiklassenparlament Preußens wird die Reform nicht aufhalten, auch wenn es – selbst den Krieg überleben sollte. Was ist alles möglich geworden, was man vor dem Kriege für unmöglich hielt!

Bei uns wurde die Frage der Einheitsschule durch das Schulreformprogramm des Vereins »Freie Schule« aufgerollt. Das Unterrichtsministerium scheint sich mit diesen Fragen nicht zu beschäftigen. Ist es zu sehr mit dem Zwange zu den religiösen Übungen, mit den Kappen der Mittelschüler und dem Religionsunterricht für Konfessionslose in Anspruch genommen? Und doch wäre in Österreich die Einheitsschule leichter als etwa in Deutschland durchzuführen. Dort besteht eine Vorschule, wo schon im ersten Schuljahre durch die Einführung eines verhältnismäßig hohen Schulgeldes eine Trennung der Kinder nach dem Besitz vorgenommen wird. In Norddeutschland fühlt sich eine Familie »deklassiert«, die ihre Kinder in die Gemeindeschule schicken muß. Man rafft die letzten Pfennige zusammen, um die Kinder in »standesgemäße« Schulen zu bringen. In Österreich braucht man nur weiterzubauen, da die unteren Klassen der Volksschule als Einheitsschule durchgeführt sind.

Wir wollen uns keinen Augenblick einer Täuschung hingeben. Eine Schulreform kann nicht losgelöst von der übrigen Entwicklung des Staates durchgeführt werden. *Alle diese Fragen hängen mit der Demokratisierung des ganzen*

*öffentlichen Lebens innig zusammen.* Solange die heute Mächtigen nicht erkennen, daß Privilegien für sie vom Übel sind, da sie unbedingt ins Faulbett führen, solange die Verantwortlichen nicht so viel Gewissenhaftigkeit aufbringen, selbst auf die Gefahr hin, in ihren Gesellschaftskreisen unpopulär zu werden, mit klug geführter, aber kräftiger Hand einzugreifen, solange sich die überall verkürzten Massen nicht so viel Einfluß erobern, um die Gleichberechtigung auf politischem Gebiet durchzusetzen, so lange wird jede Schulreform Stückwerk bleiben. Sie wird an den Verhältnissen im Wesen nichts ändern und die heranwachsende Generation nicht befreien von längst erkannten Vorurteilen, dem engherzigen Bürokratismus und den beengenden Einrichtungen haßerfüllter Klassenherrschaft.

### *Lehrerbildung*

(»Arbeiter-Zeitung«, 5. Oktober 1916)

Im Jahre 1867 sah die alte österreichische Hofburg eine merkwürdige Versammlung in ihren Räumen. Zweitausend österreichische und ungarische Lehrer hatten sich im Redoutensaal eingefunden, um in eindrucksvoller Weise eine Reform des Schulwesens, Erhöhung der Lehrerbildung und eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu verlangen. Es waren Schulmeister aus der Konkordatszeit. Wenn man aber in dem Protokoll dieser denkwürdigen Versammlung nachliest, ist man überrascht von der radikal-freiheitlichen Gesinnung, der Entschlossenheit, den Kampf für eine gute Schule selbst unter Preisgebung der Existenz aufzunehmen, und auch von den rechnerischen Leistungen, die sich da zeigten. Das war ein Jahr nach Königgrätz, zwei Jahre vor dem Reichsvolksschulgesetz.

Das Reichsvolksschulgesetz befreite die Lehrer von der Bettelsuppe – sie erhielten jetzt ausschließlich Geldlohn –, von dem entwürdigenden Kirchendienerdienst, von der dienstlichen Unterstellung unter den Pfarrer. Staat und Land errichteten Lehrerbildungsanstalten, die besten Lehrkräfte wurden der Lehrerbildung dienstbar gemacht. Die Stadt Wien schuf das »Pädagogium«, eine Art pädagogischer Hochschule für die Lehrer, die sich weiterbilden wollten. Zur Leitung berief man den damals bekanntesten Pädagogen, Dr. Friedrich Dittes aus Deutschland, der später an der Seite Kronawetters als demokratischer Abgeordneter dem Abgeordnetenhaus angehörte. Wie von einem Alpdruck entlastet, atmete der ganze Lehrerstand auf. Ein reges geistiges Leben hub an. Lehrervereine, Zeitschriften entstanden, auf Lehrertagen und Konferenzen wurde wacker an der Weiterbildung gearbeitet, und in überraschend kurzer Zeit hatten sich die tüchtigen Mesner in gute Lehrer verwandelt. Es gab damals

keinen klerikalen Lehrer! Zu frisch war noch die Erinnerung an die während der klerikalen Herrschaft dem Stande zugefügten Demütigungen.

Der planmäßig geführte Kampf gegen die »heidnische Neuschule« setzte die Schulgesetznovelle (1883) durch. Sie brachte neben anderen Verschlechterungen die Herabsetzung der Lehrerbildung. Weniger Mathematik, dafür mehr Orgelspiel! Der Erfolg ermutigte. Man ging an die Gründung einer leistungsfähigen Organisation zur weiteren Bekämpfung des Schulgesetzes: der Katholische Schulverein trat ins Leben. Heute zählt er 120 000 Mitglieder! Als nächstes Ziel stellte er sich die Errichtung einer katholischen Lehrerbildungsanstalt. Bildungsanstalten für Lehrerinnen waren längst von Klöstern ins Leben gerufen worden, um »passende« Lehrkräfte der »religionslosen Neuschule« zur Verfügung zu stellen. Nach dem Sturz der liberalen Herrschaft wurden die Christlichsozialen auch Herren der Landeslehrerseminare in Niederösterreich. Zu den zwei bestehenden Lehrerbildungsanstalten in St. Pölten und Wiener Neustadt trat eine dritte in Wien; das Pädagogium übernahm ebenfalls das Land, und den Platz des Dr. Dittes nimmt heute der Präsident des Katholischen Schulvereins, Dr. Rudolf Hornich, ein.

Und der Erfolg dieser Tätigkeit? Wir wollen uns nur mit den deutschen Kronländern der Monarchie beschäftigen. Der Staat erhält in diesen 32 Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, die Länder 4 (Niederösterreich 3), die Gemeinden (Böhmen 3) und unter geistlicher Leitung stehen – 22! Im Jahre 1912 traten neben 792 Zöglingen aus »freiheitlichen« Lehrerbildungsanstalten 332 aus klerikalen Anstalten als Lehrer ins Leben (42%). Weit bedenklicher ist es aber, daß im selben Jahre neben 456 Zöglingen aus freiheitlichen Lehrerinnenbildungsanstalten 532 aus klerikalen Instituten als Lehrerinnen ausgesendet wurden. Hier haben die Klerikalen bereits das Übergewicht. Jahr für Jahr kommen aus den geistlichen Anstalten weit mehr weibliche Lehrkräfte heraus als aus den freiheitlichen. Klöster als Vorbereitungsstätten für Lehrerinnen unserer Kinder! Gegenwärtig besuchen 3254 Schüler klerikale Lehrerbildungsanstalten. Besonders arg liegen die Verhältnisse in Niederösterreich. Fünf klerikalen Lehrerbildungsanstalten mit 1410 Schülern stehen drei staatliche mit 476 Schülern gegenüber; drei staatlichen Lehrerinnenbildungsanstalten mit 507 Zöglingen vier geistliche mit 850 Zöglingen. Mehr als 69 Prozent der jungen Lehrer Niederösterreichs kommen aus streng klerikalen Anstalten. Das Traurigste ist aber, daß diese Aufstellung auf Grund einer Fiktion erfolgte. Die staatlichen Lehrerbildungsanstalten als freiheitlich zu bezeichnen, ist in deren Wesen durchaus nicht begründet, ganz abgesehen davon, daß diese »freiheitlichen« Anstalten unter der obersten Aufsicht des Herrn v. Hussarek stehen! Unsere Lehrerbil-

dung ist gegenwärtig ein wahrer Jammer. Es war nicht immer so. Bis in die neunziger Jahre gab es auch an den niederösterreichischen Landesanstalten ganz ausgezeichnete Lehrkräfte. Heute herrscht in allen Lehrerbildungsanstalten unbestritten der Zwang zu religiösen Übungen, strenge geistliche Exerzitien sind ein wichtiges Erziehungsmittel für angehende Lehrer, die Religionsprofessoren sind die eigentlichen Leiter der Anstalten, die Lehrbücher ahmen einen engstirnigen, frömmelnden Geist, das Orgelspiel und die »Pflege« des Meßliedes nehmen einen breiten Raum im Lehrplan ein, die Professoren sind meist Protektionskinder der herrschenden Partei, die ohne jede innere Berechtigung diese verantwortungsvollen Posten einnehmen. Im Verdacht freiheitlicher Gesinnung stehende Lehrerbildner wurden hinausgedrängt, nun sind fast alle streng »verlässlich«. In der Regel übernimmt der Anstaltsdirektor den Unterricht in Pädagogik, seine Auswahl geschieht aber durchaus nicht auf Grund fachlicher Vorzüge; und so kommt es, daß Pädagogik und spezielle Methodik von Leuten gelehrt wird, die noch nie in ihrem Leben in einer Schulstube vor Kindern gestanden sind. Uns sind Lehrerbildungsanstalten bekannt, wo man von den austretenden Zöglingen Reverse unterschreiben ließ, daß sie nie in ihrem Leben einem freiheitlichen Lehrerverein beitreten werden; wo den Zöglingen verboten wurde, während der Osterfeiertage die Klassiker zu lesen, weil dies den hohen Feiertag »entheilige«; die sich im Jahresbericht rühmen, daß die angehenden Lehrer anlässlich der Ankunft des Bischofs in der Stadt zum Spalierbilden verwendet wurden, damit sie dies später anwenden könnten. Der muckerische Geist ist in die Lehrerbildungsanstalten eingezogen.

Die Ergebnisse der heutigen Lehrerbildung entsprechen aber auch den Voraussetzungen. Wir haben Briefe von Absolventen der Anstalten in Händen, die grammatikalische, ja Rechtschreibfehler aufweisen, von der Holprigkeit des Stils ganz abgesehen! Diese Leute treten den Kindern gegenüber, ohne eine Ahnung von der Welt zu haben, vollbepackt mit Vorurteilen, mit einem Stückwissen ausgestattet. Die Lehrbefähigungsprüfungen, die zwei Jahre nach Verlassen der Anstalt abzulegen sind, enthüllen immer wieder eine Unzulänglichkeit, die zum Himmel schreit. Es bedarf einer eisernen Selbstdisziplin des jungen Lehrers, trotz der ungünstigen äußeren Umstände an der eigenen Ausbildung unablässig weiterzuarbeiten; glücklicherweise gibt es eine große Zahl von Lehrern, die – zu ihrer Ehre sei es gesagt – bald die Mängel ihrer Ausbildung fühlen und dann rasch entschlossen zugreifen.

Die Klerikalen frohlocken, es gibt wieder Lehrer ihrer politischen Farbe; solche, die es sind, und solche, die es scheinen! Will man dem drückenden Elend möglichst rasch entfliehen, dann heißt es heucheln, ducken; »anpassen« nennt

man es. Ist nur einmal das Rückgrat gebrochen, dann geht's rasch vorwärts; der Lehrer soll doch sittliche Charaktere erziehen! Neben den katholischen Lehrerorganisationen gibt es auch christlichsoziale Lehrervereinigungen, diese mit dem ausschließlichen Zwecke, den »Aufstieg zu erleichtern«. Wir finden Lehrerinnen in den Kongregationen, im christlichen Jungfrauenverein, in den Patronagen! Die Lehrerschaft ist heute in zwei Lager geteilt. Wohl sind die freiheitlichen Lehrer noch in bedeutender Überzahl, es ist dies aber wahrhaftig nicht das Verdienst der Lehrerbildungsanstalten oder der Schulverwaltung.

Der Geist des Lehrers ist der Geist der Schule; er ist wirksamer als alle Schulgesetze und Ministerialerlässe. Soll die Schulreform erfolgreich sein, darf man an dieser wichtigen Erkenntnis nicht achtlos vorübergehen. Der Lehrer kann unseren Kindern nur geben, was er selbst besitzt. Wir fordern eine gründliche, gewissenhafte Vorbereitung der Lehrer für ihren Beruf, Beseitigung der klerikalen Lehrerbildung. Wir wollen Lehrer, die über eine umfassende, möglichst tiefgehende, allgemeine Bildung verfügen, in ihrem Fache allseitig Bescheid wissen, nicht in selbstgefälliger Überhebung ihre Ausbildung mit dem Austritte aus der Anstalt für abgeschlossen halten, sondern sich unermüdlich bemühen, Schritt zu halten mit den Errungenschaften der Zeit. Wir brauchen praktisch erfahrene und wissenschaftlich hochstehende Lehrerbildner, tüchtige Pädagogen. Ihr Beispiel ist wirksamer als die trockenen Anweisungen in den pädagogischen »Kochbüchern«. Wir verlangen, daß der Lehrer eine Obermittelschule besucht habe, daß ihm das Hochschulstudium ermöglicht werde; den Ausbau der Ferialhochschulkurse, politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Nicht weltfremde »Schulgehilfen« noch frömmelnde »Schulgehilfinnen« wollen wir, sondern aufrechte, kluge Männer und Frauen sollen unsere Kinder fürs Leben vorbereiten.

Der Lehrer sei vor seinen Schülern eine wirkliche Autorität, eine Autorität, die nicht des Prügels als Stütze bedarf, sondern die sich auf gediegenes Wissen, auf eine tadellose charaktervolle Haltung und auf ein warmfühlendes Herz stützt. Nur ein Meister wird allen Anforderungen, die wir im Namen der zukünftigen Generation stellen müssen, entsprechen können. Wie schade, daß die treffliche Bezeichnung »Schulmeister« so in Verruf gekommen ist.

### *Lehrer und Arbeiterkind*

(»Arbeiter-Zeitung«, 3. November 1916)

Es wäre eine arge Täuschung, wenn man sich eine Schulklasse als einen Raum vorstellte, in dem lustige, pausbäckige Kinder in fröhlicher Sorglosigkeit

voll Lerneifer einen Teil ihrer goldenen Jugendzeit verbringen. Läßt man den Blick über die Kinderschar gleiten – ganz besonders augenfällig tritt dies in industriellen Gegenden zutage –, so hat man den Eindruck, als würden zweierlei Menschengattungen ihre Kinder hierherschicken. Hier halberfrorene Jungen, die die erste halbe Stunde zum »Auftauen« notwendig haben, daneben einige sorgfältig gekleidete Kinder; dort eine ganze Anzahl solcher, deren Tag gar zeitig beginnt, da sie Zeitungen oder Milch zuzustellen hatten, sich anstellen mußten oder erst nach Mitternacht ihr Lager mit einem Bettgeher teilen durften, da sie »Planeten«, Brot oder Schuhriemen in den Gasthäusern und Volksvergnügungsstätten an die alkoholisierten Besucher verkaufen mußten. Erwerbenden Kindern wird die Schulklasse zum Ort der Ruhe, die Lernzeit zur Erholungspause. Sie sind unterernährt, im Wachstum zurückgeblieben, unbeholfen im sprachlichen Ausdruck, von geringer Aufnahmefähigkeit – wird doch ihre jugendliche Kraft zur Profiterzeugung mißbraucht –, manchmal sittlich arg gefährdet, ja verwahrlost. Vereinzelt sitzen unter ihnen wohlgepflegte Kinder, vom Landaufenthalt zurückgekehrt, ausgeruht, im Lernen ihre einzige Aufgabe wissend. Man kennt sie gleich heraus, die Kinder des Proletariats, die doppelten Anspruch auf ein bißchen Freude, doppeltes Recht auf geistige Förderung hätten, da sie auf ihrem späteren Lebensweg ohnedies noch viele Steine finden werden. Das soziale Problem spiegelt sich am deutlichsten und erschreckendsten beim Anblick einer Schulklasse ab. Die »unter uns wandelnde Zukunft« zeigt sich in abgehärmten Kindergestalten; glanzlose Augen blicken uns an, abgemüdete Menschen sitzen teilnahmslos die Unterrichtsstunden ab. Unschuldige sind es, stumme, unbewußte Ankläger, daß man ihnen die schönste Zeit des Lebens, der Jugend, raubt. Mit welchem Rechte räumt man dem einen jedes Hindernis fürsorglich beiseite und verrammelt dem anderen den Weg nach aufwärts? Mit welchem Rechte verweigert man dem Kinde des Armen die Vorbedingung eines besseren Lebens, indem man ihm die Lernfähigkeit nimmt?

So groß das Unglück einer freudlosen Jugend ist, genau so verdienstlich ist es, wenn es gelingt, die Schulstube zu einem festlichen Raume umzugestalten, ein wenig Glanz, ein wenig wärmenden Sonnenschein in die sonst trüben Tage der Jugend zu bringen. Das halten wir für die große, schwere Aufgabe des Lehrers. Wohl ist Vermittlung von Kenntnissen eine wichtige Sache, für die Entwicklung eines Menschen aber ungleich bedeutungsvoller ist es, wenn man ihm den Glauben an die Menschheit und an sich selbst erhalten hat. Glückt es dem Lehrer, zum Freund, Berater und Freudenbringer des Kindes zu werden, dann hat er einen großen Sieg davongetragen. Der Weg vom Kinde zum Lehrer ist gar weit, der Abstand außerordentlich groß. Da gilt es für den Lehrer, ver-

verständnisvoll entgegenzukommen, mit feinem Takt und liebevoller Hand die Unebenheiten aus dem Wege zu räumen, sich zu versenken in die Seele des Kindes, seine Eigenart zum Untergrund für die Behandlung zu machen – kurz, wie ein Künstler zu wirken, nicht nach der Schablone zu tagelöhnern. Jedes Kind ist ein Problem für sich, es hat seine eigenen Sorgen und Freuden. Versteht es der Lehrer, durch herzliche, aufrichtige Anteilnahme das Vertrauen des Kindes zu erobern, bewahrt er sich selbst ein gutes Stück Kindlichkeit, verbreitet er um sich eine fröhliche, zuversichtliche Stimmung: dann wird die Schulklasse zu einem heiligen Orte, wo sich zarte Regungen entwickeln, wo Erinnerungen für spätere Zeit gepflanzt werden, oft der einzige Lichtblick in einem an schwerer Arbeit und Enttäuschungen reichen Leben. Der Lehrer nimmt einen hervorragenden Platz in unseren Jugenderinnerungen ein. Oft währt die Dankbarkeit für ein einziges gutes Wort, für eine einzige von Liebe zeugende Handlung über das Grab des Lehrers hinaus, ebenso wie sich ein ungerechtes Wort ins Gedächtnis einprägt und die Erinnerung an den Lehrer zeitlebens trüben kann. Der Lehrer muß zur wirklichen, höchsten Autorität des Kindes werden, einer Autorität, die ihre wichtigste Stütze in der gegenseitigen aufrichtigen Zuneigung zwischen Kind und Lehrer, in der Achtung vor des Lehrers Wissen und seiner unantastbaren Gerechtigkeit findet. Die Liebe, nach der jedes Kindes Herz so hungrig ist, ist das wirkungsvollste Erziehungsmittel. Ein mißbilligender Blick des geliebten Lehrers erreicht ungleich mehr als der Prügel des zum Profosen herabgesunkenen Drillmeisters, der durch äußeren Zwang den Schein der Ordnung aufrecht erhält und schwere Verwüstungen in den Gemütern der Kinder am Gewissen hat.

Einfach ist die Sache für den Lehrer allerdings nicht. Oft selbst von Sorgen zermartert den Kindern heiter gegenüberzutreten, Tag für Tag in gleichmäßiger Ruhe und Überlegenheit, mit unerschöpflicher Geduld mit Kindern geistig zu arbeiten, unter allen Umständen vorurteilslos zu richten, das ist viel leichter gefordert, als durchgeführt. Kein Stand bedarf so der Berufsfreudigkeit, der natürlichen Veranlagung wie der Lehrstand. Zum Rekrutenabrichten kann man gemustert werden, zum Lehrer muß man geboren sein. Der Lehrer muß wissenschaftlich tüchtig vorgebildet, ein verständnisvoller Psychologe sein, der die Kunst des Individualisierens versteht. Mit einem warmen Herzen für die Jugend muß sich das Bewußtsein der ungeheuren Verantwortlichkeit verbinden. Der Lehrer braucht Lebenserfahrung. Die soziale Frage sollte der Gegenstand seines ernstesten Studiums sein. Kann denn der Lehrer achtlos an der sozialen Frage vorübergehen, wenn er offenen Auges in der Schulstube steht? Muß es ihn nicht drängen, in Erfahrung zu bringen, wie es dort aussieht, woher seine Schüler kommen? Lehrer und Arbeiter gehören zusammen. Seine Abstammung,

sein Wirkungskreis, seine wirtschaftliche Lage weisen den Lehrer in das Proletariat. Arbeiterschaft und Lehrerstand sind gleich ausgezeichnet durch einen außerordentlichen Bildungsdrang. Was für ein reiches, bedeutungsvolles und dankbares Wissen könnte sich dem Lehrer in der Arbeiterbewegung eröffnen! In den Gewerkschaften, Bildungsvereinen und Jugendorganisationen wird ein gewaltiges Stück Kulturarbeit geleistet. Wie verschwindend gering ist dabei die Mitarbeit des Berufensten, des Lehrers! Wieviel Freude würde der Lehrer, der gewohnt ist, mit unreifen Kindern zu arbeiten, darin finden, wenn er mit reifen, lernhungrigen, dankbaren Menschen geistig schaffen könnte! Wie von Erden schwere befreit, geht es im Fluge vorwärts, das gemeinsame Glück des Gebenden und des Empfangenden erzeugend. Nur wenige Lehrer wissen davon zu erzählen; die meisten ziehen sich ängstlich von den Arbeitern zurück oder – stehen im Lager der ungerechtesten Gegner einer freien Arbeiterbewegung. Wir wollen durchaus nicht sagen, daß der Lehrer Sozialdemokrat sein müsse. Wir achten jede politische Überzeugung, wir kämpfen für die politische Freiheit des Lehrstandes. Es ist aber für uns eine schmerzliche Erfahrung, daß so viele Lehrer den Kämpfen und Idealen der Arbeiterschaft völlig fremd gegenüberstehen. Sicherlich gibt es rühmliche Ausnahmen, es sind aber eben Ausnahmen. Woher kommt dieser Zustand? Die materielle Not treibt den Lehrer in harte Fron; er muß »Zeitwörter verkaufen« – wie das Erteilen von Privatstunden bezeichnenderweise genannt wird –, er ist abhängig von den politischen Machthabern, er bangt um seine Existenz. Es muß erst die Bahn freigemacht werden, damit Lehrer und Arbeiter zusammenkommen können. Und umgekehrt: wenn die Eltern die aufreibende Arbeit des Lehrers richtig einschätzen, wenn sie vor den Kindern die Autorität des Lehrers nicht antasten, wenn sie nicht den Lehrer für das System verantwortlich machen, dann kann ein Einvernehmen zwischen Schule und Haus herbeigeführt werden, das für die gesunde Entwicklung unserer Kinder unerlässlich ist.

Es ist eine blanke Unmöglichkeit, sich in einer Klasse von mehr als dreißig Schülern in das Wesen jedes einzelnen Kindes zu vertiefen, es geht über die Kraft des Lehrers, gegen die Unterstreichung der Klassengegensätze innerhalb der Schulstube mit Erfolg anzukämpfen. Das ist Sache der Schulreform. Man überstürzt sich heute mit »Wohltaten«, die dem armen Kinde erwiesen werden. Man »schenkt« ihm Speisemarken, »beteiligt« es mit Armenheften, »veranstaltet« feierliche Weihnachtsbescherungen. Wie wenig verlangt man dafür als Gegenleistung! Ein bißchen dankbare Demut, ein auswendig gelerntes Dankgedicht mit möglichst vielen Strophen, eine rührende Ansprache an die »edlen Gönner« und womöglich einen Zeitungsbericht, in dem alle Namen der »Kinderfreunde«

angeführt sind. Das Kind des Armen wird Mittel zum Zweck. Eine klare Scheidelinie wird zwischen den Kindern gezogen.

Wozu Armenlernmittel? Gebt allen Kindern Lernmittel in gleicher Zahl und Qualität! Wird nicht auch der Soldat auf Staatskosten ausgerüstet? Wozu die Armenausspeisung? Jedes Kind, das hungert, hat ein Recht auf Nahrung, jeder Soldat hat ein Recht auf Menage. Wozu offizielle Wohltätigkeitsakte? Kargt nicht und gebt ohne Aufsehen und Selbstberäucherung! Es kann nur immer eine kleine Abschlagszahlung für das große Unrecht sein. Macht alle Kinder lernfähig! Es ist moderne Sklaverei, der Masse der Kinder die Vorbedingungen geistiger Entwicklung zu nehmen und ihnen so den Aufstieg in bessere Lebensverhältnisse unmöglich zu machen. Wir wollen zunächst in der Schulklasse ein Stück Zukunftsstaat verwirklicht sehen. Fröhliche, nettgekleidete Kinder in lichtdurchflutetem Raume, einem unabhängigen, warmfühlenden Lehrer anvertraut, so denken wir uns die Schulklasse. Gleiche Vorbedingungen für die geistige Entwicklung, Anerkennung der tüchtigen Arbeit, volles Verständnis zwischen Schule und Haus, so denken wir uns ein modernes Schulwesen.

Das jetzige Geschlecht zerfleischt sich erbarmungslos. Lasset uns den Aufstieg der kommenden Generation vorbereiten, indem wir das Recht der Jugend auf Jugend mit Zähigkeit zu erkämpfen suchen. *Lehrer- und Arbeiterstand sehen vor sich das gleiche Ziel.*

## KRIEG UND JUGENDERZIEHUNG

### *Krieg, Schulreform und militärische Jugenderziehung*

(Aus einer Rede, gehalten im Abgeordnetenhaus bei der zweiten Lesung der Lehrerdienstpragmatik; 12. Juli 1917. Sten. Prot. S. 876 ff.)

Sehr geehrte Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf regelt die Rechtsverhältnisse der an Mittelschulen wirkenden Lehrkräfte sowie der Lehrer, die an den staatlichen Lehrerbildungsanstalten angestellt sind. Es handelt sich um eine unaufschiebbare Reform, die ohnedies schon lange genug verzögert wurde. Sie wird sicherlich ihre guten Wirkungen zeitigen. Wir Sozialdemokraten haben der Gesetzwerdung dieser Reform keine Hindernisse entgegengestellt, im Gegenteil, wir haben sie nach Kräften zu fördern gesucht. Diese Betonung mag im ersten Augenblick vielleicht etwas merkwürdig erscheinen, und doch ist sie begründet.

Die Mittelschule hat heute einen ausgesprochenen Klassencharakter. Den 4 600 000 Volksschülern stehen 151 600 Mittelschüler gegenüber, das heißt von

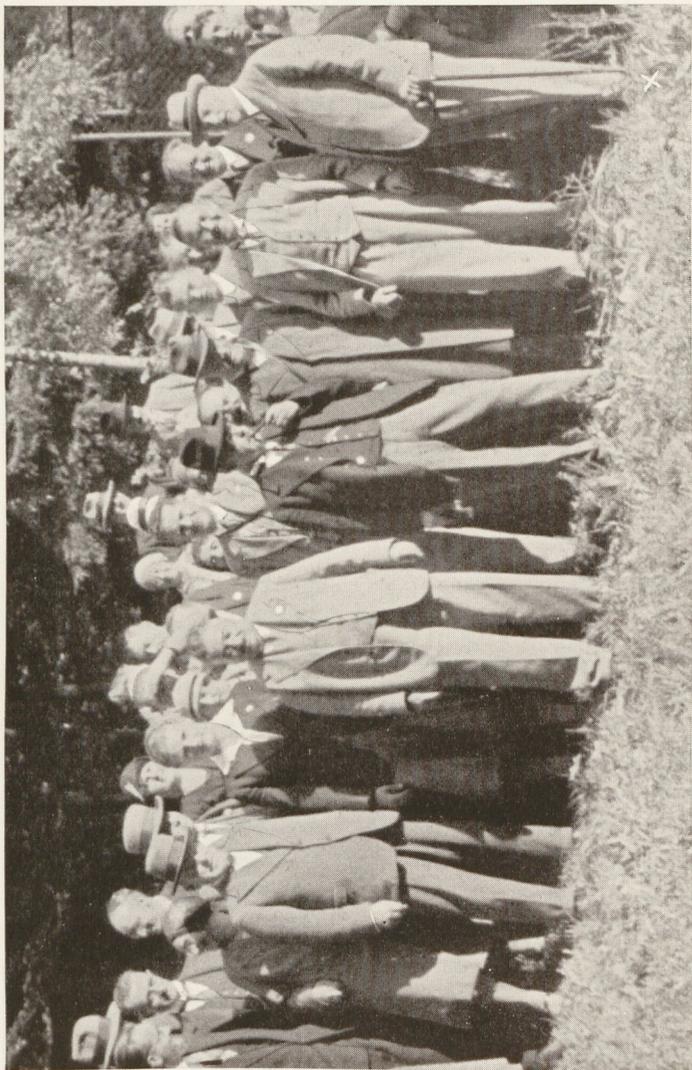
der heranwachsenden Jugend gehen 3,3 Prozent in die Mittelschule. Diese 3,3 Prozent sind keineswegs die Tüchtigsten, die Fleißigsten, die Talentiertesten, sondern das sind die Kinder der besitzenden Klassen, die Nutznießer des Bildungsprivilegs, auf das die besitzenden Klassen begreiflicherweise den größten Wert legen. Das Proletariertkind ist nicht zum Lernen, es ist nicht für den Aufstieg geboren, die Fesseln legen sich schon frühzeitig um seine Entwicklung, sein erhöhtes Recht auf Lebenslust, auf Freude und auf Bildungsmöglichkeit wird unterdrückt, aus der Lebensbilanz gestrichen . . .

Die Gesellschaft sucht den geistigen Aufstieg des Proletariats mit allen und mit den brutalsten Mitteln zu verhindern, sie fürchtet den gebildeten Arbeiter, sie will nicht, daß er in höhere gesellschaftliche Schichten aufsteige. Das gesamte Schulwesen, insbesondere die Mittelschule und Hochschule, wird zum Instrument des Klassenkampfes der Besitzenden gegenüber dem Proletariate. Dabei gehen ungeheure geistige Werte verloren.

Trotzdem hat die Sozialdemokratie ein reges Interesse an dem Gedeihen der Mittelschule aus dem Grunde, weil aus der Mittelschule die Beamten, die dann später als Vertreter des Staates, als Behörden, den Arbeitern gegenüber treten, weil aus ihnen die Ingenieure hervorgehen, die später als Vorgesetzte den Arbeitern gegenüberstehen und insbesondere weil die Mittelschule die Vorbereitungsstätte für die Hochschule ist, welche den Hort der freien Forschung und eine wichtige Vorbedingung kultureller Entwicklung bildet.

Meine Herren! Der Krieg hat große Verwüstungen an Menschenleben und materiellem Gut angerichtet, aber fast möchte ich sagen: furchtbarere Verwüstungen richtete er an geistigem Gute und insbesondere an der Moral an. Wenn Menschen durch drei Jahre hindurch kein geordnetes Leben mehr kennen, wenn Zerstörung und Vernichtung zum Ziele alles Handelns gemacht wird, wenn der Hunger zum Spekulationsobjekt gewissenloser Kriegsgewinner wird, wenn das Töten von Menschen gelehrt wird in allen Methoden, angefangen von den feinsten Maschinen über den Flammenwerfer bis zur mittelalterlichen Art des Morgensterns, dann darf man sich nicht wundern, daß jetzt schon und noch viel mehr nach Beendigung des Krieges Roheit, Arbeitsunlust, Demoralisation, Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten und insbesondere Völkerverhetzung auf der Tagesordnung stehen werden.

Welche Wirkungen zeitigt dieser Krieg heute schon bei dem heranwachsenden Geschlecht bei der heranwachsenden Jugend! Wir rufen warnend und anklagend aus: Unsere Jugend verwaorlost geistig, körperlich und sittlich! Die Schulen sind zum Teil ihrer Bestimmung entzogen; man erwartet, daß die Straße sittliche Charaktere heranzieht. Hohlwangig, mit glanzlosen Augen, in



Otto Glöckel mit seinen Wiener Lehrern auf Besuch in der Freiluftschule Uetliberg, 27. August 1931



zerfetzten Kleidern, übermächtig, weil sich auch Kinder die ganze Nacht anstellen müssen, sind die Kinder des Proletariats die wirkungsvollsten, weil unbewußten Ankläger aller derjenigen, denen der Krieg noch immer nicht lange genug dauert, der Hetzer, denen die Opfer an Blut noch immer nicht genug sind. Man sagt, unsere Kinder seien unterernährt; das ist ein schönfärberischer Ausdruck. Wir sagen die Wahrheit: die kommende Generation, unsere Zukunftshoffnung, sie hungert, sie hungert blank. Wir haben heute nicht die Möglichkeit, den Kindern das zu geben, was sie brauchen, um sich geistig und physisch entwickeln zu können.

Neben den unerträglich schweren finanziellen Lasten, neben dem unermeßlichen Heere der Witwen und Waisen, neben der Armee der Invaliden werden wir später ein schon im Keime schwer geschädigtes Geschlecht haben, das in der Jugend seine Kräfte für fremde Interessen vergeuden mußte, wenig widerstandsfähig, mit gelähmter Schwungkraft und – damit das Unglück voll ist – dies in einer Zeit, wo alles darauf ankommt, daß nunmehr aufgebaut, daß das Zerstörte wieder aufgerichtet, die verlorenen Werte wieder hergestellt werden, und daß ein gesundes, leistungsfähiges, tatenfrohes Geschlecht sich anschieke, die großen Sünden, die jetzt begangen werden, zu sühnen. Nur das Volk wird siegen, das am raschesten, am wirksamsten und planmäßigsten die durch den Krieg hervorgerufenen Lücken auszufüllen vermag und nach diesem kulturtötenden Massenmorde zur kulturellen Schöpferkraft sich wieder erhebt. In der Zeit unmittelbar nach dem Kriege wird dieses Österreich empfinden, was es heißt, daß 3 483 000 seiner Staatsbürger Analphabeten sind, daß 16,5 Prozent der Bevölkerung weder lesen noch schreiben können. Wir werden es in dem Augenblicke empfinden, wo wir darangehen wollen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses Staates in die Wege zu leiten. Das ist eine Sünde wider den Geist, und das ist die Kreuzungsstelle des Interesses der Besitzenden, der Kapitalisten, und des Proletariats. Der Kapitalist braucht nach dem Kriege dringendst qualifizierte Arbeiter, er braucht Ingenieure, Gelehrte, Ärzte, Baumeister, und er wird es schmerzlich empfinden, wenn die Lücken aufklaffen werden, die dieser Krieg auf diesem Gebiete gerissen hat. Er wird es aus materiellem Interesse schmerzlich empfinden. Das Proletariat stürmt die Pforten des Wissenschaftstempels, um geistig und dadurch auch politisch an Macht zu gewinnen. Und da hier, durch die Weltereignisse bedingt, die Interessen beider Klassen trotz des entgegengesetzten Endzieles eine Strecke weit gemeinsam laufen, wird die Zeit unmittelbar nach dem Kriege die Zeit erleichteter Bildungsmöglichkeiten sein müssen, die Zeit, in der man jedes Talent mit Emsigkeit suchen und aufgreifen wird, gleichgültig, ob es aus Hütte oder Palast stammt. Die Ökonomie der

Geisteskräfte wird die Vorbedingung sein für die Behauptung im geistigen und wirtschaftlichen Ringen, das mit einer Vehemenz auftreten wird, die wir heute noch gar nicht zu beurteilen vermögen. Das Proletariat fordert daher eine weitgehende, grundstürzende Schulreform. Wir wollen, daß sich die Tore aller Schulen und Schulgattungen öffnen, wir wollen, daß jeder nach seiner Fähigkeit, nach seinem Talente und Fleiße die Möglichkeit besitze, sich auszubilden, und daß dabei keine Zeit verloren wird.

Meine Herren! Wir wissen schon, was wir damit aussprechen. Der Schulkampf in diesem Staat hat uns sehr vorsichtig gemacht. Seit Jahrzehnten bekämpft die Sozialdemokratie die fortschreitende Klerikalisierung, die bei der Volksschule völlig durchgeführt ist, in der Mittelschule üppig gedeiht und in der Hochschule vom Modernisteneid bis zum Salzburger Hochschulkompromisse gediehen ist. Mit Nachdruck wehren wir uns gegen einen später aufgetretenen Feind, den verzopften Bürokratismus. Aber während des Krieges ist ein neuer, moderner Feind erstanden, der vielleicht im gegenwärtigen Momente der allergefährlichste ist, das ist das Eindringen des Militarismus in unser Schulwesen. Hier war das nächste Ziel die Mittelschule. Aber heute wird schon das Hortwesen dazu mißbraucht. Die jugendlichen Arbeiter sollen dieser unerhörten Verfälschung des Erziehungswesens preisgegeben werden. Da muß ein offenes Wort gesprochen und insbesondere den jetzt führenden Männern des Staates eine Warnung zugerufen werden.

Meine Herren! Wir fragen den Leiter des Unterrichtsministeriums, was es für eine Bewandnis mit der Ernennung des aktiven Hauptmannes Paul Kaltschmidt zum militärischen Beirat des k. k. niederösterreichischen Landesschulrates hat? Wir wissen nicht, seit wann es überhaupt Beiräte in einem Landesschulrate gibt, wir wissen nicht, auf Grund welcher gesetzlicher Bestimmungen dieser Herr plötzlich zum militärischen Beirat ernannt wurde. Wir kennen den Wirkungskreis dieser neuen Stelle nicht und würden sehr bitten, daß uns gelegentlich hier klare Auskunft gegeben wird. Wir können nicht annehmen, daß Mitglieder des Landesschulrates selbst exerzieren wollen, und daß aus diesem Grunde ein militärischer Beirat ernannt wurde. Alles zu seiner Zeit. (Abgeordneter Seitz: Höchstens geistliche Exerzitien!) Die werden jetzt kombiniert: das alte Jesuitensystem in der Kutte und militärische Exerzitien. Wenn der Staat schon glaubt, den Militarismus aufrechterhalten zu müssen, dann sagen wir: erst dann darf der Mann der militärischen Erziehung zugeführt werden, wenn er die körperliche und geistige Reife dazu besitzt; dann sollen die Offiziere diese militärische Ausbildung besorgen, und dazu braucht man sehr wenig Zeit, denn wir sehen ja, daß jetzt im Kriege 17jährige Kinder und 52jährige Groß-

väter innerhalb vier Wochen für den Kriegsdienst außerordentlich gut vorbereitet werden ; ich kann ja nicht die Gewissenlosigkeit voraussetzen, daß man etwa weniger gut ausgebildete Leute an die Front schicken sollte. Wir müssen also annehmen, daß diese vier Wochen vollständig genügen, und wir nehmen das für die Zukunft zur Kenntnis. Dazu kommt noch, daß die Träger der Hauptlast und die entscheidenden Kräfte in diesem Kriege der Landsturm, die Reservisten und die Kriegsleister sind, wir schließen uns gern dem großen und mit tönenden Worten ausgesprochenen Lob der Kriegsverwaltung über diese Leute vollinhaltlich an. Wir freuen uns, daß sie, vom militärischen Standpunkt aus gesehen, so Außerordentliches leisten, wir geben aber zu bedenken, daß alle diese Leute keine militärische Erziehung in ihrer Jugend durchgemacht haben, daß daher die militärische Erziehung völlig überflüssig ist.

Meine verehrten Herren ! Die Schule darf nicht zur Kaserne und der Lehrer nicht zum Feldwebel werden. Entweder nimmt man die militärische Ausbildung ernst, dann paßt sie nicht für die Kinder und Jugendlichen, oder man macht sie zum Spiel, dann muß ich sagen : ich glaube, der Soldatenberuf ist zu ernst, um zum Spiele herabgedrückt zu werden. Diese unsere Ansicht wird von militärischen Autoritäten geteilt, sie wird selbstverständlich von allen Pädagogen vertreten, und wir glauben, daß schließlich die Pädagogen das erste Wort in diesen Dingen zu reden haben.

Aber wir haben auch als Politiker einen Grund gegen diese militärische Erziehung, die einer Erziehung zum Kadavergehorsam gleichkommt, anzuführen. Ich will hier nicht beurteilen, ob dieser Kadavergehorsam beim Militär selbst, wo es sich darum handelt, große Massen zu einem bestimmten Zwecke rasch zur Verfügung zu haben, notwendig ist, aber jedenfalls paßt er nicht für die Erziehung unserer Kinder, weil wir nicht Menschen heranbilden wollen, die auf den Kadavergehorsam gedrillt sind, sondern solche, die selbständig denken und selbständig handeln können (Beifall und Händeklatschen), weil wir wollen, daß die Demokratie im Staate herrschen soll und Kadavergehorsam und Demokratie Begriffe sind, die sich gegenseitig ausschließen.

Aber noch eine andere Gefahr darf man nicht übersehen. Wenn ich es planmäßig darauf anlege, alles Denken und Trachten der heranwachsenden Jugend auf kriegerische Ereignisse zu lenken, wenn ich schon die Jugend mit Mißtrauen gegen andere Völker erfülle, wenn ich den Begriff des Heldentums ausschließlich mit kriegerischen Taten umgrenze, wenn ich gewissermaßen die ganze Erziehung auf die Kriegsnot einstelle, dann ziehe ich ein kriegslustiges und unverträgliches Volk heran, für das es nur ein Messen der Kräfte, nur einen Beweis der Tüchtigkeit, nur einen Erfolg gibt, und der ist dann gegeben, wenn Krieg

ist, wenn kriegerische Verwicklungen sich ansinnen. Gegen diese planmäßige Vergiftung der jugendlichen Seele wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Wir haben nichts mehr zu verlieren als unsere Kinder, und wir wollen, daß unseren Kindern der Sinn eingeprägt werde für das friedliche Nebeneinanderleben der Völker, für ein gegenseitiges Verstehen, für den Wettkampf auf kulturellem Gebiete. Wir wollen, daß unsere Kinder Achtung haben vor dem Heldentum im Frieden, und wir wollen, daß unsere Kinder mit der ganzen Glut ihres Herzens die Schmach verabscheuen lernen, die dem menschlichen Geschlecht angetan wird, wenn es zu kriegerischen Verwicklungen kommt. Wir wollen, daß dieses zukünftige Geschlecht, einst der entscheidende Faktor in diesem und in allen anderen Staaten, die Kraft haben soll, jeden, ob oben oder unten, ob hoch oder nieder, der noch einmal über seine fluchwürdigen Lippen die Worte: »Krieg« und »Auf zum Krieg!« bringt (lebhafter Beifall und Händeklatschen), mit der ganzen Verachtung zu strafen, damit er ausgestoßen sei aus der menschlichen Gesellschaft. Man schützt das Vaterland nicht dadurch, daß man den kriegerischen Geist erzieht, man schützt es, indem man es jedem Bürger wertvoll macht. Gebt Arbeits- und Bildungsmöglichkeit, schafft die Voraussetzung, daß sich ein gesundes Geschlecht entwickelt, schafft ein demokratisches Staatswesen, stellt der gleichen Pflicht das gleiche Recht gegenüber, und jeder wird gern verteidigen, was ihm lieb und wertvoll geworden ist, und man braucht dann nicht mehr so viel Galgen aufzurichten, um den Patriotismus auf diesem wenig appetitlichen Wege zu erzeugen . . . (Lebhafter Beifall.)

Meine Zeit ist abgelaufen. Selbst für den unwahrscheinlichsten – ja, ich sage es heraus – für den unmöglichen Fall, daß der Krieg mit der Zerschmetterung unserer Gegner enden würde, daß wir ungeheure Ländergewinne hätten, und daß das für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Staates von großer Bedeutung wäre, selbst bei dieser Annahme wird der einfache Soldat, der von der Front zurückkehrt, wird die tapfere Frau – man nennt sie die Heldin des Hinterlandes – nicht viel danach fragen: Was hat der Staat erobert? Sie werden nicht danach fragen: Welche Staaten wurden zerschmettert? Nein, sie werden untersuchen, welche Wirkungen dieser Krieg auf ihren kleinen Hausstand ausgeübt hat, sie werden untersuchen, ob das Glück ihrer eigenen Angehörigen dadurch größer geworden ist, ob es sich ausgebreitet hat und, selbst wenn Vater und Mutter ihre Person bei der Beurteilung ausschalten, so werden sie fragen: Was wird mit unseren Kindern sein? Unseren Kindern soll es mindestens später besser gehen, als es uns heute ergeht. Wir wollen nicht umsonst diese Opfer an und hinter der Front gebracht haben: wenn schon dieses Geschlecht die ungeheure

Erbsünde dieses Krieges auf das kommende überwältzt, dann muß dieses Geschlecht dafür sorgen, daß der kommenden Generation die Möglichkeit geboten werde, sich geistig und körperlich zu entwickeln.

Die Schulfrage wird eine Schicksalsfrage des Staates, jeder Nation sein, denn, meine Herren, die Nationen werden nur dann im Wettkampf bestehen können, wenn sie sich auf eine höhere geistige Kulturstufe emporringen können. Nicht die Pfadfinder, nicht die Großen, nicht die alle Überstrahlenden einer Nation allein bestimmen die Kulturhöhe, sondern der Umstand, ob deren Wirken Echo, Resonanz, Verständnis findet in den breiten Schichten der Bevölkerung. Das ist der Kulturmesser jeder Nation.

Der Krieg wird zum Markstein in der Entwicklung aller Völker werden, die Sorge um das Schulwesen ein untrüglicher Gradmesser dafür, ob die Völker und Staaten ihre Aufgabe erkennen, ob sie Vorsorge zu treffen bereit sind, daß in absehbarer Zeit die schmerzenden Wunden verharschen, damit an Stelle der kultur mordenden Zerstörung der kulturfördernde Aufbau trete. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

#### *Kriegsschäden am Schulwesen (1917)*

(Aus dem »Vorbericht« an den Unterrichtsausschuß des Abgeordnetenhauses, erstattet am 8. November 1917; Aml. Prot.)

... Die einzige Aufgabe der Schule ist in Friedens- und insbesondere in Kriegszeiten, den Kindern einen gedeihlichen Unterricht zu bieten und sie erzieherisch zu beeinflussen. Es ist unglaublich, wie sich die Schulverwaltung während der Kriegszeit über diese selbstverständliche Aufgabe hinwegsetzt. Für alle möglichen Zwecke, die an und für sich ja sehr wichtig und unterstützungswert sein mögen, wurden die Schulkinder mißbraucht. In erster Linie verwendete man Schulkinder für Sammlungen der verschiedensten Gegenstände, die von Wohnung zu Wohnung durchgeführt werden mußten (Woll- und Kautschuksammlung, Austragen von Werbeschriften für das Rote Kreuz und Einsammlung nach fünf Tagen, Blumentage usw.). Gegen diese Art der Verwendung von Schulkindern muß entschiedenster Einspruch erhoben werden. Die Kinder kommen in Wohnungen, in denen sich Leute mit ansteckenden Krankheiten befinden, sie kommen oft zu häuslichen Szenen zurecht, die keineswegs geeignet sind, das Kind sittlich zu erheben, sie sind sogar Insulten ausgesetzt, Umstände, die leicht vorauszusehen waren und die Schulverwaltung hätten bestimmen müssen, nie ihre Zustimmung zu dieser schweren Versündigung an unserer Jugend zu geben.

Vor kurzem wurden die Schulkinder abermals aufgefordert, für das Rote Kreuz Mitglieder zu sammeln. In dem Erlaß der Schulbehörde (!) ist zu lesen: »Um den Eifer der Kinder anzuspornen, wird allen, die auch nur ein ordentliches Mitglied mit einem Jahresbeitrag von 4 Kronen oder mindestens zwei unterstützende Mitglieder mit einem Jahresbeitrag von je 2 Kronen anwerben, das kleine Rot-Kreuz-Abzeichen (Kronprinzenbildnis in Medaillenform) in Aussicht gestellt. Wer wenigstens fünf ordentliche Mitglieder wirbt, erhält das große Bildnisabzeichen, wer wenigstens zehn ordentliche Mitglieder oder fünf Mitglieder auf Lebenszeit wirbt, erhält gleichfalls das große Bildnisabzeichen und ein Schülerdiplom. Zur Weckung der Nacheiferung soll die erste Beteiligung mit diesen Bildnisabzeichen am Geburtsfest des Kronprinzen stattfinden.« Dieser Erlaß zwingt zu dem Schluß, daß sich die Schulbehörden der Mitarbeit keines einzigen pädagogischen Fachmannes erfreuen, denn sonst würden solche in die Augen springende Fehlgriffe unmöglich sein. Die Papierauszeichnungen für die Kinder sollen augenscheinlich den Vätern des Erlasses andere Auszeichnungen erwirken!

Man verlangte von den Kindern, daß sie Kälteschutzmittel, Bücher ins Feld, Wolle, Taschentücher, Stücke, Gold, Zinn und Bleituben mitbringen sollen. Man forderte die Kinder wiederholt zum korporativen Besuch des »Schützengrabens« im Wurstelprater auf, jener geschmacklosen, tiefbedauerlichen Verhöhnung des blutigen Ernstes!

Am verwerflichsten sind aber die Geldsammlungen in der Schule, die ja doch nichts anderes als Erpressungen der Schulkinder an ihren Eltern darstellen. Man verleitet aber auch die Kinder zum Kaufe völlig unnützer Dinge, in einer Zeit, wo in der Überzahl der Familien die schrecklichste Not herrscht. So forderte man die Kinder auf, Marinebänder (ein Band 1 Krone), patriotische Kriegsabzeichen, Spenderabzeichen für die Kriegspatenschaft zu kaufen. In drei Erlässen wurde den Lehrern eingeschärft, die Kinder klassenweise zu dem Mosaikbild zu führen, das durch Steinchen zum Preise von 20 Heller zusammengesetzt wird. Kinder werden über Auftrag der Schulbehörde verleitet, übriggebliebene Ansichtskarten vom Lehrer zu kaufen. Die Kinder verschaffen sich oft auf unredliche Weise das Geld, stellen sich gegen Entlohnung um Lebensmittel an, kaufen diese Ansichtskarten, versehen sie mit einer Zehn-Heller-Marke und senden sie dann — ihrem Sitznachbar in der Schule! Die Eltern sind über die Art der Geldvergeudung mit Recht empört.

Entgegen den Bestimmungen der Schul- und Unterrichtsordnung, die jede Art von Geldsammlung mit Recht untersagt, hat man während der Kriegszeit sogenannte »Spartage« eingeführt. Die Lehrer werden in Erlässen immer wieder

aufgefordert, die Kinder »zu Geldspenden anzueifern«, die Schulkinder »zu bestimmen zu suchen, ihre Beiträge zu erhöhen«. Hellerweise soll der Lehrer diese Beträge einsammeln. Schulleiter und Inspektoren setzen ihren Ehrgeiz darein, recht hohe Beträge abliefern zu können. Wiederholt kommt der Lehrer dadurch in die unangenehmsten Situationen. Seine Autorität wird dazu mißbraucht, um aus den ärmsten Schichten der Bevölkerung, die wahrhaftig ohnedies große Opfer bringen, Geldbeträge zu erpressen. Es ist nicht zu verwundern, wenn Kinder und Eltern oft die Meinung äußern, daß die Sorgfalt und Aufmerksamkeit, die man den Schulkindern erweist, von der Höhe der Spenden beeinflußt wird. Vom erzieherischen Standpunkt sind alle Arten von Spendensammlungen auf das entschiedenste zurückzuweisen. Sie führen zu Demütigungen der Armen, zu schwerwiegenden Mißverständnissen und zeitigen das Bestreben in den Kindern, auf jede Weise und oft auf unerlaubte Art sich Geld zu verschaffen.

Jede Lehrkraft hat in dieser Zeit für die Jugenderziehung ganz besonderen Wert. Wenn man sich schon damit abfinden muß, daß die frontdiensttauglichen Lehrer ihre Pflicht im Felde erfüllen, so muß die Forderung erhoben werden, alle hilfswirtschaftlichen Lehrpersonen ihrem Berufe zurückzugeben, da sie für den Staat nirgends wichtigere Arbeit als in der Schulklasse zu leisten vermögen. Mit Ausnahme Kärntens, wo man wenigstens die älteren Jahrgänge prinzipiell enthoben hat, geht man bei den Enthebungen individuell vor. Der mehr oder weniger begründete Vorwurf, daß dabei nicht nur sachliche Erwägungen, sondern der Einfluß von Protektion eine Rolle spiele, ist nicht ganz abzuweisen. Dabei herrscht oft eine unglaubliche Rücksichtslosigkeit . . .

Als der Krieg ausbrach, steckte man die Lehrer in sogenannte Arbeiterabteilungen, bei denen sie die schwersten körperlichen Arbeiten leisten sollten. Oft kamen sie in unmittelbare Berührung mit dem Feind und mußten sich mit dem Spaten in der Hand wehren. Bis zum heutigen Tage ist noch immer nicht entschieden, ob diese Zeit wirklich schwerster Pflichterfüllung den Lehrern »als im Felde zugebracht« anerkannt werden soll, um ihnen die Berechtigung zum Besuche der Offiziersschule zu geben.

Lehrpersonen werden noch heute für untergeordnete Schreiberdienste verwendet. So muß zum Beispiel die Gemeinde Wien das Gehalt eines Bürgerschullehrers einer Schreibkraft ausbezahlen, die der Firma Rella & Neffe zugeteilt ist. Dieser Lehrer jammert darüber, daß er den ganzen Tag nichts zu tun habe. In den Kanzleien des Roten Kreuzes sitzen Lehrer, die wahrhaftig leicht durch weibliche Hilfskräfte ersetzt werden könnten; ihre Enthebung stößt auf Schwierigkeiten. Dabei hielt man es vom ersten Augenblick an für selbstverständlich,

daß Varietékünstler als unentbehrlich enthoben werden! Wenn es möglich ist, daß in Ungarn schon im September 1915 automatisch sämtliche Lehrer, die nicht frontdiensttauglich sind, enthoben werden, dann muß es auch in Österreich möglich sein. Es gibt heute keinen Lehrer, der nicht für den Schuldienst unentbehrlich wäre!

Die Arbeit des Lehrers, die schon in Friedenszeiten die ganze Nervenkraft in Anspruch nimmt, hat während der Kriegszeit eine wesentliche Erschwerung erfahren. Es ist begreiflich, daß die Eltern den lebhaftesten Wunsch haben, daß die Lehrer ihre ganze Kraft der Erziehung der Kinder widmen, da ja ohnedies in vielen Fällen die starke Hand des Vaters entbehrt werden muß. Wohl muß zugegeben werden, daß insbesondere ländliche Verhältnisse es bedingen, daß der Lehrer zu verschiedenen Arbeiten im öffentlichen Interesse naturgemäß herangezogen wird. Trotzdem sei auf die Gefahr hingewiesen, die durch die Überlastung der Lehrer mit außerordentlichen Obliegenheiten heraufbeschwoeren wird, so daß der Hauptberuf des Lehrers bedauerlicherweise weit in den Hintergrund geschoben wird.

Eine nicht vollständige Aufzählung der neuen Lehrerarbeit sei versucht:

1. Anbaustatistik. 2. Werbung bei den Kriegsanleihen. 3. Ausgabe und Verteilung von Brot-, Mehl-, Fett-, Zucker-, Kaffee-, Kohlen- und Kartoffelkarten, Verrechnung des Petroleums und Ausstellung der Bezugsscheine, Abstempelung sämtlicher Ausweise und Zählung und Ablieferung der Abschnitte, die in vielen Orten in die Tausende gehen. 4. Freiwillige Metallabgabe. 5. Übernahme der zwangsweisen Metallabgabe von Kesseln, Wasserwannen usw. in mehreren Gemeinden. 6. Schriftführung bei der Erntekommission, Begehung der Felder und Aufnahme der Vorräte, Fahrten zu verschiedenen Amtstagen der Bezirkshauptmannschaft. 7. Jährlich zwei- bis viermal Viehaufnahme. 8. Monatlich einmal Aufnahme der Fettvorräte. 9. Brennesselsammlung, Trocknen und Ablieferung. 10. Wolle- und Leinensammlung, Verpacken der gesammelten Vorräte. 11. Berechnen der Unterhaltsbeiträge. 12. Mehllversorgung, Übernahme der Lieferungen, Verkauf desselben durch die Brotkartenverteiler. 13. Brombeer-, Erdbeer-, Himbeerblättersammlung, Sammlung der Roßkastanien, Unkrautsamen, Beeren, Pilze. 14. Naturaliensammlung für die Spitäler: Eier, Fleisch, Speck, Fett, Polster, Tuchten, Scharpie usw. 15. Erzeugung »Dänischer Decken«. 16. Weihnachtsgaben für die Soldaten im Felde. 17. Büchersammlung für die Soldaten im Felde. 18. Sammlung von Altpapier, Seidenflecken und Bleiabfällen. 19. Verkauf von Ansichtskarten, Bildern, Kriegsbechern, Abzeichen, Brieftaschen, Briefpapieren usw. 20. Kälteschutz: Herstellung von Socken, Stutzen, Pulswärmern, Leiberln, Hemden usw. 21. Herstellung von Moskitonetzen. 22. Milchkartenausgabe.

23. Landes-Berufsvormundschaft. 24. Jugendwehren. 25. Veranstaltung von Konzerten und Versammlungen für Fürsorgezwecke. 26. Aufnahme der Musterrungspflichtigen, Ausstellung der Legitimationsblätter. 27. Flüchtlingsfürsorge. 28. Komitee für private Angelegenheiten der Eingerückten und ihrer Angehörigen, Rechtsschutz derselben. 29. Gesuche um Enthebungen, Unterhaltsbeiträge, Majestätsgesuche usw. 30. Gefangenenfürsorge, Geldsendungen an dieselben, Pakete, Briefe usw. 31. Vermißtenfürsorge, die sehr viel Arbeit gibt. 32. Ortswirtschaftsrat. Sorge um Lebensmittel wie: Mehl, Brot, Fleisch, Fett, Zucker, Kaffee, Erdäpfel, Hülsenfrüchte, Marmeladen usw. 33. Ausstellung von Mahlbescheinigungen. 34. Parteien-An- und -abmeldung. 35. Geldsammlungen für das Rote Kreuz, Witwen- und Waisenfonds, Kälteschutz, Kriegspatenschaft, Spitäler, Prothesen usw.

Zu alldem kommt noch, daß jede Schule zugleich die offizielle Rote-Kreuz-Auskunftsstelle ist.

Fürwahr eine etwas gar zu vielseitige Betätigung! Was bleibt da für die armen Kinder übrig an Zeit und Kraft?

Das Organ der tschechischen Lehrerorganisation in Böhmen vom 26. Oktober 1917 bringt die Nachricht, daß politische Bezirksbehörden Lehrer zu Untersuchungen des Reisegepäckes auf Bahnhöfen, wobei sie den Gendarmen zu helfen haben, verwendet werden. Der »Venkov« schreibt am 27. Oktober: »Wir haben bereits über die unwürdige Kommandierung von Lehrern zu Visitationen und Konfiskationen des Reisegepäckes auf manchen Bahnhöfen berichtet. Auf der Strecke Deutschland-Tischnowitz hat sich nun folgender Vorfall zugetragen: Ein Lehrer wurde von Gendarmen kommandiert, er solle das Reisegepäck eines an die Front gehenden Soldaten durchschauen. Es kam zu Streit und Zank, und das Fazit war, daß der aufgeregte Soldat dem visitierenden Lehrer ein paar Ohrfeigen versetzte.«

Die Lehrer auf dem flachen Lande werden meist zur unentgeltlichen Arbeitsleistung in den Brotkommissionen herangezogen. In Wien erhalten sie die völlig ungenügende Bezahlung von 4 Kronen pro Halbtag. Die Arbeit in den Brotkommissionen nimmt einen Großteil der Kraft des Lehrers in Anspruch. Von Tag zu Tag wird die Arbeit komplizierter. So gibt eine Wiener Kommission folgende Karten aus: Mehlbezugskarten (blau, gelb, ohne Abschnitte, dazu sind mindestens drei Verzeichnisse zu führen), Brotbezugskarten, Brot- und Mehlkarten (dazu: Junggesellenkarten, Schwerarbeiterzusatzkarten, Störbrotkarten), Milcheinkaufsscheine (gewöhnliche, solche für Kinder bis zu einem, bis zu zwei, bis zu sechs, bis zu vierzehn Jahren), Einkaufsscheine (weiße und solche für Mindestbemittelte, letztere grün, blau, braun; dazu drei Verzeichnisse), Zucker-

karten, Kaffeekarten, Fettkarten (ganze, halbe, solche für Schwerarbeiter, Butterkarten; dazu Verzeichnisse der Vorratserklärungen), Seifenkarten (dazu Vorratserklärungen), Petroleumkarten (für Wohnungen, Aftermieter, Waschküchen, Hausbeleuchtung; dazu Erklärungen), Haferreiskarten für stillende Mütter, Kinderhafermehlbezug, Kohlenkarten (dazu Erklärungen), Nahrungsmittel-zuflußbezugskarten, Kartoffelkarten. Die Marmeladen-, Kleider- und Schuhkarte steht vor der Tür. Die Brotkommission besorgt ferner die Erhebung leerstehender Wohnungen, leerstehender Geschäftsräume, die Feststellung von Hafer-, Heu- und Strohbedarf, die Austeilung und Einsammlung von Fragebogen über den Gasverbrauch. Der Parteienverkehr nimmt beständig zu. Die Abfertigung einer einzigen Partei, die sich an- oder abmeldet, erfordert heute, da sämtliche Bezugsscheine abgeändert werden müssen, eine Arbeit von einer Viertelstunde. Ins Ungemessene steigt die Arbeit der Brotkommission in der sogenannten Füllwoche, wo Tausende und aber Tausende Karten in die Umschläge gefüllt werden müssen. Diese Arbeit wird dadurch noch erschwert, daß die erforderlichen Drucksachen oft erst im letzten Augenblick eintreffen. In dieser Zeit ist es den Kommissionsmitgliedern einfach physisch unmöglich, diese Riesenarbeit allein zu bewältigen, und wollte sich ein Schulaufsichtsorgan etwa einmal am letzten Tag der Füllwoche ins Kommissionslokal bemühen, so sähe es dort die Frauen, Töchter und Söhne der Lehrer angestrengt mitarbeiten, damit die Füllung rechtzeitig fertig werde.

Es kann nicht Aufgabe dieses Berichtes sein, darauf zu verweisen, daß in Deutschland eine wesentlich einfachere Art der Regelung des Nahrungsmittelbezuges durchgeführt ist. Doch wäre es auch für die Entlastung der Lehrpersonen und damit für das Wohl der Schule von großer Bedeutung, wenn man endlich das System vereinfachen und durch Zuziehung von Hilfskräften die Arbeit verringern würde.

Im vergangenen Winter blieben Schulen durch Monate hindurch geschlossen, weil es nicht möglich war, den nötigen Kohlenbedarf aufzubringen. Die Turnsäle blieben fast alle gesperrt. Dabei handelt es sich wohl in erster Linie um die schweren geistigen Schäden, die durch die erzwungene Ferienzeit hervorgerufen werden, doch ist auch der Umstand nicht ohne Belang, daß sich gerade in den Zeiten der Kohlennot die Kinder in kalten Räumen zu Hause aufhalten müssen, daß daher die Schulklasse auch die Funktionen einer Wärmestube übernehmen muß. Hoffentlich erfüllen sich die Versprechungen des Herrn Ministers für öffentliche Arbeiten, daß heuer in erster Linie die Schulen mit Kohle versorgt werden sollen. Für alle Fälle ist es aber unerläßlich, daß sich die Unterrichtsverwaltung dieser Angelegenheit energisch annimmt.

In erschreckendem Maße zeigen sich die Folgen einer furchtbaren Unterernährung. So werden aus Gratkorn bei Graz, aus Warnsdorf und Wien Fälle gemeldet, wo Kinder gestorben sind und als Todesursache »Unterernährung« konstatiert wurde. Heute kann man ohne Übertreibung sagen, daß drei Viertel aller Schulkinder die für ihre körperliche Entwicklung und geistige Leistungsfähigkeit unerläßliche Nahrung nicht erhalten, daß die Schulklassen von hungernden Schulkindern besetzt sind. Dieser Zustand wird sich furchtbar rächen. Eine körperlich schwache Generation wächst heran, die keinen Widerstand gegenüber den Angriffen der Krankheiten zu leisten vermag, die schon aus diesem Grunde der so notwendigen geistigen Regsamkeit entbehren wird.

In Wien versuchte man, durch eine von privater Seite in Angriff genommene Aktion, den ärmsten Kindern ein warmes Frühstück zu verschaffen. So löblich die Absicht war, mußte ihre Durchführung mehr als unvollkommen bleiben, da die dazu notwendigen finanziellen Mittel nur auf dem Wege der Privatwohlthätigkeit aufgebracht wurden. Nach bis ins Detail gehenden Erhebungen, um die »Allerbedürftigsten« auswählen zu können, wurde erreicht, daß wöchentlich zweimal dasselbe Kind ein warmes Frühstück erhielt. Die anderen fünf Tage durfte es sich auf die zwei Festtage freuen!

Es ist unerläßlich, daß sich über Veranlassung der Unterrichtsverwaltung der Staat mit der Frage beschäftigt, wie die Kinder, die Hoffnung auf die Zukunft, wenigstens notdürftig genährt werden können. Es müssen Schulküchen errichtet werden, die den Kindern ein Frühstück und das Mittagmahl liefern. Hungernde Schulkinder sind eine schwere Anklage für die Gesellschaft auch in Kriegszeiten!

Die vor einigen Jahren durchgeführte staatliche Erhebung ergab, daß 52,5 Prozent der im Alter von 13 bis 14 Jahren befindlichen Schulkinder zu Erwerbsarbeit verwendet werden. Während der Kriegszeit hat nun die Kinderarbeit eine weitere außerordentliche Ausbreitung gefunden. In der Landwirtschaft, in gewerblichen und Handelsbetrieben finden wir Kinder, die während und außerhalb der Schulzeit oft zu schwerer Arbeit verwendet werden. Haben wir doch erleben müssen, daß von der k. k. Munitionsfabrik in Wöllersdorf an den Stadtbezirksschulrat in Wiener Neustadt das Ersuchen gerichtet wurde, die Verwendung von Schulkindern in der Munitionsfabrik zu gestatten! Wenn auch erreicht wurde, daß die Kinder österreichischer Staatsbürger in der Munitionsfabrik zu Wöllersdorf nicht mehr verwendet werden, so arbeiteten noch vor kurzem dort Kinder aus Ungarn.

Unerhört ist es, daß der oberösterreichische Landesschulrat einen Erlaß herausgab, der bestimmt, »daß die Verwendung von Kindern bei Erntearbeiten, Kartoffelgraben und bei Treibjagden als Entschuldigungsgrund anzusehen ist«.

Ob man wohl jenen Herrschaften, die als Sonntagsjäger an den Treibjagden teilnehmen, zumuten dürfte, ihre eigenen Kinder als Zutreiber verwenden zu lassen!

Wir fordern, daß das Unterrichtsministerium sofort eingreift und den Erlaß zurückziehen läßt. Von einem Schutz der Kinder durch die Schulbehörden kann da wahrhaftig nicht gesprochen werden.

All die früher angeführten Umstände, das Anstellen der Kinder um Lebensmittel bei Tag und auch bei Nacht, das schlechte Beispiel, die Aufsichtslosigkeit müssen dazu führen, daß die Kinder im jugendlichen Alter sittlicher Verderbnis anheimfallen. Es sei hervorgehoben, daß es in den ländlichen Bezirken besser bestellt ist. In Proletarierkreisen hingegen greift die Verwahrlosung entsetzlich um sich. Berichte aus Böhmen sagen: »Die Verrohung nimmt immer mehr zu. Lügenhaftigkeit, Widersetzlichkeit, Diebstähle in der Schule mehren sich. Fortwährend werden von den Schulleitungen Gutachten über das sittliche Verhalten von Schülern von den Gerichten abverlangt.« Kärnten: Einbruchsdiebstähle. Steiermark: »Knaben und Mädchen stehen, ohne so recht zu empfinden, daß dabei etwas Verwerfliches sein soll. Bei Schulmädchen bemerkt man eine geschlechtliche Frühreife.« Niederösterreich-Land: Hang zum Müßiggang. In Friedenszeiten wurden in einer dreiklassigen Schule zwei bis drei Fälle jährlich vor Gericht ausgetragen, im abgelaufenen Schuljahre 36! Alle 14 Tage eine Anfrage irgendeines Gerichtes wegen eines in Haft befindlichen Jugendlichen. Brünn: Die Kriminalität der Jugend nimmt erschreckend überhand. Wien, V. Bezirk: Seit Anfang dieses Schuljahres kamen in eine Schule 40 polizeiliche Anzeigen, darunter 35 wegen Lebensmitteldiebstahls! Natürlich bleiben auch die Unterrichterfolge weit unter dem Normalen. Die Zahl der Repetenten mehrt sich bedenklich, trotzdem von den Schulbehörden gefordert wird, daß auch solche Schüler in die nächsthöhere Klasse übernommen werden, die offenkundig die Reife hierzu nicht besitzen. Die Lehrer klagen über die »geistige Unterernährung«. Und ein Lehrer aus St. Pölten schreibt: »Während die tatkräftige Jugend draußen im Kriege verblutet, verhungert geistig und seelisch das heranwachsende Geschlecht!«

In völliger Verkennung seiner Pflicht gab der Landesschulrat von Kärnten am 28. Februar 1917, Z. 830, einen Erlaß an die untergeordneten Stellen, betreffend die Heranziehung der Schuljugend zu landwirtschaftlicher Arbeit. Er lautet: »Um die Mithilfe der Schuljugend bei den landwirtschaftlichen Arbeiten zu erleichtern und zu fördern, wird für das Sommerhalbjahr 1917 folgende Anordnung getroffen: Die Befreiung vom Schulbesuche während des Sommerhalbjahres ist allen Schulkindern, welche das zehnte Lebensjahr

vollendet haben, zu gewähren, insofern nicht der Ortsschulrat der betreffenden Schulgemeinde beim Bezirksschulrate generell oder die gesetzlichen Vertreter der einzelnen Schulkinder individuell dagegen Einsprache erheben.« Die gesetzlichen Bestimmungen werden hier ganz ruhig in ihr Gegenteil verkehrt. Während sonst das Ansuchen um Schulbefreiungen von den Oberschulräten oder den Eltern eingebracht werden muß, weist der Landesschulrat alle Kinder über zehn Jahre aus der Schule, und erst, wenn sich Ortsschulrat oder Eltern dagegen wehren, dürfen sie ihrer Schulpflicht entsprechen! Es zeigt dieser Erlaß, wie notwendig es wäre, daß sich das Unterrichtsministerium um die Verordnungsblätter der Landesschulräte etwas mehr kümmern würde.

Ganz besonders muß dagegen Einsprache erhoben werden, daß man alle oft recht unpassenden Gelegenheiten dazu benutzt, um schulfreie Tage anzusetzen. Immer wieder werden die Kinder aus dem Lernen herausgerissen, immer wieder wird für verderbliche Zerstreung Sorge getragen. Schulfrei heißt meist Straßen-erziehung! Die Anzeigen wegen unentschuldigter Schulversäumnisse bleiben völlig unbeachtet, die Lehrer unterziehen sich auch jetzt gar nicht mehr der Mühe, Anzeigen zu erstatten. Wie soll da wieder Ordnung gemacht werden? Mehr denn je liegt es im Interesse der Kinder und der Eltern, daß ein möglichst regelmäßiger Schulbesuch erzielt werde, daß auch hier die Schulbehörden das Bestreben der Lehrerschaft tatkräftig unterstützen.

Nicht weniger als viermal, und zwar am 19. Januar 1915, Z. 463, am 27. Februar 1915, Z. 2893, am 2. Juni 1915, Z. 6101, und am 6. September 1915, Z. 1915, wurden vom Bezirksschulrat Wien über Anordnung des Landesschulrates und des Unterrichtsministeriums »vertrauliche« Erlässe herausgegeben, »betreffend die Fernhaltung von Angehörigen der im Kriegszustand mit der Monarchie befindlichen Staaten von allen Lehr- und Erziehungsanstalten«. Diese Erlässe sind eine Schande für Österreich! Arme, wahrhaftig unschuldige Kinder wurden deswegen aus der Schule ausgeschlossen, weil ihre Eltern Angehörige von Staaten sind, die sich mit Österreich im Kriege befinden. Fürwahr, sowohl Eltern wie Kinder sind für die Kriegserklärungen nicht verantwortlich zu machen. Ein Kinderkreuzzug des 20. Jahrhunderts! Oft handelte es sich um Kinder, deren Eltern seit Jahrzehnten in Österreich ihr Brot redlich verdienten. Plötzlich wurden sie aus der Gemeinschaft der anderen Kinder ausgeschlossen und ihnen dadurch das Brandmal des »Feindes« aufgedrückt. Nicht selten kam es vor, daß solche Kinder den empörendsten Insulten durch ihre Altersgenossen ausgesetzt waren. Ein Verdienst unserer Schulbehörde, der es gelungen ist, Österreich dadurch in der ärgsten Weise bloßzustellen.

Es klingt unglaublich – und es sei nur als ein Illustrationsfaktum verzeichnet,

was in Lehrerkreisen erzählt und von vielen bestätigt wird —, daß es Bezirks-  
schulinspektoren gegeben haben soll, die diesen Erlaß mit den Worten ver-  
teidigten : man könne in Anwesenheit dieser Kinder nicht gut sagen, daß »die  
Engländer Schufte« und »die Russen ein Raubgesindel sind!« Jedes Wort über  
diese Gattung von »Erziehern« erübrigt sich. Natürlich trifft diese Maßregel  
nur die armen Eltern und Kinder, die reichen Ausländer sind in der Lage, ihre  
Kinder vor der zwangsweisen Verdummung, vor der Verwahrlosung wie vor  
Insulten zu schützen. Wir verlangen die sofortige Aufhebung dieses Doku-  
mentes österreichischer Schulschande! . . .

Die schmerzlichen Lücken, die der Krieg in der leistungsfähigen Jugend  
gerissen hat, müssen baldigst ausgefüllt werden. Nicht länger dürfen wertvolle  
geistige Schätze brachliegen bleiben, dürfen geistige Anlagen verdorren, nur  
aus dem Grunde, weil die Eltern des betreffenden Kindes nicht die Mittel auf-  
zubringen vermögen, um die weitere Ausbildung zu ermöglichen. Wir sind uns  
der großen Schwierigkeiten bewußt, eine richtige Auswahl zu treffen. Während  
nun in Deutschland unter der tatkräftigsten Mithilfe der Unterrichtsverwaltung  
diese Frage auf das lebhafteste diskutiert wird, während man dort emsig nach  
Hilfsmitteln sucht, um dem Ziele näher zu kommen, schläft man im öster-  
reichischen Unterrichtsministerium einen Dornröschenschlaf und wartet bis zu  
dem Tage, an dem sich die Dornenhecke von selbst öffnen und der Weg ins  
Freie sich darbieten wird. Es ist die Pflicht des Unterrichtsministeriums, hier  
Wegweiser oder doch mindestens Anreger zu sein. Es genügt nicht, die Verwal-  
tung mehr schlecht als recht zu führen, Akten aufzustapeln und Repräsentations-  
pflichten zu erfüllen. Es muß praktisch wertvolle Arbeit geleistet werden. Die  
Klagen über die mangelhafte Erfüllung der natürlichsten Pflichten durch das  
Unterrichtsministerium sind nicht von heute. Es ist bezeichnend, daß die Unter-  
richtsverwaltung nicht in der Lage ist, anzugeben, wie viele Lehrpersonen ihr  
unterstehen, wie viele Lehrer eingerückt und enthoben, wie viele Schölen ihrer  
Bestimmung entzogen sind.

Wir fragen : Wo waren die Bezirks-, wo waren die Landesschulinspektoren?  
Haben sie ihre Pflicht erfüllt und über den bedauerlichen Zustand des Schul-  
wesens berichtet? Wenn ja, welche Behandlung erfahren diese Berichte? *Wir  
wollen den Schuldigen kennenlernen!* Für die Kinder der reichen Kriegs-  
gewinner ist gesorgt ; die doppelt Leidtragenden sind die Kinder der Armen, die  
eine schwere Erbsünde auch in Zukunft zu tragen haben werden. Es handelt sich  
hier um keine untergeordnete Frage. Eine Unterschätzung der herauf-  
beschworenen Gefahren könnte verhängnisvoll werden. Der Vater im Felde,  
die Mutter im Kampfe um die Lebensmittel, die Kinder verwahrlost : eine etwas

zu arge Belastungsprobe! *Wir wollen die Anwälte der armen Kinder sein.* Mit dieser Debatte soll die Aktion nicht abgeschlossen, sondern erst begonnen werden.

Wir wollen darüber wachen, ob die Schulbehörden nunmehr ihre Pflicht erfüllen und unsere Forderungen berücksichtigen werden. Wir klagen alle Faktoren an, die die ohnedies entsetzlichen Leiden des Krieges aus Sorglosigkeit, Unfähigkeit oder Streberei ohne Not verschärften. *Es ist höchste Zeit zur Umkehr!* Hoffentlich hat das Unterrichtsministerium den Willen, den Mut und die Kraft, sofort planmäßig einzugreifen, damit es ehestens in die Lage versetzt wird, uns durch Vorführung wirklicher Tatsachen, die geeignet sind, das Schulelend zu mildern, etwas zu beruhigen.

## AUFBAU

### *Schulreform und Staatserziehungsanstalten*

(Rede des Unterstaatssekretärs für Unterricht zur Regierungsvorlage über die Errichtung der österreichischen Staatserziehungsanstalten. Konstituierende Nationalversammlung, 28. November 1919. Sten. Prot. S. 1193 ff.)

Hohes Haus! Mit dem vorliegenden Gesetze betreffend die Errichtung der österreichischen Staatserziehungsanstalten beginnt die Reihe jener Gesetze, die die Schulreform begründen sollen. Die Schule aus der absolutistischen, aus der monarchischen Zeit paßt nicht mehr in die republikanische, demokratische Zeit hinein. Wir müssen ein Schulwesen schaffen, aus dem sittlich gefestigte Charaktere hervorgehen, ein Geschlecht aufrechter, arbeitsfroher, lerneifriger, lernfreudiger Menschen, die befähigt sind, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen, und bei Ausübung der breitesten demokratischen Rechte auch bereit sind, die Verantwortung gegenüber der Gesamtheit zu übernehmen. Es ist damit ein hohes Ziel gesetzt. Wir wissen, daß die Schulreform nicht auf dem Schreibtisch eines einzelnen erdacht oder etwa das Werk von Bürokraten sein kann. Die Schule muß auf die verschiedensten Bedürfnisse des sittlichen, wirtschaftlichen und praktischen Lebens Rücksicht nehmen. Dabei darf die Eigenart des Landes, der Gegend, ja oft auch eines Ortes nicht vernachlässigt werden. Also nicht ein starres, alles gleich behandelndes System, sondern eine lebensvolle Vielgestaltigkeit bei einheitlicher Organisationsform, bei einheitlichem Lehrziel, damit nicht später eine Differenzierung in der Kulturhöhe der verschiedenen Länder eintreten kann. Um dieses große Werk planmäßig, rasch,

aber ohne Überstürzung in Angriff nehmen zu können, wird eine Organisation zur Durchführung der Schulreform geschaffen – sie ist zum Teil bereits wirksam –, die innerhalb des Staatsamtes sich in der Weise vollzogen hat, daß eine eigene Reformabteilung begründet wurde, die ausschließlich aus Fachleuten zusammengesetzt ist, die sich auf pädagogischem Gebiete praktisch und auch theoretisch hervorgetan haben. Sie wurden nicht zu Beamten gemacht, sondern werden nach einiger Zeit wieder als Lehrer in ihre Klassen zurückkehren. Die Arbeiten werden innerhalb des Staatsamtes die Juristen übernehmen, die die entsprechende Form zu geben haben, und handelt es sich um gesetzliche Vorschriften, wird sich die Lehrerkammer damit beschäftigen, worauf die Eltern, die im Erziehungs- und Unterrichtsbeirat die Mehrheit der Stimmen haben werden, ihr Urteil abzugeben haben. Dann wird der Gesetzentwurf erst der parlamentarischen Behandlung zugeführt, wodurch erzielt wird, daß nicht einseitige bürokratische Maßnahmen getroffen werden, sondern daß dadurch die Möglichkeit gegeben ist, daß die Schulreform erarbeitet wird von den hierzu Berufenen, von den Fachleuten, von den Eltern.

Geplant ist die Schulreform auf der Grundlage der Einheitsschule, des Arbeitsunterrichtes und der möglichst raschen Beseitigung des Bildungsprivilegs. Wenn uns auch wertvolle Erfahrungen des Auslandes zur Verfügung stehen und wir gerne bereit sind, diese Erfahrungen auf unser Schulwesen anzuwenden, wenn wir auch die möglichste Angleichung an das Schulwesen Deutschlands und das der Schweiz anstreben, so ist doch die Eigenart des Staates zu berücksichtigen. Vielfach werden wir ganz neue Wege gehen müssen, woraus uns die Verpflichtung erwächst, mit aller Vorsicht und Gewissenhaftigkeit vorzugehen.

Die früher erwähnten Grundsätze sollen nun unmittelbar und beispielgebend in den Staatserziehungsanstalten ihre Anwendung finden. Dort sollen sie praktisch durchgeführt werden und dadurch aufklärend und werbend wirken, sowohl für die Lehrerschaft wie auch für die breite Öffentlichkeit. Eine moderne Musterschule muß von tüchtigen Lehrern betreut werden. Umgeben von weiten Gärten und Wiesenflächen, müssen hygienisch einwandfreie Räume die Schüler aufnehmen. Ausgestattet muß diese Musterschule sein mit praktischen Werkstätten, Erholungsräumen, Schlaf- und Turnsälen, Sportplätzen, verbunden mit Internaten, in denen Kinder armer Eltern reichliche und nahrhafte Kost finden können.

Wo wäre unsere arme Republik in der Lage gewesen, solche Musterschulhäuser herbeizuschaffen? Mit der Auflösung des ständigen Heeres wurden die Offiziersbildungsanstalten überflüssig. Die Regierung wollte es nicht verant-

worten, die Militärzöglinge, die bisher in den Militäranstalten ihre Ausbildung genossen haben und mitten in ihrer Ausbildung standen, plötzlich auf die Straße zu stellen. Sie sind ohnedies recht bedauernswerte Menschen, sind schwer getroffen, weil doch ihre ganze erträumte Offiziersideologie zerstört wurde. Obgleich für die österreichische Republik keinerlei rechtliche Verpflichtung bestand, die unentgeltliche Erziehung dieser Kinder fortzusetzen, was ich hiermit ausdrücklich feststelle, weil eine andere Meinung von einer gewissen Presse immer wieder vertreten wird, hat sich die Regierung doch entschlossen, die Anstalten als Oberrealschulen weiterzuführen und damit 660 Kindern, die meist aus Offizierskreisen stammen, die weitere Ausbildung auf Staatskosten zuzugestehen.

Mit dem Abgang der einzelnen Jahrgänge wird Raum frei, und das sind nun die nach jeder Richtung gegebenen Musterräume, in denen wir unsere Staatserziehungsanstalten unterbringen wollen. Von Jahr zu Jahr erfolgt nun staffelweise die Überführung der früheren Militäranstalten, jetzigen Oberrealschulen, in die Staatserziehungsanstalten, und zwar für Knaben in Wien XIII, Traiskirchen, Wiener Neustadt, Liebenau bei Graz, für Mädchen in Wien II, früher Zivilmädchenpensionat, und XVII, früher Offizierstochterinstitut. Dort haben wir nun ideale Schulräume für uns gefunden; Schwimmbäder, Musikräume, Eislaufplätze, weite Parkanlagen – ich erinnere nur an den herrlichen Park in Wiener Neustadt – stehen zur Verfügung. Die Anstalten sind durchweg mit landwirtschaftlichen Betrieben verbunden. In der Boerhovegasse befindet sich die herrlichste Turnhalle Österreichs. In Traiskirchen wird die einstige Reitschule, die 5000 bis 6000 Personen aufzunehmen vermag, gegenwärtig in eine Winterspielhalle umgewandelt. Sportplätze, Lehrsäle für die einzelnen Fächer stehen zur Verfügung. Es ist wirklich ein idealer Rahmen gegeben, wenn es uns gelingt, diesen idealen Rahmen mit einem modernen Schulbetriebe auszufüllen; dann haben wir wirklich Schulen in unserem kleinen Staate, die für die ganze Kulturwelt mustergültig sein werden. Im heurigen Schuljahre wurde in allen diesen Anstalten der erste Jahrgang bereits auf Grund der neuen Ideen eingerichtet. Wir haben den Versuch gemacht, die Tüchtigen bei der Aufnahme auszuwählen, und damit die Beschränkung auf Kinder, die von Eltern stammen, die in der Lage sind, die Studienkosten zu tragen, beseitigt. Die Staatserziehungsanstalten werden allen Kindern ohne Unterschied der sozialen Stellung der Eltern zugänglich sein, wenn sie den Aufnahmebedingungen entsprechen. (Bravo!) Die Aufnahmebedingungen sind: österreichische Staatsbürgerschaft, gutes sittliches Verhalten, entsprechendes Maß von Begabung, entsprechende Vorbildung und das erforderliche Normalalter.

Wir haben, vor diese praktische Aufgabe gestellt, zunächst die Verfügung getroffen, daß nur solche Kinder aufgenommen werden können, die das zehnte Lebensjahr vollendet und die vierte Jahresklasse der Volksschule absolviert haben. Es meldeten sich 531 Knaben und 164 Mädchen zur Aufnahme aus allen Teilen der Republik. Die Aufnahmsprüfungen wurden nach ganz modernen Grundsätzen geführt. Während bisher die Prüfungen dahin gingen, das Gedächtnismäßige in den Mittelpunkt der Prüfung zu stellen, ausschließlich die erworbenen Kenntnisse zur Beurteilung zu stellen, haben wir nunmehr versucht, in Anlehnung, aber in völliger Umgestaltung der reichsdeutschen Muster, die Befähigung der Kinder festzustellen. Es wurden 218 Knaben und 60 Mädchen aufgenommen. Allen diesen Kindern wurden bis auf ganz wenige, deren Eltern die Kosten von jährlich 3500 Kronen ganz oder teilweise zu zahlen vermögen, Staatsstiftungsfreiplätze verliehen. Diese Staatsstiftungsfreiplätze bedeuten für die Kinder die unentgeltliche Ausbildung, Erziehung, Verköstigung, Unterkunft, ja bis zu einem weiten Maße auch die Bekleidung, so daß die Eltern bis zur völligen Ausbildung der Kinder von den Sorgen für die Kinder vollkommen befreit sein werden.

Welch hohe sozialpolitische Bedeutung diese Einrichtung hat, geht aus folgenden Zahlen hervor: Dem Berufe nach stammen 47 Kinder von Beamten, 40 Kinder von Arbeitern, 26 Kinder von Handwerkern, 2 Kinder von Ärzten, 18 Kinder von Eisenbahn- und Postangestellten, 12 Kinder von Kaufleuten, 21 Kinder von Lehrern, 30 Kinder von Berufsmilitärpersonen und Invaliden, 55 Kinder von Privatangestellten, 2 Kinder von Landwirten, 7 Kinder von Angehörigen freier Berufe, und bei 18 Kindern ist der Beruf der Eltern nicht ganz sicher festzustellen; es sind meist vollkommen verarmte Kinder, meist Doppelwaisen und Kinder, um die sich niemand umsieht. Man kann also annehmen, daß unter den 278 aufgenommenen Kindern höchstens 16 sind, deren Eltern in der Lage gewesen wären, ihren Kindern eine halbwegs mögliche Ausbildung zukommen zu lassen. Man muß bedenken, daß diese tüchtigen Kinder unter wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen leicht unter die Räder kommen können. Denn das proletarische Leben bringt die größten Entbehrungen mit sich, die Kinder sind unterernährt und müssen vielfach zur erwerbsmäßigen Arbeit herangezogen werden, sie vermögen daher die Konkurrenz mit den anderen Kindern nicht zu bestehen.

Ich bin mir dessen voll bewußt, daß es eine verhältnismäßig kleine Zahl ist gegenüber der großen Masse derer, die den gleichen Anspruch zu erheben in der Lage wären. Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates legt uns eben sehr bittere Schranken auf. Aber wenn wir dann bedenken, daß Jahr für Jahr

die Zahl derer wächst, die wir aus dem Proletariat herausnehmen und einer tüchtigen Ausbildung zuführen können, daß, wenn wir eine durchschnittliche Ausbildungszeit von sieben Jahren annehmen, dann mindestens 2000 tüchtige Kinder auf Staatskosten die beste Ausbildung genießen werden, 2000 solcher Kinder, die bisher zum größten Teil nie damit rechnen konnten, einer solchen Ausbildung teilhaftig zu werden. So sehen wir schon, daß selbst dieser kleine Anfang eine große Bedeutung besitzt. Es ist wichtig, darauf zu verweisen, daß budgetär vorgesehen ist, daß alle Plätze als Freiplätze verliehen werden können, so daß die Auswahl völlig frei von finanziellen Rücksichten erfolgen kann. Die Verleihung der Freiplätze nimmt eine Kommission vor, die aus Fachleuten der Reformabteilung des Unterrichtsamtes, aus den Prüfenden und je einem Vertreter der Sozialdemokratischen, der Christlichsozialen und der Deutschnationalen Partei besteht, wodurch jede Sicherheit gegeben ist, daß die Verleihung ausschließlich auf Grund fachlicher Beurteilung erfolgt. (Beifall.) Wir haben versucht, jede Protektion unmöglich zu machen, und ich kann hier erklären, daß die Auswahl sich völlig einwandfrei vollzogen hat. Die Akten stehen jedermann zur Einsicht offen, ein Vorgang, wie er in der früheren Zeit, glaube ich, nicht immer eingehalten worden ist. (Heiterkeit und Zustimmung.) Es ist ein Ruhmestitel der Republik, daß sie beispielgebend wenigstens in den von ihr unmittelbar erhaltenen Staatsbildungsanstalten das Bildungsprivileg ausgeschaltet hat.

Die zweite Grundlage der Schulreform bildet die Einheitsschule. In den Staatserziehungsanstalten sind also die ersten Klassen ins Leben gerufen worden, und dort wird der Lehrplan der sogenannten Deutschen Mittelschule, eines neuen Schultypus, erprobt. Der Lehrplan wurde veröffentlicht und den Fachkreisen zur Kritik übergeben. In diesem Zusammenhange will ich es öffentlich aussprechen: wir bilden uns durchaus nicht ein, unfehlbar zu sein. Wir sind dankbar für jede sachliche, ernste Kritik. Ich darf aber hier wohl aussprechen, daß jede Nörgelsucht und kleinliche Art der Kritik vollkommen wirkungslos bleiben wird.

Der neue Lehrplan versucht die Vorteile der Lehrpläne der Untermittelschule mit denen der Bürgerschule zu vereinigen. Er nimmt auf die Bedürfnisse der jetzigen Zeit Rücksicht und legt das größte Gewicht auf die Beherrschung der Muttersprache. Die Bodenständigkeit des Unterrichtes ist dort bis in das kleinste Detail durchgeführt. Geplant ist der spätere Ausbau in folgender Weise: Bis zum 14. Lebensjahre erfolgt eine einheitliche Ausbildung, vom 15. bis 18. Lebensjahre schließt sich dann die Oberschule an.

Ich darf bemerken, daß das, was ich jetzt sage, zunächst in den Staats-

erziehungsanstalten durchgeführt und dann auf das gesamte Schulwesen Anwendung finden wird. Ein kleiner Teil der Schüler mit ausgesprochen theoretischer Begabung wird wissenschaftliche Schulen besuchen und schließlich auf den Hochschulen seine Studien vollenden können. Der Großteil der Tüchtigen wird praktischen Berufen zugeführt werden, je nach Neigung und Begabung. So wird es teils in unmittelbarer Verbindung mit den Staatserziehungsanstalten, teils in Ergänzung der öffentlichen allgemeinen Schulen, Handelsschulen, Handwerkerschulen, Landwirtschaftliche Schulen, Forstwirtschaftliche Schulen, Schulen für Industriebeamte, Soziale Frauenschulen zur Heranbildung von Fürsorgerinnen und Pflegerinnen und Hauswirtschaftliche Schulen geben. Es handelt sich – darauf lege ich einen besonderen Wert – nicht um eine neue Vermehrung der Mittelschulen nach Art der bestehenden, sondern um Musterschulen der neuen Schulreform, um Erziehungsanstalten, die in Verbindung mit den Schülerheimen alle körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte der jungen Menschen zu erfassen trachten und zur größten Auswertung bringen wollen. Wir brauchen wohl hervorragende Gelehrte, hervorragende Lehrer, aber wir haben auch das dringende Bedürfnis, hervorragende Talente dem Gewerbebestande, dem Stande der Landwirte sowie auch den anderen praktischen Berufen zuzuführen.

Der Unterricht selbst wird daher als Arbeitsunterricht in den Staatserziehungsanstalten durchgeführt werden. Alle Sinne, der natürliche Tätigkeitsdrang des Kindes müssen in den Dienst des Unterrichtes gestellt werden. Dazu kommt die ethische Bedeutung des Arbeitsunterrichtes. Die Kinder werden nicht nur die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Arbeit durch diesen Unterricht schätzen lernen, die Arbeit wird ihnen zum Bedürfnisse, und sie soll ihnen zur Freude werden, aber noch mehr, die Arbeit soll zum ausschließlichen Maßstab für das Ausmaß an Achtung werden, das sie ihren Mitmenschen entgegenzubringen haben. Nur der soll Anspruch auf Achtung besitzen, der wertvolle und nützliche Arbeit für die Gesamtheit leistet. (Sehr richtig!)

Auf diesen Grundlagen werden zunächst die Staatserziehungsanstalten aufgebaut werden, auf diesen Grundlagen soll aber erstehen die neue, die moderne Schule. Dazu gehört aber außer den erprobten Ideen ein Lehrerstand, der freudig und verständnisvoll die Ergebnisse der Erprobung sinngemäß in allen Schulen anwendet. Die Schulreform bedeutet für die Lehrerschaft vielfach ein Umlernen und Neulernen; es sollen daher die Staatserziehungsanstalten auch zu Fortbildungsstätten für die Lehrerschaft werden. Laboratorien für Jugendkunde, für Berufsberatung werden in den nächsten Wochen bereits ihre Tätigkeit beginnen. Kurse sollen veranstaltet werden, die eine theoretische, insbesondere aber auch praktische Ausbildung ermöglichen.

Der Internatbetrieb würde es gestatten, daß diese Kurse ohne große Kosten auf längere Zeitspannen insbesondere den Lehrern des Landes zugänglich gemacht werden könnten. Hier werden neue Ideen, bevor sie allgemein angewendet werden, mit aller Vorsicht erprobt, neue Methoden, Lehrbücher, Lehrmittel geprüft, Neuerungen insbesondere auf dem Gebiete der Schülerselbstverwaltung und auch neue Studienzweige beurteilt werden. Die Lehrer werden also nicht nur auf den toten Buchstaben angewiesen sein, nicht nur auf Verordnungen, nicht nur auf das Lehrbuch, sie werden neben dem belebenden Wort auch noch die befruchtende Tat zur Verfügung haben, sich selbst zu bilden und Begeisterung zu schöpfen, um dann frisch an die Tat schreiten zu können. Schon sind an einzelnen Staatserziehungsanstalten Volksbildungsbestrebungen durchgeführt; Kinoapparate, Skioptikon, eine reichhaltige Lehrmittelsammlung, Physik, Chemie, Spiel- und Turnsäle stehen für diese Zwecke zur Verfügung. Wir haben bereits an zwei Staatserziehungsanstalten solche Volksbildungskurse eingerichtet, die sich eines allgemeinen und fleißigen Zuspruchs erfreuen. Die Staatserziehungsanstalten werden also zu Konzentrationspunkten der geistigen Arbeit werden, zu wirklichen Musterschöpfungen, die den Vergleich mit ähnlichen Einrichtungen des Auslandes ruhig werden bestehen können.

Sollen alle diese Aufgaben mit Vorsicht und unter Ausnutzung aller Erfahrungen des In- und Auslandes durchgeführt werden, so ist eine einheitliche Initiative, eine einheitliche Leitung unerlässlich. Die Staatserziehungsanstalten werden also in unmittelbare Verbindung mit der Schulreform, später mit der zu schaffenden schulwissenschaftlichen Abteilung des Unterrichtsamtes gebracht werden. Die unmittelbare Unterstellung der Staatserziehungsanstalten unter die Zentralstelle der Unterrichtsverwaltung ist daher eine Notwendigkeit. Theoretische und praktische Arbeit wollen wir verbinden, um dieses große Werk der Schulreform möglichst ohne große Gefahren in die Tat umzusetzen.

Und so legen wir heute den Grund zu einem großen Werke, das die Fortsetzung der praktischen Schulreform aus früheren Zeiten bedeutet. Was in früheren Zeiten Basedow mit seiner Philanthropin in Dessau, Pestalozzi mit seiner Schule in Iferten, Franke mit seinen Stiftungen in Halle schufen, als private Unternehmungen, von denen neue Erziehungs- und Unterrichtsmethoden ihren Ausgangspunkt nahmen, um die Kultur der ganzen Welt zu befruchten, was Fichte, Herbart und Humboldt als Theoretiker gearbeitet haben, das wollen wir jetzt unter Anlehnung an die Lietzchen Schöpfungen in Deutschland, das seine Landeserziehungsheime aufgebaut hat auf Grund naturgemäßer Erziehung unter möglichster Anpassung an ein geordnetes Familienleben, in

Österreich fortführen, das erstmal in staatlichen Erziehungsanstalten. Auf diese Weise wollen wir unser gesamtes Unterrichtswesen geistig befruchten.

Es ist ein bestechender, ein wunderschöner Gedanke, der hier zum Ausdruck kommt:

Aus der Mitte des Volkes wollen wir tüchtige Kinder herausschöpfen, die Blüte der Nation wollen wir kräftigen und ihnen die Möglichkeit geben, eine allseitige, tüchtige, wertvolle Ausbildung zu genießen, das Volk selbst nimmt sich dieser Blüte der Nation in warmherziger Pflege an, treue Lehrer werden wir ihnen geben, in die schönsten Räume werden wir die Kinder des Volkes einladen; wir wollen ihnen damit die Möglichkeit geben, tüchtige Menschen zu werden, damit sie in die Lage kommen, ihren Dank dadurch abzustatten, daß sie ihre hochqualifizierten wertvollen Kräfte wieder in den Dienst der Gesamtheit stellen. Von hier aus soll dann die Schulreform, praktisch erprobt, Besitz ergreifen von allen Schulen, angefangen von der einklassigen Schule, in einem Gebirgsorte vergraben, bis zur höchst organisierten Schule in der Großstadt.

Meine Damen und Herren! Wenn wir den furchtbaren Sorgen des Tages, die uns jetzt den Atem zu verlegen drohen, die Sorge für das Gedeihen unserer Kinder für die Zukunft zugesellen, so bedeutet das für uns keine Belastung, nein, es bedeutet für uns die Erhöhung unserer Spannkraft. Wenn wir durch den Terror einiger unglücklicher Menschen gezwungen wurden, unseren Kindern, der unter uns lebenden zukünftigen Generation, ein furchtbares Erbe zu hinterlassen, dann wollen wir doch versuchen, getrieben durch die heiße Liebe zur Jugend, das Schicksal der kommenden Generation, das Schicksal unseres Vaterlandes zu beeinflussen, damit durch den kulturellen Aufstieg das Glück des einzelnen sich verbinde mit dem Wohlstande der Gesamtheit. Die kleine, arme, gequälte Republik Österreich will und darf nicht zurückbleiben gegenüber dem großen deutschen Brudervolke, dem unser ganzes Sinnen gilt. Sie will, so kühn es gerade in dieser Zeit klingen mag, den Versuch machen, sich an der Seite der ersten Kulturstaaten zu behaupten, wie sie den Ruhm für sich in Anspruch nimmt, der Staat zu sein, der sich die freiheitlichste Verfassung gegeben hat. Ich bitte das Hohe Haus, dem Gesetzentwurfe seine Zustimmung zu geben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

*Abgeordneter Dr. Angerer (großdeutsch):*

Hohes Haus! Wir können mit großer Freude feststellen, daß wir mit diesem Gesetze den ersten gesetzlichen Schritt auf dem schwierigen Wege der Schulreform durchführen. Ich kann feststellen, daß hier ein Zusammenarbeiten aller Parteien, wenn auch langwierige Beratungen stattgefunden haben, doch erzielt wurde, und daß wir alle im großen und ganzen auf dem Standpunkt stehen, den der Herr Unterstaatssekretär soeben entwickelt hat. Denn es wird wohl kaum jemanden in Österreich geben, der nicht in sich die Überzeugung hätte, daß wir daran gehen müßten, unser Schulwesen vom Grunde auf neu zu gestalten. Wir wissen doch, daß sich auch in der Vergangenheit stets große Umgestaltungen gerade in einer völligen Erneuerung und Neugestaltung des Schul- und Erziehungswesens widergespiegelt haben. Es ist daher kein Zufall, daß wir auch heute im Zeichen der Schulerneuerung stehen; es ist vielmehr eine ganz natürliche Erscheinung, daß sich in unserer Zeit auf dem Gebiete des geistigen Lebens gleichfalls eine gewaltige Umgestaltung vollzieht, die im engsten Zusammenhange mit den großen politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen steht.

Eines wird vor allem festzustellen sein, woraus man die Notwendigkeit einer völligen Neugestaltung ohne weiteres ersehen kann, und dieses eine besteht darin, daß die Schule der früheren Zeit nicht dem Volke gedient hat, wenn sie auch Volksschule und in weiterer Fortsetzung Mittel- und Hochschule für das Volk genannt wurde, sondern daß die Volksschule, ja unser ganzes Schulwesen einzelnen bevorrechteten Kreisen, den dynastischen und aristokratischen Interessen gedient hat, und alles darauf zugeschnitten war, von diesem Gesichtspunkte aus unsere Jugend zu erziehen. . . Diese Erwägung schon zeigt uns, weshalb eine so gewaltige Schulerneuerung unbedingt notwendig erscheint.

Wenn aber die Schule dem Volke dienen soll, dann müssen wir auch die Möglichkeit schaffen, daß die Befähigten aus dem Volke herausgesucht werden, ohne Rücksicht darauf, ob ein Kind das Kind einer armen Wäscherin oder eines Fabrikarbeiters oder das eines vornehmen, reichen Herrn ist. Der Staat muß die Mittel für eine höhere Ausbildung für jene beistellen, die es selbst nicht leisten können. Wir stehen daher vollständig auf dem Standpunkte, daß an die Stelle der früheren Bevorzugtenschule, die den Kindern bestimmter Klassen den Aufstieg zu einer höheren Bildung und Lebensstellung ermöglichte, nunmehr die Schulen für die Begabten aus dem Volke treten. . .

Aber auch in bezug auf den inneren Betrieb, in bezug auf die Art des Unterrichtes, ist mit Rücksicht auf das Ziel, das man erreichen will, eine Neugestaltung unbedingt notwendig. Es ist allgemein bekannt, daß die bisherigen Schulen, insbesondere die Mittelschulen, vorwiegend Lern- und Buchschulen gewesen sind, die das Gedächtnis und den Verstand ausgebildet haben, aber nicht den ganzen Menschen; sie haben die übrigen Fähigkeiten, die der Mensch außer Gedächtnis und Auffassungsgabe noch besitzt, nicht gefördert. Über diese Einseitigkeit des Unterrichtes ist ja vielfach geklagt worden. Da begrüßen wir den Grundsatz des Arbeitsunterrichtes. Der Herr Unterstaatssekretär hat ihn schon angedeutet, aber ich hebe ihn nochmals hervor, weil in der Bevölkerung, aber auch in den Kreisen der Lehrerschaft, noch viel zu wenig Klarheit und Verständnis über diesen Grundsatz des Arbeitsunterrichtes herrscht, eben weil man sich früher so wenig mit den eigentlichen Schulfragen beschäftigt hat. Die Forderung lautet: Der Mensch muß als Ganzes aufgefaßt und erzogen werden mit allen seinen Kräften und Fähigkeiten, den geistigen und den körperlichen. Diese Erziehung des ganzen Menschen, die Auswertung, die Ertüchtigung aller Kräfte des jungen Menschen, seiner körperlichen und seinen geistigen, nicht bloß des Gedächtnisses und des Verstandes, das ist es, was unter dem

Worte »Arbeitsunterricht« verstanden werden muß. Wenn da und dort die Meinung besteht, Arbeitsunterricht sei Handfertigkeitsunterricht, so ist diese Auffassung natürlich vollständig falsch. Der Handfertigkeitsunterricht ist nicht das, was man unter Arbeitsunterricht versteht, obwohl auch die Übung der Hand dazu gehört, da ja auch das nur eine der Fähigkeiten ist, die der Mensch besitzt.

Weitere Kennzeichen der neuen Schule sind die Forderung nach der Bodenständigkeit und Anschaulichkeit, wobei doch wieder nicht der Kirchturmstandpunkt gemeint ist. Es handelt sich um die Erfassung des Heimatbodens als Ausgangspunktes bis zur Erfassung des großen deutschen Vaterlandes und des Gedankens der Volksgemeinschaft, zu der der einzelne gehört. Solche Auffassung vertritt der Herr Unterstaatssekretär, all das sind Gedanken, die auch wir voll und ganz teilen . . .

*Abgeordneter Dr. Gimpl (christlichsozial):*

. . . Bei den Staatserziehungsanstalten handelt es sich darum, eine ganz neue Methode der Erziehung und des Unterrichtes zu erproben. Wir freuen uns darüber, daß man mit diesen Reformen beginnt. Wir wollen diese Reformen, soweit wir die Wege miteinander gehen können, auf alle Weise, mit der ganzen Kraft unserer Partei fördern, selbstverständlich immer nur so weit, als wir nach dem Programm unserer Partei gehen können. Ich habe das Vergnügen gehabt, eine solche Staatserziehungsanstalt bereits zu besuchen, und ich kann hier der Freude Ausdruck geben über die Großartigkeit der Einrichtungen, die in der ganzen äußeren Aufmachung dort gegeben wurden, besonders in sanitärer Hinsicht. Was die Erholung, was die Ausbildung des Kindes in gesundheitlicher, leiblicher Beziehung anbelangt, haben wir uns überzeugt, daß hier wirklich alles vorgesehen ist. Die schönsten Turnanstalten, die herrlichsten Säle, reine Schulzimmer, Erholungsstätten, wie sie ein junger Mensch, ein Kind oder ein Jüngling nur immer wünschen kann, und wir freuen uns darüber, daß dazu die alten Militärerziehungsanstalten, diese Gebäude, die im alten Regime gebaut worden sind, gerade für diese Zwecke verwendet wurden. Wir freuen uns darüber, daß an diesen Stätten, wo man einst die jungen Leute gelehrt hat, wie man am besten und schnellsten Menschen umbringen kann, heute gelehrt wird, wie man ein tüchtiger, tatkräftiger, ein leistungsfähiger, ein sittlich hochstehender Mensch werden kann . . .

*Abgeordneter Dr. Wagner (christlichsozial):*

. . . Ich möchte nur das eine wünschen, daß die Geschichte ein klein wenig langsamer ginge. Ich will ja nicht, daß die Sache zügig würde und fad wie ein Strudelteig. Durchaus nicht. Aber daß man nach kann. Mit den Reformen ist einer gescheitert, den die Geschichte hochgehalten hat; das war der Kaiser Joseph. Er ist deswegen damit gescheitert, weil er so geschwind war. Hätte er sich mehr Zeit gelassen, dann stünden wir heute vielleicht woanders, als wir tatsächlich stehen. Ich möchte das auch Ihnen sagen, Herr Unterstaatssekretär. Ich stehe Ihrem Werke nicht unsympathisch gegenüber. Das dürfen Sie nicht meinen. Aber lassen Sie sich mehr Zeit! Tun Sie um Gottes willen nicht, als wenn Sie schon morgen nicht mehr Unterstaatssekretär wären! Sie werden es noch länger sein. Ich wünsche Ihnen, daß Sie es noch zehn und zwanzig Jahre bleiben, aber lassen Sie sich Zeit! (Lebhafte Heiterkeit und Zwischenrufe: Na, von Herzen kommt das nicht!) Mein Gott, mir tut er ja nichts. Warum soll es mir nicht von Herzen gehen? Und wenn er mir etwas tut, werde ich ihm schon auf die Finger klopfen . . . (Erneute Heiterkeit.)

. . . Nun, meine sehr Verehrten, damit habe ich das Wichtigste gesagt, was ich zu sagen hatte. Fürchten tun wir uns nicht vor Schulreformen, wir begrüßen sie sogar, und ich

kann Ihnen sagen, Herr Unterstaatssekretär: Wenn Sie Ihren Heldenmantel – alle Achtung vor Ihrer Arbeitsfreude und Ihrem Arbeitsmut – wenn Sie Ihren Heldenmantel freihalten von den Kotspritzern einer gewissen – wie soll ich denn sagen – Richtung, die darauf ausgeht, den christlichen Charakter des Österreichertums auszumerzen, wenn Sie also Ihren Heldenmantel nicht mit diesen Kotspritzern beschlabbern, dann haben Sie das Zeug zu einem großen Mann, und ich wünsche, daß wir nun einen großen Mann mehr haben in Österreich. (Heiterkeit. – Beifall und Händeklatschen.) <sup>20</sup>

## DER REDNER

### *Ein Lobredner wider Willen*

(Aus dem Aufsatz »Gesinnungslumpen« von Karl Paumgarten,  
»Ostdeutsche Rundschau«, Wien, 6. Mai 1919.)

Diese Geschichte hat sich im Februar, einige Tage vor den Wahlen für die deutsch-österreichische Nationalversammlung, in Wien abgespielt:

Herr X, ein Mann in hervorragender öffentlicher Berufsstellung, lebte mit seiner Frau seit vielen Jahren in glücklichster Ehe. Beide Gatten stammten aus alten, angesehenen Wiener Bürgerfamilien, in denen sich das Streben nach höchster Geistes- und Gemütsbildung, namentlich aber ein starkes deutsches Empfinden seit Generationen von den Eltern auf die Kinder vererbte. Herr und Frau X spielten zwar im politischen Leben keine Rolle, arbeiten aber im stillen unermüdlich für die Sache des deutschen Volkes, vor allem ließen sie sich die Hebung des deutschen Bewußtseins und der deutschen Pflichterfüllung in ihren Kreisen angelegen sein. An den Wählerversammlungen und sonstigen politisch-nationalen Veranstaltungen beteiligten sie sich nicht. Wenn man sie darüber befragte, sagten sie: »Wir haben unsere feste Überzeugung, wir haben auch so viel eigene Bildung und Urteilskraft, um selbst über alle Fragen des deutschen Lebens uns ein richtiges Bild zu machen. Zeitungen, Bücher und das Leben, das täglich an uns vorüberzieht, geben uns alle notwendigen Aufklärungen, wir brauchen also die für die große Masse berechneten Belehrungen nicht. Ein Wahlredner kann uns nicht mehr sagen, als wir schon längst wissen. Und im übrigen tun wir unsere Pflicht, ohne daß man uns dazu auffordert.« Als die Wahlen für die Nationalversammlung heranrückten, leisteten Herr und Frau X freiwillig rege Werbearbeit und suchten ihren ganzen Bekanntenkreis für die Deutschnationale Partei zu gewinnen. Ihre Beweisführungen waren auch so überzeugend, ihre Beispiele und Erklärungen so einleuchtend, daß der beste Politiker es nicht hätte besser machen können. Die beiden Leutchen waren über die gute Wirkung, die sie erzielten, glücklich. Je näher der Wahltag heranrückte, desto eifriger wurden sie in ihrer Werbe- und Aufklärungsarbeit. Da der Mann von seinem Beruf stark in Anspruch genommen wurde und daher nicht seine volle Kraft in den Dienst der guten Sache stellen konnte, verdoppelte die Frau ihren Eifer. Von früh bis abends war sie auf den Beinen. Sie ließ ihr Hauswesen Hauswesen sein, denn es gab für sie ja eine größere Sorge als die Sorge ums Mittagessen und den Staub unter den Schränken. Wenn sie einen ihrer Bekannten nicht ganz gewonnen zu haben glaubt, besuchte sie ihn immer wieder. Durch ihre Erfolge kühn gemacht, suchte sie schließlich

<sup>20</sup> Abgeordneter Dr. Angerer war von Beruf Mittelschulprofessor, Dr. Gimpl und Dr. Wagner waren katholische Geistliche, wobei der eine als Repräsentant des geschmeidig-eleganten, der andere als Vertreter des derb-volkstümlichen Typus gelten kann. (Anmerkung des Herausgebers.)

sogar Leute auf, die sie gar nicht kannte. Ihre Begeisterung für dieses Wirken wuchs mit ihrer Angst, das in die Knie gezwungene deutsche Volk könnte am Tage der Wahl seinem wütendsten und unbarmherzigsten Feind, dem internationalen Judentum, erliegen und damit alle Hoffnung, jemals wieder aufzustehen, verlieren. Und darum arbeitete die brave Frau fieberhaft für ihr heiligstes Gut und ihre tiefinnerste Überzeugung.

Zwei oder drei Tage vor der Wahl sagte Frau X zu ihrem Gatten: »Die Frau Y, bei der ich heute war, erzählte mir, der Unterstaatssekretär Otto Glöckel sei einer der besten Agitatoren der Sozialdemokraten und verfüge über eine hinreißende Überredungskunst. Den Mann möchte ich mir einmal anhören, ich möchte wissen, mit welchen Mitteln er arbeitet, welche Argumente er vorbringt, welche Tricks er anwendet. Wenn man die Arbeitsmethode des Gegners kennt, kann man ihm viel wirksamer begegnen, und man kann auch von ihm lernen, wie man es anstellen muß, um den anderen zu überzeugen. Von einem nationalen Redner erwarte ich mir keine Bereicherung meiner Kenntnisse, aber gerade der Feind, den ich am erbittertsten bekämpfe, kann mir von größtem Nutzen sein. Ich möchte also heute die sozialdemokratische Versammlung, in der Glöckel sprechen wird, besuchen. Ich werde trachten, das Geheimnis seines Erfolges herauszukriegen und es dann in der letzten und wichtigsten Stunde für unsere Sache zu verwerten.«

Herr X war einverstanden und begleitete seine Frau in die Versammlung. Und an diesem Abend feierte Otto Glöckel seinen größten politischen Triumph: Frau X verließ die Versammlung als – Sozialdemokratin. Statt das Geheimnis des Gegners zu ergründen, war sie seinem Bann erlegen. Eine heilige Überzeugung war vernichtet, eine glühende Liebe war erkaltet, eine glückliche Ehe war zerstört. Nicht die Beweisführung, nicht die Wucht von Tatsachen, nicht die Kraft der fremden Überzeugung war das Unwiderstehliche für die Frau, sondern die Bühnenwirkung der Redetechnik. Die Politik ist kein Theaterstück, sie fußt auf Wirklichkeiten und nicht auf Konstruktionen. Aber ein glänzender Schauspieler vermag die Konstruktion zur Wirklichkeit zu machen. Das ist ja die größte Kunst. Aber sie ist doch nie so groß, daß ihre Täuschung über den letzten Aktschluß hinaus wirkt . . .

(Der Artikel schließt mit einem wüsten Geschimpfe gegen die »Gesinnungslumperei«, deren sich diese Frau unter dem Eindruck von Glöckels Rede schuldig gemacht habe. Dabei hält der Verfasser Glöckel anscheinend für einen – Juden! Anmerk. d. Herausg.)

### *Die Masse (1913)*

(Ein Aufsatz von Otto Glöckel, enthalten in »Gedenkbblätter«,  
herausgegeben vom Verein der in Wiener Neustadt herangebildeten Lehrer. 1913.)

Ich liebe die Masse. In ihr vereinigt sich der Schlag Tausender warmer, gequälter Herzen, strömen mächtige Gefühle, überstarke Kräfte zusammen. Sie kann so leidenschaftlich hassen und stürmisch lieben, so grollen und froh aufjauchzen, sie kann so launisch und konsequent, blind und hellseherisch, unerbittlich hart und voll wahrhaften Schmerzes sein.

Der einzelne denkt viel nüchterner, berechnender; für ihn gibt es ungleich mehr Schranken, er klebt an der Erde. Die Masse schwingt sich empor, gleichsam die Erdschwere überwindend. Die engeren Grenzen des eigenen Empfindens und Erkennens verschwimmen, ungeahnte Gleichartigkeit tritt ein, eine geistige Verwandtschaft, die die Lust zu gemeinsamem Handeln weckt. Die beglückende Erkenntnis der Übereinstimmung mit vielen, vielen anderen, der Glaube, daß

sich die Zahl der Gleichleidenden, Gleichdenkenden, Gleichempfindenden ins Ungeheure vergrößert, weit über die engen Säle, über den freien Platz, auf dem sich die Masse gefunden, hinaus, über Berge und Täler, Reichsgrenzen, Wüsten und Meere hinweg, lösen das Gefühl stolzer Kraft, den beleuchtenden Willen zur befreienden Tat aus. Aus dem Meere überschäumenden Enthusiasmus schöpft jeder einige Tropfen für sein stilles, einsames Kämmerlein, die zur Kraftquelle, zum Hoffnungsborn, zum Lebenselixier späterer Tage werden sollen . . .

Nur der Lehrer kann seinen Beruf erfüllen, der das Kind zum Gegenstand liebevollen Studiums macht, der die reichen Schätze der Jugend, ihre natürliche Lebhaftigkeit, ihren Tätigkeitstrieb, ihren Arbeitseifer in den Dienst der Erziehung stellt.

Ganz so gilt es vom Redner, der an die Massen das Wort richtet. Er muß großes Verständnis für die allgemeinen Lebensfragen der Masse wie für deren spezielle Sorge des Tages haben. Seine Worte sollen der natürliche Ausdruck der Empörung, Trauer, Liebe oder selbst des Hasses sein. Er ist gleichzeitig ihr Exponent und ihr Lenker. Wehe, wenn er ausspricht, was nicht aus seinem innersten Wesen stammt, wenn er Gefühle heuchelt, anstatt die Gewalt der Rede in den Dienst eigener seelischer Erregung zu stellen. Die Masse hat ein gar feines Ohr, sie ist unerbittlich, wenn sie entdeckt, daß den Platz eines von der Macht der Idee erfüllten Anwaltes ein mehr oder weniger geschickter Deklamator oder Schauspieler eingenommen hat.

Ein gewissenhafter, sachkundiger, für Seelenschwingungen der Masse empfänglicher Redner vermag großen erzieherischen Einfluß auszuüben; allerdings darf er nie zum Sklaven der Minute, zum Gefangenen einer eben wirkamen Phrase auf Kosten der Redlichkeit werden. Es ist nicht leicht, den süßen Lockungen dieser Versuchungen, der schmeichelnden Musik rauschenden Beifalles, den Verführungen augenblicklichen Erfolges zu widerstehen. Hat es nicht den Anschein stärkster Kraftentwicklung, wenn ein Rasender mit Rasenden tanzt? Und doch ist es die edelste Aufgabe des Redners, die jungen, brausenden, eben ausgelösten Kräfte in das Bett überlegter, planmäßiger, erfolgbergender Arbeit zu lenken, die Gunst des Augenblickes für dauernde, stetige Tätigkeit auszunutzen.

Jede Masse hat ihr besonderes Kleid an. Nation, äußere Umstände, Beruf und Alter der Teilnehmer drücken der Masse ihr unterscheidendes Merkmal auf. Die nachfolgenden Zeilen sind der Versuch, einige mir charakteristisch erscheinende Massenkundgebungen, die ich entweder als aufmerksamer Teilnehmer oder Redner beobachten konnte – wenn auch nur skizzenhaft – zu schildern.

### *Dresden*

Das Gespenst des Krieges zeigt sich in Europa. In allen großen Städten kommt es zu Friedensdemonstrationen. 60 000 Menschen ziehen an einem heiteren Oktobersonntag auf einen weiten Platz in Dresden-Neustadt. Ruhig, ohne Ruf und Lied, soldatenmäßig schwenken die Züge ein. Von fünf Tribünen sprechen Abgeordnete. Die Redezeit ist genau festgesetzt, von allen Rednerplätzen aus wird gleichzeitig die EntschlieÙung verlesen, ein Trompetensignal und plötzlich zeigt sich auf eine halbe Minute über der dunklen unbeweglichen Masse ein weißes zitterndes Feld; 60 000 Hände sind es, die sich erhoben haben und leidenschaftslos ihre entschlossene Zustimmung zum Gehörten ausdrücken. In einer weiteren halben Stunde ist der Platz menschenleer, die Massen haben den Heimweg angetreten, kein Polizeimann war sichtbar, und die seit Jahren eindrucksvollste Demonstration in Sachsens Hauptstadt ist vorüber. Der ruhige, nüchtern denkende, geschulte, entschlossene Deutsche manifestierte in seiner Art seinen Willen.

### *Mailand.*

Um die gleiche EntschlieÙung zu fassen, versammeln sich im riesenhaften Glassaale des Volkshauses über zehntausend Mailänder. Wie das wogt und tobt! Zu beiden Seiten des Saales haben je fünfzig Mann Staats- und Ortspolizei in Uniform Aufstellung genommen, etwa sechzig Geheimpolizisten, von weitem an ihren steifen Hüten kenntlich, sind im Saale verteilt. Ein französischer und ein deutschösterreichischer Abgeordneter sollen das Referat erstatten. Tosen-der Jubel empfängt sie beim Eintritt. Der Saal ist so ungeheuer groß, daß eine einzige Glocke nicht ausreichen würde. Man hat daher ringsherum elektrische Läutewerke angebracht, die von der Präsidentenestrade in Tätigkeit gesetzt werden können. Der Redner beginnt. Atemlose Stille. Nach einigen Sätzen schwirrt ein Zwischenruf auf; da ist es, als ob über den ruhigen Meeresspiegel plötzlich ein Orkan hinwegfegte. Die Versammlung ist nicht wieder zu erkennen. Wildes Geschrei erhebt sich, Fäuste werden geballt, Hüte in die Luft geschleudert, tief beugen sich von der schmalen Galerie heftig gestikulierende Menschen herab, Flugzettel flattern in der Luft, man drängt in die Richtung, woher der Zwischenruf kam, um den Rufer bildet sich ein lebender Schutzwall, jeder Augenblick muß zu Tätlichkeiten führen! Einige besonders Interessierte erklettern die schmalen Eisensäulen, die Polizei bahnt sich »energisch« einen Weg zur kampfbereiten Gruppe... Alles ist bis zur Siedehitze gediehen. Und Vorsitzender dieser leidenschaftlich bewegten, tumultuösen

Versammlung ist ein – Blinder, der allerdings in hohem Ansehen steht. Gelassen erhebt er sich, das Glockenzeichen ertönt, der Zwischenfall ist erledigt. Noch öfter wiederholt sich dieses Auf- und Abwogen der Leidenschaften. Nach dreistündiger Dauer wird – nachdem die Reden ins Italienische übersetzt sind – unter ungeheurem Jubel die Entschließung angenommen, und den Sprechenden werden überschwengliche Ovationen dargebracht. Dann flutet es hinaus, Rufe ertönen, Militär ist ausgerückt – es ist zu schwach –, da öffnen sich die mächtigen Tore des Mailänder Domes, und aus dem Prachtbau stürmen einige Bataillone Infanterie. Die Fäuste werden zur militärischen Waffe, und in kurzer Zeit ist der weite Domplatz »gesäubert«. Ruhe ist wieder eingekehrt, wenn man in einer italienischen Stadt, wo alles lärmt und schreit, dieses Wort überhaupt gebrauchen darf. Der leicht entzündbare, leidenschaftliche, ungezügelte, lebenswürdige Italiener manifestiert in seiner Art seinen Willen.

### *Kopenhagen.*

Tausende und Tausende – bunte Fahnen flattern im Winde – ziehen hin, lebenslustige, muntere, kluge Dänen. Eine Unzahl von Musikkapellen, oft nur aus fünf bis sechs Mann bestehend, sind in den unabsehbaren Zug eingereiht. Nicht eng gedrängt, in losen Reihen gehen sie, wie bei einem gemeinsamen Spaziergang, jeder Demonstrant eine Blume – meist sind es Sonnenblumen – in Händen. Ganze Gruppen umspannen sich mit selbstgewundenen Kränzen, duftige Ketten, die die Gleichgesinnten umschlingen. Heiterkeit, Lebenslust, Stolz glänzt auf allen Gesichtern. Lieder erschallen, kostümierte Gruppen ziehen mit zu den acht Tribünen, die mitten in einem königlichen Park, über und über mit Blumen bekränzt, aufgeschlagen sind. Die Dunkelheit bricht herein, Lampions flammen auf, muntere Volkweisen ertönen, die Demonstration ist zum Volksfest geworden. So gibt der Däne in seiner Art seinen Willen kund.

### *Wiener Volkshalle.*

Über 2000 Staatsbeamte füllen den weiten Raum. Eine »Standesmasse«. Neben würdigen alten Herren haben gut gekleidete »mittelalterliche« Kollegen die Sessel erobert, in den Gängen und im Hintergrunde sorgen junge Leute – XI. Rangklasse! – für den leidenschaftlichen Ausdruck der Stimmung. Der redengewandte Referent bespricht mit Sachkenntnis und beißendem Witz die von der Regierung dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Dienstpragmatik. Aus der versprochenen Regelung soll eine Knebelung werden. Der Staat kargt mit den Mitteln für seine Angestellten. Abgeordnete verschiedener Parteien

sprechen zur Masse. Es ist eine feine Abstufung in der »Wärme«, mit der die einzelnen Abgeordneten und mit ihnen die Parteien, die sie vertreten, begrüßt werden. Politische Sittenzeugnisse werden ausgestellt. Oft erbarmungslos! Der radikale Ton überwiegt. Der Regierungsvertreter, der heute seine engeren Kollegen zu überwachen hat, wird nervös. Da stellt sich die Versammlung gegen ihn, mahnt er doch den Redner »unbegreiflicherweise« zur Mäßigung, den Redner, der ausgesprochen, was alle fühlen. Elend »standesgemäß« zu tragen, geht für die Dauer über die Kraft. Der Hunger, leiblicher und geistiger, macht nicht halt vor Uniform oder Zylinderhut, er ist ein konsequenter Demokrat! Wie haben sich die Staatsbeamtenversammlungen seit einem Jahrzehnt verändert! Aus harmlosen, nichtssagenden Familienabendspielereien sind ernste, eindrucksvolle Kundgebungen geworden, voll leidenschaftlicher Kritik und aufrechter Gesinnung.

### *Jena.*

Sommerabend im Volkshaus, das der gleich geniale wie warmherzige Universitätsprofessor Abbe den Bewohnern der Stadt erbaute. Vortrag des wissenschaftlichen Leiters der optischen Werkstätte von Zeiß, Dr. Siedentopf, über Multimikroskope und die neuesten Errungenschaften auf optischem Gebiet. 3000 Menschen aller Stände sind zusammengeströmt, leises Gemurmel erfüllt den Saal. Man begrüßt sich mit leichtem Kopfnicken, sind es doch meist Bekannte. Von einem kurzen Beifall begrüßt, erscheint der Referent am Rednerpult. Tiefe Stille. In geschickter Weise behandelt er sein Thema. Von einem Skioptikon unterstützt, führt er die lernhungrige Masse in die eben abgerungenen Gebiete menschlichen Wissens ein. Ein Zauberer unserer Tage, läßt er eine neue, unbekante Welt auf der Leinwand erscheinen, die kleinsten Wesen werden tausendfach vergrößert vorgeführt. Einen tiefen, erstaunten Blick machen die Empfänglichen in die Lebensgewohnheiten und Lebensbedingungen von Wesen, deren Existenz den Menschen erst seit verhältnismäßig ganz kurzer Zeit bekanntgeworden ist. Der Redner verkündet, daß es endlich gelungen sei, das Ultramikroskop mit dem Kinematographen zu verbinden: ein glänzender Triumph des menschlichen Geistes. Atemlos horcht die Masse, staunt sie die Bilder an. Jedem einzelnen prägt sich Achtung ein vor der Arbeit in der Gelehrtenstube, jeder fühlt, wieviel ihm von dem noch verborgen ist, was er ahnt und nicht ahnt. Ruhig diskutierend verläßt die Masse den Saal. Stolz verbindet sich mit dem Gefühle der Unzulänglichkeit, Freude am Errungenen mit erneutem Forschungstrieb. Moderner, erhebender Gottesdienst der Massen!

### *Graslitz im Erzgebirge.*

Vierhundert Musikinstrumentenmacher stehen eng gedrängt in einem niederen, ganz unzureichenden Saal. Düster brennen die Lichter, wie ein Alpdruck liegt es auf den Versammelten. Sie sind von Natur aus ernst veranlagt, die Erzgebirgler. Mit wahrer Inbrunst hängen sie an ihrer kargen Scholle. Manneswort gilt dort noch etwas. Seit sieben Monaten führen sie den Streik. Auf dem Schulgebäude prangt die Aufschrift: »Aussaat von Tugend und Weisheit«, man hat Gendarmen in die Schule einquartiert. Weihnachten ist herangekommen. In der Versammlung wird die Streiklage besprochen. Ruhig werden die Redner angehört; kein Beifall, kein Widerspruch. Da tritt ein armer Teufel vor. Er ist kein Redner, er baut keine regelrechten Sätze, doch spricht er aus, was ihn, was seine Klassengenossen erfüllt. Die geheime Abstimmung wird verlangt. Wer die Fortsetzung des aufgezwungenen wirtschaftlichen Kampfes will, schreibt »ja«, die anderen »nein«. Zettel werden verteilt, einer reicht dem anderen den Bleistift. Ganz still ist es geworden. Die Zettel werden abgegeben, entfaltet und sogleich verlesen. Alles zählt mit. »408 Stimmen ja.« Jetzt erhebt sich ein Beifallsturm: sie leisten vor sich selbst die Ehrenbezeugung. Mit ungelenten Zügen, eine zitternde Hand verratend – krampfte sich beim Schreiben das Herz zusammen? – haben sie ihr »ja« hingeschrieben, damit ihr eigenes hartes Urteil fällend: Lichtlose Weihnachten, neue Opfer! Nun kehren sie heim, zu ihren Familien, die Botschaft überbringend, der Kampf wird nicht aufgegeben. Welch ein Beispiel von Selbstverleugnung, Entschlossenheit und Solidarität! Modernes Heldentum der Masse!

### *Ein Wiener Theater.*

Märchenvorstellung für Kinder. Die jugendliche »Masse«. Hört doch auf das muntere Geplauder! Die Erwartung ist aufs höchste gespannt. Alle je gehörten wundervollen Märchen drängen sich in die Erinnerung – und so entsetzlich schmal ist der Sitz und so ruhig soll man sich verhalten. Wenn nur schon die Musik zu Ende wäre! Endlich teilt sich der Vorhang. Warum die Großen nicht auch ihr befreiendes Ah! so hinausuffetzen, wie die »kleine« Masse? Man nennt das wohlherzogen. Und nun kann man mit eigenen Augen einen lebendigen König mit der Krone am Haupte, die böse Hexe mit dem Besenstiel und eine liebreizende Fee mit langem, langem Haar sehen – ganz wie im Bilderbuche! Wie sie funkeln, die großen, klaren Äuglein, wie sie höher schlagen, die jugendlichen Herzen, wie sie mitjubeln und trauern, wie sie auflachen, so herzlich, so glockenhell! Jugend ist im Haus! Und die Schauspieler sind ganz bei der

Sache, sie wissen, die strengsten Kritiker sind da, die empfänglichsten Zuhörer. Es gibt nur eine Enttäuschung. Gar zu bald ist es aus. Dann trennen sie sich so schwer von dem Platze, von dem sie einen trunkenen Blick ins Zauberreich werfen durften. Es sind seltene Stunden für klein und groß. Diese Masse vereinigt sich im Glück, in der Illusion, im gemeinsamen hohen Genuß. Glückliche Kinder, die ihr mit Märchenaugen die Welt betrachten dürft. Hunderttausenden Kindern ist es verwehrt, Märchen zu sehen oder auch nur zu hören, verwehrt, selbst ihren Hunger zu stillen, ihre Blößen zu bedecken.

Wann wird die Zeit anbrechen, wo jedem Menschenkind das Recht auf Jugend zuteil wird?

Hier wartet dringende, schwere Arbeit auf dich, du Masse mit den Millionen Herzen, Hirnen und Fäusten.

Ich liebe die Masse!

OTTO GLÖCKEL  
UND SEINE BEZIEHUNGEN  
ZUR SCHWEIZ



In Muralto-Locarno am herrlich-blauen Lago Maggiore steht am sauberen, blumengeschmückten Quai der Albergo »Rivabella«, eingerahmt von kräftigen Palmen- und Kamelienbäumen, die zur gegenüberliegenden Tamarò- und Gambarognokette als Seehintergrund hinübergrüßen. Hier hat Otto Glöckel oft seine geruhsamen *Ferien verbracht*, oder er hat im Urlaub seine Vorbereitungen getroffen für die Schulreformprojekte und Parlamentsreden. In den lauschigen Gartennischen, von wo aus die herrliche See- und Gebirgslandschaft überblickt wird, die auf Otto Glöckel einen so gewaltigen Eindruck machte, sind auch die Zeilen geschrieben worden, die seine Beziehungen zur Schweiz etwas beleuchten sollen.

Die hier niedergelegten *Erinnerungen* geben keinen Gesamtüberblick der Wirksamkeit Glöckels in der Schweiz, sie sind lediglich festgehalten aus seinen Begegnungen in Wien und in Zürich und aus einem Briefwechsel, der sich auf etwa 18 Jahre erstreckte.

Am 25. Februar 1921 machte ich seine Bekanntschaft in Wien, nachdem ich bereits vorher von seiner Schulreformtätigkeit gelesen und auf schriftlichem Wege in einen Gedankenaustausch mit ihm gekommen war. Auf seinem Büro fand ich schon damals die *zürcherische Schulgesetzgebung* und die meisten Schriften *Heinrich Pestalozzis*, die von den Mitarbeitern Glöckels eifrig studiert wurden. Otto Glöckel nutzte sofort die Anwesenheit eines Schweizer Schulbeamten und rief seine Reformlehrer auf den 27. Februar in die Aula der Anatomie zu einem stark diskutierten *Referat über das zürcherische Schulwesen* ein. An der nämlichen Versammlung, die sehr stark besucht war, referierte auch Bracke (Paris) über die internationale politische Lage. Über diese meine »Wiener Eindrücke« habe ich damals in den Sozialdemokratischen Mitgliedschaften Zürich 3, 5, 6, 8 und in Adliswil günstig aufgenommene Referate gehalten, in denen die Wiener Schulreformbestrebungen ins Licht gerückt wurden. Vom Jahre 1921 an hat dann ein stärkerer Gedankenaustausch über Lehrerbildungsfragen, Arbeitsprinzip, Erziehung zur Gemeinschaft, körperliche Ertüchtigung der Schüler, kleinere Klassendurchschnitte, Lehrmittel, Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus, Verbesserungen am Kindergarten usw. eingesetzt, der ohne Zweifel für beide Teile zahlreiche gute Anregungen brachte.

Die *Wiener Schulreform* hatte in der Folge in der ganzen *pädagogischen Welt* Beachtung gefunden, so daß auch der Schweizer Lehrerverein am 9. Juli 1927 Otto Glöckel ersuchte, am *Lehrertag in Zürich* zu sprechen. Sein zwei-stündiger Vortrag über die »Wiener Schulreform« in der Peterskirche hat die Schweizer Lehrer so hinzureißen vermocht, daß spontane Beifallsstürme ausbrachen, wie sie in einer Kirche selten zu hören sind.

Am 29. August 1927 hat Otto Glöckel auf einer Vortragsreise durch die Schweiz im Volkshaus Zürich 4 ein sehr interessantes und mit großem Beifall aufgenommenes *Referat* gehalten über die *Wiener Finanz-, Wohnungs- und Fürsorgepolitik*, das von eindrucksvollen Filmen begleitet war, die vom Reformwerk der Gemeinde Wien glänzendes Zeugnis ablegten.

Die für die Schulerneuerung sich interessierenden Lehrer aus allen Gauen der Schweiz und des Auslandes pilgerten jetzt nach Wien und wurden dort, meist unter der Führung Glöckels selbst, empfangen und geführt. Dieser praktische Anschauungsunterricht hat auch die *Schulreform in der Schweiz* mächtig gefördert und gestärkt. Auch der *zürcherische Erziehungsdirektor Dr. Mousson* hat mit *Seminardirektor Dr. Schälchlin* im Jahre 1928 das Wiener Schulerneuerungswerk gewürdigt und an O. Glöckel wie folgt verdankt: »Nachdem wir von unserer Reise nach Wien wieder nach Hause und an die Arbeit zurückgekehrt sind, drängt es mich, Ihnen für die überaus liebenswürdige Aufnahme, die Herr Dr. Schälchlin und ich bei Ihnen gefunden haben, den verbindlichsten Dank auszusprechen. Für die vielen Anregungen, die wir auf diese Weise erhalten haben und die uns wertvoll sind für die in unseren kleinen und in vielen Beziehungen anders gestalteten Verhältnissen anzustrebende Förderung von Volksbildung und Volkswohl, sind wir Ihnen zu größtem Dank verpflichtet.« Bei der großen Zurückhaltung, die der damalige Erziehungsdirektor Dr. Mousson allem Neuen entgegenbrachte, und bei der Kühle, die er dem Wiener Reformwerk zuerst gezeigt hat, muß der Eindruck von Glöckels Arbeit nicht bescheiden gewesen sein.

Im Mai 1929 habe ich dann mit Schulpräsident Emil Vogel die Wiener Schulen nochmals gründlich von unten bis oben studiert und festgestellt, daß wir in Zürich namentlich am *Kindergarten* noch manches besser zu machen hatten, daß der *Gesangs- und Zeichenunterricht* verbessert werden konnte, daß wir in der Schweiz aber in der Hygiene und in der Fürsorge weiter waren. Otto Glöckel hat mir einmal gesagt, wir hätten in der Schweiz die schönsten *Schulhäuser*, die *beste Schülerfürsorge* und *Schulhygiene* von ganz Europa, er lege aber auch großen Wert auf einen gesunden, fortschrittlichen *Geist in der Schule*. Dieses Urteil hat er nach 1934 ausdrücklich korrigiert, als der schöne, warme, kindertümliche Geist von einem Tag auf den anderen verschwand und vom ganzen Reformwerk nichts mehr blieb als die Erinnerung.

Otto Glöckel ist *fast jedes Jahr in die Schweiz gekommen* und hat überall Vorträge gehalten, nicht nur über die Schule, sondern über die kommunalen Reformbestrebungen in Wien überhaupt. Am 17. Oktober 1929 schrieb er, daß in den letzten vier Wochen wieder *400 Schweizer Lehrer in Wien* waren, was

beweise, daß in den verschiedensten Teilen der Schweiz die Schulreformbewegungen in Fluß geraten seien. Am 29. April 1930 zeigte er an, daß er *im Kanton Bern an acht Versammlungen* spreche, und überdies hielt er in Zürich die *Mai-rede*. Im August 1931 schickte Otto Glöckel eine größere Zahl von *Wiener Lehrern nach Zürich, Bern und Basel*, um die dortigen Schulen zu besuchen; er selbst kam am 27. August von Locarno her *auf den Ütliberg*, wo er sich in der Freiluftschule mit seinen Mitarbeitern und den Zürcher Lehrern vereinigte und wo in Rede und Gegenrede schöne Erinnerungen ausgetauscht wurden. Am 25. September 1932 teilte mir Otto Glöckel von Locarno her mit, daß er ohne Aufenthalt über Zürich nach Wien reise, um *75 Schweizer Lehrer* aus dem *Aargau und Solothurn* unter der Leitung von Hermann Suter und Viktor Kaufmann zu begrüßen.

Im Sommer 1933 sah Glöckel bereits *mit Sorgen in die Zukunft*; sein Schulschriftenverlag für Jugend und Volk, der hochwertige Bücher mit Autoren von internationalem Ruf im Ausland vertrieb, war in Deutschland durch Hitler verboten und wurde auch in der Schweiz gehemmt. Dazu kam, daß der Tod seines Freundes *Henzi in Bern* ihn tief erschütterte, so daß er finstere Wolken am politischen Himmel erblickte. Mit Bedauern schrieb er, daß er sich leider keine Schweizerreise mehr leisten könne, da der Franken unerschwinglich geworden sei; er ging deshalb nach Karlsbad in Urlaub. »Bei uns sind sehr schwere Zeiten. Die Entscheidung wird im Herbst fallen. Vorderhand bin ich zuversichtlich, da die Partearbeit in vorbildlicher und aufopfernder Weise geleistet wird. Wir haben uns trotz größter Versuchung nicht vor die Maschinengewehre locken lassen und müssen nunmehr den ungleich schwierigeren Schützengrabenkrieg zu Ende führen. Was also der Herbst bringen wird, wissen wir noch nicht. Nebenbei will ich noch bemerken, daß vor kurzem ein Schweizer unter augenscheinlichem Mißbrauch Deines Namens mir 200 Schilling herausgelockt hat. Ein Beweis, um wieviel die Schweizer klüger als die Wiener sind.« Eine Einladung, als mein Gast nach Zürich zu kommen, hat Otto Glöckel bescheiden abgelehnt, »obwohl ich Zürich ja so sehr liebe wegen der reizvollen Natur und der lebenswürdigen Menschen«.

Am 2. Januar 1934 schrieb Glöckel: »*Es sind die schwersten Zeiten, die wir jetzt durchmachen.* Das Schicksal der deutschen Sozialdemokratie ist uns ja eine furchtbare Warnung; trotzdem halten wir es für unsere Verpflichtung, solange als möglich eine friedliche Entwirrung anzustreben; ob es für die Dauer gehen wird, ist zweifelhaft. *Das faschistische Gift dringt immer mehr ein.* Es ist ja so leicht, zu regieren, wenn man statt in einem Parlament im Radio die Ministerreden halten kann. Da gibt es keinen Widerspruch und keine Kritik.

Die *Pressefreiheit* ist vollkommen *unterbunden*, und nur in der vorsichtigsten Weise kann die Bevölkerung von dem unterrichtet werden, was sich tatsächlich ereignet. Unsere Parteiarbeit vollzieht sich so wie einst in Deutschland unter dem Sozialistengesetz. Viele brave Genossen sitzen in den Arresten. Bis zum 15. Jänner ist jede Art Parteitätigkeit untersagt. Was nachher geschieht, weiß man nicht. *Immerhin bin ich noch Optimist*. Ich hoffe doch, daß die Vernunft auf der anderen Seite zum Durchbruche kommt. Die nationalsozialistische Bewegung hat keinerlei Abbruch erfahren. Es wird unterirdisch stark gewühlt. Vielleicht erlaubt es ein gütiges Geschick, daß wir in absehbarer Zeit über all das, was uns am Herzen liegt, persönlich reden können.«

Dann kamen die von Dollfuß gut vorbereiteten Februartage 1934, welche das ganze Schulreformwerk in Österreich zerschlugen und ein Blutbad anrichteten, das noch in frischer Erinnerung haftet. Glöckel weilte einige Tage zuvor in Vorarlberg und schrieb mir am 11. Februar von Bludenz: »Heute fahre ich, nach Verrichtung einer wichtigen Arbeit in Vorarlberg, die mich fast eine Woche festhielt, nach Wien zurück. Gerne wäre ich auf ein paar Stunden nach Zürich gekommen. *Ich bleibe noch immer Optimist.*«

Dieser Optimismus ging rasch in die Brüche; *Karl Seitz* und *Otto Glöckel* wurden auf ihrem Amt *verhaftet* und *ins Gefängnis* abgeführt. Eine Untersuchung und Verurteilung oder Entlassung aus der Haft wurde nicht vorgenommen, obwohl sofort hervorragende Anwälte sich der beiden Verhafteten annahmen. Am 20. April 1934 richtete ich an den *Bundeskanzler Dr. Dollfuß ein Schreiben*, in dem ich ihn im Namen einer großen Zahl von Schweizer Lehrern und Schulbehördenmitgliedern ersuchte, Seitz und Glöckel aus der Haft zu entlassen. Da uns bekannt wurde, daß Glöckel schwer leidend war, stellte ich das Gesuch, ihn für einen Erholungsurlaub in der Schweiz freizugeben. »Die große Aufbauarbeit, die Otto Glöckel auf methodisch-pädagogischem und psychologischem Gebiete für das Schulkind geleistet hat, erfüllte auch uns Schweizer Pädagogen mit hoher Achtung und Verehrung. Die zahlreichen Besuche, die den Schulen Wiens in den letzten Jahren aus allen Kulturländern zuteil geworden sind und diese Stadt sehr ehrten, sind in der Hauptsache auf die Wirksamkeit Glöckels zurückzuführen. Wir Schweizer Lehrer aller Bekenntnisse haben diese Schulen und ihre Einrichtungen mit großer Freude bewundert, und wir erinnern uns mit großer Dankbarkeit der weitgehenden Gastfreundschaft, die uns der Wiener Stadtschulrat geboten hat. Der frühere 2. Präsident des Wiener Stadtschulrates hat durch seine hohe Gesinnung ein Werk geschaffen, das auch bei uns Beachtung und Nachahmung gefunden hat, und es kann nicht anders sein, als daß er erfüllt sein muß von hohem Verantwortungsgefühl und

Liebe für sein Volk und Land. Wie wir in der ‚Reichspost‘ gelesen, soll Otto Glöckel inzwischen ins *Anhaltelager Wöllersdorf* verbracht worden sein, woraus angenommen werden kann, daß gegen ihn keine Anklage erhoben worden ist. Um so leichter dürfte es Ihnen, Herr Bundeskanzler, gelingen, unserer Petition Folge zu geben.« Eine Antwort habe ich nie bekommen, aber aus einem durchgeschmuggelten Briefe Glöckels Kenntnis erhalten, daß er von dem Begehren verständigt wurde, und daß seine Bewegungsfreiheit in Wöllersdorf stark erleichtert worden ist. Am 27. April schreibt er unter anderm: »Mit aufrichtiger Dankbarkeit und Rührung habe ich von der Kundgebung Kenntnis erlangt. Daß meine Freunde im Ausland meiner in schweren Tagen gedenken, erfüllt mich mit Kraft und Zuversicht. Mein Gesundheitszustand hat recht gelitten, doch geht es mir in der letzten Zeit besser. Die Aufenthaltsdauer im Anhaltelager Wöllersdorf ist unbestimmt. Ich bitte um Verständigung, wenn Dr. Dollfuß antwortet.« Der einzige Sohn, Walter Glöckel, teilte mit, daß der Aufenthalt im Anhaltelager viel erträglicher sei als die Einzelhaft, trotz den strengen Lagervorschriften. »Mein Vater ist mit andern beisammen und kommt ins Freie. Er kann jetzt wenigstens den Himmel und die Sonne sehen. Nach den Briefen meines Vaters scheint in Wöllersdorf die Behandlung gut zu sein.«

Am 18. Mai 1934 ging *ein weiteres Schreiben an den Bundeskanzler Dr. Dollfuß ab*, in dem auf das Gesuch vom 20. April Bezug genommen wurde: »Da wir bis heute noch keine Antwort erhalten haben, erlauben wir uns, unser Gesuch zu erneuern. Wohl wissen wir, daß Sie Herrn Glöckel große Erleichterungen geschaffen haben, die Ihnen die Pädagogen in der Schweiz und auch diejenigen der andern Länder, die um die Gesundheit Otto Glöckels bangen, bestens verdanken. Trotzdem wären wir Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie *dem herz- und nervenkranken Manne* zu einer vollständigen Wiederherstellung seiner Gesundheit verhelfen wollten, damit er der Schulreform auf literarischem Boden weiterhin seine Kräfte widmen könnte. Sollten Sie Bedenken haben, daß Otto Glöckel im Auslande eine politische Tätigkeit entfalten könnte, so möchten wir Sie zum voraus beruhigen, daß die hiesigen Behörden das nicht zugeben würden. Es liegt uns lediglich daran, einen erfahrenen, praktischen Schulreformer, welcher der ganzen pädagogischen Welt wertvolle Unterstützung leihen könnte, in seiner Gesundheit zu erhalten. Herr Glöckel könnte in der Schweiz ohne Kosten in gesunder, ruhiger Umgebung sich wohl wieder gänzlich erholen.«

Inzwischen haben die Schweizer Lehrer und alle Schulfreunde *eine Geldsammlung für Otto Glöckel* und seine ebenfalls während sechs Monaten inhaftierte Gattin, Leopoldine Glöckel, veranstaltet, die mehr als 6000 Franken

einbrachte und es ermöglichte, das Schicksal der beiden und namentlich die Nahrung etwas zu verbessern. Otto Glöckel ist trotzdem bald nachher schwer erkrankt und wurde ins *Spital in Wiener Neustadt* übergeführt. Einer seiner Freunde schrieb am 28. Juni 1934: »Nach den bisherigen behördlichen Verfügungen soll Glöckel am 13. August freigelassen werden. Es ist jedoch nach unseren Erfahrungen ganz ausgeschlossen, daß er Wien verlassen darf, geschweige die Erlaubnis erhält, ins Ausland zu reisen. Wir müssen daher für die Wiederherstellung seiner schwer angegriffenen Gesundheit in einem Wiener Sanatorium Sorge tragen. Von großer Wichtigkeit für die Zukunft unseres lieben Freundes ist es aber auch, eine Beschäftigung für ihn zu finden, denn er würde ein vollkommen arbeitsloses Leben nicht ertragen können. Es ist deshalb in Freundeskreisen die Idee aufgetaucht, ihm den Vorschlag zu machen, *ein Buch zu schreiben über die Schulreform* in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Wir sind der Meinung, daß gerade eine solche Arbeit ihm Freude machen wird und ihm über viele noch bevorstehende Aufregungen, Enttäuschungen, Kränkungen und Krisen hinweghelfen wird.«

Am 3. Juli 1934 erhielt ich ein Privattelegramm von Wien: »*Die Regierung von Dr. Schuschnigg und das Schicksal von Seitz und Glöckel.* Nach der Neubildung der Regierung wird in der Wiener Bevölkerung, besonders in Arbeiterkreisen, erneut die Frage erörtert, wie sich die Regierung Dr. Schuschnigg verhalten werde zu den noch immer gefangenen obersten Sozialistenführern. Das Schicksal des ehemaligen Wiener Bürgermeisters Dr. Seitz, der sehr angesehen war, liegt der Wiener Arbeiterschaft, ja man kann sagen 80 bis 90 Prozent der Gesamtbevölkerung, noch immer stark am Herzen. *Seitz*, der seit dem 13. Februar 1934 im Landesgericht inhaftiert ist, forderte selbst und durch seinen Anwalt schon mehrmals, *daß er endlich angeklagt werde, damit er sich verteidigen könne.* Bisher konnte Seitz gegenüber noch kein Verschulden nachgewiesen werden, als daß er sich der Verhaftung, indem er sich auf die Volkswahl berufen hat, entgegengesetzte. Seitz muß sich in einer dunkeln, verwanzten Zelle aufhalten. Er ist genötigt, ganz schlechte Kleidung zu tragen. Da Seitz nur noch eine Niere besitzt, fordert sein Arzt seit langem die Überführung in ein Sanatorium. Als vor einiger Zeit die Schwester des ehemaligen Bürgermeisters verstarb, erlaubte man Seitz, an der Beerdigung teilzunehmen. Die Teilnahme durfte aber nur erfolgen *in Begleitung von sechs Militärpersonen*, die ihn *mit aufgefplanten Bajonetten* eskortierten. Diese Art der Behandlung des angesehenen Mannes hat unter der Bevölkerung peinliche Empörung und starken Protest hervorgerufen. *Otto Glöckel*, der weit über die Grenzen Österreichs bekannte Wiener Schulreformer, befindet sich ebenfalls noch immer in

Haft. Auf die *Forderungen des Schweizerischen Lehrervereins und französischer Lehrerverbände* wurde Glöckel seinerzeit aus dem Landesgericht ins Konzentrationslager Wöllersdorf übergeführt. Glöckel, der in der Landesgerichtszelle einen Blutdruck von 230 Grad hatte, konnte sich im Konzentrationslager jeden Tag mehrere Stunden im Freien aufhalten, es war ihm auch erlaubt, geistig zu arbeiten. Anlässlich der Beerdigung eines Freundes von Glöckel durfte der Schulreformer fünf Minuten reden. Obwohl die Gedächtnisrede keinerlei Ausfälle enthielt, wohl aber einige mäßige freie Meinungsäußerungen, wurde Glöckel aus dem Konzentrationslager Wöllersdorf versetzt in das *Rainer-Spital* im 13. Wiener Bezirk. Die Versetzung ist *eine offensichtliche Strafe*. Glöckel mußte in einer heißen Dachkammer, die kein direktes Licht hat, liegen. Der Gesundheitszustand des Inhaftierten verursacht starke Gemütsdepressionen.«

Am 21. August 1934 gab mir *Otto Glöckel einen eigenen Bericht aus dem Konzentrationslager in Wöllersdorf*: »Ich werde versuchen, Dir diesen Brief zukommen zu lassen; bitte aber um strengste Diskretion, da ich mich in große Gefahr begeben, wenn man erfährt, daß ich nach Zürich geschrieben habe. Ich werde mir größte Zurückhaltung auferlegen. Zunächst tausend Dank für Deine und Deiner Freunde tätige Anteilnahme; Du weißt nicht, wie unendlich wohl es tut, wenn man noch nicht ganz vergessen ist. Nun einige Daten: Vom 13. Februar bis 19. April Einzelhaft in Wien. Nach fünfzehn Wochen zwanzig Minuten Spaziergang im Gefangenenhaushofe. Die ersten vier Wochen keine Lektüre, 6 Uhr abends auf die Pritsche, 5 Uhr früh auf. Strengste Bewachung, keinerlei Verkehr möglich, Blutdruck 192, Geräusche im Ohr, Rheumatismen auf Steinboden, zum Schluß Nervenzusammenbruch (Weinkrämpfe). Am 20. April Konzentrationslager Wöllersdorf, mitten auf der Steinheide, kein Baum, 120 in einem Schlafsaal, kein Besuch, dürftigste Kost, aber fünf Stunden täglicher Spaziergang, Zusammenkunft mit Freunden, Zeitungen. Am 10. Mai Abgabe ins Wiener-Neustädter Inquisitenspital, strenge Bewachung, genaue Untersuchung. Mitten im Tuberkulosepavillon mit allen Nebenerscheinungen. Befristung der Anhaltung mit 13. August. Sechs Monate nach Verhaftung. Am 11. Juli Abgabe ins Rainer-Spital in Wien (Mansardensaal mit Terrasse), 20 Schritte  $\times$  13 Schritte, 55 Personen. Keinen Spaziergang im Garten. In den sechs Monaten bekam meine Frau zweimal Besuchserlaubnis bei Anwesenheit von Kriminalbeamten. Rechtsanwalt durfte bis jetzt nicht zu mir ins Rainer-Spital. Strengste Briefzensur. Gute Kost und gute Spitalpflege. Am 13. August in größter Aufregung (die Nerven lassen nach) die Entlassung erwartend. Um 9 Uhr abends wurde mir mitgeteilt, *daß meine Haft zunächst bis anfangs September verlängert ist*. Wie ein Schlag auf den Kopf! Wurde

im Laufe der Zeit wiederholt einvernommen, es wurde *keine Anklage erhoben*, nicht einmal die Untersuchungshaft verhängt! So ist mein Schicksal völlig in Dunkel gehüllt; *ich halte aber durch!* Seitz war über sechs Monate in Einzelhaft; jetzt erkrankt im Auersperg-Sanatorium in strengster Bewachung, kein Fleckchen Garten, mitten im Großstadtlärm. Danneberg seit vierzehn Tagen in der Lungenklinik, Weber bei mir im Spital, Speiser in Wöllersdorf, Frau Proft und Postranesky noch in Einzelhaft, ebenso Paul Richter und General Schneller und Körner. Vor dem 1. August (Friedensversammlung) wurden Hunderte neu eingezogen. Nach abgeübter Gefängnisstrafe monatelang Anhaltelager. Herzliche Grüße an Stadtpräsident Dr. Klöti, Kaufmann, E. Vogel, Hans Egg, Schönenberger, Prof. Stettbacher, Dr. Hauser (Basel) und Deine Familie. NB. Deine Briefe alle erhalten, vielen, vielen Dank! Herzlichst Dein Otto Glöckel.«

Dieses Schreiben, das trotz größter Zensur und Wachsamkeit in meine Hände gelangte, zeigt deutlich, *wie brutal* die österreichische Bundesregierung gegen senkrechte Mitbürger vorging, die für eine moderne Schule und für den Wiederaufbau ihres Vaterlandes mit mutiger Überzeugung ans Werk gegangen sind. Die Beantwortung der an Glöckel und seine Freunde gerichteten Schreiben war stets sehr vorsichtig, so daß nie jemand zu Schaden kam, aber sie enthielten an die Adresse der Zensur viele »Spitzen«, die ohne Zweifel schmerzlich empfunden wurden.

Am 6. September 1934 schrieb Otto Glöckel, immer noch in Haft, folgenden Brief, der nicht nur eine *Beurteilung* des stadtzürcherischen, sondern überhaupt *des schweizerischen Schulwesens* geben wollte: »Mit größter Genugtuung bestätige ich den Empfang des Geschäftsberichtes für 1933 der Zentralschulpflege Zürich, den ich mit steigendem Interesse gewissenhaft studiert habe. Der Überblick über die Schulentwicklung seit 1893 zeigt dokumentarisch die planmäßige, nie stillstehende Entwicklung des Zürcher Schulwesens, die, von sachkundigen und begeisterten Männern getragen, die Voraussetzungen für den heutigen Zustand der Zürcher Schulen, und was dazu gehört, bot. Zusammenfassend darf ich mir, der ich 15 Jahre leitend in der österreichischen Schulverwaltung tätig war, das Urteil erlauben: die Zürcher Schule hat in Mitteleuropa unbestritten die führende Stellung eingenommen. So ist Pestalozzi in seiner Heimat aufs neue für die ganze pädagogische Welt wirksam geworden. Im Kapitel ‚Rückblick und Ausschau‘ ist eine Gegenüberstellung der ‚Schule von ehemals‘ mit der neuen Methode von heute in fast klassischer Art durchgeführt; sie gibt Zeugnis für echte Begeisterung und tiefes Verständnis für das schwierige Problem. Dabei wurde in ungemein *ehrender Weise* auch der

*österreichischen Schulreform gedacht*, wofür ich besonders dankbar bin. Die Umformung des Wiener Schulwesens ist weit gediehen und ins geistige Eigentum der Wiener Lehrerschaft übergegangen. Die Erkenntnis der Lehrerschaft, daß Schulreform allerdings Mehrarbeit, aber auch Durchgeistigung ihrer pädagogischen Arbeit, mit der die soziale Hebung des Lehrerstandes Hand in Hand gehen muß, bedeutet, die Erkenntnis des Volkes, daß die moderne Schule den Erfordernissen der kindlichen Psyche, aber auch den Bedürfnissen der gegenwärtigen Zeit entgegenkommt, ist die beste Schutzmauer gegenüber allen unverständigen Angriffen. Man kann Äußerlichkeiten abändern, der Geist der Schule ist von der Lehrerpersönlichkeit abhängig. So wiederhole ich meinen ergebensten Dank und zeichne voll Wertschätzung

Otto Glöckel,  
Präsident des Stadtschulrates für Wien a. D.«

Während der Bürgermeister Dr. Karl Seitz Ende Juli 1934 aus der Haft entlassen wurde, blieb Otto Glöckel immer noch in Haft, obwohl gegen ihn weder eine Untersuchung noch eine Verurteilung stattfand. So mußte *der Versuch wiederholt werden*, ihn zu befreien, und das geschah mit folgendem Schreiben :

Bern, den 18. September 1934.

An Herrn Bundeskanzler Dr. W. Schuschnigg  
z. Zt. Völkerbundsversammlung, Genf.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die hier unterzeichneten Mitglieder der Schweizerischen Bundesversammlung und Schulmänner ersuchen Sie höflichst um Haftentlassung des zur Zeit im Rainer-Spital, XIII. Bezirk in Wien, befindlichen Präsidenten des früheren Stadtschulrates in Wien, Otto Glöckel. Wir wissen, daß der in der Schweiz wie auch im übrigen Ausland wohlbekannte Pionier der Schulreform an schweren Störungen im Blutkreislauf leidet und in eine gute Hauspflege entlassen werden sollte. Soviel uns bekannt ist, liegt gegen ihn keine Anklage wegen irgendeines Vergehens vor, weshalb wir es mit unserem Gerechtigkeitsempfinden nicht vereinbaren können, daß der schwerkranke Mann seit Mitte Februar in Haft behalten wird. Wie wir aus der Tagespresse entnommen haben, sind alle andern nicht angeklagten Nationalräte freigelassen worden, während bei Otto Glöckel der auf den 15. August festgesetzte Termin der Entlassung nicht eingehalten und kein neuer Termin festgesetzt wurde. Es scheint dem Genannten nicht möglich zu sein, die auf 11 Schilling täglich fixierten Internierungskosten bezahlen zu können, weil er das Amt des Schulpräsidenten in Wien ehrenamtlich verwaltete und somit über keine weiteren Mittel verfügen kann.

Wir haben mit großer Genugtuung aus Ihrer Völkerbundsrede vom 12. September entnommen, daß Österreich auch in Zukunft eine Kulturmission zu erfüllen

gedenke, die vom Vertrauen des Volkes getragen sei. Die Regierung reiche auch ihren früheren politischen Gegnern die Bruderhand und sei mit allen Kräften bestrebt, eine Zusammenarbeit zur Erfüllung ihrer schweren Arbeit zu erreichen. Diese Bestrebungen würden Ihnen sicher stark erleichtert, wenn ein im Volk bestehendes Mißbehagen über die als ungerecht empfundene Inhaftierung von Otto Glöckel und Karl Seitz zum Verschwinden gebracht werden könnte.

Herr Bundeskanzler, wir appellieren deshalb an Ihren Gerechtigkeitssinn und bitten Sie höflich, unserer Petition Ihre Unterstützung zu leihen.

Hochachtend

Es folgten 18 Unterschriften von Pädagogen aller Schattierungen der Bundesversammlung.

Am 26. Oktober 1934 schrieb Glöckel folgenden Brief: »Mein lieber Freund! Seit gestern bin ich nach langen Wünschen wieder zu Hause. In meinem Kopf geht es noch kunterbunt herum. Man kann dies nicht verstehen, wenn man es nicht mitgemacht hat. Dann zurück in eine zusammengestürzte Welt, voll Sorge, daß nicht eine unglückselige Zufälligkeit den Zustand von gestern wieder herbeiführt. Ich bin in Wien konfiniert; zweimal wöchentlich Meldung, keine Fahrt im Auto. Nun wird die Rechnung der Anhaltekosten kommen; ich erwarte etwa 1700 Schilling. Aber alles werde ich ertragen, wenn ich nur zur inneren Ruhe komme. Arbeit findet sich. Mich drängt es aber vor allem, Dir, lieber, guter Freund, für alle Deine unermüdlichen Freundschaftsdienste herzlichst zu danken. Das war wirkliche Freundschaft! Dir danke ich *ein gut Stück der Abkürzung* meines Zwangszustandes. Du hast mich im Elend nicht vergessen; wie ich Dir dies auch nur teilweise zurückzahlen kann, weiß ich nicht. Jetzt bin ich großer Schuldner. Aber jede gute Handlung bringt Zinsen. Bitte, übermittle auch Deinen Standesgenossen, die in Bern den Brief zeichneten, meinen besten Dank. Ein wirklicher Lichtblick! Ich habe sicher auch in Deiner unmittelbaren Umgebung liebe Freunde, deren ich dankbarst gedenke. Zeit und Umstände erlauben mir nicht, all das auszusprechen, was in mir verschlossen ist; Du wirst es begreifen. Die Zeit schreitet fort! Ich wollte die erste Nachricht von der Änderung des Zustandes Dir übermitteln. Deiner lieben Familie und allen, die meiner in diesen Zeiten gedachten, alles Herzliche! In Treue Dein

Otto Glöckel.«

Die Nachricht von der Befreiung hat überall in der Schweiz große Freude und Genugtuung ausgelöst. Am 3. November 1934, anlässlich der Jahresversammlung der *Schweizer Sektion des Weltbundes für Erneuerung der Erziehung* in Zürich, richteten 97 *Schweizer Pädagogen* folgende *Adresse* an Otto Glöckel: »Die Schweizer Sektion des Weltbundes für Erneuerung der Erziehung entbietet

dem Wegbereiter neuzeitlicher Erziehungs- und Unterrichtsmethoden, dem Begründer und Förderer der Wiener Schulreform ihre herzlichsten Grüße. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es Ihnen, sehr geehrter Herr, bald wieder beschieden sein möge, einen Wirkungskreis zu finden, der Ihnen Gelegenheit gibt, Ihre von hohem Idealismus getragene Lebensarbeit zu Nutz und Frommen der Jugend und des Volkes fortführen zu können.«

Diese Wünsche sind leider nicht in Erfüllung gegangen. Otto Glöckel begann in der Freiheit seine Selbstbiographie zu schreiben, die er aber vor seinem Tode nicht zu beenden vermochte. Aber er hat ein großes Material über die Wiener Schulreform zusammengetragen, die einer seiner Freunde dann druckfertig machte. *Otto Bauer* schrieb darüber: »Ich habe die Arbeit gelesen und halte sie für vorzüglich. In Österreich würde das Buch freilich sofort verboten werden; seiner illegalen Verbreitung in Österreich steht sein zu großer Umfang im Wege. Dagegen ist das Buch zur *Aufklärung der ausländischen Öffentlichkeit* über den österreichischen Faschismus und dadurch mittelbar auch zum Kampfe gegen den Faschismus in den demokratischen Ländern nach meiner Überzeugung ganz außerordentlich gut geeignet. Ich würde mich daher sehr freuen, wenn das Buch einen Verleger fände.«

Mitte Juli 1935 machte einer meiner Freunde in Zürich, Georg Meyer, anläßlich einer Wiener Reise dem an einer *Angina pectoris* erkrankten Otto Glöckel einen Besuch und fand ihn in *einem bedenklichen Zustande*. So beeilte ich mich, ihn in Wien zu besuchen und kam am 21. Juli dort an. Trotzdem Glöckel noch nicht an ein Ableben dachte, war vorauszusehen, daß seine Tage gezählt waren. Wir sprachen nicht viel über die Vergangenheit, weil ihn das zu stark bedrückte, sondern *über die Zukunft*, über sein Buch, für das er ein großes Material gesammelt hatte, das aber vorsichtshalber nicht in seiner Wohnung deponiert war. Schon am 23. Juli, vormittags, als ich noch in Wien weilte, ereilte mich die telefonische *Todesnachricht*, übermittelt von Frau Leopoldine Glöckel, die, selbst schwer krank, ihren Gatten mit großer Aufopferung gepflegt hatte.

Die *Bestattungsfomalitäten* gestalteten sich sehr schwierig, weil man einen *Auflauf* befürchtete. Die *Tageszeitungen* ignorierten den Tod Otto Glöckels, und auch *der Zeitpunkt der Kremation* wurde geheimgehalten. *Grabreden* wurden vorerst *verboten*, konnten dann aber mit dem Polizeipräsidium unter erschwerenden Bedingungen doch durchgesetzt werden. Die Redezeit wurde auf fünf Minuten beschränkt, das Manuskript mußte der Polizei unterbreitet werden, wobei starke Korrekturen vorgenommen wurden. Es durften sprechen: Schulvorstand *Briner* aus Zürich, der tschechische Redaktor *Witt* aus Karlsbad, der frühere Stadtrat *Speiser* aus Wien und ein Lehrer, der persönliche Freund

Glöckels, *Washuber* aus Wien. Über den Verlauf der Todesfeier, an der mindestens 10 000 Personen teilnahmen, ist an anderer Stelle berichtet worden. Der Schweizer Delegierte, der einen mächtigen Kranz mit den *Zürcher Farben* (rote Schleifen waren verboten) auf den Sarg legte, sprach sich wie folgt aus:

»Sehr geschätzte Trauerfamilie, sehr geehrte Freunde und Bekannte unseres verstorbenen Otto Glöckel!

Im Namen seiner Schweizer Schul- und politischen Freunde, speziell derjenigen der Stadt und des Kantons Zürich, dann aber auch im Namen einer großen Zahl von Lehrern und von Schulbehörden der Schweiz spreche ich der tiefgeprüften Gattin und dem Sohne unseres lieben und hochgeschätzten verstorbenen Freundes die herzlichste Teilnahme aus am herben Schmerze, der sie so unerwartet und hart getroffen hat.

Ich danke allen Anwesenden, die dem teuren Verstorbenen heute die letzte Ehre erweisen und ihn auf dem letzten Gange begleitet haben.

Wir wußten in der Schweiz, daß es um die Gesundheit unseres Freundes nicht gut bestellt war, obwohl er sich in den letzten Monaten unter der hingebenden Pflege seiner Gattin und seiner engeren Freunde äußerlich etwas erholt zu haben schien von den seelischen und körperlichen Strapazen der letzten Zeit.

Ich bin deshalb hierher geeilt, um noch alles aufzuwenden, was zur Erhaltung seines Lebens möglich schien.

Als ich meinem alten Freunde Otto Glöckel am letzten Sonntagabend die fiebrige Hand drückte, ahnte ich mit Bedauern, daß es um ihn viel schlimmer bestellt war, als wir vorausgesehen hatten.

Wohl bemerkte ich mit Freude, daß sein feuriges Temperament, sein großer Optimismus, sein Zukunftsglaube, seine Lebenshoffnung noch sehr lebendig waren, aber das war leider nur noch ein letztes Aufflackern der bereits gebrochenen Kräfte.

Seine Willenskräfte waren also noch vorhanden, aber sein Herz war bereits gebrochen ob den großen Enttäuschungen, die er erleben mußte.

Was ich geahnt habe, ist dann leider allzu rasch zur Tatsache geworden; nur zwei kurze Abende blieben uns übrig, um uns auszusprechen über die Vergangenheit und die Probleme der Zukunft.

Am Dienstagmorgen früh ist er ruhig hinübergeschlummert und hat die Hand vom Pfluge gelegt, mit dem er so tätig gearbeitet hat.

Mit Otto Glöckel ist ein mutiger, ganzer Mann von großem Format, von nationalem und internationalem Rufe und Ansehen von uns geschieden und hat eine Lücke hinterlassen, die nicht leicht ausgefüllt werden kann.

Die Trauerbotschaft dürfte auch überall im Auslande schmerzliche Empfindungen ausgelöst haben.

In der Schweiz, wo der liebe Verstorbene oft weilte, wo er einige Male die bekannte Sonnenstube des Schweizerlandes, den Kanton Tessin, und speziell Locarno, in ganz bescheidenen Pensionen aufsuchte, in der Schweiz, sage ich, wird der Name Otto Glöckels unvergeßlich bleiben. (Zwischenruf: Auch in Österreich. Unterbruch.)

Es war nicht nur die Idee einer gesunden und praktischen Schulreform, die er eifrig förderte und zielbewußt verwirklichte und die ihn international bekannt gemacht hat, nein, es war auch seine sympathische Erscheinung, seine große Rednergabe, seine liebevolle Hingabe für das Jugendwerk, die ihm Achtung und Wertschätzung im Ausland einbrachten.

Im Weltbund für Erneuerung der Erziehung, dem etwa fünfzig Nationen angehören und an dessen Kongressen Otto Glöckel oft teilnahm und Referate gehalten hat, ist sein Lebenswerk, seine bewundernswerte Tatkraft vorteilhaft bekannt.

So ist ja Wien bekanntlich lange Zeit das pädagogische Mekka geworden, wohin Tausende von Lehrern und Pädagogen aus der ganzen Welt hingepilgert sind, um die praktischen Erfolge der Schulreform, die vorher nur aus der pädagogischen Literatur bekannt waren, an Ort und Stelle, in den Schulklassen, zu verfolgen.

Am Schweizerischen Lehrertag in Zürich im Jahre 1927 hat Otto Glöckel in der St. Peterskirche über die Wiener Schulreform gesprochen und einen großen Applaus geerntet. Der uns wohlbekannte Schulmann hat damals in der Schweiz große Sympathien erworben.

Und wie gastfreundlich sind die Lehrer aus aller Welt von Otto Glöckel und seinen Mitarbeitern in der schönen Stadt Wien jeweilen empfangen, geführt und aufgeklärt worden!

So ist auch der Sprechende und Hunderte von Schweizer Lehrern und Pädagogen nach Wien gekommen, wo sie kritisch die große Aufbauarbeit beobachtet, bewundert und mit den eigenen Erfahrungen verglichen und das für sie Anwendbare genutzt haben.

Andererseits ist Otto Glöckel ein wohlbekannter, stets willkommener Gast in den Schweizer Schulen gewesen, ebenfalls um Vergleiche anzustellen, Gutes zu verwerten, Erfreuliches zu loben und anregend zu wirken.

Aus diesem gegenseitigen Verkehr, den auch die Wiener Lehrer bis auf die jüngste Zeit durch Gegenbesuche gefördert haben, sind enge Freundschaften fürs Leben geschlossen worden, welche die Freude an der Erzieher- und Schularbeit befruchtet haben.

Es ist interessant, zu konstatieren, wie die Schulreform in Österreich und speziell in Wien ihren Anfang genommen hat.

Der Ausgangspunkt war das intensive Studium der Bücher unseres Zürcher Mitbürgers Heinrich Pestalozzi, der im Ausland viel früher und besser erkannt und interpretiert worden ist, nach dem bekannten und oft bewährten Sprichwort, daß der Prophet im eigenen Lande oft verkannt wird.

Die psychologische Forschung der letzten Jahrzehnte hat die Gedanken von Heinrich Pestalozzi, die in etwas schwerfälliger Sprache zum Ausdruck gebracht wurden, speziell in Wien erst richtig gedeutet und zur Anwendung gebracht.

Dann sind diese Ideen erst später wieder in abgeklärter Form in die Schweiz zurückgebracht worden.

Die Wiener Schulreform von Otto Glöckel und seinen Mitarbeitern basiert also in der Hauptsache auf der folgerichtigen Auslegung der Pestalozzischen Gedankengänge und aus den Erkenntnissen der Jugendpsychologen.

Unser verstorbener Freund Otto Glöckel war ein guter Pestalozziker, und er hat aus seinem Leben und Wirken sehr viel gelernt.

Ein Charakterzug muß ganz besonders stark auf ihn eingewirkt haben, nämlich die Uneigennützigkeit, die Selbstlosigkeit, die Gastfreundschaft, die Nächstenliebe, die auch er seiner Umgebung als leuchtendes Beispiel vor Augen führte.

„Alles für andere, für mich nichts“, das war auch wegleitend für unseren lieben, geschätzten Freund Otto Glöckel.

Diese große Uneigennützigkeit hat ihm aber keinen Dank, auch keinen wirtschaftlichen Wohlstand gebracht, so daß er in ganz bescheidenen Verhältnissen gelebt hat.

Aber dieser seltene, schöne Charakterzug schaffte unter seinen Mitarbeitern, unter seinen Freunden und Bekannten hohe Wertschätzung, großes Vertrauen für die Person des Führers und für die Sache, die er vertrat.

So ist das Leben und Wirken Otto Glöckels mit seinem Tode nicht ausgelöscht, sein Geist, sein Werk wird weiterleben im In- und Ausland, und damit wird auch sein Name unvergeßlich bleiben.

Im Namen seiner schweizerischen Schul- und politischen Freunde legte ich einen letzten Blumengruß aufs frische Grab und danke dem Entschlafenen, seinen geschätzten Angehörigen und Mitarbeitern für die große, selbstlose

Arbeit, die sie im Interesse der Allgemeinheit, für das Gemeinschaftswohl geleistet haben.

Lieber Freund Otto Glöckel! Dein Andenken in hohen Ehren!

Schlaf wohl, geschätzter Freund, Dein Leben war Kampf und Mühe und Arbeit!«

Drei Tage später wurde die Asche auf dem *Meidlinger Friedhof* beigesetzt. Wiederum waren es 15 000 Teilnehmer, die bei diesem Akt ihren Dank und ihre Freundschaft bekunden wollten. Eine starke polizeiliche Absperrung sorgte aber für eine genügende Distanz. Stumm nur winkten die Leute mit den Taschentüchern den letzten Gruß, als Trost für die Gattin und den Sohn, die während dieser Todesfeiern einen erstaunlichen Mut und Standhaftigkeit aufbringen mußten. Auf der Rückkehr zur Wohnung von Otto Glöckel gab es eine Menge von Verhaftungen von Leuten, die sich den Ausruf »Auf Wiedersehen« oder »Freundschaft« erlaubt hatten. *Frau Leopoldine Glöckel* hat sich bei den Polizeibehörden für alle so Verhafteten wieder mutig eingesetzt und ihre Befreiung verlangt.

Diese aufregenden und zermürbenden Tage haben der früher physisch starken und robusten Gattin Glöckels, die während fünfzehn Jahren *Gemeinderätin in Meidling* war, so stark zugesetzt, daß sie rasch zu einer Ruine herabsank. Wohl vermochten einige Kuren im Bad Gastein und im Wienerwald, die durch eine Geldsammlung unter Schweizer Freunden ihres Gatten ermöglicht wurden, die Lebensdauer noch etwas zu verlängern. Das am 22. Mai 1937 erfolgte Ableben von *Frau Leopoldine Glöckel* war physisch und psychisch zur Erlösung geworden. Marthe Louis-Levy gab im Pariser »Populaire« folgende Schilderung von der Bestattung dieser wackeren Frau:

»Die Zeremonie sollte am Mittwoch, 26. Mai, 15.30 Uhr, im Krematorium stattfinden. Als ich ankam, stand, eine halbe Stunde vor Beginn, die Menschenmenge schon dicht gedrängt, obschon die Zeitungen den Zeitpunkt der Kremation nicht angegeben hatten. Ich hatte Mühe, mir einen Weg zum Sarg zu bahnen, der ganz unter Blumen verborgen lag. Seitz war da, und man muß es gesehen haben, mit welcher Ehrerbietung man ihm Platz machte.

In einem Nebensaale mit nüchtern-moderner Ausstattung fand die Zeremonie statt. Die vielen Menschen konnten nicht alle Platz finden. Tränen flossen, als beim Erklingen der Trauermusik sich der Sarg langsam wie aus einem offenen Grabe bis zum Fuße der Tribüne emporhob. Zuerst sprach *Gabriele Proft*. Mit einer vor Erregung vibrierenden Stimme zeichnete sie das Leben der Dahingeschiedenen, und als sie den Namen *Poldine Glöckel* aussprach, brach im ganzen

Saale ein Schluchzen aus. Nach ihr sprach *Seitz*. Als er sich gehen ließ, Worte der Hoffnung auszusprechen, wurden die Zuhörer derart mitgerissen, daß sie die Worte leise nachzusprechen begannen. Durch eine beunruhigte Geste aber unterbrach *Seitz* sehr rasch das Gemurmel: die Polizei war doch anwesend.

Weder *Gabriele Proft* noch *Seitz* haben während ihrer Darstellung dieses bewundernswert kämpferischen Lebens ein einziges Mal das Wort ‚Sozialistin‘ aussprechen dürfen. Und als ich zur Tribüne heraufgelassen wurde, um der verstorbenen *Leopoldine Glöckel* den letzten Gruß der sozialistischen Frauen Frankreichs und des internationalen Frauenkomitees zu überbringen, fühlte ich, wie ein Schauer durch die Menge ging in dem Moment, da ich klar und deutlich die teuren, von keinem vergessenen, aber in aller Herzen versenkten Worte aussprach: Sozialismus, Internationale. Ich sprach nur wenige Minuten, und französisch. Aber als ich zum Schluß der Familie das Beileid der sozialistischen Frauen Frankreichs und des internationalen Frauenkomitees aussprach und dabei die Worte wiederholte, die wie eine Zärtlichkeit waren sogar für die, die nicht französisch verstanden, las ich aus ihren Augen dieselben Gefühle . . .

Es war zu Ende. Langsam, langsam senkte sich der Sarg beim Erklingen der Musik und dem Schluchzen der Trauergemeinde. Eine Klapptüre verschloß das Mysterium der Kremation vor den Augen der Versammelten, die sich nun langsam hinausgaben. Draußen jedoch nahm eine Art Begeisterung jeden gefangen. Kann man sich etwas Grausameres vorstellen? Die Beerdigung eines so betraurten Menschen wurde beinahe zu einem Fest. Jawohl, zu einem Fest! *In der Freude, zusammen zu sein, drückte man sich die Hände, umarmte man sich gegenseitig.* Ein richtiger Zug formierte sich hinter *Seitz*. Ein stiller Zug. Einem Unvorsichtigen, der ausrief: ‚Unser Bürgermeister!‘ antworteten rasche Stimmen mit ‚Still, still!‘ Aber die Taschentücher, die über den Köpfen geschwenkt wurden, waren wie kleine weiße Fahnen. So eskortiert, erreichte *Seitz* die Straßenbahn vor dem Eingang zum Friedhof. Und das Tram setzte sich in Bewegung und fuhr durch eine Hecke von Taschentüchern, die noch lange flatterten . . . denn *Seitz* ist zur lebendigen Fahne derjenigen geworden, die nicht mehr das Recht haben, eine andere zu besitzen.

Die Illusion ist zu Ende. Polizeiwagen. Uniformierte Polizisten und weiß wie viele in Zivil unter der Menge, die sich nun rasch zerstreute.

Was mich betrifft, so wurde ich verfolgt. Als ich aus dem Tram stieg, trat ein Herr auf mich zu, zeigte sein Ausweisschild und verlangte meine Papiere. Auch ein junges Mädchen, das sich bei mir befand und das sich freundlicherweise bereit erklärt hatte, mir den Weg zu zeigen, als ich mich deswegen in Verlegenheit sah, mußte sich ebenfalls ausweisen. Hoffen wir, daß dieses junge

Mädchen, nur weil es einer Französin gegenüber Zuvorkommenheit an den Tag legte, nicht behelligt wird in einem Staate, der, wie es scheint, sich demokratisieren will.

Auf jeden Fall hat mein Mann die Depesche noch nicht erhalten, die ihm meine Rückkehr anzeigen sollte...«

Mit dem Tode dieser beiden lieben Menschen hat eine Tragik ihr Ende gefunden, die in Österreich nach den Februartagen 1934 nicht einzig dasteht, sondern tausendfach wiederholt und übersteigert wurde. So ist die Schulreformbewegung in Österreich momentan erledigt worden, aber sie hat ihren Niederschlag erhalten in allen demokratischen Ländern, auch in der Schweiz, wo die Pionierarbeit Glöckels und der Wiener Schulerneuerer fortgesetzt wird im Sinn und Geiste Heinrich Pestalozzis.

*J. Briner*, Schulvorstand, Zürich.

## INHALT

	Seite
<i>Vorwort</i> . . . . .	7
<i>Literaturverzeichnis</i> . . . . .	11
<i>Otto Glöckel erzählt aus seinem Leben</i>	
Von Großeltern und Eltern . . . . .	13
Das Erbe von Vater und Mutter . . . . .	16
Was mir die Schule gab . . . . .	19
Freizeiten . . . . .	25
Wie des Kindes Spiel das Leben vorbereitet . . . . .	28
Wiener Neustadt . . . . .	35
Gestaltung . . . . .	36
Die »Jungen« . . . . .	40
Die »Freie Schule« . . . . .	47
In die Politik . . . . .	50
Der Krieg . . . . .	57
Vor dem Kriegsgericht . . . . .	58
Die Wehrhaftmachung der Jugend . . . . .	61
Das Schulwesen während des Krieges . . . . .	63
Das Tor der Zukunft . . . . .	64
In den Delegationen . . . . .	66
<i>Unterrichtsminister der Republik – Organisator der Schulreform</i>	68
<i>Die Leistung von anderthalb Jahren</i> . . . . .	76
<i>Der große Reformplan</i>	
Das Ziel . . . . .	85
Neugestaltung des Volksschulunterrichtes . . . . .	85
Demokratisierung des Schulaufbaus . . . . .	89
Reform der Lehrerbildung . . . . .	94
<i>Praktische Arbeit in der Wiener Schulverwaltung</i> . . . . .	96
<i>Siegreiche Abwehr</i>	
Die Krise des Jahres 1926 . . . . .	115
Der Kampf um die Schulgesetze 1927 . . . . .	119
Verfassungsreform 1929 . . . . .	126
<i>1934 und die Folgen</i>	
Vor dem Sturm . . . . .	128
Gefangen! . . . . .	132
Die Zerstörer am Werk . . . . .	137
Tod und Bestattung . . . . .	142

	Seite
<i>Ein ewiger Lehrer</i> . . . . .	145
<i>Aus Reden und Aufsätzen von Otto Glöckel</i> . . . . .	153
<i>Präludien zur Schulreform</i>	
Ein aufklärender Schulerlaß (1916) . . . . .	156
Schulgeld (1916) . . . . .	159
Einheitsschule (1916) . . . . .	163
Lehrerbildung (1916) . . . . .	168
Lehrer und Arbeiterkind (1916) . . . . .	171
<i>Krieg und Jugenderziehung</i>	
Krieg, Schulreform und militärische Jugenderziehung (1917)	175
Kriegsschäden am Schulwesen (1917) . . . . .	181
<i>Aufbau</i>	
Schulreform und Staatserziehungsanstalten (1919) . . . . .	191
Aus der Debatte . . . . .	199
<i>Der Redner</i>	
Ein Lobredner wider Willen . . . . .	201
Die Masse (1913) . . . . .	202
<i>Otto Glöckel und seine Beziehungen zur Schweiz</i> . . . . .	209

UB WIEN



+AM239740504





